

# **Soziabile Arbeit?!**

## **Ein Blick auf die Strategien und die soziale und wirtschaftliche Situation von Kulturarbeiter\_innen**

Anregungen für eine zukunftsorientierte Arbeitspolitik

Inauguraldissertation  
zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie  
am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften  
und Philosophie  
der Philipps-Universität Marburg (1180)

Erstgutachterin: Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf

Zweitgutachterin: Prof. Dr. Annette Henninger

vorgelegt von  
Simone Mazari  
aus Gelnhausen

2017

=====

Vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften

und Philosophie als Dissertation angenommen am 16.04.2018.....

(Datum Annahme durch die Prüfungskommission)

Tag der Disputation / mündlichen Prüfung 16.04.2018.....

Gutachterinnen: Prof. Dr. Kurz-Scherf.....

Prof. Dr. Henninger.....

---

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort .....</b>	<b>6</b>
<b>Einleitung .....</b>	<b>7</b>
<b>A Forschungslinien, Theorie, Kontext .....</b>	<b>17</b>
<b>1 Begriffliche Bestimmungen und Verortung von Kulturarbeit.....</b>	<b>17</b>
1.1 Konturierung der Begrifflichkeiten .....	20
1.2 Bilder und Figuren von (Kultur-)Selbstständigkeit.....	32
1.3 Geschlechterverhältnisse im Erwerbsfeld (Kultur-)Selbstständigkeit.....	38
1.4 Gründungsliteratur .....	40
1.5 Vergleichende und lokal orientierte Literatur.....	46
1.6 Arbeitspolitische Gehalte und Kollektive Akteur_innen .....	47
1.7 Vernetzung, Netzwerke/ soziales Kapital und normative Gehalte.....	51
1.8 Zusammenfassung.....	53
<b>2 Arbeitspolitische Ansätze und Analyserahmen.....</b>	<b>55</b>
2.1 Arbeitspolitische Bezüge – oder: Malestream in der Hochschullehre? .....	55
2.2 Governance-Ansätze und Vielfältigkeit der kapitalistischen Systeme.....	59
2.3 Erwerbsstrukturierende Institutionen (EI).....	62
2.4 Prekarisierungstendenzen.....	77
2.5 Soziale Arbeit .....	81
2.6 Zusammenfassung .....	86
<b>B Untersuchungsdesign .....</b>	<b>91</b>
<b>1 Methoden .....</b>	<b>91</b>
1.1 Quantitative deskriptive Datengrundlagen .....	91
1.2 Feministische Politikwissenschaften und qualitative Methoden .....	92
1.3 Qualitative Interviews ... ..	94
1.4 Experten_inneninterviews .....	96
<b>2 Ortsauswahl und Sampling .....</b>	<b>98</b>
<b>3 Inhaltsanalyse .....</b>	<b>100</b>
<b>4 Reflexion .....</b>	<b>102</b>
4.1 Nicht-muttersprachlich gewonnenes Material: Give up or give it a try? .....	102
4.2 Subjekt-Objekt-Positionen .....	103
<b>C Empirie.....</b>	<b>106</b>
<b>1 Annäherung 1: Explorative Studie in Madrid und im Rhein-Main-Gebiet – Erwerbssituationen und Strategien .....</b>	<b>107</b>
1.1 Spezifikation der inhaltsanalytischen Kategorien .....	110
1.2 Kulturarbeit in Bewegung in Madrid: „Wir sind auf dem Weg“ .....	115
Freiheit, Autonomie und Selbstzwang .....	117
1.3 Prospektive Zeitplanung im Rhein-Main-Gebiet „Frag mich, was nächste Woche ist!“	143
1.4 Zusammenfassung .....	156

<b>2</b>	<b>Annäherung 2: Wachstumsmärkte oder Fake?</b>	<b>159</b>
2.1	Europäischer Bezug	160
2.2	Spain is different oder Konvergenz?	163
2.3	Kulturmarkt in Spanien	171
2.3	Deutschland – Chancen der Reformen für Beschäftigungsentwicklung?	174
2.4	Empirische Entwicklung des Kulturmarkts in Deutschland, Hessen und Rhein-Main-Gebiet von 1990 bis 2016	177
2.5	Zusammenfassung: Prekäres Beschäftigungswachstum	187
<b>3</b>	<b>Annäherung 3: Gewerkschaftliche Ansätze – Modellprojekte</b>	<b>188</b>
3.1	Soziale Einbettung der Gewerkschaften	188
3.2	Ökonomisch abhängige Selbstständige – TRADE – Trabajadores Autónomos Dependiente	193
3.3	Freie und Selbstständige in Ver.di: mediafon	197
	<b>Fazit</b>	<b>201</b>
	<b>Literaturliste</b>	<b>207</b>
	<b>Anhang</b>	<b>228</b>
	Abkürzungsverzeichnis	228
	Sampleübersicht	231
	Statistische Quellen	232
	Metropolregion Rhein-Main	233
	Gewichtung der WZ 08 Teilbereiche der Kultur- und Kreativwirtschaft	234
	Erklärung	235

## Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1: Die Abgrenzung der Kulturwirtschaft (kultureller Erwerbstätigkeit) auf europäischer Ebene .....	28
Tabelle 2: Die Selbstständigen der publizistisch und künstlerisch Schaffenden und Nachschaffenden im Bundesgebiet nach der Berufszählung 1950 .....	35
Tabelle 3: Ausgewählte institutionelle Bereiche in kapitalistischen Volkswirtschaften	65
Tabelle 4: Erwerbsstrukturierende Institutionen (EI) .....	76
Tabelle 5: Dimensionen von Handlungslogiken in Arbeitsformen .....	84
Tabelle 6: Soziale Arbeit strukturierende Institutionen (SAsI) für die Kulturwirtschaft .....	89
Abbildung 7: Wirtschaftliche Entwicklung im EU-Raum anhand des Bruttoinlandsprodukts .....	161
Abbildung 8: Wirtschaftliche Entwicklung im EU-Raum anhand des Bruttoinlandsprodukts in der Europäischen Union (2010 – 2016).....	162
Tabelle 9: Wirtschaftswachstum (BIP) in Spanien und Europa 1996 - 2016 .....	164
Abbildung 10: Beschäftigungsquote Spanien und EU-Raum 2000 - 2016.....	168
Abbildung 11: Entwicklung der Langzeitarbeitslosenquote in Spanien 2000 – 2016) .....	169
Tabelle 12: Anteil an Selbstständigkeit in Spanien – 2000 bis 2016 nach Geschlecht (in %) .....	170
Tabelle 13: Beschäftigte in der madrilénischen Kulturökonomie 2012 .....	173
Tabelle 14: ‚Schlüsselindikatoren‘ für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland .....	175
Abbildung 15: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Spanien und Deutschland 2000 bis 2016 .....	176
Tabelle 17: Entwicklung der Selbstständigkeitsquote in Deutschland nach Geschlecht 2000 bis 2016 .....	177
Tabelle 18: Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Gesamtwirtschaft nach beruflicher Qualifikation .....	181
Tabelle 19: Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Kreativwirtschaft .....	181
Tabelle 20: Beschäftigungsentwicklung regional in der Kultur- und Kreativwirtschaft 2008 bis 2016 (Basisjahr 2007) .....	182
Tabelle 21: Versichertenbestandsentwicklung der KSK, relative Anteile und Mitgliederzuwachs von 1991 - 2016 (inkl. Neue Bundesländer) .....	184
Tabelle 22: Durchschnittliches Jahreseinkommen der Versicherten nach Bereich und Geschlecht (in Euro) .....	185
Tabelle 23: Modelle der Arbeitsbeziehungen in Westeuropa .....	192

## **Vorwort**

Die vorliegende Online-Veröffentlichung ist die überarbeitete Fassung meiner im Mai 2017 am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Marburg eingereichten Dissertation. Diese Arbeit wäre nicht möglich gewesen, ohne die Hilfe und Unterstützung von vielen Menschen. Zunächst danke ich meiner Betreuerin Ingrid Kurz-Scherf für den langen Atem und ihre kritischen Kommentare. Annette Henninger danke ich für die spontane und unkomplizierte Übernahme der Zweitbegutachtung. Bei Ingrid Miethe möchte ich mich für methodische Hinweise bedanken. Institutionell war auch die Anbindung an die Hans Böckler Stiftung, die Unterstützung durch den Vertrauensdozenten Gerd-Günter Voß und das Graduiertenkolleg „Geschlechterverhältnisse im Spannungsfeld von Arbeit, Politik und Kultur“, das am Institut für Europäische Ethnologie an der Philipps-Universität angesiedelt war, sehr prägend und unterstützend. Den Kollegiatinnen Lena Correll, Patrick Ehnis, Stefanie Janczyk, Ulrike Richter, Heidi Schroth, Almut Sülzle, Agnieszka Zimowska, den Betreuer\_innen und der Koordinatorin Bettina Roß gilt mein besonderer Dank. In diesem Zusammenhang fühle ich mich auch Clarissa Rudolph und Karl Braun verpflichtet, die hilfreiche Hinweise gegeben und Feldkontakte ermöglicht haben. Institutionell angebunden war ich zudem an die MARburg University Research Academy (MARA) der Philipps-Universität und an das Promotionskolloquium am Lehrstuhl von Ingrid Kurz-Scherf. Wichtig für die vorliegende Arbeit waren unzählige Gespräche im Vorfeld und die Gewinnung von Interviewpartner\_innen, denen ich für ihre Offenheit und Erzählungen danke. Unterstützt haben mich beim Feldzugang auch Türöffner\_innen wie Jan Deck oder Renate Niekant. Ich danke meinen Freundinnen und Freunden und der Familie für unverbrüchliche Verbindungen, Austausch und Teilen verschiedener Lebenslagen. Mein besonderer Dank gilt Silke Steets, Stefanie Wöhl, Nicole Gilla, Harry Kleespies, Karin Schlücker, Rita Pfahls, Anette Enogieru, Verena Di Pasquale, Mariona Ferrer i Fons, Marta Fraile, José Luis López López de Lizaga, Jeanette Weismantel, Zaida Mora, Gaby Babić, Beatrice Ehrlich, Tanja Fondel, Regina Schrage, Daniela Körbel-Nousch, meinen Nachbar\_innen, meinem Lebensmenschen Martin Werner und Felix Mazari, meinen Eltern Elisabeth und Albert Pfahls sowie Anita Egger und Ellen Koch.

## Einleitung

Kulturarbeit im weiteren Sinne ist ein konstitutives Moment gegenwärtiger Gesellschaften. Im Kontext der politischen Hegemonie des sogenannten Neoliberalismus wird Kulturarbeit allerdings oft einseitig als Wirtschaftsfaktor gedeutet, dem im Zuge des aktuellen Strukturwandels der modernen Ökonomien sowohl in wirtschafts- wie auch beschäftigungspolitischer Hinsicht eine wachsende Bedeutung zukomme. Dabei weist der Neoliberalismus eine Tendenz zur Ökonomisierung und Vermarktlichung aller gesellschaftlichen Verhältnisse und sozialen Beziehungen auf. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der in der sogenannten Kulturwirtschaft oder auch ‚Kulturindustrie‘ Tätigen werden dabei allerdings oft nur am Rande thematisiert oder gar vollständig ausgeblendet. In der Bundesrepublik Deutschland formulierte beispielsweise das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Jahr 2014 drei Handlungsempfehlungen zur Förderung der Kreativ- und Kulturwirtschaft, die sehr einseitig auf bessere Bedingungen für Gründungen, Kooperationen und Exporte ausgerichtet sind:

„Mögliche wirtschaftspolitische Ansatzpunkte zur Förderung der Kultur- und Kreativunternehmen sind:

- Den Zugang zu Finanzierung für junge Unternehmen erleichtern, auch durch die Öffnung von Förderprogrammen für Kreativschaffende, insbesondere wenn diese sich in der Wachstumsphase befinden.
- Insbesondere kleine Unternehmen und Selbständige bei der Suche nach geeigneten Kooperationspartnern unterstützen und Best Practices für erfolgreiche Kooperationsmodelle zur Verfügung stellen.
- Den Zugang zu internationalen Märkten unterstützen, um rückläufigen Exportquoten entgegen zu wirken und die stark regionale Fokussierung um internationale Perspektiven zu erweitern.“

(Bundesministerium für Wirtschaft und Energie/ Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien/ Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung (Hg.) 2014: 131).

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“<sup>1</sup> hatte demgegenüber in ihrem 2007 nach fast zehnjähriger Arbeit vorgelegten Schlussbericht noch empfohlen, auch die soziale und wirtschaftliche Lage, die Vor- und Nachteile der Selbstständigkeit und Freiberuflichkeit in der Kreativ- und Kulturarbeit in den Blick zu nehmen:

„Die Enquete-Kommission empfiehlt dem Bund und den Ländern, im Rahmen ihrer Kultur- und Kreativwirtschaftsberichte besonderes Augenmerk auf die in den jeweiligen Zweigen der Kultur- und Kreativwirtschaft tätigen freiberuflichen und selbstständigen Künstler zu richten und deren künstlerische wie auch wirtschaftliche Bedeutung, aber auch deren soziale und wirtschaftliche Lage darzustellen. Vor- und Nachteile der Selbstständigkeit und Freiberuflichkeit sollen umfassend in den Blick genommen werden.“<sup>2</sup> (Bundesdrucksache 16/7000 2007: 292)

Dabei nahm die Kommission Bezug auf die Vielzahl von lokalen Kulturwirtschaftsberichten, die im Vorfeld der Einrichtung der Kommission unter anderem für Großstädte wie Berlin, Frankfurt oder auch für Länder wie Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt etc. verfasst worden waren (vgl. dazu u.a. Wiesand 2006; Berndt 2008). Diese Berichte betonen vor allem lokale Besonderheiten sowie spezifische Stärken und Potenziale der jeweiligen ‚Standorte‘ und werden in diesem Sinn auch mehr oder minder kontinuierlich bis in die Gegenwart fortgeschrieben.

Tatsächlich befassen sich auch die lokalen Kultur- und Kreativwirtschaftsberichte oft nur am Rande und keineswegs systematisch mit den Erwerbs- und Lebenslagen der kulturell Freischaffenden, Selbstständigen, Klein- und Kleinstunternehmen etc.<sup>3</sup>. Den Berichten liegt zudem oft ein sehr enges, auf bestimmte ‚Kreativmärkte‘ verkürztes Verständnis der ‚Kultur- und Kreativarbeit‘ zugrunde. Exemplarisch wird dies am samthessischen Kreativwirtschaftsbericht deutlich, der – mehrfach verändert fortgeschrieben – nun als Datenreport 2016 vorliegt. Darin werden der Software- und Ga-

---

<sup>1</sup> Zur Aufgabe, Funktion und Arbeit von Enquete-Kommissionen s. Altenhof (2002).

<sup>2</sup> Damit die Schwierigkeit den Gegenstand zu fassen, gleich ins Auge fällt: die Enquete-Kommission spricht von Künstlern (sic!).

<sup>3</sup> Im Folgenden werden Kulturarbeit, kulturschaffend, kreative Arbeit in der Kreativwirtschaft, den creative industries/Kulturindustrie oder der Kulturwirtschaft synonym verwandt. Das ist im Einzelnen theoretisch und empirisch wenig differenziert, was der Autorin bewusst ist. Allerdings wird nur so die Frage, was aus dem Feld gelernt werden kann, im Hinblick auf arbeitspolitische Ansätze bearbeitbar.



mes-Industrie die größten Zuwächse und damit auch eine herausragende Bedeutung für den gesamten Bereich attestiert (HessenAgentur 2016; zur Kritik vgl. Martin/Resch (Hg.) 2014). Die gesellschaftliche Bedeutung der Kulturarbeit und ihre künstlerische Komponente gehen so weitgehend verloren. Mit den Erwerbs- und Lebenslagen der in der ‚Kulturwirtschaft‘ erwerbstätigen Menschen werden auch geschlechtsspezifische und andere, oft intersektional verknüpfte Momente der Kultur- und Kreativarbeit in der Regel bestenfalls beiläufig benannt, wenn nicht komplett ausgeblendet (vgl. ebd.).

In den öffentlichen Diskurs um die „Kultur- und Kreativwirtschaft“ fließen einschlägige Forschungsbefunde nur selektiv und oft auch mit erheblicher Verzögerung ein. Dabei zeichnen sich der Stand der Forschung und die in der Forschung überwiegend verfolgten Forschungsperspektiven allerdings durch ähnliche Schieflagen und Defizite aus wie die hier bislang skizzierte öffentliche Wahrnehmung und Verhandlung der Kulturarbeit. Betont wird hier wie dort das Wachstum von Erwerbstätigkeit und Umsätzen in der ‚Kulturbranche‘ im Kontext eines umfassenden Strukturwandels der modernen Ökonomien, in dem ‚Wissensarbeit‘ vermeintlich zur dominanten Form der Erwerbstätigkeit wird (vgl. kritisch hierzu Resch 2005). Arbeitsproduktivität – so eine dabei weit verbreitete These – entfaltet sich dabei zunehmend auf der Grundlage und in der Form von Kreativität. In der viel beachteten Studie von Richard Florida wird gar eine „*creative Klasse*“ als Träger und Stimulus von globalen und regionalen Wachstumseffekten identifiziert (Florida 2012).<sup>4</sup> Auch in diesem Kontext sucht man allerdings weitgehend vergeblich nach detaillierten Analysen der Erwerbs- und Lebensbedingungen der kreativen Wissensarbeiter\_innen. Erst recht hat die Suche nach arbeitspolitischen Konzepten zu deren Gestaltung einen eher nachrangigen Stellenwert in der auf den ökonomischen Strukturwandel und die darin enthaltenen Wachstumspotenziale orientierten Forschung.

Demgegenüber rückt die vorliegende Studie die Arbeits- und Lebensbedingungen der Kultur- und Kreativwirtschaft und die sich daraus ergebenden Herausforderungen und Potentiale für eine zukunftsorientierte Arbeitspolitik ins Zentrum des Erkenntnisinteresses. Dabei geht es insbesondere um Formen der Erwerbstätigkeit jenseits der

---

<sup>4</sup> Floridas vielbeachtetes Werk erschien erstmalig 2002. Zur Kritik an Floridas breit angelegter Definition äußert sich Andreas J. Wiesand (vgl. Wiesand 2006). Bei Florida scheint fast jegliche Form der Wissensarbeit die Zugehörigkeit zur kreativen Klasse zu rechtfertigen. So finden sich dann auch Regionen mit mehr als fünfzig Prozent Kreativen, womit die analytische Aussagekraft erschwert wird.

tradierten Regularien abhängiger Beschäftigung im Spannungsfeld zwischen Selbstständigkeit und Prekarität, die in der Kultur- und Kreativwirtschaft seit jeher stark verbreitet sind, denen aber – u.a. unter dem Stichwort ‚neue Selbstständigkeit‘ – auch jenseits dieses Bereichs eine immer größere Bedeutung beigemessen wird. Die Kultur- und Kreativwirtschaft gilt dabei oft als Vorreiterin eines allgemeinen Trends im Wandel der Arbeit.

Die hier vorliegende Studie bezieht sich in diesem Kontext auf ein doppeltes Forschungsdefizit:

- zum einen auf die Vernachlässigung der Arbeits- und Lebensbedingungen insbesondere der ‚Kulturselbstständigen‘ in vielen der mit der Kultur- und Kreativwirtschaft befassten Untersuchungen und Debatten einerseits und in der Arbeitsforschung andererseits;
- daraus ergibt sich zum anderen eine nur unzulängliche Ausleuchtung arbeitspolitischer Perspektiven in diesem Forschungsfeld – und zwar sowohl im Hinblick auf arbeitspolitische Handlungsbedarfe in der Kultur- und Kreativwirtschaft selbst wie auch im Hinblick auf arbeitspolitische Potenziale und Inspirationen, die aus der Betrachtung von Kulturarbeitsmärkten gewonnen werden können (vgl. dazu Haak/Schmid 2001).

Arbeitspolitik ist in Anlehnung an Frieder Naschold (1984a und b) und Scheele (2005, 2008) als ein über die politische Sphäre im klassischen Sinn hinausgehendes Konzept zu verstehen, in das unter anderem der Betrieb als arbeitspolitische Mikrostruktur eingearbeitet ist. Vorrangiger Bezug des Konzepts der Arbeitspolitik ist abhängige Beschäftigung bzw. Lohnarbeit. Traditionell ist selbstständige Erwerbstätigkeit ein – im Vergleich zur abhängigen Beschäftigung – eher weniger bearbeitetes Forschungsfeld der Sozialwissenschaften insgesamt. In besonderer Weise gilt dies für die Arbeitsforschung und die Arbeitspolitik. Im Zuge des allgemeinen Wandels der Arbeit verschwimmen nun allerdings die ehemals klaren Grenzen und Unterschiede zwischen abhängiger Beschäftigung und selbständiger Erwerbstätigkeit. Die Kulturselbstständigkeit gilt dabei weithin als Vorreiter dieser Entwicklung – oft ohne eine wirklich überzeugende Klärung des Gehalts der zugrunde gelegten Begrifflichkeiten. Dies betrifft nicht nur das Konzept der Selbstständigkeit sondern auch das Verständnis

von Kultur – nicht nur aber auch in der Verbindung mit oft ebenfalls eher schwammigen Begriffen von Wissen und Kreativität.

Im Zuge einer allgemeinen, unter dem Stichwort ‚Wissensgesellschaft‘ breit diskutierten Kulturalisierung der Erwerbsarbeit in Verbindung mit ihrer Mediatisierung, Globalisierung und erwerbsbiografischen Verflüssigungstendenzen lassen sich unterschiedliche Segmente der Kulturarbeit auch immer schwieriger eindeutig definierten Professionen und trennscharf differenzierten Branchen zuordnen. In Bezug auf die Medienwirtschaft kommen beispielsweise Annette Henninger und Nicole Mayer-Ahuja zu folgendem Befund: „Durch die zunehmende Konvergenz zwischen traditionell getrennten Bereichen der Medienwirtschaft, die im Entstehen der Multimediabranche ihren augenfälligsten Ausdruck findet, haben die Überschneidungen zwischen den hier betrachteten Teilsegmenten der Creative Industries an Bedeutung gewonnen“ (Henninger/Mayer-Ahuja 2005: 2).

Trotz der Schwierigkeiten einer begrifflichen Bestimmung hält die vorliegende Studie am Konzept der „neuen Selbstständigkeit“ (vgl. dazu Vonderach 1980; Bögenhold 1987; Bologna 2006, 2007; Schulze Buschoff 2007, zuletzt kritisch: Muckenhuber 2014) fest, da es sich als durchaus hilfreich für die Auseinandersetzung mit arbeitspolitischen Implikationen und Potenzialen von ‚Kulturselbständigkeit‘ erweist. Damit geht ein weites Verständnis von Kultur- und Kreativarbeit einher, das sich weder auf berufliche Klassifikationen noch auf gängige Ordnungen der Wirtschaftszweige orientiert. In diesem Zusammenhang gewinnen die Geschlechterverhältnisse – so eine der Arbeitsthemen der vorliegenden Studie – sowohl für die begriffliche Bestimmung wie aber vor allem auch für die soziale Verortung von Kulturarbeit und Kulturselbstständigkeit eine zentrale Bedeutung.

Welche arbeitspolitischen Anregungen lassen sich aus der Analyse kreativer Arbeit ableiten? Mit dieser Leitfrage für die nachfolgenden Untersuchungen verbindet sich die Frage nach den die kreative Arbeit in der Kulturwirtschaft strukturierenden politischen Ebenen und Institutionen. Wie verschränken sich lokale, überregionale, europäische und globale Dimensionen der Erwerbsmärkte kreativer Arbeit und des darauf bezogenen oder inspirierten politischen Handelns – insbesondere in einer perspektivisch europäischen Fluchtlinie? Darüber hinaus stellt sich die Frage nach Verbindungen und Spannungen zwischen strukturellen, kollektiven und subjektbezogenen Handlungsebenen mit je eigenen Relevanzsetzungen. Begriffliche Vorklärungen sind

ebenso unerlässlich wie eine inhaltliche Konkretisierung der Gegenstands der nachfolgenden Untersuchungen, also der Kulturarbeit insbesondere in der Form der Kulturselbstständigkeit. Auch die arbeitspolitische Orientierung der vorliegenden Studie erfordert begriffliche und konzeptionelle Vorklärungen für die Erarbeitung eines theoretisch fundierten und forschungspragmatisch funktionsfähigen Analyserahmens.

Die vorliegende Studie ist explorativ angelegt: Leerstellen in der Forschung werden aufgezeigt, können aber nur punktuell bearbeitet werden; bislang eher unverbundene Forschungsansätze werden in Beziehung zu einander gebracht, ohne hier der Anspruch verfolgt wird, daraus eine in sich konsistente Theorie zu entwickeln. Das triangulativ erzeugte Untersuchungsdesigns kombiniert verschiedene Methoden zur Bearbeitung je verschiedener Fragen, ohne diese vollständig beantworten zu können. Eine qualitativ vergleichende Untersuchung aus den Jahren 2005 bis 2007 beleuchtet subjektive Handlungsstrategien, Vernetzungs- und Subjektivierungsformen eher punktuell-exemplarisch als umfassend-systematisch. Im Nachzeichnen der strukturellen Entwicklungen des Feldes werden geschlechtsspezifische Besonderheiten deutlich; zur Frage, ob und inwieweit die Kulturwirtschaft tatsächlich als Avantgarde des Zukunfts(arbeits-)Markt gelten kann, können Indizien und Argumente aufgezeigt werden, die sich aber (noch) nicht zu einem eindeutigen Befund verdichten. Mit der Skizze verschiedener Ansätze gewerkschaftlicher Interessenspolitik im Feld der Kulturarbeit werden Schlaglichter auf neue Herausforderungen der Arbeitspolitik geworfen und Schwierigkeiten ihrer Bewältigung sichtbar. Trotz ihrer vielfältigen Begrenzungen verfolgt die vorliegende Studie den Anspruch, einen bescheidenen Beitrag zur Erschließung der arbeitspolitischen Herausforderungen und Potenziale der Kulturarbeit, insbesondere in der Form der Kulturselbstständigkeit zu leisten.

Die Studie gliedert sich in drei Teile: Im ersten Teil (Kapitel A) werden Forschungslinien und theoretische Grundlagen der Untersuchung sowie der Kontext der darin verfolgten Fragestellungen erläutert. Dem doppelten Erkenntnisinteresse der Studie entsprechend befasst sich Kapitel A zunächst mit begrifflichen Bestimmungen und sozial(wissenschaftlich)en Verortungen von Kulturarbeit (Teil A1). Daran anschließend geht es um die Frage nach einem arbeitspolitischen Analyserahmen, der einerseits den Spezifika der Kulturarbeit gerecht wird, diese aber zugleich im Hinblick auf allgemeine Herausforderungen und Potentiale zukunftsfähiger Arbeitspolitik gesellschaftstheoretisch kontextualisiert (Teil A2). Der zweite Teil der Studie (Kapitel B) ist

dem Design der empirischen Untersuchungen gewidmet. Deren Durchführung und die aus der Vermittlung mit theoretisch-konzeptionellen Vorüberlegungen gewonnenen Befunde und Erkenntnisse sind Gegenstand des dritten Teils (Kapitel C). Die Studie wird abgeschlossen durch ein resümierendes Fazit.

Für die Integration arbeitspolitischer Ansätze in die Entwicklung des Analyserahmens der empirischen Untersuchungen zur Kulturarbeit und Kulturselbständigkeit verbindet die vorliegende Studie das Konzept der Arbeitspolitik in Anlehnung an Naschold und Scheele mit Erkenntnissen aus den Debatten um die Varieties of Capitalism (VoC) und den Wandel staatlicher Regulierung von ‚Government zu Governance‘; ergänzend wird auf den Forschungsansatz der „erwerbsstrukturierenden Institutionen“ (Vgl. Pries 1998, 2005 und 2010) zurückgegriffen. Zur Vermittlung zwischen analytischen Befunden und normativer Orientierung wird an das im Marburger Forschungskontext GendA entwickelte Konzept der Soziabilität<sup>5</sup> (vgl. u.a. Janczyk 2009, Kurz-Scherf 2007, Scheele 2008) angeknüpft.

Ein Rückgriff auf die politikökonomische Governance-Forschung bietet sich deshalb an, da sie einen wichtigen Beitrag für die arbeitspolitische Interpretation von markt- und ökonomiespezifischen Indizes leistet und auch soziale Kräfteverhältnisse ins Blickfeld rückt. Allerdings wird in diesem Ansatz die Verbindung zur subjektiven Ebene schwierig, da sie eher auf korporatistische Arbeitsbeziehungen fokussiert. Deshalb beziehe ich mich auf den Ansatz der erwerbsstrukturierenden Institutionen von Ludger Pries, dem wiederum eine normative Seite fehlt, wie sie mit dem Konzept der Soziabilität von Arbeit als einer feministischen Weiterentwicklung der klassischen Ansätze zur Humanisierung entwickelt werden kann.

Der empirische Teil der nachfolgenden Untersuchungen umfasst einen Methodenmix aus (vorrangig) qualitativer und quantitativer Sozialforschung, durch den die theoretisch-konzeptionellen Ausführungen nicht nur überprüft, sondern zugleich auch weiterentwickelt werden. Um die subjektiven Handlungsdimensionen herauszuarbeiten, wird im empirischen Teile der Studie zunächst ein qualitatives Design gewählt, da nur darüber Strategien oder prozessbezogene Dynamiken im Erwerbs- und Lebensalltag rekonstruierbar werden. Die Erweiterung erwerbszentrierter Prekarisierungsbegriffe

---

<sup>5</sup> Sociabilité bzw. Soziabilität befindet sich bereits bei Émile Durkheim in seinen Ausführungen zur gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die er 1886 vorgelegt hat. Das Buch kann als Klassiker der Soziologie gekennzeichnet werden.

(Mayer-Ahuja 2003; Dörre 2005), die sich teilweise materialimmanent aufdrängt, aber auch aus arbeitspolitischen Überlegungen „abduktiv“ (Hildebrandt 2000: 34) erzeugt wurde, dient der Schärfung der Analysekategorien. Anhand dieser Kategorien erfolgt dann die Rekonstruktion der ökonomischen, sozialen, kognitiven und kulturellen Ressourcen von Kulturarbeit bzw. Kulturselbstständigkeit sowie der Erwerbssituationen und der mit der Erwerbsarbeit verbundenen Partizipationschancen in diesem Feld. Die rekonstruierte Bedeutung von unterschiedlichen Vernetzungsformen und -modi erhält eine arbeitspolitische Lesart.

Von der Annahme ausgehend, dass Kulturarbeit in besonderem Maße in die Europäisierung und Globalisierung von Märkten und Politik einbezogen ist und diese auch selbst vorantreibt, wird auch eine qualitative Vorstudie der Autorin, die 2005 und 2007 im Rhein-Main-Gebiet und in der Agglomeration Madrid durchgeführt wurde, zurückgegriffen. In dieser Vorstudie wurden pro Untersuchungskontext ab Mitte des letzten Jahrzehnts ca. zehn, vor allem erwerbszentrierte Interviews mit zum damaligen Zeitpunkt kulturselbstständigen Dienstleister\_innen geführt, deren Einkünfte sich aus unterschiedlichen Arrangements von öffentlicher und privater Finanzierung speisen und deren Tätigkeit inhaltlich eine Bandbreite von Museum, Film, wissenschaftsnahem Journalismus und Bildung abdeckte. Die Auswahl des Rhein-Main-Gebietes erfolgte aus forschungspragmatischen Gründen. Mit dem Anliegen, durch den ‚Blick nach außen‘ mehr über Hiesiges und perspektivisch über Europäisierung zu lernen, wurde mit Spanien beziehungsweise der Agglomeration Madrid ein Ort gewählt, in dem „Arbeitspolitik als Sozialpolitik“ tradiert wird (Lessenich 1995). Der Wohlfahrtsstaat folgt in Spanien allerdings „einer selektiven Logik der Risiko-Umverteilung“ (ebd.: 233). Dementsprechend zeichnet sich dort seit Längerem eine deutliche Segmentierung des Arbeitsmarktes mit starker Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse junger Menschen ab. Während Madrid in einen traditionell schwächer ausgebauten Wohlfahrtsstaat eingelassen ist, ist das Rhein-Main-Gebiet in aktuelle Prozesse des Um- und Abbaus wohlfahrtsstaatlicher Regularien involviert. Zugleich stehen beide Forschungskontexte unter einer einheitlichen europäischen Beschäftigungsstrategie und marktpolitischen Harmonisierungsbestrebungen. Auch wenn Bestrebungen nach einer gemeinsamen Verfassung für die Europäische Union vorläufig gar nicht mehr realisierbar scheinen, so sind doch gemeinsam geteilte Märkte und daraus resultierende soziale Verflechtungen und Reisefreiheiten (noch) nicht wieder

umgekehrt worden. Die für die Kulturmärkte besonders weit entwickelte Europäisierung geht einher mit alten und neuen Problemen von Rassismen, Xenophobie und Antisemitismen (vgl. Ahlheim (Hg.) 2007), die auch und gerade in arbeitspolitische Handlungsbedingungen und -optionen hineinwirken.

Durch die Analyse von Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den betrachteten Regionen wie aber auch zwischen verschiedenen Feldern der Kulturarbeit bzw. Kultur-Selbständigkeit wird u.a. deutlich, dass und wie sich arbeits- und sozialpolitische Bedarfe überlagern können. Teilweise bestehen Anknüpfungspunkte an Soziale Bewegungen (diesbezüglich sind die Interviewpartner\_innen in Madrid stärker „in Bewegung“ als im Rhein-Main-Gebiet). Die Vernetzungsformen verlaufen in der Regel erwerbszentriert und professionell, wenngleich diese im madrilénischen Sample stärkere Politisierungsweisen und Vermischungen zwischen Arbeit und Leben aufweisen. Weiterhin ist in beiden Regionen – aus unterschiedlichen Gründen – der Arbeitsraum eine knappe Ressource. Deutlich wird zudem, dass familiales Kapital und verstärkt auch Bildungskapital eine im Vergleich zu früheren Phasen vermehrter Existenzgründungen (vgl. dazu Vonderach 1980) immer wichtiger werdende Rolle spielen. Gerade in diesem Kontext werden allerdings geschlechtsspezifische Problemlagen und Handlungsbedarfe besonders deutlich. Zum einen zeigt sich die Vereinbarkeitsthematik als eine in hohem Maße geschlechtsspezifisch strukturierte Komponente von Kulturarbeit bzw. Kulturselbständigkeit, die in diesem Feld aber ohnehin eine spezifische Ausprägung erfährt. Zum anderen enthalten sowohl die Interviews wie auch das sekundäranalytisch aufbereitete Material deutliche Hinweise auf eine Tradierung geschlechtshierarchischer Positionen im Kulturarbeitsmarkt (vertikale und horizontale Arbeitsteilung und Segregation mit ausgeprägtem Gender Pay Gap).

Im letzten empirischen Teil der hier vorliegenden Studie werden zur Illustration der arbeitspolitischen Implikationen und Herausforderungen von ‚Kultur‘ als Erwerbs- und Berufsfeld unterschiedliche gewerkschaftliche Ansätze des Umgangs mit Kulturarbeiter\_innen und darauf orientierte Organisationsmodelle in den beiden Forschungsregionen aufgezeigt. Dabei wird deutlich, dass übereinstimmend für freiberufliche Kulturarbeiter\_innen der Staat stärker ins Zentrum von arbeits- und sozialpolitischen Forderungen rückt als der Betrieb. Die Überlegungen werden im Schlusskapitel im Hinblick die Leitfrage der Studie nach dem arbeitspolitischen Potential der Kulturwirtschaft und im Hinblick auf weitere Forschungsbedarfe zusammengeführt.





## **A Forschungslinien, Theorie, Kontext**

Der Abschnitt A der Dissertation erfüllt vor allem zwei Aufgaben. Darin soll geklärt werden, welche Forschungsergebnisse es in Bezug auf Erwerbshandeln und Partizipation durch Kulturselbstständigkeit gibt. Darauf aufbauend wird geprüft, welche Ansätze welche Beiträge leisten, um subjektorientiert eine bestimmte neue Form des pluralisierten Erwerbsarbeitens, die Kulturselbstständigkeit sowie das Kultur-Schaffen theoretisch-konzeptionell in den Blick zu bekommen (Kap. A 1). In Kapitel A 2 wird dann der theoretisch-konzeptionelle Rahmen für die Dissertation entwickelt. Dazu wird Ludger Pries' institutionalistischer Ansatz gewählt der Erwerbsarbeit strukturierenden Kräftefelder, der selbstständige und unselbstständige Erwerbsarbeit in den Blick nimmt und deshalb für den Anwendungsfall der Kulturarbeit besonders geeignet ist. Durch die normative Ausrichtung der Studie wird auf die Leitidee der soziablen Arbeit zurückgegriffen, die im Rahmen des Forschungsprogramms von GendA entwickelt und in sich darauf stützenden Studien weiterverarbeitet wurde. Die Debatte der Varieties of Capitalism (VoC) und Capitalism in Crisis (CC) wird in Bezug auf neuere Entwicklungen gestreift, da diesen auch institutionentheoretische empirische Fundierungen zu Grunde liegen.

### **1 Begriffliche Bestimmungen und Verortung von Kulturarbeit**

Der diffuse Gegenstand der Kulturselbstständigkeit kann aus der Zusammenfügung von Bausteinen aus disziplinär, theoretisch, methodisch und im Ziel unterschiedlich angelegten Forschungsvorhaben gewonnen werden, die gewissermaßen neu ‚geschichtet‘ werden. Darin finden sich sowohl Studien, die Selbstständigkeit in den Mittelpunkt stellen, als auch Studien zur Kulturerwerbsarbeit aus subjektorientierter Perspektive sowie beide Teilbereiche verbindende Forschungsarbeiten. Dezidiert politikwissenschaftliche Arbeiten sind nicht vorhanden, allerdings gibt es Bezugspunkte zu Politikfeldern, wie insbesondere der Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik. Aus der Vielzahl von Anknüpfungspunkten werden im Folgenden die Argumentationsmuster und Ergebnisse rekonstruiert, die sich auf Erwerbshandeln mit arbeitspolitischer Lesart und die Thematisierung von Geschlechterverhältnissen beziehen lassen. Erläutert werden die Definitionen von Selbstständigkeit aus statistischer und rechtlicher Sicht sowie die für die Studie vorgeschlagene Definition von Kulturselbstständigkeit, wei-

terhin die für die vergleichende Anlage wichtige, vergleichend und lokal orientierte Forschung, die nicht notwendigerweise den Anwendungsfall von kultureller Arbeit im Fokus hat, sondern Möglichkeiten und Grenzen von Vergleichen aufzeigt. Ein Themenfeld ist auch ein Ausschnitt aus der Gründungsforschung. Das Kapitel abschließende Schwerpunkte bilden schließlich die arbeitspolitische Lesart eines hybriden, von Individualisierung gekennzeichneten Erwerbsfeldes sowie erkennbare normative Forschungsgehalte.

Disziplinär ins Gewicht fallen auch die umfangreichen Studien, die sich an der Schnittstelle von betriebs- und volkswirtschaftlicher Ausrichtung befinden. Darin wird vornehmlich das Unternehmertum betrachtet sowie eine Fülle an sozialwissenschaftlichen Arbeiten auf die arbeitspolitischen Fragestellungen hin abgeklopft. Zum Teil weisen die Arbeiten einen inter- und transdisziplinären Charakter auf.<sup>6</sup>

Die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen wurden lange als zu bearbeitende Abweichungen vom Normalarbeitsverhältnis diskutiert. Spätestens seit der Krise von 2008 liegt offen zutage, dass ein Wandel im Gegenstandsbereich stattgefunden hat, der konzeptionell eingeholt werden muss. Es ergibt sich ein eklatanter Widerspruch zwischen der wachsenden sozialen Bedeutung eines Phänomens und seiner Ortlosigkeit im Gestrüpp sich perpetuierender theoretischer Diskurse. Zu Beginn der meisten Arbeiten geht es zunächst sinnvollerweise darum, den Gegenstand der Selbstständigkeit zu klären und möglichst eindeutig abzustecken – ein beliebtes Argumentationsmuster beschreibt die ‚Unmöglichkeit‘, Ambivalenz und Uneindeutigkeit der Klassifizierung und zwar in unterschiedlicher Hinsicht.

---

<sup>6</sup> Exkurs: Interdisziplinarität als Desiderat ist in Deutschland immer wieder im Rahmen der Frauenforschung artikuliert worden (Knapp /Landwehr1995) Dabei tragen die einzelnen Wissenschaftler\_innen viel stärker additiv ihr Wissen, das jeweils aus der disziplinären Perspektive gewonnen wurde. Transdisziplinarität geht einen Schritt weiter. Aus der Überlegung heraus, dass aktuelle Problemstellungen nur unzureichend disziplinär beantwortet werden können, werden, problemorientiert, disziplinäre Herangehensweisen und Methoden eingesetzt, um bereits im Ansatz ein möglichst dichtes Bild eines Forschungsgegenstandes zu generieren. Die feministische Politikwissenschaft hat demnach disziplinäre und disziplinenübergreifenden Zugänge (ob trans- oder interdisziplinär, soll hier nicht im Einzelnen nachgezeichnet werden). Die hier vorgelegte Bezugnahme auf die Politikwissenschaft bringt in der Regel einen Blick auf institutionell verfestigte, über Macht etc. gesteuerte Analyse mit sich. Fast schon klassisch in der jungen Disziplin sind die Felder der Politischen Theorie, Institutionenlehre, Demokratie- und Parteienforschung sowie der Internationalen Beziehungen. Aus der Soziologie stammende Einflüsse werden hier produktiv genutzt, um Macht- und Herrschaftsverhältnisse als verschränkt begreifen zu können und einen qualitativ untersuchten Gegenstand Kulturselbstständigkeit sozialwissenschaftlich zu verorten (politikwissenschaftlich und soziologisch).

Die vorgelegte Studie leistet demnach Pionierarbeit bezüglich sich aufdrängender veränderter sozialer Fragen, die zunächst kategorial gefasst werden müssen.

„Während über das sog. ‚Normalarbeitsverhältnis‘ abhängig Beschäftigter ein weitgehender Konsens besteht, der zudem durch arbeits- und sozialrechtliche Normen untermauert ist, findet sich für selbstständig Erwerbstätige bislang keine allgemein verbindliche Begriffsbestimmung. Insbesondere (...) und vor allem die sog. ‚Scheinselbstständigen‘ in der Grauzone zwischen abhängiger Beschäftigung und selbständiger Berufsausübung sind terminologisch kaum zu lokalisieren. Aus den begrifflichen Unschärfen resultieren Schwierigkeiten und Abgrenzungsprobleme bei der Generierung empirischen Datenmaterials, die ihrerseits zwangsläufig Unschärfen empirischer Befunde auf dieser Grundlage zur Folge haben.“ (Wießner 2001: 20).

Das bedeutet, dass sowohl definitorische Schwierigkeiten bestehen, wenn zeitdiagnostisch, 'das Neue' abgegrenzt werden soll als auch, was Ergebnisse und Resultate anbelangt. Dieter Bögenhold und René Leicht vertreten die These, dass nicht die Erwerbsform der Selbstständigkeit selbst neu sei, sondern dass exogene Faktoren das Neue ausmachten und deshalb das säkulare Wachstum der Selbstständigenquoten nach sich zögen. Dabei sehen sie zwei greifende Ursachen, die sie vor allem für das Wachstum der Klein- und Kleinstunternehmen für ausschlaggebend halten. In der Reihung werden dabei ausgeführt, (1) sektorale Struktureffekte, die das Potenzial für Gründungen im Dienstleistungsbereich erfassen sowie (2) die Restrukturierungs- und Dezentralisierungsstrategien der größeren Unternehmen, womit das Themenfeld des Outsourcing abgesteckt wird, das Zuwächse an Gründungen im sekundären Sektor, allerdings auch im tertiären und quartären Sektor nach sich zieht.<sup>7</sup> Laut Sergio Bologna kann die selbstständige Arbeit selbst gar tayloristische Merkmale aufweisen „je nachdem ob sie innerhalb der Normen der tayloristischen Arbeitsorganisation ausgeführt wird, welche ihr die Rhythmen und Verfahrensweisen vorschreibt, oder ob diese Vorgaben fehlen.“ (Bologna 2006: 9). Heutzutage werden allerdings in einschlägigen Studien im Bereich der Klein- und Kleinstunternehmen vor allem wis-

---

<sup>7</sup> In dieser Lesart wird zudem am Rande deutlich, dass von ‚Deindustrialisierung‘ nicht die Rede sein kann, sondern auch Industriebetriebe sehr wahrscheinlich dazu beitragen, unternehmensnahe, selbstständig erbrachte Dienstleistungen zu fördern (Di Pasquale 2008). Auch Dörre zeigt, dass Österreich und Deutschland die einzigen EU-Länder sind, in denen die Industriebeschäftigung auch nach der Krise 2008 um rund sechs Prozent gestiegen ist (Dörre 2014: 38).

sens- oder technologieintensive Unternehmungen untersucht, um den Strukturwandel von Erwerbsarbeit nachzuzeichnen.

Die Frage in der Forschung lautet demnach nicht nur, was tatsächlich ‚neu‘ ist an der Selbstständigkeit, sondern es scheint auch forschungslogisch und -immanent geboten, dass Neue auszuloten, wofür es notwendig ist, statistische, rechtliche und begriffliche Unschärfen sichtbar zu machen.

## **1.1 Konturierung der Begrifflichkeiten**

### **1.1.1 Prekäres Unternehmertum vs. unternehmerischer Geist**

Zunächst wird selbstständige Erwerbsarbeit als Gegenstand der Statistik dargestellt, auch um die inhärenten, geschlechtsspezifischen Ausblendungen sichtbar zu machen. Die OECD, als prominenter internationaler Akteur, stützt sich auf die folgende Definition:

„Self-employment is defined as the employment of employers, workers who work for themselves, members of producers' co-operatives, and unpaid family workers. The latter are unpaid in the sense that they lack a formal contract to receive a fixed amount of income at regular intervals, but they share in the income generated by the enterprise. Unpaid family workers are particularly important in farming and retail trade. All persons who work in corporate enterprises, including company directors, are considered to be employees. Self-employment may be seen either as a survival strategy for those who cannot find any other means of earning an income or as evidence of entrepreneurial spirit and a desire to be one's own boss.” (OECD 2015).

In der Definition der OECD wird dargestellt, welche Personen unter Selbstständige fallen: Arbeitgeber\_innen mit Beschäftigten, Arbeiter\_innen, die auf eigene Rechnung arbeiten und unbezahlte Familienarbeiter\_innen. Mit dieser Definition werden die statistische Operationalisierbarkeit und die internationale Vergleichbarkeit auf der Grundlage sehr unterschiedlicher nationaler Statistiken gesucht. Die Figur des Managers („director“) wird ausgeschlossen, vermutlich auch, da dieser Entscheidungsbefugnisse entgegennimmt und die eingesetzten Ressourcen nicht persönlich besitzt. Aufgrund dieser breiten Definition wird implizit die Rechtsform angesprochen, die die Unternehmung aufweisen kann (mit/ohne Angestellte). Ein weiteres, mögliches Kriterium von Selbstständigkeit wird darin nicht angesprochen: die Verfügungs-

gewalt über eingesetzte Ressourcen (Technologie, Erwerbsarbeit etc.) und über den Besitz von Kapital. Selbstständigkeit wird als *Überlebensstrategie* gekennzeichnet oder das Verfügen *eines unternehmerischen Geistes*, der verknüpft ist mit dem Wunsch, der/die eigene Chef\_in zu sein. Unter der Annahme, dass vor allem Frauen unter die Kategorie der *mithelfenden Familienangehörigen* subsumiert werden, wären diese abhängig vom Betrieb des (Ehe-)Mannes und darin läge ein nicht unbeachtliches Risiko für die Altersabsicherung oder auch einen eigenständig wahrnehmbaren Erwerbsstatus. Berücksichtigt wird in der Definition der OECD prekäre Selbstständigkeit für diejenigen, die als *Überlebensstrategie* selbstständig sind und *keine anderen Mittel für die Existenzsicherung* haben. Es ist zu vermuten, dass auch die Unterscheidung zwischen den prekären Unternehmer\_innen und denjenigen, die über den essentialistisch anmutenden unternehmerischen 'Spirit' verfügen, einem geschlechtsspezifischen Bias unterliegt.

Auf der Grundlage der ISCE-93 Klassifikation<sup>8</sup> wird weiterhin unterschieden zwischen Angestellten, Unternehmern, Soloselbstständigen, Mitgliedern von Kooperativen, mithelfenden Familienangehörigen sowie nicht klassifizierbaren Erwerbstätigen (vgl. OECD 2000: 191). Dass es dabei Schwierigkeiten bei der Klassifikation gibt, ist offensichtlich, wenn dort steht, dass beispielsweise Geschäftsführer\_innen, die in einem Unternehmen allein oder zusammen mit anderen Familienangehörigen oder Partner\_innen erwerbstätig sind und die Entscheidungsbefugnis über Geschäftsbeziehungen sowie Weisungsbefugnis gegenüber Angestellten haben, statistisch als Alleinselbstständige oder Unternehmer\_innen geführt werden, obwohl diese dann wiederum bei der Besteuerung im Allgemeinen als Angestellte veranschlagt werden.

„Owner-managers of incorporated enterprises are workers who hold a job in an incorporated enterprise, in which they: a) alone, or together with other members of their families or one or a few partners, hold controlling ownership of the enterprise; and b) have the authority to act on its behalf as regards contracts with other organisations and the hiring and dismissal of persons in the 'paid employment' of the same

---

<sup>8</sup> Statistische Erhebungen sind in der Regel sehr kostenintensiv und dienen u.a. der Sozialberichterstattung, der Erkenntnis über gesamtgesellschaftliche Trends und der Prognosenbildung. Dadurch werden Abstimmungen nötig, die sowohl einen Konsens über das zu Erhebende nötig machen als auch die Schwierigkeiten der Erfassung von veränderten Erwerbsformen. Dies macht Längsschnitte im Bereich der Erwerbsarbeit teilweise schwierig, weil beispielsweise seit 1993 eine Klassifikation zur Stellung im Erwerbsleben der ILO vorgelegt wurde (ISCE-93), die neuen Erwerbsbereichen Rechnung tragen soll.

organisation. For labour force analysis they are normally best classified as self-employed, either as own-account workers or, more often, employers. However for taxation purposes they are generally counted as employees, (...)” (ebd.).

Es lässt sich feststellen, dass die statistischen Operationalisierungen zur selbstständigen Erwerbsarbeit knapper verbleiben als die der abhängigen Erwerbsarbeit.<sup>9</sup> Der Ableitung selbstständiger Erwerbsarbeit aus der unselbstständigen Erwerbsarbeit liegt vermutlich auch die im Recht vorgenommene Ableitung zugrunde, die die selbstständige Erwerbsarbeit als 'die andere Erwerbsarbeit'<sup>10</sup> erscheinen lassen. Es wird zu zeigen sein, dass sich geschlechtsspezifische und erwerbsarbeitliche Verhältnisse und damit verbundene Statuszuweisungen gleichsam kreuzen, d.h. dass das Gros der auf eigene Rechnung Tätigen, ohne Angestellte, Frauen sind, mit den damit verbundenen Vor- und Nachteilen. Das Konstrukt der Unternehmerpersönlichkeit betrachtet Matthias Euteneuer als durchaus verhandelbar (Euteneuer 2011: 42ff.). Ulrich Bröckling sieht in dem 2007 neu erschienenen und 2013 neu aufgelegten Buch zum „unternehmerischen Selbst“ gar einen kategorischen Imperativ der Gegenwart, bei dem – mit Negt im Rückgriff auf Marx gesprochen – die „lebendige Arbeit“ (Negt 1987) selbst Gegenstand permanenter Selbstoptimierung ist. Dass die-

---

<sup>9</sup> Dazu heißt es, dass Angestellte, diejenigen sind, die explizit oder implizit über Beschäftigungsverträge verfügen, die das wesentliche Einkommen sichern, welches nicht direkt vom Betriebseinkommen abhängig ist. Einige oder alle eingesetzten Hilfsmittel, Kapitalausstattung, Informationssysteme und/oder vom Stelleninhaber genutzten Voraussetzungen für die Arbeitserbringung können anderen gehören. Die Stelleninhaber\_innen können unter direkter Kontrolle tätig sein oder festgelegten Richtlinien folgen, die von einem, einer Geschäftsinhaber\_in (oder mehreren) oder auch von deren Delegierten vorgegeben werden. Bezahlte Erwerbsarbeit wird in der Regel über Löhne und Gehälter entlohnt, kann aber auch über Kommissionszahlungen, Vergütung nach Stückzahlen, Boni oder Sachleistungen wie Lebensmittel, Unterbringung oder Ausbildung erfolgen. (ebd.: „Employee, or „paid employment“ jobs are those jobs where the incumbents hold explicit or implicit employment contracts which give them a basic remuneration which is not directly dependent upon the revenue of the unit for which they work. Some or all of the tools, capital equipment, information systems and/or premises used by the incumbent may be owned by others, and the incumbents may work under direct supervision of, or according to strict guidelines set by, the owner(s) or persons in the owners' employment. Persons in paid employment jobs typically remunerated by wages and salaries, but may be paid by commission from sales, by piece-rates, bonuses, or in-kind payments such as food, housing or training.” (ebd.).

<sup>10</sup> Die 'andere Erwerbsarbeit' ist abgeleitet von dem Grundlagenwerk von Simone de Beauvoir, die historisch und in einem Klassiker für feministisch orientierte Forschung nachzeichnet, weshalb Frauen als 'das andere Geschlecht' bezeichnet werden. Dieser Umstand verdankt sich einem androzentrischen Weltbild in Wissenschaft und Praxis, in der auch in der Wissensgenerierung und -vermittlung Frauen kontinuierlich als 'das andere Geschlecht' dargestellt und systematisch als abgeleitet von Mann und Männlichkeit etikettiert werden. (vgl. De Beauvoir 1972). Möglicherweise ließe sich diese andere, prekäre Arbeitsweise auch im Frame des 'Othering' begreifen, das vorrangig der Stabilisierung von Herrschafts- und Machtverhältnissen dient und auch statushöhere Subalterne beispielsweise im Kolonialismus nicht sichtbar werden ließ (vgl. Spivak 1985: 247ff.).



se lebendige Arbeit wechselseitig, ambivalent und komplex und nicht zuletzt intersektional<sup>11</sup> (Winker/Degele 2009) durchdrungen ist, nicht zuletzt von einem vermeintlichen Nebenwiderspruch<sup>12</sup> im „sogenannten Neoliberalismus“ (Kurz-Scherf 2009; Scheele 2012: 9). Kurz-Scherf zeigt in ihrem Plädoyer für einen feministischen Eigensinn ebenfalls auf, dass Kritikphänomene an der gegenwärtigen, kapitalistischen Wirtschaftsweise eben auch von unterschiedlichen sozialen Kräften und Bewegungen in komplexer Weise aufgegriffen werden und nicht per se sozialemanzipatorisch sind (vgl. Kurz-Scherf 2012: 81ff.).

### **1.1.2 Selbstständigkeit aus rechtlicher Sicht**

Aus rechtlicher Hinsicht wird deutlich, dass in allen europäischen Rechtssystemen zwischen abhängiger und selbstständiger Erwerbsarbeit unterschieden wird (Perulli o.J.: 7 ff.). Ist für die unselbstständige Erwerbsarbeit das Arbeitsrecht zuständig, gilt für die selbstständige Erwerbsarbeit das Zivil- und Handelsrecht. Im Arbeitsrecht wird die eigentlich den Tarifpartnern obliegende Aushandlung über Dauer des Arbeitsverhältnisses, Arbeitszeit, und -entgelt etc. geregelt, um Rechte und Schutz der schwächeren Position sicherzustellen. Selbstständige und Auftraggebende werden demgegenüber als ebenbürtige Vertragspartner\_innen konfiguriert und nur in wenigen Fällen gibt es Arbeitnehmerschutzvorschriften (ebd.: 8). Europaweit wird die Selbstständigkeit negativ definiert. Bezugsgröße, von der sie abgegrenzt wird, ist dabei die unselbstständige Erwerbsarbeit. Geschichtlich geht die Bezugsgröße auf das Römische Recht zurück, das die „*locatio operis*“ (ebd.: 9) als einen einzelnen Vertrag, den Werkvertrag, betrachtet, über den verschiedene Erbringungsarten von Leistungen geregelt werden.<sup>13</sup> Dazu zählen auch die in den geistigen oder freien Berufen erbrachten Leistungen, die neben dem Anwalts- und Arztberuf die Werbefachleute und Unternehmensberater\_innen umfassen sowie Erwerbsformen, die rechtlich oft noch nicht eindeutig geregelt sind, wie Franchising, Engineering, Factoring, Leasing,

---

<sup>11</sup> Gabriele Winker und Nina Degele erweitern die „Achsen der Differenz“ (Knapp/ Wetterer 2003) von Ethnizität, Klasse und Geschlecht um die Kategorie des Körpers (Winker/ Degele 2009)

<sup>12</sup> Zur Kritik der theoretischen Kontinuitäten in marxistisch orientierten Gedankengebäuden vgl. exemplarisch Kurz-Scherf 2012.

<sup>13</sup> Perulli verweist auf sich daraus ergebende ‚klassische‘, jedoch sehr unterschiedliche Arten von Vertrags- und Leistungsformen, die mir jedoch nicht auf der selben Ebene zu liegen scheinen, wie den Auftrag, die Agentur, die Erbringung oder Lieferung von Dienstleistungen und die geistigen Berufe (Perulli o.J.: 9f.).

Transfer von Know-How, Programmierung und Distribution von Software (ebd.: 10). Dem möchte ich noch das Subunternehmertum hinzufügen, das gerade im spanischen Kontext ein Politikum darstellt (s. explorative Studie Madrid). Es mache zwar Sinn, so Adalberto Perulli, zwischen dem Status des Unternehmers und dem der selbstständigen Erwerbsarbeit zu unterscheiden, da im ersten Falle eine deutlich ausdifferenzierte Organisationsstruktur, der Betrieb, vorhanden sei (ebd.: 11). Allerdings sei es im Falle von Klein- und Kleinstunternehmen so, dass die selbstständige Person als natürliche Person viel stärker mit der Unternehmung verbunden ist, weshalb Perulli es für seine Studie über abhängige Selbstständige vorzieht, keinen Unterschied zwischen Unternehmen und selbstständiger Erwerbsarbeit vorzunehmen<sup>14</sup>.

Grundsätzlich sind in den europäischen Staaten zwei Verfahren der Definition und Abgrenzung von abhängiger Erwerbsarbeit vorhanden. Zum einen gibt es die eher deduktiv operierende Gesetzgebung, die einheitliche Begriffe beider Erwerbsformen vorgibt. Zum anderen existiert die eher über Kasuistik festgelegte Rechtsprechungs-methode, bei der anhand von Bezugspunkten und Kriterien festgelegt wird, welche Form der Erwerbsarbeit vorliegt. Spanien zählt dabei neben anderen Ländern (Österreich, Belgien, Finnland, Italien, Norwegen, den Niederlanden, Portugal und Schweden) zu den Ländern, bei denen gesetzliche Definitionen vorliegen. Deutschland gehört zu den Ländern, in denen die Rechtsprechung überwiegt (neben Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Irland und Luxemburg). Perulli weist darauf hin, dass es sich hierbei um eine formale Zuordnung handle, der in der Praxis komplexe, begriffliche Bestimmungen zugrunde liegen (ebd.: 14f.). In Spanien wird bereits im ersten Artikel des Arbeiterstatuts<sup>15</sup> festgelegt, was Arbeitnehmer\_innen auszeichnet (Tätigkeit aus freien Stücken innerhalb der Organisation und weisungsgebunden gegenüber einer natürlichen oder juristischen Person, dem/der Arbeitgeber\_in oder Unternehmer\_in). Die selbstständige Erwerbsarbeit wird davon ausgeschlossen (ebd.: 29). Allerdings beziehen sich in jüngster Zeit, gewerkschaftliche Anstrengungen darauf, abhängige Selbstständige dezidiert in das Statut aufzu-

---

<sup>14</sup> Er weist allerdings darauf hin, dass es sich rechtlich um unterschiedliche Kategorien handle (ebd.: 11). Da in der vorliegenden Studie der Schwerpunkt auf Kleinstunternehmen liegt, schließe ich mich dieser Betrachtungsweise im empirischen Teil an (vgl. Empiriekapitel).

<sup>15</sup> Das 1980 eingeführte Arbeiterstatut ist die wichtigste rechtliche Grundlage für die Regulierung und Rechte der Arbeitsbeziehungen abhängiger Erwerbstätigkeit in Spanien und zuletzt 2007 überarbeitet worden.



nehmen (s. Ausblick C 3. zu gewerkschaftlichen Modellprojekten). In Deutschland gibt es weder für unselbstständig noch für selbstständig Erwerbstätige einen allgemeingültigen Gesetzesbegriff (ebd.: 21ff.). Das BGB unterscheidet zwischen Werk- und Dienstvertrag, was jedoch nicht genau die Linie zwischen beiden Erwerbsformen markiert. Sektoral wird weiterhin im Sozialgesetzbuch und im Steuerrecht geregelt, ob eine Tätigkeit als selbstständige oder unselbstständige Erwerbsform gilt.<sup>16</sup> Damit wird die selbstständige Erwerbsarbeit vor allem über Rechtsfelder, wie insbesondere das Steuerrecht, adressierbar.

Zudem gibt es eindeutige Rechtsbrüche wie im Fall von Scheinselbstständigkeit oder, wie es von den Comisiones Obreras heißt, *falscher Autonomie* (falsa autonomía (ISTAS 2015)). Das ISTAS (Instituto Sindical de Trabajo, Ambiente y Salud) ist eine gewerkschaftsnahe Stiftung, die von den Comisiones Obreras unterstützt wird und deren Ziele darin bestehen, „Aktivitäten für den sozialen Fortschritt zu initiieren, d.h. Arbeitsbedingungen zu verbessern, für den Umweltschutz [einzutreten, Anm. S.M.] und die Gesundheit der Arbeiter und Arbeiterinnen im Bereich des Spanischen Staates zu fördern“ (ISTAS 2015). Auch zeigt sie Graubereiche auf, die rechtlich und arbeitspolitisch Regulierungsbedarfe aufwerfen. Die Schwierigkeiten der Niederlassungsfreiheit beschäftigt auch aus sozialrechtlicher Sicht Bertram. Er sieht die Selbstständigen als eine Art Vorreiter\_innen für erwerbsbezogene Wanderbewegungen (vgl. Bertram 2004). Nicht nur die Migration von Personen selbst, sondern auch der Austausch von Gütern werden sehr kontrovers diskutiert, wie auch Proteste zum Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika zeigen.

### **Graubereiche: Abhängige Selbstständigkeit**

Abhängige Selbstständige sind vor allem Gegenstand juristischer Definitionsversuche. Damit wird ein kaum regulierter Graubereich zwischen selbstständiger und abhängiger Erwerbsarbeit angesprochen. Das Problem liegt auf der rechtlichen Ebene darin, dass abhängige Erwerbstätige positiv kodifiziert werden, dem Arbeitsrecht und

---

<sup>16</sup> Laut SGB, 4. Buch § 7 Abs. 1 liegt eine abhängige Erwerbstätigkeit vor, wenn für die Person mindestens drei von fünf Kriterien erfüllt sind: (1) die Person beschäftigt keine Arbeitnehmer\_innen, deren Entgelt das geringfügige Beschäftigungsentgelt überschreitet, (2) die Person ist auf Dauer und im Wesentlichen für nur einen Auftraggeber tätig, (3) die Person verrichtet regelmäßig entsprechende Tätigkeiten für den Auftraggeber oder einen vergleichbaren Auftraggeber (4) die ausgeführte Tätigkeit lässt typische Merkmale unternehmerischen Handelns bei der Tätigkeit nicht erkennen sowie (5) die Tätigkeit entspricht dem äußeren Erscheinungsbild nach der Tätigkeit, die die Person für denselben Auftraggeber zuvor aufgrund eines Beschäftigungsverhältnisses ausgeübt hatte.

dessen Schutzfunktionen unterliegen, während Selbstständige dem Zivil- und Handelsrecht zugeordnet sind. Nun gibt es Personen, die in der Erwerbsarbeit – über technologischen Wandel und Outsourcing induziert – arbeitnehmerähnliche Risiken tragen. Das heißt, dass sie gegebenenfalls von nur einem größeren Unternehmen wirtschaftlich abhängig sind und die Kriterien der illegalen Scheinselbstständigkeit dennoch nicht für sie zutreffen. Scheinselbstständige arbeiten, üblicherweise weisungsbefugt, mit den betrieblichen Produktionsmitteln, zum Teil in zeitlich vorgegebenen Mustern, rechnen aber auf Honorarbasis ab. Für diese neuen Selbstständigen gibt es keine Rechtssicherheit. Es wird angenommen, dass Ihre Zahl europaweit anwächst (Perulli o.J.; Schulze Buschoff 2004). Verlässliche Daten gibt es dazu allerdings nicht, sondern diese werden methodisch über Einschätzungen aus Experten\_inneninterviews gewonnen

### **1.1.3 Kulturselbstständige und -erwerbstätige in Studien und Statistiken bis 2015**

Zunächst wird einer breiten Definition von Kulturarbeit in freiberuflicher und selbständiger Form der Vorzug gegeben. Die selbstständig erbrachten Formen können in Bezug auf die Tätigkeitsfelder unterschieden werden, die einer berufsbezogenen Einordnung folgen. Da es selbstständig erbrachte Leistungen sind und qualitativ zunächst die Erwerbssituationen von Klein- und Kleinstunternehmen untersucht werden, können diese auch sehr unterschiedliche rechtliche Formen aufweisen, die besondere Risiken und Chancen und auch Kapitalintensität mit sich bringen. In Anlehnung an Betzelt beziehe ich mich empirisch im qualitativen Teil vor allem auf sog. sekundäre Kulturberufe bzw. Kulturselbstständige. Während unter „primäre Kulturberufe“ vor allem die freie künstlerische Produktion fällt, gelten die sekundären als stärker marktbezogen und kulturvermittelnd.<sup>17</sup> Diese können auch – wie in der Statistik des Mikrozensus vorgenommen – akademisch vorgebildete und inhaltlich ausgerichtete Freiberufler\_innen umfassen, wobei davon für diese Studie die publizisti-

---

<sup>17</sup> Im Rahmen des DFG-Schwerpunkts „Professionalisierung, Organisation, Geschlecht“ wurden in dem Projekt „Neue Formen von Selbstständigkeit in Kulturberufen“ zwischen 2001 und 2004 Branchenstudien, Sekundäranalysen der amtlichen Statistik, Verbandsbefragungen zur Mitgliederstruktur und 19 Experten\_innengespräche mit Repräsentanten der Berufsorganisationen und Institutionen der sozialen Sicherung geführt. Weiterhin wurden 306 Erwerbstätige zur Sozialstruktur schriftlich befragt, 42 biografische Leitfadeninterviews sowie teilstandardisierte Erhebungen von Berufsverläufen durchgeführt (Betzelt 2006: 9).

schen und künstlerischen Leistungen sowie Schnittstellen zum Bildungsbereich von Interesse sind.<sup>18</sup> Die statistische Betrachtung erfolgt in der Regel querschnittsbezogen. Da sich erwerbsbiografisch Phasen der Selbstständigkeit und der abhängigen Beschäftigung eher abzuwechseln scheinen, sind Paneldesigns auch wegen der eher geringen Fallgrößen in Bezug auf spezifische Erwerbsfelder wenig aussagekräftig (Betzelt 2006: 8). Deshalb schlage ich eine breite inhaltliche Definition vor, die querschnittsbezogen verstanden werden soll. Wie Nicole Mayer-Ahuja und Annette Henninger darlegen, scheint eine breite Definition auch sinnvoll, da sich neue und innovative Erwerbstätigkeitsfelder zum Teil gar nicht trennscharf in bestehende Klassifikations- und Abgrenzungsraster einsortieren lassen. Deren Teilbranchen umfassen fünf sehr unterschiedliche Teilsegmente der sogenannten *Creative Industries* (Presse-Verlagswesen, Film- und Rundfunk, Design, Werbung/Multimedia und Software/IT), die noch breiter und sowohl unternehmens- als auch technologie- und kapitalbezogen ausdifferenzierter sind als die Branchen der von mir untersuchten Erwerbstätigen. Bei der Studie der beiden Autorinnen wird auch deutlich, dass die Teilsegmente nur analytisch von einander getrennt werden und es deutliche Gemeinsamkeiten zwischen ihnen gibt. Das Argument wird hier auf die innerhalb der Branchen entstehenden Tätigkeitsfelder angewandt, es lässt sich aber meines Erachtens auf die berufliche Ausrichtung in den Kulturberufen selbst beziehen, die teilweise gar nicht mehr so eindeutig voneinander abzugrenzen sind und die dann – im Mikrozensus beispielsweise – in die ‚Residualkategorie‘ der Gruppe „sonstiger freier Berufe“ eingeordnet werden (Betzelt 2006: 6).

Ich beziehe mich in meinen Ausführungen nicht auf ein implizit nationalstaatlich zugeschnittenes Framing, sondern nehme eine europäische Perspektive für zwei aufgrund ihres maximalen Kontrastes gewählten Metropolregionen, ein. Deshalb macht es Sinn, zunächst die im europäischen Kontext vorgeschlagene Systematik zu Rate zu ziehen.

---

<sup>18</sup> Diese werden unter „sonstigen freien Berufen“ zusammengefasst und beinhalten zudem Marketing, Vertrieb, Unternehmensberatung, Internetdienste sowie Gesundheits- und Heilberufe, d.h. kulturbezogene, aber auch unternehmens- und personennahe Dienstleistungen (Betzelt 5f.)

**Tabelle 1: Die Abgrenzung der Kulturwirtschaft (kultureller Erwerbstätigkeit) auf europäischer Ebene**

3-Steller NACE <sup>19</sup> (Wirtschaftszweigsystematik, WZ)	4-Steller NACE (WZ)	Klassen umfassender oder partieller kultureller Aktivitäten
22.1	22.11	<i>Verlegen von Büchern</i>
	22.12	Verlegen von Zeitungen
	22.13	Verlegen von bespielten Tonträgern und Musikalien
	22.14	Sonstige Verlagsgewerbe
51.4	51.43	Großhandel mit elektrischen Haushaltsgeräten und Geräten der Unterhaltungselektronik
	51.47	Großhandel mit sonstigen Gebrauchs- und Verbrauchsgütern
52.4	52.45	<i>Einzelhandel mit elektr. Haushaltsgeräten, Geräten der Unterhaltungselektronik und Musikinstrumenten</i>
	52.47	<i>Einzelhandel mit Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Schreibwaren und Bürobedarf</i>
	52.48	Einzelhandel mit Tapeten, Bodenbelägen, Kunstgegenständen, Briefmarken, Münzen, Geschenkartikeln, Uhren, Schmuck und Spielwaren
74.2	74.20	Architektur- und Ingenieurbüros
74.8	74.84	Teil von 74.8 Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt
92.1	92.11	<i>Film- und Videofilmherstellung</i>
	92.12	<i>Filmverleih und Videoprogrammanbieter</i>
	92.13	Kinos
92.2	92.20	Rundfunkveranstalter, Herstellung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen

<sup>19</sup> Die Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE) ist die Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Union (EU). Seit 1970 wurden unterschiedliche Versionen der NACE entwickelt. Das Akronym NACE geht auf die französische Bezeichnung Nomenclature statistique des activités économiques dans la Communauté européenne zurück. [http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Glossary:Statistical\\_classification\\_of\\_economic\\_activities\\_in\\_the\\_European\\_Community\\_\(NACE\)/de](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Glossary:Statistical_classification_of_economic_activities_in_the_European_Community_(NACE)/de), letzter Zugriff am 16.10.2017.

92.3	92.31	<i>Künstlerische und schriftstellerische Tätigkeiten und Darbietungen</i>
	92.32	Betrieb von Kultur- und Unterhaltungseinrichtungen und Hilfsdienste dafür
	92.33	Schaustellergewerbe und Vergnügungsparks
	92.34	<i>Erbringung von kulturellen und unterhaltenden Dienstleistungen anderweitig nicht genannt</i>
92.4	92.40	Korrespondenz- und Nachrichtenbüros; selbstständige Journalistinnen und Journalisten
92.5	92.51	Bibliotheken und Archive
	92.52	<i>Museen und Denkmalschutzeinrichtungen</i>
	92.53	Botanische und zoologische Gärten sowie Naturparks

Quelle: Ertl 2006: 18. Kursiv markiert sind die im qualitativen Sample auffindbaren oder zuordenbaren beruflichen Klassifikationen von Selbstständigen, die allerdings in der Realität oft nicht so eindeutig zuordenbar sind und eher Schnittstellenerwerbsarbeit – ‚selbst gestrickte‘, innovative Nischenlösungen – darstellen.

Diese für die explorative Studie herangezogene Systematik wurde von EUROSTAT bereits wieder überarbeitet. Im Bericht *Cultural Statistics* von 2011 kommen die Autoren\_innen zu sechs empirisch unterfütterten Thesen für die fünf im qualitativen Sample vertretenen Teilbranchen (s. Eurostat 2011b: 64f.).

Auf der Grundlage der ISCO-88<sup>20</sup> Systematik identifiziert EUROSTAT 2011 auf der Ebene von Dreistellern in Europa 1,48 Millionen Künstler und Publizisten. Diese sind nicht nur überdurchschnittlich (formal) gebildet, sondern wohnen vor allem in dicht besiedelten Gebieten (ebd.: 66). Für dieses Berufsfeld wird ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Selbstständigen konstatiert. Ein Viertel der Künstler und Publizisten in Frankreich, Portugal, Spanien und Slowenien arbeitet auf der Grundlage zeitlich befristeter Verträge.

Deutlich wird anhand der Studie von EUROSTAT, dass es durchaus Sinn macht, in Anbetracht des europaweiten quantitativen und öffentlichen Bedeutungszuwachses der Kulturwirtschaft, konzeptuelle Ansätze zu stärken, die abhängige und unabhängige

<sup>20</sup> Die ISCO – International Standard Classification of Occupation – heißt in der deutschen Sprache International Standardklassifikation der Berufe und stammt von der Internationalen Arbeitsorganisation, ILO. Seit 1957 wurden vier Fassungen verwandt. Die ISCO-88 geht auf das Jahr 1988 zurück.

ge Erwerbsarbeit zusammen denken. Dafür werden unter anderem der neoinstitutionalistische Ansatz von Ludger Pries und der Ansatz der Soziabilität von Arbeit, der in Marburg entwickelt wurde, aufeinander bezogen (Kapitel A 2).

Eine weitere Datenquelle für den bundesdeutschen Kontext ist der Mikrozensus, eine jährlich durchgeführte, repräsentativ angelegte Stichprobe von einem Prozent der bundesdeutschen Haushalte, die der amtlichen Klassifikation des Statistischen Bundesamtes folgt. Er umfasst noch künstlerische Lehrberufe (Berufskennziffer – BKZ 875) sowie künstlerisch tätige Geisteswissenschaftler (BKZ 882). Diese Erweiterung trägt den von mir empirisch gefundenen Schnittstellentätigkeiten zwischen Kultur und Bildung Rechnung. Hier gibt es allerdings eine Einschränkung für die Verwendung: Im Mikrozensus werden für lokale Betrachtungen sogenannte „Regionale Anpassungsschichten“ konstruiert. Damit wären beispielsweise Offenbach, Darmstadt und Wiesbaden in einer Regionalgruppe, was ungünstig für die vorliegende Studie ist.

Die für den bundesdeutschen Kontext aktuellste statistische Erfassungssystematik stammt von Michael Söndermann. Bereits 2009 hat er im Kreativgutachten für die Bundesregierung elf Teilmärkte identifiziert, die er der Kulturwirtschaft und den Kreativbranchen zurechnet (Söndermann 2012: 2).

## I. Kulturwirtschaft

1. Musikwirtschaft
2. Buchmarkt
3. Kunstmarkt
4. Filmwirtschaft
5. Rundfunkwirtschaft
6. Markt für darstellende Künste
7. Designwirtschaft
8. Architekturmarkt
9. Pressemarkt

## II. Kreativbranchen

10. Werbemarkt

## 11. Software-/Games-Industrie

Die Summe der neun Teilmärkte aus I. Kulturwirtschaft und der von Söndermann als Kreativbranchen bezeichneten zwei Teilmärkte ergibt dann die Kultur- und Kreativwirtschaft. Diese Klassifikation wird auch im hessischen Datenreport 2017 verwandt. Die Teilbranchen werden auf der Grundlage der Wirtschaftszweigsystematik WZ 2003 ermittelt. 2012 wurde eine neue Systematik veröffentlicht, die die Wirtschaftszweigsystematik 2008 berücksichtigt und die unter anderem mit dem Arbeitskreis Kulturstatistik e.V., und der Arbeitsgruppe Kulturstatistik, der Fachgruppe Kulturwirtschaft von EUROSTAT/Essnet culture beraten oder abgestimmt (ebd.: 3). Zur Beratung vorgelegt wurden unterschiedliche Berichtsfassungen der Arbeitsgruppe Kulturwirtschaft der Wirtschaftsministerkonferenz (ebd.). Damit sind eindeutig Weichen gestellt, die eine europaweit verbindliche Erfassung der Kultur- und Kreativbranchen möglich machen können. Deutlich wird in den einleitenden Ausführungen wird deutlich, wie arbeits- und kooperationsintensiv ein solches Unterfangen ist. Neu ist 2012 unter anderem die Berücksichtigung von „handwerksrelevanten Wirtschaftszweigen“ (beispielsweise Musikinstrumentenproduktion, Schmuckproduktion) oder „handelsrelevanten Kulturzweigen“ (z.B. Handel mit Ton- und Bildträgern, Antiquitätenhandel), die Teilbranche der Spiele („games“) wird präziser erfasst, so Söndermann (ebd.) und Anbindungen an die europäische *Creative Industries* Abgrenzung ermöglicht. Im Werbemarkt wurden „designfremde Aktivitäten“ hinzugefügt. Aus eigener Erfahrung der Autorin sind solche kostenintensiven statistischen Neujustierungen in der Regel nie abgeschlossen, da sich Wirtschaftszweige und Branchen verändern. Die Kategorie 'Geschlecht' wird darin in der Regel als unabhängige Variable konfiguriert und stellt neben Alter, Qualifikation der statistisch Erfassten eine Möglichkeit der ausdifferenzierten Betrachtung nach binärem Schema (männlich/weiblich) dar.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat ab Januar 2015 einen Bericht zur Verfügung gestellt, in dem die Klassifikation von Söndermann von 2012 angewandt wird (ebd.: 133). Im letzten hessischen Kulturwirtschaftsbericht wurde mit der Klassifikation von 2009 gearbeitet. Um die Möglichkeit eines Vergleichs zu gewährleisten, zeichnet die Autorin auf der Grundlage der 2009er-Systematik die elf Teilmärkte für Frankfurt, Hessen und Deutschland in C 2 nach.

Ist es grundsätzlich sinnvoll, Kunst, Bohème oder freies Arbeiten (nicht in verkammerter Form wie im Fall von Anwälten oder anderen, fertigenden Berufen) statistisch



zu vereinheitlichen und hier immer nur eine Momentaufnahme in einem gesellschaftlichen Setting zu erhalten? Weshalb es sich insgesamt als schwierig erweist, den Gegenstand abzustecken, in dem die 'Unbezähmbarkeit der freien Berufe' vor allem über den Archetypus des Künstlers weiter wirkt, lässt sich über einen kurzen sozial- und ideengeschichtlichen Abriss verdeutlichen.

## **1.2 Bilder und Figuren von (Kultur-)Selbstständigkeit<sup>21</sup>**

In diesem Abschnitt geht es darum, Bilder von Selbstständigkeit, die sich bis heute tradieren, in Bezug auf den Gegenstand der Kulturselbstständigkeit in groben Strichen nachzuzeichnen.

Die Schwierigkeit, den Gegenstand zu fassen, formuliert Peter Bendixen folgendermaßen:

„Ein schwieriges Gebiet des allgemeinen gesellschaftlichen Wandels sind die Bereiche Kunst und Kultur selbst, wobei die Frage, ob es sich bei Kultur ähnlich wie bei Kunst um eine klar identifizierbare und abgrenzbare, wenigstens aber deutlich beschreibbare Sektion der Gesellschaft handelt, als ewig offenes Problem letztlich unbeantwortet bleibt.“ (Bendixen 2002: 216).

Eine sozialwissenschaftlich, historisch-ökonomisch ausgerichtete Analyse wäre dabei ein Desiderat, das an die Forschungsstränge anschließt, wie sie in den 1970er Jahren vorangetrieben wurden, allerdings dabei geschlechtsspezifische Situierungen nicht außer Acht ließe, die in dieser Form der Rekonstruktion allzu häufig ideengeschichtlich ausgeblendet werden.<sup>22</sup> Wolfgang Ruppert unternimmt allerdings am Beispiel von München eine Analyse des sogenannten modernen Künstlers und der sozial- und kulturgeschichtlichen Situierung der kreativen Individualität (vgl. Ruppert 1998). Die geschichtlich angelegte Rekonstruktion der Etappen, in denen sich die abhängige Lohnarbeit ausgebildet hat, wurde von Castel in den Blick genommen, um die These einer veränderten, aber nach wie vor aktuellen sozialen Frage zu adressie-

---

<sup>21</sup> (Kultur-)Selbstständigkeit wird hier so geschrieben, weil oftmals nicht eindeutig zuzuordnen ist, auf welche inhaltliche Ausrichtung von Erwerbsarbeit sich die Selbstständigkeit bezieht und nicht trennklar einem – statistisch erst seit Ende der 1990er Jahre erfassten – Konzept gefolgt werden kann.

<sup>22</sup> Ein Grund liegt meines Erachtens darin, dass die Suche nach den ‚großen‘ prägenden Linien, Frauen als ‚das andere Geschlecht‘ bereits oft per se ausblendet (Ausnahmen stellen oft Wissenschaftlerinnen dar, wie Cornelia Klinger und Claudia Honegger, bei denen es auch um die Kritik androzentrischer Wissenschaft geht) (vgl. Honegger 1996; Klinger 2000).



ren (Castel 2000).<sup>23</sup> Ansätze, die Frauen als Unternehmerinnen historisch herauszuarbeiten trachten, sind vorhanden, allerdings nur in geringem Maße theoriegeschichtlich situiert und ausgearbeitet (Bandhauer-Schöffmann/Bendl 2000; Bührmann 2006). Für eine sozialwissenschaftlich ausgerichtete Forschung scheint bei der Betrachtung und Rekonstruktion von Geschichte darstellungsleitend, welche Fragen über das Gestern Hinweise zu Problemstellungen im Heute ermöglichen können und Anregungen oder Warnungen für morgen mitgeben. Für diese Arbeit ist auch zentral wie jeweils 'Geschlechtlichkeit' verhandelt wird.

Für die Geschichte der Selbstständigkeit/Freien Berufe/Kulturberufe wäre es sinnvoll, die Genealogie der Formen nachzuzeichnen. Die Geschichte der selbstständigen und freien Berufe ist implizit eine abendländische oder eine Darstellung, die dem Globalen Norden zugeordnet werden kann. Hier gibt es zugängliches, rekonstruierbares historisches Material, das an dieser Stelle, sekundär bereits aufbereitet, als Grundlage dafür gewählt wird, bestehende Bilder um die (Kultur-)Selbstständigkeit in ihrer westeuropäischen Prägung herauszuarbeiten.

Abendländische Archetypen sind nach wie vor wirkmächtig, allerdings speisen sie sich aus unterschiedlichen Traditionslinien. Intuitiv einleuchtend ist, dass ein Tagelöhner, Hauslehrer, Musiker, Gaukler, Flagranten\_innen als sozial aufgetretene, epochal gebundene Figuren wenig gemeinsam haben. Auch der Unternehmertypus, für den ideengeschichtlich Joseph Schumpeter die Bedeutung für Innovationen postuliert, gehört in diese Reihung. Diese Figuren teilen weder Produktions- noch Reproduktionsbedingungen – außer dem Geschlechts als sozial wirksamer und stratifizierender Kategorie. Bis zum 19. Jahrhundert sind es vor allem männlich konnotierte Tätigkeiten, die die Figuren des Künstler- und selbstständigen Daseins<sup>24</sup> symbolisieren. Je nach historischer Epoche ist die soziale und berufliche Wirksamkeit von Künstlern und Publizisten – als archetypische Vorläufer von Kulturberufen verstanden – von unterschiedlicher Reichweite: Dies betrifft das Publikum, das daran anhaftende Prestige und die Situierung innerhalb der Anerkennungsordnungen, wobei „die

---

<sup>23</sup> Nicht sozialgeschichtlich tut dies auch Ritsert, der allerdings eher die sozialwissenschaftlichen Theorien vom ‚Ende der Klassengesellschaft‘ kritisch dekonstruiert (vgl. Ritsert 1998).

<sup>24</sup> Mit der Fokussierung auf die Figuren entfällt die Bearbeitung von beruflich relevanten Unterschieden wie bildenden, darstellenden, schaffenden und nachschaffenden Künsten. Die Unterschiede zwischen den heutigen Kulturberufen rücken stärker im Folgekapitel im Rahmen der Betrachtung der Kulturwirtschaftsberichte in den Mittelpunkt.

Spannweite, in der von diesen Berufsständen die gesellschaftlichen Klassen und Schichten durchdrungen und durchsetzt werden, kleiner oder größer sein kann“ (Deneke 1956: 21). Die Erwerbstätigkeit selbst konnte auch mit kultisch-religiösen, herrschaftsstabilisierenden Elementen versehen sein. Frappierend ist an einer bundesdeutschen Statistik aus den 1950er Jahren, dass die Statistik bei Frauen in Kulturbederufen sogar ausweist, ob diese verheiratet sind. Das ist diskriminatorisch zu werten, da bis 1977 der Ehemann entscheiden konnte, ob die Ehefrau erwerbstätig sein durfte oder nicht. Gleichzeitig macht es sichtbar, dass historisch Kultur- und Bildungsmärkte erheblich zur Integration von Frauen in Arbeitsmärkte beigetragen haben – und sei es als ‚Fräulein‘, das Musikunterricht erteilte und am öffentlichen (Erwerbs-)Leben über eine eigene und eigenständige Erwerbsarbeit teilnehmen konnte.

**Tabelle 2: Die Selbstständigen der publizistisch und künstlerisch Schaffenden und Nachschaffenden im Bundesgebiet nach der Berufszählung 1950**

<b>Berufe</b>	<b>Insge- samt</b>	<b>Männ- lich</b>	<b>i.v.H.</b>	<b>Weib- lich</b>	<b>i.v.H.</b>	<b>davon ver- heiratet</b>	<b>in% der weibl. B.</b>
Schriftsteller	3747	3035	81	712	19	216	30,4
Schriftleiter, Lektoren	3088	2682	86,9	406	13,1	117	28,8
<b>Publizisten insgesamt</b>	<b>6835</b>	<b>5717</b>	<b>83,6</b>	<b>1118</b>	<b>16,4</b>	<b>333</b>	<b>29,8</b>
Bildhauer	1800	1487	82,6	313	17,4	93	29,7
Kunstmaler und - zeichner	9296	7637	82,2	1659	17,8	458	27,6
Graphiker und technische Zeichner	1677	1483	88,4	194	11,6	77	39,7
Sonstige bildende Künstler	1374	1285	93,5	89	6,5	25	28,1
<b>Bildende Künstler insgesamt</b>	<b>14147</b>	<b>11892</b>	<b>84,1</b>	<b>2255</b>	<b>15,9</b>	<b>653</b>	<b>29</b>
Musiker	6427	5612	87,3	815	12,7	244	29,9
Bühnen- und Konzertsänger	871	284	32,6	587	67,4	233	29,9
Schauspieler	929	622	67	307	33	120	39,1
Tänzer	1085	533	49,1	552	50,9	189	34,2
Artisten	921	663	72	258	28	106	41,1
Sonstige, darstellende Künstler	351	267	76,1	84	23,9	29	34,5
<b>Musiker und Bühnenberufe insgesamt</b>	<b>10584</b>	<b>7981</b>	<b>75,4</b>	<b>2603</b>	<b>24,6</b>	<b>921</b>	<b>35,4</b>
Künstlerische Hilfsberufe	309	285	92,2	24	7,8	2	8,3
<b>Zusammen</b>	<b>31875</b>	<b>25875</b>	<b>81,2</b>	<b>6000</b>	<b>18,8</b>	<b>1809</b>	<b>30,1</b>

Quelle: (Deneke 1956: 156), eigene Aufbereitung des Originals

René König und Alphons Silbermann sehen bereits 1964 die Künstler\_innen in internationalisierten Märkten: „daß sich nämlich die Künste und damit auch die Künstler weltweit ökonomisiert und professionalisiert haben, womit gesagt wird, daß sie sich mit ihrer Kunst institutionalisiert haben“ (König/Silbermann 1964: 12f.). Die fehlende soziale Absicherung wird problematisiert. König und Silbermann nennen das den

Problemkreis: Freiheit (ebd.: 15ff.) Darin geht es um Fragen zwischen staatlichem Einfluss, marktlichem Einfluss und dem anderer sozialer Phänomene. Das Selbstverständnis von Künstlern wird als „Superindividualisten“ gekennzeichnet: „Künstler nehmen im Allgemeinen für sich innerhalb der Gesellschaft – wissentlich oder unwissentlich – die soziale Rolle der ‚Superindividualisten‘, der ästhetischen Elite in Anspruch.“ (ebd.: 18). Diese Ausführungen sind nicht fern von denen von Andreas Reckwitz (2013). Es scheint vielmehr eine Art Konjunktur auch unter Sozialwissenschaftler\_innen zu geben, sich selbst in der wissenschaftlichen Biografie mit dem Thema Kunst und Arbeiter\_innen in der Kunst auseinanderzusetzen.

Einige der Figuren schreiben sich fort, wie die Figur des autonomen Künstlers, die bei Holm Friebe und Sascha Lobo affirmativ in eine „neue digitale Bohème“ mündet und die als Figur des (implizit) bindungslosen, männlichen Künstlers und Intellektuellen tradiert wird (vgl. Friebe/Lobo 2006). Deren Stellung innerhalb der Gesellschaft ist umkämpft und wird je nach politischen Anliegen, als Elite oder Avantgarde situiert. Innerhalb der unterscheidbaren Sphären von Politik und Wirtschaft werden die oft wechselseitigen Durchdringungen ausgeblendet und 'ein Außerhalb' konstruiert. Dieses soziale Korrektiv operiert im Falle der Künstler mit Ideen der Zweckfreiheit von Tun und Schaffen und wird nicht in Hinblick auf die ökonomischen und sozialen Voraussetzungen einer solchen Tätigkeit hin befragt. Der Begriff der *Freiheit* durchdringt diese Metafigur. Sie wird idealtypisch als monadisches, autonomes Subjekt frei jeglicher Bindungen konstruiert. Ihr fehlt in der Regel die Mobilität als Signum, die meiner Einschätzung nach erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts an Bedeutung gewinnt. Und sie hat ein eindeutiges Geschlecht: Mann und Männlichkeit.

Walter Müller-Jentsch, geht in seinem sozial-rekonstruktiven Beitrag der These nach, dass Künstler im Vergleich zu anderen bürgerlichen Professionen eine prekäre Berufsgruppe bildeten (vgl. Müller-Jentsch 2005). Dazu zeichnet er drei historisch gewachsene Figuren nach, die er als distinkte Sozialtypen verstanden wissen möchte (ebd.: 162ff.). Er unterscheidet dabei zwischen dem Handwerker-Künstler (Altertum, Mittelalter), dem Hofkünstler (Renaissance/Neuzeit) und dem modernen Künstler (Moderne) und arbeitet habitusorientiert eine parallele Entwicklung heraus, die die Emanzipation „des Künstlers“ und „des Bürgers“ eint, „freilich mit der Begleiterscheinung einer gegenseitigen Aversion zwischen „Bohemien“ und „Bourgeois“.“ (ebd.: 74). Zwar wird der Künstler als „Kunstfigur“ mit einer „Konstruktion mit heroisierender Bi-

ographie und ihren Stereotypen“ entlarvt (ebd.: 160). Gleichzeitig sind darin Frauen nicht vertreten. „Selbstredend haben wir es hier ausschließlich mit der männlichen Spezies des Künstlers zu tun.“ (ebd.: 161).

Dabei sind (bürgerliche) Frauen zunächst vereinzelt und später vermutlich verstärkt – und finanziell über die Familien oder einen 'liberalen' Ehemann abgesichert - bereits in der Neuzeit in öffentliche Erscheinung getreten. Als Schriftstellerinnen und Autorinnen *indirekt* sprachlich vermittelt wurden sie durchaus öffentlich wahrnehmbar. Mit der Französischen Revolution gewinnen sie zwar bereits Bedeutung mit den Salons, die von Frauen gestaltet werden und eine öffentliche Position einnehmen, auch in Deutschland – denkt man beispielsweise an den Salon der Rahel Levin von ca. 1796 bis 1806 – situieren sich in Berlin öffentlich wahrnehmbar kluge und gebildete Frauen. Allerdings ist diese Stellung (bildungs-)bürgerlich gebunden und zeichnet sich nicht durch eine eigenständige Erwerbstätigkeit oder selbstständige Erwerbsarbeit aus. Als Vorläufer solosebstständiger Frauen treten am ehesten Marktfrauen (Schmidt 1999) in Erscheinung. Die kulturell auf eigene Rechnung tätigen (unverheirateten) Frauen, die nach Ende des ersten Weltkrieges und nach Ende der nationalsozialistischen Diktatur ihr berufliches Einkommen suchen, werden dann auch eindeutig geschlechtlich und familial gebunden ausgewiesen, wie bereits geschrieben, – als verheiratete und als nicht-verheiratete Frauen (vgl. Deneke 1956).

Es scheinen eher Assoziationen möglich gewesen zu sein, sehr unterschiedliche Organisations- und bündnisbezogene Vernetzung und in geringerem Ausmaß als in anderen freien Berufen regulatorische Festlegungen für den Zugang zur freien Erwerbstätigkeit.<sup>25</sup>

Erst ab Ende der 1960er Jahre artikulieren sich in der BRD beispielsweise Forderungen nach einer sozialen Absicherung von Künstler\_innen und Publizisten, die dann erst wiederum 1981 zu der Einführung der Künstlersozialkasse geführt hat. Die Abgaben an die Künstlersozialkasse sind prekär und immer wieder – zuletzt Ende 2013 – wird ihre Weiterführung in Frage gestellt. Zuletzt wurden entsprechende Forderungen über damals öffentlichen Protest wieder zurückgezogen.

---

<sup>25</sup> Der journalistische Beruf ist beispielsweise keine geschützte Berufsbezeichnung. Dies schreibt sich auch in anderen, neuen, freien Erwerbsbereichen fort, wenn man beispielsweise an ‚Coaching‘ denkt.

### 1.3 Geschlechterverhältnisse im Erwerbsfeld (Kultur-)Selbstständigkeit

Das Geschlechterverhältnis im Feld der Kulturselbstständigkeit gilt in der Regel als nahezu ausgewogen, wie auch die Daten von EUROSTAT nahelegen. So konstatiert Dangel-Vornbäumen als Spezifika von Kulturselbstständigen: „(...) die hohen formalen Bildungsabschlüsse zu, für die vergleichsweise geringen genderspezifischen Differenzierungen, für die persönlichen und partnerschaftlichen Einkommenskombinationen im Haushaltszusammenhang und für die enge Verzahnung von ‚Arbeit und Leben‘. (Dangel-Vornbäumen 2010: 160).“ Ob sich tatsächlich geringe genderspezifische Differenzierungen finden lassen, wie von Dangel-Vornbäumen postuliert, wird in den Daten der Künstlersozialkasse im quantitativen Teil der vorliegenden Arbeit kritisch überprüft. Gleichzeitig scheint durchaus die ungleiche, geschlechtsspezifische Entlohnung<sup>26</sup> fortgeführt zu werden. Der *Gender Pay Gap* beträgt 2014 in der Gesamtwirtschaft fast 22 Prozent. Männer verdienen einen durchschnittlichen Bruttostundenlohn von 23,47 Euro, Frauen von 18,60 Euro (Statistisches Bundesamt 2014: 376). Zur Segmentierung des Arbeitsmarkts oder der Segregation gibt es unterschiedliche Erklärungsansätze wie postulierte „Mentalitätsunterschiede“ zwischen Männern und Frauen, unterschiedliche und geschlechtsspezifische Berufswahl, unterschiedliches Verhandlungsgeschick oder andere Differenzen, die aus frauenpolitischer Perspektive in eine Equal-Pay-Politik münden. Einem gleichheitsorientierten Politikverständnis wird hier der Vorzug gegeben. Aber auch altersspezifische Bezahlungen divergieren stark. Die Daten der Künstlersozialkasse<sup>27</sup> weisen auf, dass über 60-Jährige 42 Prozent mehr verdienen als Berufsanfänger\_innen unter 30 Jahren und diese Einkommen zudem branchenspezifisch unterschiedlich sind. In der Sparte ‚Wort‘ verdienen die Kulturselbstständigen mehr als in den Sparten ‚Musik‘ (28% weniger) und ‚Bildende Kunst‘ (23% weniger) (Betzelt 2006: 21). Auf der Grundlage von Daten des Mikrozensus, Branchenstudien und der Erhebungen der Künstlersozial-

---

<sup>26</sup> Mit dem *Gender Pay Gap* wird auf den Umstand verwiesen, dass quer über die Professionen und Nationen, Frauen in der Regel weniger verdienen als Männer. Dies kann sehr unterschiedliche Spannbreiten annehmen und zum Teil auch schwierig als Geschlechterdiskrimination benannt werden. Die frauenpolitische Forderung ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ stammt aus diesem Zusammenhang. Wenn Frauen nun aber – bei gleicher Qualifikation – schlechter entlohnte Tätigkeiten beruflich verrichten, ist es schwieriger. Die geschlechtsspezifische Arbeitsmarktsegregation hängt damit demnach eng zusammen.

<sup>27</sup> Die KSK hat einen relativ aufwändigen Zugangsmodus. D.h., dass hier im Jahr 2005 145.489 selbstständige Kulturerwerbstätige erfasst sind, im Mikrozensus allerdings (hochgerechnete) 318.000. (Betzelt 2006: 15).

kasse, stellt Betzelt dar, dass sich die Einkommen zwar geschlechtsspezifisch unterscheiden, aber nicht so gravierend wie in anderen Bereichen.

In der Gesamtwirtschaft lag der im Jahre 2001 von abhängig beschäftigten Frauen erzielte Lohn bei 80% des relativen Lohns von Männern (Allmendinger/Hinz 2004: 9, zit. in Betzelt 2006: 21). Laut KSK-Daten verdienten die Männer 25% mehr als die Frauen (ebd.: 21). Im Mikrozensus aus dem Jahre 2000 hingegen liegt der Medianwert für Männer und Frauen zwischen 1.278 Euro (2500 DM) bis unter knapp 1.534 Euro (3000 DM). Die Einkommen der Frauen häufen sich bei einem Modalwert im Bereich von 716 Euro (1.400 DM) bis unter 920 Euro (1.800 DM) und die der Männer bei ca. 1.278 Euro (2.500 DM) knapp unter 1.533 Euro (3000 DM). Beide Verteilungen waren linksschief, d.h. in einem eher niedrigen Einkommenssegment.<sup>28</sup> Da sich im Mikrozensus die Berechnung auf das Haushaltseinkommen bezieht und damit gegebenenfalls mehr als einer Person umfasst, weist auch dies auf relativ niedrige Einkommen hin (ebd. 17). Laut Umsatzsteuerstatistik lag das Bruttoeinkommen aller hauptberuflich Selbständigen im Jahr 1992 bei rund 39.000 Euro. Branchenbezogen schwankte das Einkommen: Während Ärzte am obersten Rand knapp 87.483 Euro (171.102 DM) erzielten, lag das Einkommen der selbstständigen Kulturschaffenden bei ungefähr 14.036 Euro (27.453 DM) und damit eindeutig in einem Niedriglohnsegment im Vergleich zu beispielsweise den verkammerten Selbständigen.

Wenn die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf vor allem implizit als in der Verantwortlichkeit von Frauen liegend adressiert wird, bietet die selbstständige Erwerbsarbeit oft gute, zeitlich flexible Ansatzpunkte, um diese herzustellen (Jungbauer-Gans 1993). Aufsätze, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch für männliche Freiberufler oder geschlechtsspezifisch diskutieren, sind eine Mangelware. Deshalb soll im Empiriekapitel in der qualitativen Vorstudie auch diese Frage berührt werden.

Laut Betzelt ist die Übernahme von Pflege- und Sorgearbeiten geringer ausgeprägt, wenn Branchenstudien zu Rate gezogen würden (Betzelt 2006: 23). Allerdings lässt sich dies anhand der Mikrozensus-Daten nicht bestätigen, bei denen sich ähnliche familiäre Formen auf hochaggregiertem Niveau finden lassen, d.h. eine ähnliche Ver-

---

<sup>28</sup> Dies ist in Teilen in der Konstruktion der Künstlersozialkasse (KSK) selbst angelegt, die bei Niedrigverdiener\_innen eher zu Überschätzungen der realen Einkommen führen kann. Die Verzerrung kann auch dadurch entstehen, dass nicht alle möglichen Selbständigen auch Aufnahme in die KSK finden.



teilung von familialen Lebensformen ist sowohl bei selbstständigen als auch nicht-selbstständig Erwerbstätigen vorzufinden (ebd.).

Da die selbstständig erbrachten Tätigkeiten oftmals in Angestelltenverhältnis inhaltlich vergleichbar erbracht werden können, wäre es interessant zu erfahren, wie sich das Geschlechterverhältnis darin ausbuchstabiert. Das hieße auch zu überlegen, welche Frauen Führungspositionen innerhalb der betrieblichen Organisation von Erwerbsarbeit innehaben, oder ob hier eher Männer tätig und entsprechend – über Auftragsvergabe, Freelancer-Einsätze und anderes – verantwortlich sind.

Im Folgenden wird die für die selbstständige Kulturerwerbsarbeit wichtige Gründungsliteratur zu Rate gezogen, mit der dargestellt werden soll, wie Gründungen in der Regel verlaufen und welche begünstigenden und hemmenden Faktoren es dabei gibt.

#### **1.4 Gründungsliteratur**

Bei den sektoral übergreifend angelegten Studien gibt es in den letzten Jahren eine starke Betonung des Existenzgründer\_innenstatus. Das zu Erklärende ist nicht die Art und Ausdifferenzierung von Erwerbsarbeit innerhalb von Berufsfeldern, sondern der Status vor der Selbstständigkeit wird unabhängig gesetzt, und der *Erfolg* der Unternehmung soll erklärt werden. Als erfolgreich gelten, statistisch gesehen, Existenzgründungen dann, wenn sie in der Lage sind, sich fünf Jahre und länger auf einem Markt zu behaupten (vgl. Wießner 2001). Der kritische Punkt für die ‚Sterblichkeit‘ bzw. Mortalität der Unternehmung liegt in den ersten beiden Jahren. Diese die selbstständige Erwerbsarbeit in Phasen unterteilenden Analysen stehen oft in Zusammenhang mit den veränderten aktivierenden Arbeitsmarktpolitiken und hatten vermutlich auch durch die deutschen Arbeitsmarktreformen einen Aufwind, als für SGBII-Empfänger\_innen<sup>29</sup> das Konstrukt der Ich-AG aufgesetzt wurde. Auf die Selbstständigkeit wird dabei die Hoffnung gesetzt, mittel- und langfristig innovative Beschäftigung herzustellen. Bei der Gründer\_innenliteratur geht es darum, die begünstigenden Faktoren auf individueller und struktureller Ebene für Gründungen zu bestimmen, sowie quantitativ methodisch zu kontrollieren, ob und wie die Selbstständigen möglichst dauerhaft in der Lage sind, sich auf einem Markt zu behaupten.

---

<sup>29</sup> Die Bestimmungen des Sozialgesetzbuchs II treten nach einem Jahr Arbeitslosengeldbezug in Kraft, wenn kein Vermögen besteht, oder direkt zur Grundsicherung von erwerbsfähigen Menschen. Umgangssprachlich ist es auch als Hartz IV bekannt.



Wenn Frauen spezifisch ins Interesse rücken, scheint das methodische Problem der Reifizierung von Geschlecht nicht unerheblich, da sie oft als besonders ‚gute Unternehmerinnen‘ mit sozialer Empathie konfiguriert werden – eine Sozialfigur, die ich vor allem im Sample des Rhein-Main-Gebiets, aber auch in Madrid, gefunden habe.

Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus stehen besonders bei der Hartz-Begleitforschung im Vordergrund, gerade auch in Deutschland unter dem Eindruck des mittlerweile modifizierten, in die Hartz-Gesetze eingelassenen Instrumentes der Ich-AG.<sup>30</sup> Marco Caliendo, Alexander Kritikos und Frank Wießner (2006) haben für die erste Phase dieser Umsetzung herausgearbeitet, dass die aktivierende Arbeitsmarktpolitik positiv auf die Ausdehnung von selbstständiger Erwerbsarbeit durchschlage. Im Kontrast zwischen Gründern\_innen mit Existenzgründungszuschuss (ExGZ), der an das Arbeitslosengeld I anschließt, und Überbrückungsgeld (ÜG) kommen sie zu dem Schluss, dass es sich um hilfreiche Instrumente zur Beschäftigungsförderung handelt.<sup>31</sup> Da unterschiedliche Zielgruppen erreicht würden, ergänzten sich die Maßnahmen. Im Falle des Überbrückungsgeldzuschusses stellt Wießner fest, dass nach drei Jahren noch 70% der Gründer\_innen tätig sind. Diese als Überlebensquote beschriebene und als Erfolg der arbeitspolitischen Maßnahmen angeführte Zahl bedeutet, dass 30%<sup>32</sup> der Gründer\_innen scheitern (s. Qualitative Untersuchung wonach *Scheitern* in der Selbstständigkeit legitim ist). Wie die individuelle Bewältigung aussieht, wird nicht nachgezeichnet, da die Statistik zunächst positiv auf die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit rekurriert<sup>33</sup>. Birgit Mandel, die sich mit ihren Ergebnissen vor allem auf eine Hildesheimer Studie bezieht, argumentiert aus

---

<sup>30</sup> Ich-AG: dieser Begriff der vierten Hartz-Reform kann sprachwissenschaftlich kritisiert werden: er enthält den Bezug zu einer Person, dem ‚Ich‘. Zugleich setzt AG mit der Aktiengesellschaft eine mehrere Geldgeber umfassenden, am Markt oder Börse bewertetes Unternehmen voraus, was aber im Konstrukt der Ich-AG nicht vorgesehen wird. In diesem Neologismus selbst ist eine Euphemisierung des damit verbundenen Erwerbs- und Rechtsstatus angelegt (vgl. auch kritisch Verwoert, (Hg.) 2003). Längst haben die politischen Akteur\_innen die Ideologie des Förderns und Forderns in stärkere sozialdemokratische Orientierung hin verändert.

<sup>31</sup> Beide Maßnahmen werden seit 2006 als eine Kann-Leistung im o.g. Gründungszuschuss zusammengeführt.

<sup>32</sup> Im qualitativen Teil wird bei dem Versuch der Nacherhebung deutlich, dass nur noch in etwa ein Drittel der knapp 5 Jahre zu vor Befragten noch auf eigene Rechnung ist, sondern auch angestellt. Dieser Umstand ist nicht notwendigerweise als Scheitern zu deuten, sondern verweist auch darauf wie flüchtig die Beschäftigungsverhältnisse in der Kulturarbeit sind.

<sup>33</sup> Mit einer mehrfach geschichteten Stichprobenziehung wurden jeweils 12.000 Teilnehmende (TN) ausgewählt und jeweils 3000 TN an ÜG und ExGZ befragt (da eine Response-Rate von 25% erwartet wurde). Als Kontrollgruppe fungierte anscheinend die Gesamtpopulation mit 630.000 ÜG-Gründer\_innen und 530.000 ExGZ-Gründer\_innen.

der Erwerbsfeldperspektive. Mit dem Blick auf Kulturunternehmer\_innen kommt sie zu dem Ergebnis, dass die Motivlage für die Existenzgründung im Kulturbereich aus der Arbeitslosigkeit eher gering ausgeprägt ist und dass eher die Statuspassage des Studiums Ideen für die Existenzgründung befördert. Weiterhin sieht sie (vgl. C 2) enorme Wachstumspotenziale im Kulturbereich, die noch nicht ausgeschöpft seien:

„Die neuen Kulturunternehmen tragen in vielfacher Weise zur Steigerung der Lebensqualität und zur Innovationsfähigkeit der Gesellschaft bei. Insofern müsste es für Wirtschafts-, Kultur- und Bildungspolitik von Interesse sein, das längst noch nicht ausgeschöpfte Potenzial neuer Kulturunternehmensgründungen zu befördern.“ (Mandel 2007: 61).

In dem Abschnitt wird deutlich, dass die euphorische These der Kulturwirtschaftsberichte geteilt und die Innovationsfähigkeit, die schumpeterianische Anklänge hat (vgl. Exkurs Schumpeter), weiterwirkt. Aber auch nachfrageorientiert argumentiert Mandel, dass die Lebensqualität durch den Einkauf kultureller Produkte bei den potentiellen Kunden\_innen steige. Sie geht von noch nicht ausgeschöpften Wachstumsmärkten aus, bemüht hier also ein wirtschaftspolitisches Argument. Woher dieser Optimismus stammt, ist für mich so zunächst nicht nachvollziehbar. An anderer Stelle formuliert sie, dass es bereits bei Studierenden mehr Unternehmergeistes bedürfe, um die Wachstumspotenziale neuer Märkte, insbesondere des Kulturmarktes auszuschöpfen. Sie sieht die Fähigkeit, unternehmerisch tätig zu sein und sich dauerhaft in Marktnischen zu etablieren, an die Person geknüpft und ihr als Eigenschaften anhaftend, womit konsequenterweise Kontextbedingungen auf der analytischen Ebene ausgeblendet bleiben. Auf der Ebene von Praxisbezügen wird dann doch ein Wirkungsverhältnis von Politik auf Erwerbsarbeit angenommen, wenn die Schlussfolgerung aus der Analyse lautet, dass eine integrierte Wirtschafts-, Kultur- und Bildungspolitik für den Kulturbereich zu fordern sei.

Da die Gründungsliteratur vom (männlich) schöpferischen Unternehmer voll ist, folgt hier an der Stellen noch ein Exkurs zu Schumpeter:

**Exkurs:**

Die Aufsätze von Schumpeter zum Unternehmer sind für meine Überlegungen spannend, weil sie die rein ökonomische Definition verlassen und die Unternehmerfigur in eine sozialwissenschaftlich-ökonomische Funktionsbeschreibung einbetten:

Wichtig für diese von Schumpeter als 'Führerschaft' benannte Funktion des Unternehmers (der bei ihm nicht mit dem Kapditalisten gleichzusetzen ist, sondern eher managementbezogene Funktionen ausübt), die er über Innovationen ausfüllt (Schumpeter 1987).

„Diese wirtschaftliche Führerschaft betätigt sich also an Aufgaben, die sich in die folgenden Typen fassen lassen:

1. Die Erzeugung und Durchsetzung neuer Produkte oder neuer Qualitäten von Produkten,
2. Die Einführung neuer Produktionsmethoden,
3. Die Schaffung neuer Organisationen in der Industrie (Vertrustung z.B)
4. Die Erschließung neuer Absatzmärkte,
5. Die Erschließung neuer Bezugsquellen.“ (151f.)

Die Innovation und Expansionsbereitschaft sind wichtige Merkmale des Schumpeterianischen Unternehmers. Das wirtschaftliche Führungsvermögen der „führenden Männer“ (150) wirkt unverzichtbar für Volkswirtschaften und die Unternehmungen.

„Ketzerisch“ ließen sich die Ausführungen so verstehen, dass hier im patriarchalen Gestus eine besondere Verantwortung unternehmerisch tätiger Männer ausgemacht wird, derer die Gesellschaft bedarf. Die vier Grundtypen, die Schumpeter herausarbeitet, sind heute teilweise überholt (der Fabrikherr/Kaufmann, der moderne Industriekapitän, der Direktor und der Typus des Gründers) (a.a.O. 153ff.). Augenscheinlich beziehen sie sich nur auf Männer, denen teilweise auch besondere familiäre Verantwortung zugeschrieben wird, die die Wirtschaft und Gesellschaft aufgrund ihrer – ihnen als Personen zugeschriebenen und als Eigenschaften anhaftender – Innovationsfreudigkeit voranbringen. Diesen – bei ihm methodisch nicht sauber typologisch voneinander abgetrennten – Figuren kommt demnach auch eine besondere Stellung

und Verantwortung in der Gesellschaft zu. Es verwundert nicht, wenn man heutzutage beispielsweise an Managergehälter denkt, denn Manager können bei Schumpeter dem Typus des Unternehmer zugerechnet werden: Er wendet sich strikt gegen die von Marx angeregte Zusammenfassung in einer Klasse von Kapitalisten. Die besondere Verantwortung und die Innovationsfreudigkeit als Kennzeichen überdauern auf unterschiedlichen Ebenen sowohl im medialen Diskurs als in den Arbeitsbeziehungen, in Existenzgründer\_innenratgebern und auf der Ebene der Selbstdeutungen.

Die vor allem im quantitativen Paradigma entstehenden Studien zur ‚Selbstständigkeit allgemein‘ beschäftigen sich mit Themen wie dem Wachstum des Unternehmertums und Verschiebungen im Längsschnitt, wobei sie die länderübergreifenden Dynamiken in den Mittelpunkt stellen. Dafür steht vor allem Dieter Bögenhold, der sich seit den frühen 1980er Jahren mit Unternehmertum, Gründungswellen sowie der Geschichte von Selbstständigkeit auseinandersetzt (vgl. Bögenhold 1987, 1994, 1996, Bögenhold/Schmidt 1999). Darin finden sowohl sog. Largescale-Unternehmungen Eingang als auch die Entwicklungen, Dynamiken und ‚Erfolgsfaktoren‘ für die Ausbreitung der kleinen und mittelständischen Unternehmen. Die Dynamiken und Verschiebungen werden in der Regel sektorenübergreifend betrachtet – vor allem zwischen dem zweiten und dem dritten Sektor. Auf OECD-Längsschnittdaten basierend, wird seit den 1970er Jahren eine globale ‚Renaissance von Selbstständigkeit‘ ausgemacht, die als Trend bis heute anhält. Allerdings gibt es branchen- und regional-spezifische Abweichungen. In der BRD ist es beispielsweise nach 1990 zu einem starken Anstieg der Selbstständigkeit gekommen, vor allem mit Schwerpunkt auf Kleinunternehmen in Ostdeutschland. Unterschieden werden dabei wissens- und kapitalintensive Unternehmungen sowie originäre und derivative Gründungen (vgl. Wießner 2001). Silvia Luber sieht in dem Anstieg der Selbstständigkeit seit den 1980er Jahren im quantitativen Zwei-Länder Vergleich zwischen Deutschland und Großbritannien vor allem „zwei parallel verlaufende Prozesse unterschieden: Veränderungen der Wirtschaftsstruktur in Form von Tertiarisierung und Spezialisierung und eine zunehmende Flexibilisierung von Arbeit“ (Luber 2003: 234)<sup>34</sup>. Das heißt, die sektorale Verschiebung wird ausgeleuchtet und dabei festgestellt, dass der quantita-

---

<sup>34</sup> Die Studie basiert auf der Längsschnittanalyse des Mikrozensus (BRD) und des Labour Force Surveys (Großbritannien). Gegenstände sind Kausalanalysen und Faktoren für die berufliche Selbstständigkeit in Großbritannien und Deutschland im Vergleich sowie die Einbettung in die verschiedenen rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen und Besonderheiten der Arbeitsmärkte.

tive Trend vor allem bei den personen- und unternehmensnahen Dienstleistungen einen Zuwachs an Selbstständigkeit nach sich zieht. Allerdings gebe es auch im industriellen Sektor eine Zunahme an ausgelagerten Tätigkeiten. Diese ‚neuen Selbstständigen‘ seien durch ihre nicht betrieblich eingespeiste Arbeitskraft gekennzeichnet, hätten tendenziell keine arbeitsrechtliche Absicherung. Die Tätigkeiten selbst könnten allerdings sowohl in abhängiger als auch selbstständiger Erwerbsarbeit erledigt werden. Dreh- und Angelpunkt dieser Erklärungen ist das Unternehmen, das kompetitiv in einem Markt agiert. Die Situation und das Prozesshafte, in denen sich Person und Unternehmen seltsam widersprüchlich zwischen Privatheit und Öffentlichkeit, zwischen Vermarktlichung, Gestaltungswunsch und heteronomen Erfahrungen bewegt, bleibt darin unterschätzt. Es ist sicherlich sinnvoll, Markt und Unternehmung nicht gleichzusetzen (Kocyba 2005: 88). Gleichzeitig gewinnt aber auch eine Erwerbsrealität, die der Kulturselbstständigen, an Bedeutung.

Quantitative Studien gehen den Erwerbsbereich in der Regel im Längsschnitt vergleichend an. Ein wiederkehrendes methodisches Problem ist das der Klassifikationen, die sich im Längsschnittdesign ändern. Dies liegt auch in der Form der selbstständigen Erwerbsarbeit selbst begründet: Mit der Neuschaffung eines Unternehmens oder einer Soloselbstständigkeit, die ja beispielsweise dienstleistende, kreativ-schöpferische oder fertigende Anteile enthalten kann, also statistische Mischformen, kann diese nicht eindeutig auf eine inhaltlich-sektoral bestimmte Dienstleistung hin kategorisiert werden. Deshalb können differenzierte Längsschnittstudien kaum sinnvoll angelegt werden. Europaweit setzt sich in steigendem Maße die sog. NACE - Statistik<sup>35</sup> durch, die die Dienstleistungsberufe systematisiert und bei detaillierter branchenspezifischer Betrachtung leider oft zu geringe Fallzahlen für repräsentative Aussagen enthält (vgl. Ertl 2006).

Die Struktur, die ein Unternehmen aufweist, ist hingegen nicht schwierig auszumachen: ob es sich um ein soloselbstständiges Unternehmen handelt, oder wie viele Angestellte es hat etc. Hinzu kommt, dass in den einschlägigen Kulturwirtschaftsberichten vor allem (lokalwirtschafts)politische Positionierungen die Auswahl der statistisch erhobenen Branchen und deren Wachstum anleiten.

---

<sup>35</sup> Die europäische Wirtschaftszweigsystematik NACE leitet sich aus dem französischen **N**omenclature statistique des **a**ctivités économiques dans la **C**ommunauté européenne ab.

Im nächsten Abschnitt werden vor allem qualitative Studien dargestellt. Diese basieren teilweise auf vorgeschalteten, theoretisch komplexen Überlegungen und beziehen sich auf postmarxistische Ansätze, vor allem die Tradition Michel Foucaults wird stark betont und darin insbesondere die Subjektivierungsweisen<sup>36</sup>, die mit veränderten Erwerbsformen einhergehen. Sie stammen vor allem aus der Humangeographie und (Raum-)Soziologie, aber auch die Kulturanthropologie ist daran beteiligt. Sie zeigen Verwebungen, Verstrickungen und Zusammenhänge auf.

### 1.5 Vergleichende und lokal orientierte Literatur

Die vor allem in qualitativen Studien vorgenommene örtliche Ausrichtung verbleibt in der Regel auf *einer* örtlichen Ebene und bedeutet für mich eine ‚Ein-Punkt-Betrachtung‘, die eine geografisch abgrenzbare Ebene als Kontext setzt. Es kann der Ort (vgl. Steets 2008), die Region (vgl. Zöckler 2004) oder das Land sein, mit dem der Rahmen abgesteckt wird (vgl. Hettlage 2004; Laszlo 2005). Größtenteils aus wirtschaftsgeografischer und raumsoziologischer Perspektive stammen die sehr spannenden Beiträge, die die Bedeutung von sozialräumlichen Arrangements in den Mittelpunkt stellen und demnach rückt der Stellenwert der Erwerbsarbeit tendenziell eher in den Hintergrund. Vergleichende Arbeiten, finden sich im Aufsatz und den Ausarbeitungen von Alexandra Manske (2007, 2016) und Angela McRobbie. Bei Manske geht es um den Vergleich der hochqualifizierten IT-Selbstständigen in Berlin und New York. McRobbie arbeitet ethnografisch zu Kreativen bzw. Künstler\_innen in Berlin und London. Dabei werden vor allem Großstädte „1.Ordnung“ berücksichtigt (Mayer 1997: 519). Diese zum Teil methodisch kulturanthropologisch angelegten Studien stellen eher die sozialräumliche Mobilisierungsdynamiken in den Mittelpunkt, gehen von aktiven Subjekten aus oder beziehen sich in Anschlüssen an Foucault – und für deutschsprachige Wissenschaft Ulrich Bröckling – auf *Unternehmer\_innen ihrer selbst* (2007). Vergleichsweise neu ist 2014 der aus dem Kontext der Stadtforschung stammende interdisziplinäre Städtevergleich bei dem in Birmingham, Dortmund, Frankfurt am Main und Glasgow städtische Wahrnehmungs- und Handlungsmuster anhand von Friseursalons, Mediendiskursen und Stadtmarketing untersucht werden (vgl. Frank/ Gehring/ Griem/ Haus (Hg.) 2014). Die interdisziplinär zusam-

---

<sup>36</sup> Alexandra Rau weist in theoretisch anspruchsvoller Weise darauf hin, wie Subjektivierungsweisen gouvernemental unternehmerisch genutzt werden können (s. Rau 2010).

mengesetzten Teams untersuchen die Städte horizontal, das heißt im Vergleich eines Untersuchungsfeldes zwischen den Städten und vertikal, womit der Vergleich der Felder innerhalb einer Stadt gemeint (Frank/Gehring/Griem/Haus 2014: 395f). Das Untersuchungsverfahren wird gekennzeichnet als „interurbane Analyse“ (ebd.: 410).

## **1.6 Arbeitspolitische Gehalte und Kollektive Akteur\_innen**

Für meine Fragestellung zentral ist die Auslotung arbeitspolitischer Gehalte, die mit den Kulturberufen und der -selbstständigkeit verknüpft werden. Arbeitspolitik heißt, in der Tradition Frieder Nascholds (vgl. Naschold 1984), ein handlungsorientierter Ansatz, der ausdrücklich den Zusammenhang zwischen (Erwerbs-)Arbeit und Politik herstellt. Im Gegensatz zur Mikropolitik beschränkt sich Arbeitspolitik nicht auf die Ebene des Betriebs, sondern umfasst neben betrieblichen Akteuren\_innen auch die überbetrieblichen, wobei Verbände und staatliche Akteur\_innen ins Zentrum rücken. Gegenstand sind die wechselseitigen Einflussnahmen zwischen ihnen und der Organisation von Arbeits- und Produktionsprozessen (vgl. Müller-Jentsch 1997: 70, zit. in Di Pasquale 2008: 10). Eine geschlechterpolitische Situierung von Arbeitspolitik verdankt die politikwissenschaftliche Forschung vor allem Alexandra Scheele, die die Zusammenhänge zwischen (Erwerbs-)Arbeit und Politik nur dann angemessen bearbeitet sieht, wenn eine systematische Analyse von ihnen zugrundeliegenden geschlechterhierarchisierenden Aspekten der Arbeitsmärkte und darauf hinzielende Politiken nicht ausgeblendet bleiben (vgl. Scheele 2008).

In Bezug auf arbeitspolitische Potenziale in kulturselbstständiger Erwerbsarbeit muss hervorgehoben werden, dass vor allem in diesem Bereich Merkmale vorweggenommen werden, die sich heute auch in anderen Arbeitsmärkten generalisieren. Dazu äußern sich insbesondere Carroll Haak und Günter Schmid:

„Die in Künstlerarbeitsmärkten angedeuteten Produktionsstrukturen entsprechen in vielen Zügen den allgemeinen Entwicklungstrends, wie aus vielen neueren Untersuchungen hervorgeht: Klassische Unternehmensstrukturen verschwinden, die Produktionsprozesse werden „fraktal“ in Module zerlegt und vernetzt. In diesen Netzwerken herrschen flache Hierarchien. Teams professioneller Einzelkämpfer organisieren sich selbst und wechseln in ihrer Zusammensetzung je nach Aufgabenstellung, so dass keine engen persönlichen Beziehungen entstehen. Im Gegenteil, die „Stärke schwacher Bindungen“ wird zur Erfolgsstrategie (Granovetter 1973). In dem Maße, wie sich



solche Organisationsprinzipien durchsetzen, verliert die nationale Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik den klassischen Betrieb und den klassischen Arbeitnehmer als Finanzierungsquelle. Die Erwartung ist jedoch nach wie vor ausgeprägt, dass der Staat für die Folgen der virtuellen Unternehmenstätigkeit und der diskontinuierlichen Erwerbskarrieren (höhere Arbeitslosigkeit, höhere Einkommensrisiken, geringe soziale Absicherung) in irgend einer Form aufkommt. Ohne institutionelle Innovationen geht die Gleichung offenbar nicht mehr auf“ (Haak/Schmid 2001: 168).

Kulturselbstständige werden als eher lose, hybride Erwerbstätige konfiguriert und von den ‚klassischen Professionen‘ abgesetzt, die, historisch starke und gesicherte Aufnahme- und Regulationsmodi aufweisen (Anwalts- und Arztberufe). Wenn nun in einem Bereich die ‚Marktradikalität‘ zunimmt (das heißt, dass klassische korporatistische Mechanismen der Lohngestaltung, -aushandlung und -absicherung nur in geringem Maße greifen und das Streikrecht demnach entfällt), rücken tendenziell Sozial- und Arbeitspolitik stärker zusammen oder müssen integriert betrachtet werden (wie dies eher Gewerkschaften tun – im Gegensatz zu den Berufsorganisationen (Betzelt 2006: 33). Die Berufsverbände bearbeiten zumeist die erhöhten sozialen Risiken der individuellen, privaten Vorsorge, statt diese zum Gegenstand kollektiver Strategien zu machen (ebd. 33). Demgegenüber rückt bei gewerkschaftlichen Strategien tendenziell der Staat als Adressat von Forderungen nach sozialer Sicherung anstatt individuell ausgehandelter Arrangements in den Mittelpunkt (vgl. Mazari 2008). In einem Feld, in dem es eine fast unüberschaubare Vielzahl von – teilweise sehr hybriden – Organisationen gibt (vgl. Schulze Buschoff/Schmidt 2007), die sich um eher beruflich-inhaltliche Themen ranken, ist es wichtig, einen weiten arbeitspolitischen Begriff anzuwenden, der sich weder auf den Betrieb als Unternehmensorganisation beschränkt noch auch nur das politische Feld zum Gegenstand macht aus professionssoziologischer Sicht fasst Betzelt zusammen: „Die vielfältigen, nicht verkammerten Berufsorganisationen der Kulturberufler verfügen nur über geringe Regulationsmacht und können höchstens unverbindliche Rahmenrichtlinien über Preis-Leistungsverhältnisse entwickeln (...).“ (Betzelt 2006: 27). Betzelt schließt daraus auf eine Dominanz von Markt über Regulation (ebd. 26). Diesen Ansatz teile ich, allerdings führt dies meines Erachtens dazu, dass auch der Betrieb oder die Organisation als Bezugsgröße tendenziell an Bedeutung verliert, da Individuum und Betrieb im



Fälle der für das Feld typischen Klein- und Kleinstunternehmen in der Person selbst zusammenfallen.

In Bezug auf die Medien- und IT-Branche schlussfolgern Leicht und Bögenhold in diesem Sinne: „Ihr [d.h. der Soloselbstständigen in der Medien- und IT-Branche] Startkapital ist das eigene Wissenskapital. Hier wird das Individuum zur Firma.“ (Bögenhold/Leicht 2000: 784).<sup>37</sup>

Die Beschäftigungs- und Wachstumsimpulse äußern sich denn auch nicht eindeutig in einer Expansion der Beschäftigung innerhalb dieser Klein- und Kleinstbetriebe. Die Wachstumsimpulse könnten ja dazu führen, dass ein Kleinst- bzw. eine Ein-Personen-Unternehmung mit der Zeit Angestellte benötigt. Dies scheint allerdings statistisch kaum der Fall zu sein, wie die Analyse von bundesdeutschen Gründungen insgesamt nahelegt. Die Marktbehauptung selbst ist zunächst zentral wichtig und immer wieder brüchig. Im Gegensatz zu den Innovationsbestrebungen des schumpeterianischen Unternehmers – eine Art permanent zu erbringenden Leistung – liegt bei diesen Gründern die Innovationskraft – als Initialzündung und innovative Schöpfung – eher in der Phase der Gründung oder in der Identifizierung einer Marktnische.

Wenn man sich anschaut, wie arbeitspolitische Bedarfe im Feld der Kulturselbstständigkeit adressiert werden, fällt zunächst auf, dass es hier eine Vielzahl von Organisationen gibt, die sich um unterschiedliche Belange kümmern. Die Kulturpolitische Gesellschaft (KupoGe)<sup>38</sup> erfreut sich beispielsweise seit Jahren wachsender Mitgliederzahlen und scheint auch die Schnittstellenfunktion zwischen politischem Lobbyismus, inhaltlicher Arbeit und stärkerem Vermarktlichungsdruck gut auszufüllen. Besonders in Bereichen, in denen gewachsene Erfahrungen der Freiberuflichkeit bestehen und Organisierungserfahrungen vorliegen (wie die freiberuflichen Journalisten\_innen), scheint ein Organisierungspotenzial vorhanden zu sein (Betzelt 2006: 31). Arbeitspolitische Überlegungen – das heißt: Was ist verallgemeinerbar aus der Betrachtung

---

<sup>37</sup> ‚Firma‘ beschreibt betriebswirtschaftlich den Namen, unter dem eine Unternehmung eingetragen ist. Aber vom Prinzip her haben Bögenhold und Leicht m.E. den Nagel auf den Kopf getroffen.

<sup>38</sup> „Die Kulturpolitische Gesellschaft ist ein bundesweiter Zusammenschluss kulturpolitisch interessierter und engagierter Menschen aus den Bereichen Kulturarbeit, Kunst, Politik, Wissenschaft, Publizistik und Kulturverwaltung. Die Kulturpolitische Gesellschaft bildet keinen berufsständigen Interessenverband und ist an keine Partei, Kirche oder Gewerkschaft gebunden. Sie will neue Leitbilder und Zielsetzungen für Kulturpolitik entwickeln.“ (www.kupoge.de, letzter Zugriff am 16.10.2017).

eines ‚Pioniererwerbsfeldes‘? – setzen in den älteren Arbeiten aus den 1990er Jahren eher proklamatorisch an und entdecken Gemeinsamkeiten, die sich bei anderen flexiblen, atypischen, aber noch betrieblich eingebundenen Erwerbsarbeitstypen zeigen. Dies bedeutet beispielsweise aus gewerkschaftlicher Sicht die strategische Bearbeitung der Frage, wie in dem Erwerbsfeld selbst eine Stärkung der Klein- und Kleinstunternehmen stattfinden kann, ohne in die Falle zu gehen, plötzlich privilegierte, arbeitgeberähnliche Arbeiter\_innen zu vertreten. Interessenspolitische Ansätze gab es vor allem zu Zeiten der ‚New-Economy‘-Studien im Bereich der technologie- und wissensintensiven IT-Branchen (vgl. Boes/Trinks 2006).

Diese sehr unterschiedlich gelagerten Fragen führen meines Erachtens dazu, dass das Konstrukt der Arbeitspolitik von dem der sozialen Sicherung kaum sinnvoll getrennt werden kann. Man mag einwenden, dass damit eine spezifisch deutsche Sichtweise von Sicherheitsdenken bedient wird, allerdings wird damit an ein sich diesbezüglich eher schwach organisierendes Kollektiv von Erwerbstätigen gedacht. Wichtig ist dies, da es nicht nur die Existenzsicherung im Erwerbsleben anbetrifft, sondern auch die Rentenabsicherung – auch wenn Tina Denninger, Silke van Dyk, Stephan Lessenich und Anna Richter ausarbeiten, dass es sich ohnehin nur um eine historische Periode handelt, in der die Absicherung im Alter gegeben war.<sup>39</sup> Diskutiert werden Vorschläge zur Verallgemeinerbarkeit der Künstlersozialkasse (vgl. WSI-Mitteilungen 12/2000) oder die Absicherung über Grund-, und Bürgerversicherungsmodelle (vgl. Betzelt 2002; Schulze Buschoff 2004; Schulze Buschoff 2007).

Bei gewerkschaftsbezogenen Ansätzen werden vor allem rechtliche, kollektiv verbindende Merkmale abhängiger Beschäftigung (vgl. Perulli o.J., Pernicka/Blaschke (2006)) behandelt. Oder der Zugang zu Problemfeldern erfolgt über branchenbezogene Analysen, in denen spezielle Verwertungsketten im Mittelpunkt stehen (vgl. Henninger/Mayer-Ahuja 2005). Aus arbeitspolitischer Perspektive interessant ist deshalb auch, ob Selbstständige mit oder ohne Arbeitnehmer\_innen im Zentrum der Analyse stehen.

---

<sup>39</sup> Die Darstellung wie bislang verschonte Sozialbereiche – z. B. das Rentenalter – neu verhandelt werden, ist ernüchternd (s. dazu Denninger/van Dyk/Lessenich/Richter 2014).

## 1.7 Vernetzung, Netzwerke/ soziales Kapital und normative Gehalte

Die Bedeutung von Netzwerken wird in fast allen Studien betont. Zum Teil sich positiv auf Mark Granovetter beziehend (1973), gehen fast alle von konstituierenden Bedingungen aus, die der Vernetzung, teilweise als soziales Kapital gelesen, zukommt. Vernetzung meint jedoch anderes als soziales Kapital: Vernetzung wird in der Regel horizontal gedacht, Anzeiger ist beispielsweise die Häufigkeit, mit der Vernetzung stattfindet. Hierarchie, Macht und ökonomische Verteilung werden dadurch weniger stark berücksichtigt. Der Begriff des sozialen Kapitals zielt mehr auf eine ökonomische Verwertbarkeit sozialer Beziehungen (Bourdieu 1997b). Der Charme liegt darin, dass dies auch stratifizierend gedacht wird, das heißt auch die gesellschaftlichen Schichtungen darüber hergestellt und prozessual reproduziert werden.<sup>40</sup>

Angela McRobbie hat unter anderem herausgearbeitet, dass die ‚privat‘-beruflich verbrachte Zeit Entgrenzungen unterworfen ist, die sowohl Ansprüche an die Präsenz von Kulturschaffenden adressieren als auch das entsprechende Kleingeld nötig machen, denn Eintrittsgelder, Verzehrkosten und 'Herumhängen in Pubs' oder Clubs wollen finanziert sein. Ökonomisch verschärfend kommen, in Metropolen wie London, die hohen Lebenshaltungskosten hinzu. Die alte, aber nach wie vor aktuelle, gewandelte Aussage der zweiten Frauenbewegung („Das Private ist politisch!“) stellt sich hier in einer ganz anderen Form dar: Ist sie in der Kritik der feministischen Wissenschaftslinie auf die harmonisierende Beschreibung von Lebenswelt bezogen und als Forderung aufgegriffen worden, um die geldwerte familial gebundene Arbeit, die nach wie vor Frauen bei der unbezahlten Haus- und Sorgearbeit übernehmen, in den Blick der Gesellschaft zu rücken (Behning 1997), verläuft die Zuspitzung hier in andere Richtung. Das Private wird ökonomisch und findet nicht im häuslichen Zusammenhang, sondern im öffentlichen Raum statt als eine Exhibition von Privatheit, um ökonomische, geldwerte Zugänge zu Jobs zu erhalten.

„The demands of the network (pubs, clubs, hanging out) are frequently such that various categories of persons (eg single mothers) or those without social capital (without

---

<sup>40</sup> Bourdieus fast überhistorischen Aussagen und die Verallgemeinerung von aus Feldstudien in der Kabylei rekonstruierten Erkenntnissen können allerdings aus postkolonial-feministischer Perspektive bestimmt kritisiert werden.

a university degree) are precluded, or only gain access with difficulty” (McRobbie 2003).<sup>41</sup>

Angela McRobbie bezieht sich auch auf Fragen sozialer Reproduktion, wenn sie einwendet, dass Alleinerziehende, das heißt Sorgearbeit und Care im vermeintlich Privaten<sup>42</sup>, und Personen, die keine tertiäre Ausbildung durchlaufen haben, Zugangsschwierigkeiten zu einem Kulturmarkt haben. Der Bildungsbereich nimmt demnach eine Scharnierstellung ein, die nicht automatisch über die spätere marktliche Positionierung entscheidet. Am Beispiel der britischen Fernsehindustrie arbeiten Valerie Antcliff, Richard Saundry und Mark Stuart, heraus, dass zunächst eine Regulierung dieser Industrie stattfand, die dann eine Vielfalt von Netzwerkformen hervorgebracht habe, und dass der netzförmige der grundlegende Mechanismus sei, um Erwerbsarbeit und Produktion individualisiert herzustellen. Die Bindungen zwischen den Erwerbsindividuen werden dann stärker und reziprok, wenn „individuals work together, build trust and develop social relations“ (Antcliff/ Saundry/Stuart 2007, 390). Die Netzwerke professionalisieren sich dann in dem Maße, wie ein kompetitives Verhältnis gegenüber anderen Freiberufler\_innen ökonomisch mehr zu versprechen scheint als das Arbeiten auf eigene Rechnung und Arbeiten ohne eine horizontale Vernetzung (d.h. mit anderen, die erwerbsinhaltlich ähnliche Felder besetzen).

„Consequently, a degree of reciprocity emerges which is used to attenuate competition inherent within freelance labour markets. In some cases, what began as loose groups of acquaintances sharing stories and tips about equipment has evolved into formalized professional associations with clear rules of entry and a hierarchical structure as individuals have sought to build barriers against the vagaries of the freelance labour market.” (ebd.: 390). Antcliff, Saundry und Stuart akzentuieren in ihrem Ergebnis, dass derart geschlossene Netzwerke stärkere Wettbewerbsvorteile und innerhalb des Netzwerkes Kooperation und Vertrauen mit sich brächten (ebd.: 371 ff.). Wir erfahren nicht, welche Rechte, Pflichten und Zwänge dieses Netzwerk mit sich bringt, aber die Autoren\_innen gehen davon aus, dass die schwachen Bindungen auch schwache Wirkung in einem individuell, kompetiven Markt entfalten und plädieren für eine detailliertere Analyse von Netzwerkdynamiken und -komplexität.

---

<sup>41</sup> Die Studie basiert auf dreißig voll und elf teilweise ausgefüllten Fragebögen.

<sup>42</sup> Zur Care-Debatte s. Lewis 1997, Beckmann 2008 und Aulenbacher 2017.

Für die normativ ausgerichteten Arbeiten gibt es zwei hauptsächliche Trennlinien. Die eine nimmt den Strukturwandel der Arbeit und die Diagnose von Arbeitslosigkeit zum Anlass, subjektbezogen eine stärkere Verantwortung von Arbeitslosen oder Erwerbstätigen einzufordern. Dies bedeutet zum Beispiel, dass ‚employability‘ (Beschäftigungsfähigkeit) und ‚entrepreneurial spirit‘ (Unternehmergeist) als Fluchtpunkt für erwerbsstrategische Positionierungen von Erwerbstätigen der ‚zukünftigen Erwerbsgesellschaft‘ gefordert werden (Grözinger 2006; Mandel 2007). So plädiert auch Maria Kräuter dafür, eine fehlende, positiv zu besetzende Selbstständigkeit zu fördern (Kräuter 2002, 2005). Die andere Linie besteht darin, vor allem die Risiken zu betonen und stärkeren rechtlich-materiellen Schutz von selbstständig Erwerbstätigen ins Zentrum zu stellen. Beiden gemein ist die starke Vernachlässigung der Kategorie Geschlecht, die im Höchstfall additiv ausgezählt wird.

## **1.8 Zusammenfassung**

Eine politikwissenschaftlich fundierte Analyse des Feldes Kulturarbeit stellt ein Desiderat dar. Die im Forschungsstand rekonstruierten Ansätze stammen aus der Soziologie oder den Kulturwissenschaften. Die Beschreibungen verbleiben in der Regel bei der Betrachtung eines Ortes oder einer Branche. Dabei zeigen sich durchaus Tendenzen einer Prekarisierung der Arbeit im als paradigmatisch (vgl. Haak/ Schmid 1991) gesetzten Kulturbereich, verbunden mit der Forderung einer stärkeren Verschränkung von Arbeits- und Sozialpolitik. In diesem Zusammenhang werden Bezüge zu gewerkschaftlichen Akteuren für die abhängige selbstständige Erwerbsarbeit (vgl. Pernicka 2006) hergestellt und auch auf das Feld der Kulturerwerbsarbeit bezogen (vgl. Henninger/Mayer-Ahuja 2005). Werden Arbeitsbeziehungen als der prominente Ansatzpunkt begriffen, um Erwerbsarbeit in die Politikwissenschaft zu integrieren, wie es Alexandra Scheele herausgearbeitet hat, wäre ein nationalstaatlich begrenztes Framing hierfür gegeben. Nichtsdestotrotz bleibt der nähere Zusammenhang mit den berührten Politikfeldern – derer da wären, Arbeits- und Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Kulturpolitik – darin eine Blindstelle. Die Verknüpfung zwischen verschiedenen räumlichen und sozialen Ebenen könnte möglicherweise an die Politikwissenschaft anschlussfähig sein. Hier gibt es Mehrebenenansätze, die oft europäisch ausgerichtet sind und Verknüpfungen zwischen supranationaler, nationaler, regionaler und auch kommunaler Ebene zum Gegenstand haben, die ich allerdings im

Rahmen dieser Studie nicht eingehend bearbeiten kann. Ein weiterer Bezugspunkt für eine überregionale politikwissenschaftliche Studie findet Bezugspunkte bei politikwissenschaftlichen Arbeiten zu Governancestrukturen. Da diese stärker auf den strukturellen Wandel und auf kollektive Akteur\_innen und damit die Makroebene hin ausgerichtet sind, ist es darin jedoch kaum möglich, Ansatzpunkte für individuelle Erwerbspraxen, -situationen und -ressourcenausstattungen herauszudestillieren. Umgekehrt ist es in den in diesem Abschnitt angeführten qualitativen Studien qua Erkenntnisinteresse und disziplinärer Ausrichtung kaum möglich, die regulatorischen Bezüge sinnvoll einzubauen. Es wird deutlich, dass die begünstigende großstädtische Verortung für kulturselbstständige Arbeit auch die Fallauswahlen verbindet, die sich in der Regel auf sozialräumliche Mobilität und Erwerbsarbeit in einem großstädtischen Raum beziehen. Ein punktübergreifender Ansatz, der andere Kontexte sowohl in die Überlegungen als auch in die Analyse einbezieht, bleibt hierbei eine Forschungslücke.

Zudem stellt es eine Herausforderung dar, das sperrige Feld der freien, kulturbezogenen Berufe überhaupt zu fassen, wie die Hinweise auf die historisch ausgebildete geringe Regulierung und Sonderstellung des Feldes zeigt.

Auch die vorliegende Arbeit kann kaum die Quadratur des Kreises schaffen. Sie kann allerdings theoretisch fundiert überlegen, wie und welche soziale Arbeit auf die Subjekte dieser Erwerbsarbeit einwirkt (Folgekapitel). Es lässt sich zeigen, dass sich in diesem Feld die geschlechtsspezifische Arbeitsmarktsegregation perpetuiert sowie Strukturen des Gender Pay Gap, d.h. der ungleichen, geschlechtsspezifischen Entlohnung.

## **2 Arbeitspolitische Ansätze und Analyserahmen**

Dieses Kapitel hat zum Ziel, die arbeitspolitischen Bezüge für den empirischen Teil darzulegen. Dazu wird exemplarisch auf das Standardlehrbuch von Berndt Keller zurückgegriffen, um darzulegen, welche arbeitspolitischen Grundlagen darin gelegt werden. Der Rückgriff auf den Ansatz von Ludger Pries um erwerbsstrukturierende Institutionen wird heuristisch vorgenommen, um die translokale Perspektive und Verflechtungen zwischen Arbeitsmärkten und deren Strukturierungen, die eine komplexe „Co-Konstitution“ zwischen „Arbeit und Leben“ (Janczyk 2009) aufweisen, analytisch darzulegen. Diese Ausführungen werden kritisch ergänzt durch die Ausarbeitungen, die im Rahmen des durch das BMBF geförderten Programms GendA und in dessen Nachfolge entstandenen Ansätzen erstellt wurden. Diese Ansätze zeichnen sich durch eine genderkompetente Analysestrategie aus, die in eine normative und emanzipatorische Forschungsstrategie eingebunden ist.

### **2.1 Arbeitspolitische Bezüge – oder: Malestream in der Hochschullehre?**

Das Standardlehrbuch von Berndt Keller wurde erstmals 1991 aufgelegt und ist mittlerweile in der siebten „völlig überarbeiteten“ Auflage erschienen (Keller 2008). Der Verbreitungsgrad und die wiederholte Auflage verweisen auf einen hohen Bedarf, aber auch auf ein dynamisches Forschungsfeld: ein Politikfeld also, das mutmaßlich stark in der wissenschaftlichen Lehre nachgefragt wird. Dieses Politikfeld wird allerdings erst seit den 1980er Jahren im Kontext des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) als „Arbeitspolitik“ gekennzeichnet (Naschold 1984: 12ff.). Dadurch wird deutlich, was Studierende quasi als Kanon in der Lehre erarbeiten, weshalb dieser geronnene Text auf dessen Analysedimensionen hin dargestellt wird, da er auch für die vorliegende Arbeit von Bedeutung ist.

Keller untersucht auf der Grundlag des Rational-Choice-Ansatzes Deregulierung und -zentralisierung in der Arbeitswelt. Dabei verwendet er die am WZB entwickelte Definition zur Arbeitspolitik „Unter Arbeitspolitik wird der Prozess der Einflussnahme von betrieblichen, überbetrieblichen und staatlichen Handlungsträgern auf die Organisation des Arbeits- und Produktionsprozesses und seine sozialen Folgewirkungen – unter Berücksichtigung unterschiedlicher Interessenlagen – verstanden“ (WZB 1988:



82, zit. in Keller 2008: 1). Keller beschreibt Arbeitspolitik als ein interdisziplinäres Forschungsfeld (Keller 2008: 2ff.), das er in der Soziologie bzw. den Industriellen Beziehungen verortet sieht und welches auch Erkenntnisse weiterer Disziplinen wie Betriebs- und Volkswirtschaftslehre, Rechtswissenschaft, Psychologie, Politische Ökonomie und Geschichte zu Rate zieht. Er grenzt sich dabei klar von individualstrukturellen Ansätzen ab: Korporative Akteure<sup>43</sup>, die organisationale Mitbestimmung, die tarifrechtliche Situation, Arbeitsmarkttheorien und -politik und die europäische Dimension gliedern das Lehrbuch. Als korporative Akteure werden sowohl die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite<sup>44</sup> dargestellt als auch der „Staat und staatliche Agenturen“ benannt (ebd.: 63ff.). Die Mitbestimmung wird auf der Betriebs- und Unternehmensebene dargestellt und das Tarifvertragswesen anhand der Tarifpolitik der 1980er und 1990er Jahre sowie der „aktuellen Entwicklungen“ erörtert, womit tarifliche Entwicklungen bis 2006 gemeint sind. Die Arbeitsmarkttheorien umfassen das aus der herkömmlichen Volkswirtschaftslehre stammende „neoklassische Basismodell“ (ebd.: 270 ff.), das auch unter dem Begriff Segmentationstheorien<sup>45</sup> bekannt ist. Hier stellt Keller fest: „Die aus quantitativer Perspektive wichtigen, sehr heterogenen Arbeitsmärkte der Klein- und Mittelbetriebe mit zwischenbetrieblich-berufsfachlicher Ausbildung sind empirisch wie theoretisch unterrepräsentiert“ (ebd.: 292). Schließlich geht der Autor auch auf die keynesianische Beschäftigungstheorie ein. Diese wird als

---

<sup>43</sup> Keller verwendet durchgängig die männliche Form zur Beschreibung kollektiver Akteur\_innen, die hier deshalb in der Rekonstruktion für diese Arbeit an der Stelle auch verwandt wird.

<sup>44</sup> Mir bleibt unklar, weshalb die Begriffe hier nicht genau entgegengesetzt verwandt werden. Bietet 'der Arbeitnehmer' nicht sein lebendiges Arbeitsvermögen (u.a. Beck-Gernsheim, hier quasi differenzbezogen als *weibliches Arbeitsvermögen* konzipiert) an und ist es nicht vielmehr so, dass die 'Arbeitgeberseite' klassisch die Ressourcen, Arbeitsmittel und die Produktionskette verantwortet und somit das lebendige Arbeitsvermögen als einem Ressourcenbestandteil *nimmt*?

<sup>45</sup> Segmentierung bedeutet in Erwerbsarbeitsmärkten „eine auf Dauer angelegte Strukturierung und Differenzierung des Gesamtmarktes in Teilmärkte als Ergebnis der im Arbeitsmarktprozess wirksamen ökonomischen und politischen Kräfte“. (Keller 2008: 288). Als Teilarbeitsmärkte werden drei von einander verschiedene und nicht als interdependent gekennzeichnete Arbeitsmärkte unterschieden: 1. Der berufsfachliche Teilarbeitsmarkt, der in Deutschland durch das System der dualen Ausbildung begründet wird (Keller 2008: 290), 2. der betriebsinterne Teilarbeitsmarkt, nach der die „Stammbesetzung, als Gegenleistung gegen hohe Betriebsloyalität“ Qualifizierungs- und Aufstiegschancen sowie sichere und langfristige Beschäftigungsperspektiven erhalte (Keller 2008: 290) sowie 3. der „unspezifische, unstrukturierte (Jedermann-)Teilarbeitsmarkt“ (Keller 2008: 291), der sich vor allem an gering Qualifizierte richtet und als „Markt des Heuerns und Feuerns“ zugespitzt dargestellt werden. Die Darstellung von Keller ist „idealtypisch“ (Keller 2008: 90). Der Verweis auf die empirisch gute Absicherung des dreigeteilten „Arbeitsmarktes“ wird auf der Grundlage von Studien aus den 1980er Jahren und einer Studie von 1990 vorgenommen (Keller 2008: 292).



„makroökonomisch“ und „primär von der Nachfrageseite aus“ (gehend, S.M.) von der „mikroökonomischen Ausrichtung“ und „recht einseitigen Angebotsorientierung der Neoklassik“ abgegrenzt (ebd.: 298). Trotz der konstatierten, einseitigen Angebotsorientierung kommt Keller zu dem Schluss, dass die „von Keynes geforderte antizyklisch angelegte Finanzpolitik zunehmend unmöglich“ (geworden sei) und zur „weitgehend fiskalischen Manövrierunfähigkeit führte“ (ebd.: 301). Er schlussfolgert, dass „Arbeitslosigkeit nicht mehr nur ein Niveau-, sondern auch ein Strukturproblem“ ist und „aufgrund der zunehmenden Verflechtungen der Volkswirtschaften wären rein nationale Programme weitgehend wirkungslos“ (ebd. 301). Für die international koordinierte Beschäftigungsinitiativen fehlten indessen die, „notwendigen, politischen und institutionellen Voraussetzungen“ (ebd.). Damit ergibt sich bei Keller eine Art 'Patt-Situation': internationale, ökonomische Verflechtungen müssten zwar berücksichtigt werden, allerdings gibt es dazu keine entsprechenden politischen und institutionellen Voraussetzungen. Die Neoklassik ist zwar prägend, aber „einseitig“ (ebd.: 298) und die nachfrageorientierte Ökonomie wird eher als 'Relikt' dargestellt, obwohl sie doch auch im Zuge der ökonomischen Krise 2008 für die Binnennachfrage gezielt von der damaligen Bundesregierung eingesetzt wurde (Stichwort: Abwrackprämie).

Unter der Annahme, dass es sich bei dem Buch von Keller um ein oder das Standardlehrbuch für Arbeitspolitik handelt, ist es zugleich bedauerlich, dass Arbeitsbeziehungen und -märkte als ein vermeintlich geschlechtsneutrales Terrain dargestellt werden: Bereits sprachlich ist der Text 'neutral' formuliert, d.h. die männliche Form wird – und da ist Keller keine Ausnahme – als Standard gesetzt. Da unter anderem die Mitbestimmung „der Arbeitnehmer“ (ebd.: 144) im Fokus steht, werden beispielsweise die mitbestimmten Unternehmen nach dem Mitbestimmungsgesetz ausgewiesen (ebd.: 145), auch Streiks und Aussperrungen in einer Zeitreihe von 1970 - 2006 dargestellt (ebd.: 195), allerdings unterbleibt eine systematische Betrachtung der geschlechtsspezifischen Strukturierungen, die Arbeitsmarkt und Arbeitsbeziehungen aufweisen. Es scheint vielmehr so, dass das, was Ingrid Kurz-Scherf im Kontext des Höhepunkts der Finanzkrise im Anschluss an Niklas Luhmann als „Externalisierung interner Inkonsistenzen“ sowie als „Reproduktion“ imperialer Tendenzen des Gegenstands der Kritik“ (Kurz-Scherf 2012: 98) bezeichnet, auch auf die Wissensgenerierung im Politikfeld der Arbeitspolitik übertragen werden kann. Als zentrale Kategorien

der kapitalistischen Wirtschaftsweise sieht Kurz-Scherf „Arbeit, Wachstum, Technik“ (ebd.). Im Rückgriff auf den Begriff des „Bedürfnisses (Kurz-Scherf 2012: 99) sieht sie in der kapitalistischen Wirtschaftsweise „nur Bedürfnisse, die sich warenförmig befriedigen lassen“ (ebd.: 99). Zugrunde gelegt wird auch Stefanie Janczyks vortreffliche Analyse von der wechselseitigen Verschränkung von Arbeit und Leben als Co-Konstitutionsverhältnis, wodurch eine normative Perspektive auf „gut arbeiten und gut leben“ (ebd.) möglich wird. Durch die Externalisierung vermeintlich weiblicher Fürsorge an Frauen, werden interne Inkonsistenzen in der Arbeitswelt „gleichsam externalisiert, das heißt an Frauen und deren Weiblichkeit delegiert“ (ebd.).

Wenn nun Geschlechterverhältnisse oder andere Strukturkategorien in der Analyse von Arbeitspolitik, Arbeitsbeziehungen und Arbeitsmarkt unterbleiben, ist zu vermuten, unter der Annahme, dass es sich bei Kellers Band um ein Standardlehrbuch handelt, dass auch Studierende in diesem Feld zur Begriffsbestimmung zwar an Naschold und die Ansätze der Humanisierung von Arbeit anknüpfen, das tut auch Keller, andererseits werden mögliche, feministische Einwände oder gar geschlechtsspezifische, intersektionale<sup>46</sup> Strukturierungsprinzipien von gesellschaftlicher Arbeit nicht berücksichtigt. Weiterhin sind, was auch Berndt Keller feststellt, Klein- und Mittelbetriebe kaum theoretisch erfasst und empirisch unterrepräsentiert (Keller 2008: 292).

Arbeitspolitik ist in Anlehnung an Frieder Naschold (1984) und Alexandra Scheele (Scheele 2005, 2008) als ein über die politische Sphäre hinausgehendes Konzept zu verstehen, in dem unter anderem der Betrieb als arbeitspolitische Mikrostruktur eingearbeitet wird. Weiterhin werden auch die korporatistischen Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden als Arenen der Arbeitspolitik rekonstruiert. Auf der Hintergrundfolie einer seinerzeit als „Ökonomismus“ kritisierten Kapitalismuskritik wird vor allem auch die politische Sphäre und Dimension mit eingearbeitet. So schreibt Naschold: „Politik ist (....) vielmehr als eine zentrale Wirkungsweise in den gesellschaftlichen Beziehungen und Praktiken als ein wesentlicher Vergesellschaftungsmodus zu begreifen“ (Naschold 1984a: 9). Hier werden Geschlechterverhältnisse oder andere multidimensionale Lagen wie auch Ethnizität zwar nicht explizit

---

<sup>46</sup> Hierbei stütze ich mich auf den Intersektionalitätsbegriff von Winker und Degele, die neben Ethnizität, Klasse und Geschlecht auch den Körper als stratifizierende Größe aufnehmen (Winker/Degele 2009).

mitgedacht, allerdings ist die soziale Einbettung des Ökonomischen und Politischen eine analytische Erweiterung und Errungenschaft der Ansätze der Humanisierung von Arbeit.<sup>47</sup> Diese Ansätze gehen von einer relationalen Querschnittsbetrachtung aus. Allerdings bleiben die Studien inhärent notwendigerweise an betriebliche Arbeit gebunden, die überbetont wird, und die Analyse oder Inkorporierung von freiberuflicher Erwerbsarbeit unterbleibt. Gleichzeitig – und das ist auch sinnvoll für die Analyse und Bewertung bundesdeutscher Arbeitsbeziehungen – findet keine 'Landnahme' anderer nationaler Kontexte statt, die Bezugsfolie sind vielmehr die politisch und sozial eingebetteten Industriellen Beziehungen in Westdeutschland. Maria Funder und Martina Sproll sehen beispielsweise bei hochqualifizierten Frauen in wissensintensiven Branchen, Fortschreibungen von Geschlechterassymetrien, die durch ein exaltes Leistungsregime zum Tragen kommen (vgl. Funder/Sproll 2012).

## **2.2 Governance-Ansätze und Vielfältigkeit der kapitalistischen Systeme**

Um den Gegenstand der Kulturarbeit genderkompetent als Erwerbsform in unterschiedlich geprägten Kontexten – innerhalb einer translokal motivierten Studie – zu situieren, bietet es sich an, theoriebezogene Debatten zu Rate zu ziehen. Eine Frage der vorliegenden Arbeit ist unter anderem, wie arbeitspolitische Potentiale darin kontextübergreifend fruchtbar gemacht werden können. Das bedeutet für den Gegenstand der Forschung weiterhin, wie innerhalb dieser Theorieangebote (auch selbstständige) Erwerbsarbeit verortet wird und ob diese in geschlechtsanalytischen Überlegungen eingebettet sind (und, wenn ja: in welche). Daran schließen sich Überlegungen an, wie diese für eine genderkompetente, qualitative, politikwissenschaftliche Studie produktiv genutzt werden können. Die Hypothese, die sich empiriegeleitet herauskristallisiert, ist, dass Governance-Formen verstärkt Government auch im Kulturbereich ablösen und zwar nicht nur auf der nationalen Ebene. Die nationale Ebene ist, trotz verstärkter Interdependenzen mit globalisierten, volatilen Märkten, den Einflüssen der supranationalen Ebene und verstärkter Governance-Formen, nach wie vor eine zentrale Analysekategorie. Der Vorteil für die vorliegende explorative Studie

---

<sup>47</sup> Mit dem Ansatz der Humanisierung der Arbeit (HdA) wurde in den 1980er Jahren am WZB gearbeitet. Es gab auch ein staatliches Programm von 1974 – 1989 zur Humanisierung des Arbeitslebens. Mit dem Ziel, tayloristische Entfremdung abzuschwächen, waren vor allem Gewerkschaften und Wissenschaft mit dem Ansatz zur Stärkung der persönlichen Freiräume in der Erwerbsarbeit befasst.

ist, dass eine translokale Perspektive eingenommen werden kann, da mit dem Bezug zu Erwerbspraxen in Kontext eins (Rhein-Main) und zwei (Madrid) divergente, allerdings unter europäischer Perspektive betrachtbare Erwerbspraxen rekonstruiert werden können.

Governance, das auch im Kulturbereich als stärkeres Mischverhältnis zwischen staatlich-institutionalisierten, kollektiven und koordinierten, intermediären Organisationen an Bedeutung gewinnt, ist weiter zu verstehen als staatliches Handeln oder Regierungshandeln: „Analytically, the concept of ‚governance‘ is broader than that of ‚government‘. It recognizes that it is not just the formal agencies of elected local political institutions which exert influence over the pattern of life and economic make-up of local areas” (Goodwin/Painter 1996: 636).

Staatliches Handeln, das nicht auf die nationale Ebene reduziert werden soll, wird in Governance-Ansätzen weiter gefasst und umfasst nicht lediglich die klassischen, institutionalisierten, politischen Ebenen und Akteur\_innen, sondern verstärkt auch intermediäre und zivilgesellschaftliche Organisationen und Einflusssträger\_innen. Susanne Lütz führt dazu aus: „Im Kern richtet sich das Interesse der Governance-Debatte auf die Art und Weise, wie kollektives Handeln in der Politik, der Gesellschaft oder auch der Ökonomie koordiniert und wie leistungsfähig unterschiedliche Formen institutioneller Arrangements diesbezüglich sind“ (Lütz 2006: 13). Auf dieser strukturellen Ebene werden individuelle oder vernetzte Formen nicht mitgedacht. Governance bedeutet ja auch, dass sich Legitimation von (gewählten) Gremien in Expertengremien verschiebt und nicht klar ist, welche Befugnisse und Rechte diesen (temporär) angelegten Steuerungs- und Projektrunden zukommt. Die Kontroversen innerhalb unterschiedlicher theoretischer Entwicklungen können in dem hier vorgelegten, generisch-explorativen Rahmen nicht angemessen gewürdigt werden. Allerdings kann herausgearbeitet werden, welche Kategorien und Akteursperspektiven analytisch und theoretisch im Vordergrund stehen. Dieser Ansatz ist auf der Ebene der (politischen und ökonomischen) Sphären ein Angebot, Makrostrukturierungen zu verstehen. Allerdings wird darin die soziale Verwobenheit, die Erwerbsarbeit und das eingelagerte Handlungspotential der in atypischen Beschäftigungsformen Tätigen kaum angemessen aufgreifbar. Analytisch bietet es sich deshalb an, auf Ansätze zur sozialen Einbettung und Soziabilität einzugehen, da diese sowohl ein analytisch auf-

gefächertes Angebot zur subjektorientierten Analyse bieten als auch weiterhin normative Angebote an die Qualität von Arbeit formulierbar machen.

Die zentrale These des ersten Teilkapitels war, dass die Ansätze zwar weit aufgefächert sind, was die ökonomisch-politischen Akteur\_innen und Institutionen anbetrifft. Trotzdem bleiben sie gerade auch aus genderkompetenter Sicht kritisierbar, da geschlechtsspezifische Strukturierungen weder durch den Arbeitsmarkt noch durch die Politik in den Blick geraten.

Aus diesem Grund wird in diesem zweiten theoretisch geleiteten Teilkapitel das auf den transnationale Vergleiche hin ausgerichtete Angebote der feministischen Staatskritik zu Rate gezogen, um die Beziehungen von Staat und Markt und deren wechselseitigen Durchdringungen und Interdependenzen auch zu der vermeintlich privaten Lebenssphäre aufzeigen zu können – die sich im Falle des Erwerbshandelns Kulturselbstständiger gar 'entgrenzt' präsentieren sowie die Einflussfaktoren einzuführen, die in den kontextualisierenden Beschreibungen dann in Bezug auf den Gegenstand des Erwerbshandelns Kulturselbstständiger im Rhein- Main-Gebiet und in Madrid im empirischen Teil der Arbeit ausgeführt werden.

Diese transnational übergreifend angelegten Theorieangebote kommen eher aus einer marxistisch informierten Theorielinie und greifen die Globalisierung über versteckte Netzwerkökonomien und Arbeitsteilung ebenso auf (vg. Young 1998) wie die Europäisierung von Märkten und Politiken aus einer kritischen, politisch-ökonomischen Perspektive (vgl. Bieling 2006).

Vor allem der sozialwissenschaftliche Malestream neigt dazu, (Erwerbs-)Arbeit oft als ‚produktive Arbeit‘ zu kennzeichnen und damit die in der feministischen Theorielinie kritisierte Ausblendung unbezahlter Erwerbsarbeit und personennaher Sorgearbeit zu perpetuieren. Gleichzeitig bilden die Erwerbsarbeit, der Arbeitsmarkt und industrielle Beziehungen ein Set von Faktoren, um ökonomische nationalstaatliche Entwicklungspfade zu typologisieren und in Bezug auf die zentralen Steuerungsmodi herauszuarbeiten. Weiterhin kommt den Finanzmärkten und diesbezüglicher Politiken, die global eminent wichtig sind, analytisch eine zentrale Strukturgebungskategorie zu. Selbst wenn dies nicht intentional geschieht, werden damit andere Branchen, Märkte und deren Potenziale für die gesellschaftliche Verfasstheit tendenziell unter-

bewertet. Da Erwerbsarbeit eher strukturell eingeholt wird über die Bedeutung von Arbeitsmärkten im Zusammenhang mit veränderten Wertschöpfungsketten, kommt selbständiger Erwerbsarbeit oder branchenspezifischen Analysen in der Regel keine gesonderte Analysestellung zu. Da staatliches Handeln und die Verknüpfung mit der ökonomischen Sphäre in dieser Arbeit von Interesse sind, werden eher auf einer strukturellen Ebene Interdependenzen angenommen und die Frage von systemischer Konvergenz oder Divergenz (Pfadabhängigkeitsthese) im Zusammenhang mit der Globalisierung diskutiert.

Die Varieties of Capitalism (VoC) -Debatte ist beispielsweise sehr ausdifferenziert, was die Anzahl der erklärenden Dimensionen unterschiedlicher kapitalistischer Wirtschaftsweisen anbetrifft. Diese sind jedoch vor allem dem öffentlichen Bereich entnommen und perpetuieren das in der feministischen Forschung kritisierte Ausblenden einer (international hierarchisch organisierten) binnenstaatlichen, gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung, die für kapitalistische Akkumulationsweisen konstitutiv ist, ein Zusammenhang, der aus dem Blick gerät, wenn ‚nur‘ ökonomische und politikbezogene Dimensionen im Vordergrund stehen. Erwerbsarbeit wird darin nicht als eine eigenständige Dimension entworfen. Hilfreich ist daher der Blick auf die feministische Staatskritik. Stefanie Wöhl zeigt auf der Grundlage der feministischen und staatstheoretischen Herangehensweise, dass es im Kapitalismus unterschiedliche Dimensionen von Mächteverhältnissen gibt. Sie erweitert die Perspektive der 'Comparative Capitalism' Literatur um Hinweise auf soziale Bewegungen, hegemoniale Projekte und deren spezifische Akteur\_innen und argumentiert, damit präziser zu sein als die Comparative Capitalism-Ansätze, die die geschlechtsspezifische, symbolische Ordnung, Normen und Gender-Regime nicht in den Blick nehmen (Wöhl 2014: 96).

### **2.3 Erwerbsstrukturierende Institutionen (EI)**

Hall sieht Kultur als eine Art 'magisches Substitut', das beschworen wird, um den Wegfall von Fabriken zu ersetzen „Culture is now seen as the magic substitute for all the lost factories and warehouses, and as a device that will create a new urban image, making the city more attractive to mobile capital and mobile professional workers.” (Hall 2000: 640). Innerhalb der institutionenpolitikökonomischen Ansätze werden auf Hall und Soskice zurückgehend zwei zentrale Typen von Marktwirtschaften

unterschieden: Liberale Marktwirtschaften (Liberal market economies – LME), für die als Prototyp Großbritannien genannt wird<sup>48</sup> und koordinierte Marktwirtschaften (coordinated market economies – CME), wozu in Westeuropa Skandinavien, Deutschland, Österreich, die Schweiz und die Benelux-Staaten gezählt werden. Diese Sortierung geht nicht einher mit der von Gøsta Esping-Andersen für die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung entworfene Dreiteilung, bei der erkenntnisleitend die Frage nach der Dekommodifizierung und Kommodifizierung von Gütern und Dienstleistungen war und die Familie als Bereich neben Staat und Markt eingeführt wurde. Bei ihm werden drei Wohlfahrtsstaatstypen des konservativen, sozialdemokratischen und liberalen Modells unterschieden (vgl. Esping-Andersen 1990). Von der Grundanlage der Kategorien her gedacht, handelt es sich um einen binären Ansatz, der die CMEs den LMEs gegenüberstellt.

Die Debatte der Varieties of Capitalism zieht vor allem die sogenannten *hard facts* zu Rate, um die unterschiedlichen politikökonomischen Ausprägungen innerhalb nationalstaatlich umrissener Ökonomien zu beschreiben. Sie verbleibt auf einer Makroebene und zivilgesellschaftliche Akteur\_innen stammen vor allem aus der ökonomischen Sphäre, wenn beispielsweise die Arbeitsbeziehungen in einem System ausgeleuchtet werden. Typologisierend bekommen diese Systeme dann einen Stempel, mit dem eher konfliktbezogene oder konsensuelle Ausprägungen unterschieden werden. Die Dimensionen, die in der Regel zur Unterscheidung von kapitalistischen Systemen benutzt werden, sind sehr ausdifferenziert und vor allem einem öffentlichen, ökonomischen und politischen Bereich zugeordnet, die – über Institutionen ausdifferenziert – beschrieben werden. Ökonomische Handlungen werden in der Debatte als ein Spezialfall sozialen Handelns konfiguriert, “that needs to be coordinated or governed by institutional arrangements” (Hollingworth/Schmitter/Streeck 1994, zit. nach Jackson/Deeg 2006: 11). Die soziale Eingebettetheit der Ökonomie ist Gegenstand unterschiedlicher Ansätze, die bis in die 1980er Jahre zurückreichen, und wurde ursprünglich von Granovetter 1985 als These postuliert. Oft wird Granovetter angeführt, um das (neo-)institutionalistische Argument stark zu machen, wonach ökonomisches Handeln in sozialen Kontexten stattfindet. Kritik wurde daran aus feministischer Sicht

---

<sup>48</sup> Dazu würde meines Erachtens auch Spanien gehören, was von Royo (2007) bestritten wird.



geübt: Einen Markt als ökonomisch gesteuert zu sehen, führt einen unbenannten Counterpart mit sich, in dem Familie als harmonisch, altruistisch gesteuert angesehen wird (Crompton 2002: 137). Weiterhin wird über die soziale Eingebettetheit sowohl eine Gegensätzlichkeit des Sozialen und der Ökonomie konstruiert als auch der Markt selbst untertheoretisiert, da als gegeben betrachtet (Krippner 2001).

In institutionenbezogenen Governance-Ansätzen wird ein vergleichender Ansatz verfolgt, der Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Institutionen und Regierungsmechanismen (governance mechanisms) thematisiert. Damit werden die Institutionen in der Literatur tendenziell als unabhängig voneinander konfiguriert, wie das folgende Beispiel illustriert.



**Tabelle 3: Ausgewählte institutionelle Bereiche in kapitalistischen Volkswirtschaften**

<i>Insitutioneller Bereich</i>	<i>Repräsentative Typologie</i>	<i>Ausgewählte Beispiele von Performance-Effekten</i>
Finanzsysteme	Banken-/Marktbasiert	Investitionsmuster, Corporate Governance <sup>49</sup>
Corporate Governance (Unternehmensgovernance)	Insider/Outsider oder Share-/Stakeholder	Unternehmensstrategie, Einkommensverteilung, Fähigkeiten, Investitionen, Innovationen
Unternehmensbeziehungen (inter-firm relations)	,	Kooperation und Wettbewerb; Corporate Governance; Innovation
Arbeitsbeziehungen	konfliktorientiert/pluralistisch/korporatistisch	Interne vs. externe Arbeitsmarktflexibilität; Gehaltsniveaus, Arbeitslosigkeit
Weiterbildung	Staat/Vereinigungen/Märkte/ Unternehmen	Einkommensverteilung, Arbeitsorganisation, Innovation, Arbeitsbeziehungen, Unternehmensstrategie
Arbeitsorganisation	fordistisch/flexible Spezialisierung/diversifizierte Qualitätsproduktion	Unternehmensstrategie, Arbeitsbeziehungen
Wohlfahrtsstaaten	liberal/konservativ/ sozialdemokratisch	Arbeitsmarktbeteiligung, Spar- und Investitionsmuster, Gewerkschaftsorganisationen
Innovation	radikal/inkrementell	Arbeitsorganisation, Unternehmensstrategie, Beschäftigung

Quelle: Jackson/Deeg 2006: 13

Allerdings wirkt hier die Frage der Kapitalakkumulation, polemisch gesprochen, wichtiger als die Frage nach geschlechtshierarchischer Arbeitsorganisation, die ebenfalls als in politische und staatliche Strukturen eingebettet begriffen werden kann.

Der Vorteil des Ansatzes liegt darin, dass Verschiebungen und Abhängigkeiten zwischen Ökonomie und Politik mit konfiguriert werden, also neue Governancestruktu-

<sup>49</sup> Corporate Governance meint das Handeln von der Unternehmensführung im Betrieb oder Unternehmen.

ren durchaus Berücksichtigung finden, wie sie auch für das Feld der Kulturarbeit strukturgebend sind. Erwerbsarbeit selbst ist dann als ein Faktor Gegenstand, dessen strukturelle Ausgestaltung eben die Unterschiedlichkeit von kapitalistischen Varietäten erklärt. Spannend ist dabei, dass gerade in den Ansätzen der Corporate Governance Unternehmenshandeln als koordiniertes, interessengeleitetes Einflussverhalten inner- und außerbetrieblich an Bedeutung gewinnt. Damit sind in der Regel größere Unternehmungen gemeint. Diese Überlegung gewinnt an Radikalität, wenn man sie auf Klein- und Kleinstunternehmen anwendet und fragt, ob hier tatsächlich die Handlungsspielräume gegeben sind, die ja gerade – so eine These dieser Studie – durch eine zunehmende Marktradikalität und die sich dadurch verstärkende Abhängigkeit von der Bewertung durch den Markt eher eingeschränkt werden.

Die Governance-These lässt sich aufspalten in verschiedene darunter gelagerte Diskursstränge, die von der Rolle und dem Wandel des Nationalstaates ausgehend, in Convergence oder Divergence-Überlegungen münden, wobei der eine Pol durch die Stärke der Pfadabhängigkeit oder Regimepersistenz gekennzeichnet ist. Gemeinsamkeiten werden dann betont, wenn allgemeinere Steuerungs- und Regulierungsmechanismen unterschiedlicher Politiken zugrunde gelegt werden.

Der Bezug zur lokalen Ebene wird dann wieder stärker aus der Sozialgeographie hergestellt, wenn beispielsweise Goodwin and Painter (1996) den analytischen und substantiellen Gewinn von Governance-Ansätzen für die Beschreibung postfordistischer und lokal ausgeprägter Governance-Formen verwenden:

„Within the political processes which affect the fortunes of any local area are a wide range of actors. These include the institutions of elected local government, to be sure, but also central government, a range of non-elected organizations of the state (at both central and local levels) as well as institutional and individual actors from outside the formal political arena, such as voluntary organizations, private businesses and corporations, the mass media and, increasingly, supra-national institutions such as the European Union (EU). The concept of governance focuses attention on the relations between these various actors. A substantive shift from government to governance implies not only that these other influences exist but also the character and

fortunes of local areas are increasingly affected by them" (Goodwin/Painter 1996: 636).

Für neo-institutionalistische Ansätze spielen die historische Prägung und innerhalb der Institutionen geronnenes Wissen der darin aktiven Akteur\_innen eine Rolle. Ludger Pries kennzeichnet diese Institutionen seit Ende der 1990er Jahre als „erwerbsstrukturierende Institutionen“ (Pries 1998). Die erwerbsstrukturierenden Institutionen bestimmen Normalitätserwartungen mit. Pries entwickelt das Konzept erstmalig 1998 in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (1998).<sup>50</sup> Die Strukturierung des Erwerbs ermöglicht auch gesellschaftliche Teilhabe. Dies wird deutlich, wenn Pries schreibt „Erwerbsstrukturierung wird hier als das weiter gefasste Feld verstanden, in dem Arbeit, Beschäftigung und Partizipation im Sinne von Erwerbsarbeit gesellschaftlich geprägt, ausgeformt und beeinflusst werden (...)“ (Pries 2005: 27). Ein Vorteil liegt darin (ähnlich zum Zusammenspiel von Markt, Staat und Familie), Erwerbsarbeit ins Zentrum zu stellen und in der Analyse weniger trennscharf zu sein, also neben den Verfestigungen auch Interdependenzen sowie die unabhängig erbrachte Erwerbsarbeit mitzudenken. Institutionalistische Ansätze verleiten wiederum zu einer 'statuarischen', wenig dynamischen Sichtweise. Auch wenn institutionelle Arrangements ausgehandelt werden/wurden und Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen mit mehr oder weniger handlungsstarken Akteuren\_innen sind, blenden sie tendenziell Verflechtungen wie die teilweise gegenseitige Bedingtheit oder auch dialektisches Ineinandergreifen in historisch gewachsenen Prozessen aus. Sie erscheinen dann dauerhaft. Der Vorteil ist, dass sie als Institutionen zugleich zugänglicher sind für politische Formen der Bearbeitung, Auseinandersetzung und benennbarer, adressierbarer Forderungen und nicht amorphe, sozial überdeterminierte und konstruierte gesellschaftliche Verhältnisse.

„Neben diesen dauerhaften erwerbsstrukturierenden Institutionen wirken natürlich auch noch andere Bedingungen und Faktoren auf die Erwerbsarbeit“ (ebd.: 27). So

---

<sup>50</sup> In just dieser Ausgabe der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie entwickeln Gerd-Günter Voß und Hans J. Pongratz ebenfalls erstmalig das Konzept des Arbeitskraftunternehmers, das prägend war für die bundesdeutsche Industrial Relations-Debatte, da fast kein Artikel zu Beginn und Mitte der 2000er Jahre daraus verzichten zu können schien und es Verdichtungen hin auf einen Typus des Erwerbshandelns liefert, die prägend waren und sind für die letzte Dekade. Der Begriff wurde zudem weit über die Soziologie hinaus rezipiert.

seien außerdem demografische, wirtschaftlich-konjunkturelle Faktoren, technologische (und organisatorische) Entwicklungen „unmittelbar“ (ebd.) prägend.

Diese Institutionen werden als für den Gegenstand Erwerbsarbeit strukturprägend identifiziert. Sie werden unterschieden nach

- (a) dem jeweils dominanten Typ von Ressourcen, welcher die Positionierungen, Teilhabechancen und die Handlungsmöglichkeiten der Menschen strukturiert,
- b) den jeweils vorherrschenden Handlungslogiken und -normen,
- c) den jeweils spezifischen wichtigsten Medien der Kommunikation in dem entsprechenden Verflechtungszusammenhang, sowie
- d) den je typischen Kontexten in denen die Handlungsprogramme der verschiedenen Institutionen Vorrang haben. (ebd.: 27)

„Es wird davon ausgegangen, dass sich das unendliche Gewirr von auf Arbeit und Erwerb bezogenen menschlichen Interaktionen, Bedeutungen und Wahrnehmungen, Positionierungen und Verflechtungsformen nach den genannten vier Kriterien von Ressourcen, Logiken und Normen, Medien und Kontexten zu jeweils in sich mehr oder weniger kohärenten und stimmigen, auf Dauer gestellten und gesellschaftlich dominant wirksamen idealtypischen Gebilden als sozialen Institutionen gliedert und gliedern lässt“ (ebd.).

Erwerbsarbeit selbst wird definiert als „all diejenigen Tätigkeiten (...), die zielorientiert vollzogen werden und dazu dienen, Einkommen und Güter zur materiellen Daseinsvorsorge zu generieren“ (ebd.: 26). Diese Minimaldefinition wird erweitert, um die „selbstorientierte, häufig kreativ-künstlerische Entäußerungsarbeit“ und die „Anerkennungsarbeit bzw. das bürgerschaftliche Engagement“ (ebd.: 26). Pries weist auch darauf hin, dass vergütete und nicht-vergütete Arbeit, „Erwerbsarbeit und Nichterwerbsarbeit (...) sich in der Praxis nicht vollständig klar voneinander trennen (lassen.“ (ebd.: 27). Im Rückgriff auf den im Kontext der Forschungen zur „Alltäglichen Lebensführung“<sup>51</sup> erarbeiteten Arbeitsbegriff lässt sich so ein dynamischer Arbeitsbegriff darstellen, der auch als „fließend“ gekennzeichnet wird (Jurczyk/Rerrich 1993: 32). Danach kann nicht am Inhalt der Tätigkeit erkannt werden, ob eine Handlung

---

<sup>51</sup> Das Konzept der Alltäglichen Lebensführung stammt von einer Arbeitsgruppe um Gerd-Günter Voß, der auch Karin Jurczyk angehörte. Von Interesse war die theoretische Vermittlung zwischen Mensch und Gesellschaft in Anschluss unter anderem an Max Weber.

Arbeit darstellt oder nicht. Erst das Verhältnis der Handelnden zu deren Handlungen bestimme, ob es sich um Arbeit handelt oder nicht. Deshalb kann auch Arbeit nicht eindeutig von Nicht-Arbeit abgegrenzt werden. Dieser Arbeitsbegriff trägt auch dem Umstand Rechnung, dass historisch zu bestimmten Zeitpunkten ausgehandelt wird, welche Tätigkeiten als Arbeit anerkannt werden können und welche nicht. Die Anerkennung als Arbeit ist demnach davon abhängig, was zu welcher Zeit als gesellschaftlich notwendige Arbeit angesehen wird. So haben ja auch die zweite Frauenbewegung und die darin aktiven Akteur\_innen unter anderem die Hausarbeit und ihre Funktion im Kapitalismus aufgezeigt und eine geschlechterhierarchische Arbeitsteilung thematisiert (Bock/Duden 1977: 118ff.). Die Arbeitsbegriffe, die verwandt werden, führen zwar zur Sichtbarmachung von geleisteter Arbeit, aber die Forderung der Umverteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern, führt tendenziell immer noch eher zu einer Umverteilung der Arbeit zwischen Frauen (vgl. Lutz 2008).

## **1. Soziales Netzwerk**

Pries unterscheidet 2005 zwischen Familie/sozialem Netzwerk, Markt und Marktlichkeit, dem Beruf, der Organisation und dem öffentlichen Regime (Pries 2005: 25 ff.). 2010 gibt es eine Modifizierung, bei der Familie/soziales Netzwerk durch „Soziales Netzwerk“ ersetzt wird (Pries 2010: 32 ff.). „Die Institution des sozialen Netzwerks ist durch die dominante Handlungslogik wechselseitiger Verpflichtungen und Gunst sowie durch eine generalisierte und unspezifische Reziprozität und Solidarität gekennzeichnet.“ (ebd.: 33). Das soziale Netzwerk wird demnach nicht hierarchisch organisiert, und ein Lohn würde laut Pries nicht erwartet, auch wenn er hier einräumt, dass es sich um normalisierte Bedingungen handelt (ebd.), die er als „'normale Bedingungen'“ für „'mithelfende Familienangehörige'“ oder nach den „der spezifischen Gegenleistung [für die Mutter] nach dem Geldwert und der spezifischen Gegenleistung 'ihrer Kinderaufzucht'<sup>52</sup> und Altenpflegearbeit“ kennzeichnet (ebd.). Diese auch in dem Buch von 2010 erarbeitete Grundlagen für die Institution des sozialen Netz-

---

<sup>52</sup> Die Erziehung und Betreuung von Kindern ist eine anspruchsvolle Tätigkeit, auch wenn Erzieher\_innen nach wie vor kaum der Dauer der Ausbildung angemessen, verdienen. In den letzten Jahren sind auch hier die Ansprüche an „Erwerbsarbeit“ gestiegen, so dass Erzieher\_innen – ein Beruf, der in anderen Ländern eine Hochschulausbildung verlangt, gestiegenen Anforderungen ausgesetzt sind, nämlich, bereits einen soliden Grundstock für die frühkindliche Bildung zu gewährleisten, wie mir aus eigener Praxiserfahrung im Bereich der Bildungsberichterstattung und Veranstaltungen für Erzieher\_innen deutlich wurde.

werks leitet sich wiederum von familialen Beziehungen ab. Implizit wird Frauen (bei Pries sind sie „die Mutter“) die Arbeit für Kindererziehung und -betreuung und die Pflege von älteren Menschen übertragen. Der Vorteil des Ansatzes liegt allerdings darin, dass die „Lebenswelt“ (Habermas 1981) mitgedacht wird und das soziale Netzwerk durch die Platzierung als erster, erwerbsstrukturierender Institution im Verband mit den vier weiteren, erwerbsstrukturierenden Institutionen eine Aufwertung erfährt.

„Der Rekurs auf die soziale Institution Familie kann sich für die Untersuchung und Erklärung von Arbeitshandeln und Erwerbsdynamiken sowohl im Bereich von (handwerklichen) Klein- und (eigentümer-/familiengeführten) Mittelbetrieben als auch im Bereich der so genannten Neuen Wirtschaft als nützlich erweisen (...). Sekundäre Netzwerke sind damit nicht nur ‚zwischen Markt und Hierarchie‘, sondern zwischen Familie, Markt und Hierarchie angesiedelt.“ (Pries 2005: 42).

Hierbei muss allerdings auch der Vermachtung innerhalb des familialen Arrangements Rechnung getragen werden, die zudem durch politische Anreize gestützt und (dauerhaft) abgesichert wird. Zum Beispiel wäre hierbei die Institution der (heterosexuellen) Ehe zu nennen, die nach wie vor u.a. steuerliche (Ehegattensplittung) und rechtliche Vorteile einräumt oder die monetären Anreize über das Betreuungsgeld. Auch die vorgenommene Gleichsetzung von Frau-Sein und Mutterschaft hat nicht zuletzt durch Lena Correll deutliche Kritik erfahren, die zeigt, dass individuell und gesellschaftlich Kinderlosigkeit, legitimationsbedürftig verhandelt wird und dennoch einen legitimen Lebensentwurf darstellt (vgl. Correll 2010). Es lassen sich demnach durchaus Interdependenzen zwischen funktional ausdifferenzierten Kräftefeldern finden.

## **2. Markt/Marktlichkeit**

Nach einer kurzen historisch-etymologischen Einleitung kennzeichnet Pries den 'Markt' über die hauptsächliche Handlungsressource, die das ökonomische Kapital sei. „Die grundlegende Handlungsnorm, die den Markt als soziale Einrichtung bestimmt, besteht darin, dass sich nicht miteinander in festen sozialen Beziehungen befindliche Individuen treffen, um einen raum-zeitlich begrenzten Tauschvorgang im wechselseitigen Interesse zu organisieren. Marktliche Austauschbeziehungen sind im

Gegensatz zu familiären Austauschbeziehungen quantifizier- und berechenbar und auf unmittelbar-kurzfristige explizite Reziprozität ausgerichtet.“ (Pries 2005: 42f.)

Im marktlichen Tauschvorgang schließen beide Seiten implizit oder explizit einen Vertrag ab, der die wechselseitigen Leistungen und Pflichten festlegen.. Die marktlichen Austauschprozesse hätten sich historisch nach und nach aus „dem alltagsweltlichen Lebenszusammenhang der Menschen ausdifferenziert.“ (ebd.: 43). Zum Zwecke des beiderseitigen Vorteils träten anonyme oder sich zumindest weitgehend unbekannte Akteure in eine zeitlich und sachlich begrenzte Interaktionsbeziehung (ebd. 43). Dies sei eine geradezu „revolutionäre Konsequenz“ (ebd.), dass der Markt diese Interaktionsbeziehungen ermögliche. Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Interessen und Interessensgruppen (etwa der Anbieter und der Nachfrager) kennzeichneten die von allen geteilten legitimen Handlungsnormen (ebd.).

Wenn Märkte besonders mit dem industriellen Kapitalismus seit dem 18. Jahrhundert an Bedeutung gewonnen haben, wurde die Arbeitskraft und das Arbeitsvermögen selbst Gegenstand marktlichen Handelns und Austauschs.

„Die Besonderheit dieser neuen Ware Arbeitskraft gegenüber anderen Typen von Waren ist, dass sie als marktfähiges Arbeitsvermögen nicht von ihrer Trägerin oder ihrem Träger, also den konkret handelnden Personen getrennt werden kann“ (ebd.: 35). Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten werden den Unternehmen „als neuem Sozialtypus“ (ebd.: 36) direkt angeboten.

Für die Marktlichkeit scheint ein weiteres Merkmal in der Dethematisierung von Geschlecht zu liegen. Dies könnte an einer Art generalisierten Männlichkeit liegen, die hier zugrunde gelegt wird, wenn bei Pries „alle Marktteilnehmer“ in eine 'Win-Win-Situation' eintreten, was auch auf der Grundlage der Persistenz des Gender Pay Gaps mit einem Fragezeichen versehen werden darf. Ich möchte deshalb gern hinzufügen, dass sich Prinzipien der marktlichen Steuerung auch in anderen gesellschaftlich relevanten Bereichen finden, wie etwa Zielvereinbarungen und zwar in der internen Steuerung öffentlicher und privater Betriebe oder Vermarktlichungstendenzen (vgl. Kratzer/Sauer 2003) auch familialer Beziehungen. Über die Funktion von Liebe im Kapitalismus wurde auch bereits intensiv gearbeitet (vgl. Illouz 2007). Weiterhin fehlt bei Pries eine für wissensintensive Märkte zentrale Steuerungsgröße: die Repu-



tation. Patrik Aspers weist darauf hin, dass es in Wissensmärkten idealtypisch Standard- und Statusmärkte gebe (Aspers 2007: 434). Statusmärkte seien alle, die keine Standardmärkte sind (ebd.: 435). „Auf einem Statusmarkt ist nicht länger der zur Einschätzung verwendete Wert das etablierteste soziale Konstrukt, sondern die von den Akteuren auf beiden Marktseiten gebildete soziale Struktur. Auf diesem idealtypischen Markt gibt es tatsächlich keinen von den Akteuren unabhängigen Wertmaßstab“ (ebd.: 434f.).

### **3. Beruf**

Die Rolle des Berufs ist für Pries eine weitere, den Erwerb strukturierende Institution und ebenfalls eine soziale Institution. „Berufe können allgemein als spezifische und typische, sozial standardisierte Tätigkeitsbündel verstanden werden. (Pries 2010: 36f.). Auch wenn durch die Beruflichkeit vermittelt existenzsicherndes Einkommen erzielt werden müsse, so sei doch „(...) die dominante Handlungslogik und Handlungsnorm der sozialen Institution Beruf nicht die Maximierung individueller und monetärer Gewinne, sondern das Befolgen spezifischer Berufsnormen und das Streben nach Berufsehre und Ansehen.“ (ebd.: 38). Die „berufsförmige Arbeit“ wird sogar als das „Organisationsprinzip von gesellschaftlichem Zusammenleben schlechthin“ (ebd.) gesehen. Sie stelle eine Alternative zum rein staatlichen Steuerungsmodell und rein markoliberalen Wettbewerbsmodell dar und sei kooperativ zu verstehen (ebd.: 39).

Für die vorliegende Arbeit und das hohe Aufkommen von Beschäftigten mit Hochschulabschluss bei den Kulturschaffenden, die über keine vorgelagerte berufliche Ausbildung verfügen, muss die Kategorie Beruf durch die Institution der Bildung ergänzt werden, die dann Ausbildung und hochschulische Bildung umfasst. Sie beinhaltet als Handlungsressource Bildungskapital und als Handlungsnorm und Steuerungsmodus Prinzipien des wissenschaftlichen Arbeitens, aber auch Berufsethos. Die Kommunikationsmedien sind auch hier Zertifikate und Titel, Reputation und Status und deren Kontext liegt in den in Individuen gebundenen, standardisierten Ressourcen.



#### **4. Organisation**

Die Organisation und die Unternehmung/der Betrieb verfügen bei Pries über eine eigene Kapitalsorte, das organisationale und positionale Kapital (Pries 2010: 41).

„Die dominante Handlungslogik und -norm dieser erwerbsstrukturierenden Institution Betrieb waren und sind die durch die Organisation gesetzten betrieblichen Regeln und nicht die marktliche Logik von individueller Gewinnoptimierung, nicht die familiäre Norm diffuser langfristiger Reziprozitätserwartungen und auch nicht die berufliche Norm einer arbeitsinhaltlichen berufsständischen Bindung“ (ebd.: 50f.).

Es gibt hierin informelle und formelle Normen sowie Hierarchie und Entscheidungsgewalt, die asymmetrisch verteilt sind. Dabei gehe es um Rollenübernahme und Funktionsausübungen. „In der Regel bestehen Eingangsschleusen in die Betriebe auf der untersten Stufe von Qualifikationsanforderungen; über diese werden die Beschäftigten aus dem so genannten betriebsexternen oder sekundären Arbeitsmarkt rekrutiert“ (ebd.: 40). Die Aufstiegslinien seien „wesentlich am Prinzip der Seniorität“ (ebd.) ausgerichtet. Aus diesem Grund, der Position innerhalb der Organisationshierarchie wird das Kapital als organisationales, positionales und damit an die Organisation gebundenes Kapital bezeichnet.

Auch die Organisation ist nicht 'geschlechtsneutral', wie die Texte zunächst suggerieren. So wird beispielsweise im GenderDatenPortal des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans Böckler Stiftung auf der Grundlage von Geschäfts- und Quartalsberichten, Presseartikeln, Selbstauskünften und Einzelanfragen ermittelt, dass Ende 2016 nur rund 24 Prozent aller Vorstände Frauen vertreten waren ([https://www.boeckler.de/wsi\\_38957.htm](https://www.boeckler.de/wsi_38957.htm), letzter Zugriff am 21.11..2017). Hinzu kommt, dass im Falle von Kulturselbstständigen oft Unternehmen, Organisation und Person zusammenfallen, weshalb die Analysekategorie zwar durchaus Sinn macht, allerdings nur für abhängig Beschäftigte.

#### **5. Öffentliches Regime**

Die fünfte Institution, das öffentliche Regime, bezieht sich auf Dynamiken der Strukturierung von Arbeits-, Beschäftigungs- und Partizipationsbeziehungen, die im Rahmen von nationalstaatlichen, supranationalen oder völkerrechtlichen Souveränitätsan-

sprüchen und durch die Bezugnahme auf das Gemeinwohl bzw. generalisierte Normen, Regeln und Verfahren „öffentlich“ legitimiert sind. (Pries 2005: 51f.):

„Aus dem staatlichen Monopol der Normen- und Regel-Dekretierung für die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen differenziert sich in Deutschland und vielen anderen europäischen Gesellschaften immer stärker ein öffentliches Regime der Erwerbsregulierung in der Triade von Staat, Kapital und Arbeit heraus.“ (ebd.: 54).

Die dominante Handlungsressource ist hier das politische Kapital, welches als Legitimitätsgeltung und Chance der Machtausübung und Interessendurchsetzung die entscheidende Ressource ist, die das Kräftefeld dieser sozialen Institution bestimmt und von den kollektiven Akteuren mobilisiert wird.

„Politisches Kapital ist weder positions- noch organisationsgebunden, sondern immer ein auf öffentlichen Beziehungen zwischen kollektiven Akteuren beruhendes Potential als Beeinflussungschance und -beziehung. Die als ‚normal‘ erwarteten Logiken des Handelns sind die Orientierungen an materialen Normen und prozeduralen Regeln. Gesetze, Tarif- und andere Kollektivverträge sowie (Betriebs-)Vereinbarungen sind die wesentlichen Kommunikationsmedien im Rahmen des öffentlichen Regimes der Erwerbsstrukturierung“ (ebd.: 55f.).

Das politische Kapital oder die Verfügung über eine Position, in den jeweiligen Gremien mitarbeiten zu können, ist an den erwerbsarbeitlichen Status gebunden, womit ich meine, das bestimmte Akteur\_innen innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und ihrer Organisationen befugt oder delegiert sind, in Gremien mitzuarbeiten, Positionen einzubringen und dies in der Rolle von Lobbyisten oder zivilgesellschaftlichen Vertretungen aus Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Vereinigungen oder Netzwerken geschieht, in denen widerstreitende Interessen ausgehandelt werden. Auch diese Strukturen sind vergeschlechtlicht begreifbar. Das bedeutet, dass hier genau geprüft werden muss, wer welche Initiativen einbringt und wie sind diese aus geschlechterkompetenter Perspektive zu bewerten sind Diese Fragen, sind allerdings nicht Gegenstand der vorliegenden Studie.

„Konflikt und Kooperation widerstreitender Akteursgruppen sind also die als legitim anerkannten und charakteristischen Handlungskontexte dieser sozialen Institution“ (ebd.: 56). Damit zeigt Pries, dass Auseinandersetzungen und das Ringen um Ein-

flüsse in der Institution der Organisation durchaus als inhärentes Merkmal zu sehen. „Die für diese soziale Institution wichtigsten Kommunikationsmedien sind die durch Machtsetzungen, Interessensaushandlungen und -kompromisse möglichen Rechtsnormen und -systeme in Form von Gesetzen, Verträgen und Vereinbarungen“ (ebd.). Allerdings müsste, wie an anderen Stellen dieser Arbeit beschrieben, auch die soziale Sicherung mitgedacht werden, die deshalb mit in das „öffentliche Regime“ aufgenommen wird.

Die Überlegungen zu den erwerbsstrukturierenden Institutionen führen zu folgender Matrix, die Pries (2010: 32) darstellt:

**Tabelle 4: Erwerbsstrukturierende Institutionen (EI)**

Soziale Institution (Spalte)/ Dimensionen (Zeile)	Handlungs-ressource	Handlungsnorm	Kommunikationsmedium	Kontext/ <i>Setting</i>
Soziales Netzwerk	Soziales Kapital	Wechselseitige Verpflichtungen und Gunst; generalisierte Reziprozität	Vertrauen, nicht-monetarisierter Tausch; traditioneller <i>Status</i>	Nichtstandardisier- und nicht-quantifizierbarer Austausch, affektuelles <i>framing</i>
Markt	Ökonomisches Kapital	Wettbewerb, Optimierung individuellen Gewinns; Interesse	Geld; Äquivalententausch; <i>Vertrag</i>	Berechenbare, anonym tauschbare Güter
Beruf	Kulturelles Kapital	Berufsehre, wissenschaftliches Wissen und Ethos	Zertifikate, Ehre/ Reputation, Zünfte traditioneller <i>Status</i>	Individuengebundene, standardisierte Ressourcen
Organisation	Organisationales/ positionales Kapital	Organisationale Normen, Interessen, Loyalität, begrenzte Reziprozität	Formelle/ informelle Normen; Hierarchie, Anordnung, Entscheidung	Rollenübernahme und Funktionsausübung
Öffentliches Regime	Politisches Kapital	Generelle Normen und Regelorientierung, staatlicher Zwang	Gesetze, Kollektive Verträge, Vereinbarungen, moderner Bürger- <i>Status</i>	<i>Contested terrains</i> , Widerstreitende Interessen und knappe Ressourcen und soziale Sicherung

Quelle: Pries 2010: 32, Hervorhebungen durch den Autor

Die erwerbsstrukturierenden Institutionen werden nun im Folgenden noch um die Ausführungen zu Prekarisierung kontextualisiert und die Überlegungen von GendA zur genderkompetenten Analyse und Soziabilität von Arbeit erläutert. Die Idee ist, durch die stärker dystopische Einschätzung der Prekarisierungstheoretiker das Feld der Kulturarbeit nicht allzu leichtfertig in seinen kreative-künstlerischen Funktionsweisen zu beschreiben, sondern diese verallgemeinerbare gesellschaftliche Tendenz aufzunehmen. Mit dem Ansatz der Soziabilität wird gewährleistet, dass eine aus dem Bereich der politikwissenschaftlichen Analyse stammende Leitidee mit in die Untersuchung einfließt, die damit nicht deskriptiv verhaftet bleibt.

## 2.4 Prekarisierungstendenzen

Der Beginn einer sozialwissenschaftlichen Debatte liegt Ende der 1980er Jahre unter dem Stichwort 'Prekarisierung' bei Janine Rodgers und Gerry Rodgers. Pierre Bourdieu sieht „Prekarität (...) überall“ (Bourdieu 1998). Die Analyse bundesdeutsch bezogener Prekarisierungsforschung wird zunächst durch Nicole Mayer-Ahujas Dissertation beflügelt (Mayer-Ahuja 2003) sowie international angelegter Untersuchungen (Manske 2005), die Kritikschwerpunkte und Handlungsanregungen darlegen:

- Zum Einen wird Prekarisierung vor allem auf die Existenzsicherung und soziale Absicherung von Erwerbspersonen/Erwerbslosen hin thematisiert.
- Des Weiteren wird Prekarisierung im Hinblick auf Gestaltungsmöglichkeiten, Mitspracherechte am Arbeitsplatz als 'betrieblich' gepuffert betrachtet.
- Abschließend wird Prekarisierung als zeitdiagnostische Entwicklungstendenz und prozessförmig verlaufend in Abgrenzung zu einem nicht-prekarisierten, das heißt kontraktbezogen dauerhaft gut abgesicherten, über Mitbestimmungsrechte verfügenden Vollzeit-Tätigen Status konfiguriert, das heißt zum sogenannten Normalarbeitsverhältnis.

Aus meiner Sicht bedeutet das, dass hier vor allem Verfügungskritik<sup>53</sup> und positionale Unterschiede in den Blick kommen. Aus dieser 'Verteilungskritik' heraus, da es um

---

<sup>53</sup> Wenn ein erwerbsarbeitlich zugeschnittener Prekaritätsbegriff relative Schlechterstellung von prekär Erwerbstätigen in verschiedenen Dimensionen zum im historisch prägenden 'Normalarbeitsverhältnis' produktiv macht, liegt in diesem Begriff auch eine Kritik an der Verteilung von Ressourcen und

rechtliche-materielle Schlechterstellung relativ zum (androzentrischen) Normalarbeitsverhältnis<sup>54</sup> geht, heraus, geraten geschlechtsbezogene Unterschiedenheiten implizit aus dem Blickfeld. Diese werden meines Erachtens erst dann aufgreifbar, wenn ein weiteres Kriterium hinzugezogen wird, das aufweist, ob über die Erwerbsarbeit eine individuell *eigenständige* Existenzsicherung möglich ist. Christina Klenner, Sabine Neukirch, Svenja Pfahl und Dagmar Weißler-Ploßberg schlagen 2011 vor, „Prekarität im Lebenszusammenhang“ zu sehen. Prekarität könne durch eine Neuaushandlung des Geschlechterarrangements im häuslichen Bereich gemildert werden. Unterbleibt diese Neuaushandlung, sei eine Verschärfung der Prekarität die Folge (Klenner u.a. 2011: 421). Gerade aus feministischer Tradition wird die Fokussierung auf Erwerbsarbeit deshalb kritisiert, weil die ihr zugrundeliegende gesamtgesellschaftliche Arbeitsteilung damit systematisch ausgeblendet würde. Auf diesem Wissensbestand aufbauend, kann es dennoch Sinn machen, wie es in der vorliegenden Studie geschieht, Erwerbsarbeit 'überzugewichten' und zu betonen, dass sie nach wie vor als prominente, gesellschaftliche Platzanweiserin und Existenzsicherungsmodus fungiert. In der mit Prekarisierung argumentierenden Sozialwissenschaft wird in Prekarisierung, Abstiegstendenzen und Ausgrenzung die „soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts gesehen (Castel/ Dörre (Hg.) (2009). Unternehmer\_innen respektive Freiberufler\_innen werden als zu bearbeitendes Wissensfeld konfiguriert (Bührmann/ Pongratz (Hg.) (2010). Das Prekariat sei eine neue „gefährliche Klasse“ untertitelt Guy Standing die dritte Auflage seines Buches 'The precariat' aus dem Jahr 2013. In dieser dystopischen Sicht, seien vor allem (männliche) Migranten eine Art 'revolutionäres Subjekt'. Als Ausweg sieht Guy Standing Umverteilungspolitiken (Standing 2013: 176), worin er auch ein Grundeinkommen sieht: „There are many ways of paying for basic income or stabilisation grants.“ (Standing 2013: 176). Johanna Muckenhuber kommt zu dem Schluss, dass gerade das Vorliegen von Betreuungspflichten oder der Wegfall derselben bei Selbstständigen große Ungleichheiten erzeugen würden (Muckenhuber 2014: 251). Auch unter hochqualifizierten Akademiker\_innen, so zeigt Nadine Sander, sind bereits befristete Verhältnisse nicht unprob-

---

Mitbestimmungsmöglichkeiten, die zwar nicht gesamtgesellschaftlich ausgerichtet ist, aber dennoch innerhalb der Erwerbsarbeit Schlechterstellungen kritisier- und politisch bearbeitbar macht.

<sup>54</sup> Das sogenannte Normalarbeitsverhältnis wird als androzentrisch gekennzeichnet, da hier in der Regel der (weiße) männliche Facharbeiter im Mittelpunkt stand.

lematisch und „positiv wahrgenommene Arbeitsmarktchancen nicht gleichbedeutend mit einer gelassenen Wahrnehmung befristeter Beschäftigungsverhältnisse“ (Sander 2012: 357).

Ein produktiver Versuch, Debattenlinien zu bündeln, wird von Oliver Marchart vorgenommen. Er sieht zeitdiagnostisch nach wie vor die Phase von der „Sicherungs- zur Prekarisierungsgesellschaft“, die er als „Passage“ kennzeichnet (Marchart 2013: 8). Marchart weiter: „Dennoch setzt die Rede von der Prekarisierungsgesellschaft einen Begriff von Prekarisierung voraus, der das Phänomen nicht als Randphänomen sozialer Entwicklung konturiert, sondern als ein tendenziell alle sozialen Felder bzw. Schichten umgreifendes Phänomen.“ (ebd.). Aus der Analyse des Umgangs mit dem hier – wie bei Bourdieu 1997– überall auftretenden Phänomen, das ja dadurch auch an analytischer Schärfe verlieren kann, werden Regulationstheorie, Postoperaismus, Diskursanalyse oder Governmentality Studies auf deren Perspektiven auf Prekarität hin befragt. Auf der Grundlage der Analysen verschiedener Autoren\_innen unterscheidet Marchart drei Achsen der Prekarisierung: 1. Eine Achse der Prekarisierung bedeutet Stratifikation oder „transversale Prekarität“ (Marchart 2012: 10), 2. Arbeit und Nicht-Arbeit („Integrale Ökonomie“) (ebd.: 11f.) sowie 3. Objektive und subjektive Prozesse (ebd.: 13). Den Begriff der transversalen Prekarität verwendet Marchart im Rückgriff auf Klaus Dörre und Jürgen Link. Demnach wirken Flexibilisierung und Prekarisierung auch auf in den Arbeitsmarkt Integrierte zurück. Der Begriff der Prekarisierung verläuft demnach quer zur sozialen Stratifikation – während 'das Prekariat' hier quasi als Warnung im Raum steht und konditionierend zurück wirkte auf die über das Normalarbeitsverhältnis Integrierten. Die zweite Achse der Prekarisierung umfasst die verschwimmenden Abgrenzungen zwischen „Arbeit und Leben“. Irritierend ist hierbei aus genderkompetenter Perspektive, dass Marchart als Gegensatzpaare „Arbeit und Nicht-Arbeit“ wählt wie im folgenden gezeigt wird, ist ja der Bereich des Lebens oder „der Reproduktion“ wie Marchart schreibt (Marchart 2012: 12) durchdrungen von Arbeit – wenn auch und insofern es sich um Reproduktionsarbeit handelt, nicht monetär vergütet.<sup>55</sup> Die dritte Achse der Prekarisierung umfasse

---

<sup>55</sup> Im Betreuungsgeld oder Pflegegeld wird Care-Arbeit ja vergütet, was allerdings andere geschlechtsbezogene Ungleichheiten mit zementiert.



objektive und subjektive Prozesse. Damit meint Marchart den Wandel hinzu einer postfordistischen Regulationsweise, die das keynesianische Wohlfahrtsstaatsregime untergrabe. Die objektivierenden und subjektivierenden Faktoren spielten produktiv ineinander und über diese gouvernementalen Technologien würden Herrschaftsmechanismen etabliert. Diese erst über die Subjekte belebten und „gelebten“ Technologien brächten unter dem Label der Selbstentfaltung und -verwirklichung das neoliberale Vergesellschaftungssystem hervor und stabilisierten dieses (ebd.). Leider wird in diesen Ausführungen – wie so oft im 'malestream' – unterschlagen, dass Prekarität oft ein weibliches, ethnisiertes Gesicht aufweist und auch höhere Bildungszertifikate nicht vor Prekarisierungstendenzen schützen, wie es beispielsweise Nadine Sander darstellt (Sander 2012). Alessandro Pelizzari weist darauf hin, dass prekäres Leben im 'globalen Süden' für die breiten Massen eine Normalität darstellt, während sich diese im 'globalen Norden'<sup>56</sup> als Instabilisierung von Verhältnissen zeigt, die sich stabilisieren. Die Instabilisierung und verstärkter Zunahme der atypischen Beschäftigung wirkt somit auf die stabilisierten Milieus selbst zurück. „Hier werden von den Beschäftigten neue Anpassungsstrategien verlangt, und hier sind neue Konkurrenzverhältnisse zwischen unqualifizierten, traditionellen Erwerbsgruppen und besser qualifizierten Arbeitsmarktneulingen (jüngere Arbeitnehmer, Frauen, 'neue' Migranten) im Entstehen begriffen. Dies sind deutliche Hinweise darauf, dass die Sozialstruktur der Nachkriegszeit an zentralen Scharnierstellen geräuschvoll zu knacken beginnt.“ (Pelizzari 2009:120). Die Ansätze der Prekarisierung schließen die zeitdiagnostische Lücke, die die Ansätze der institutionenbezogenen Ansätze der erwerbsstrukturierenden Institutionen und der Varieties of Capitalism hatten und vermitteln zwischen Subjekt und Gesellschaft. Abschließend wird noch eine normative Leitidee, die der Soziabilität eingeführt, die die theoretischen Bezüge anreichert.

---

<sup>56</sup> Die vielfältigen Ansätze um Postkolonialität und Erwerbs-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse können im Zuge dieser Arbeit nicht berücksichtigt werden. Im Anschluss an Christine Löw lässt sich von einem „Globalen Süden“ und einem „Globalen Norden“ sprechen, da dadurch veränderten, internationalen Kräfteverhältnissen Rechnung getragen wird und ungleiche, ökonomische und politische Verhältnisse in den Blick genommen werden können. (Löw 2009: 12).

## 2.5 Soziale Arbeit

Zwischen 2002 und 2005 gab es an der Philipps-Universität in Marburg in der Politikwissenschaft das BMBF-Projekt *GendA – Netzwerk feministische Arbeitsforschung*. Es wurde abgelöst durch die Forschungs- und Kooperationsstelle *GendA Arbeit, Demokratie und Geschlecht*. In dem Kompositum GendA steckt Gender und der Schwerpunkt auf Arbeit, wofür das A am Ende des Wortes steht. Das Ziel der Arbeit von GendA ist die Entwicklung einer emanzipatorischen Perspektive auf Arbeits- und Geschlechterverhältnisse.

Um die Arbeit handlungsbezogen auszurichten, sind nicht nur die Konzeption und die Analyse der Empirie notwendigerweise handlungsorientiert ausgerichtet. Auch die Ansätze, die ausgewählt wurden, werden in Bezug auf Handlungspotentiale auf der subjektiven und strukturellen Ebene hin befragt. Ein Ansatz, der diese klassische Frage sozialer Wissenschaften im Blick behält, wurde mit der bei GendA entwickelten Leitidee der Soziabilität von Arbeit entworfen.

Soziabilität wird dabei in drei Dimensionen unterschieden: der internen, externen und gesellschaftlich-politischen Soziabilität von Arbeit. Mit der internen Soziabilität wird das Verhältnis von Ansprüchen innerhalb der Erwerbsarbeit gefasst, die teilweise widersprüchliche Handlungs- und Funktionslogiken aufweisen. Die externe Dimension bezieht sich auf die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und anderen Lebensbereichen, die sich durch unterschiedliche und teilweise gegenläufige Handlungs- und Funktionslogiken abzeichnen. Diese Dimension wird bewusst von der Vereinbarkeitsdebatte abgesetzt, in der in der Regel Frauen das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in zeitlicher Hinsicht zugeschrieben wird (Janczyk 2005). In den Blick geraten so Frauen und Männer, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, freundschaftlichen Beziehungen, politische Arbeit, Hobbies etc., und dies nicht nur in zeitlicher, sondern auch in räumlicher und anderer Hinsicht. Mit der gesellschaftlich-politischen Dimension von Soziabilität werden auf struktureller Ebene Zusammenhänge zwischen Erwerbsarbeit, Gesellschaft und Herrschaftssystem begreifbar. (Scheele 2008). Die interne, externe und gesellschaftlich-politische Dimension der Soziabilität von Arbeit sind durchzogen von subjektiver Bewältigungsanstrengung in den mit Eigen- und Funktionslogiken versehenen Arbeitsformen (interne Soziabilität),

stärker subjektiv ausgeprägt bei der externen Soziabilität und gekennzeichnet durch Verhandlungen über Beziehungen zwischen Erwerbsarbeit und Politik in der Dimension der gesellschaftlich-politischen Soziabilität. Erstmals empirisch bearbeitet wurde das Konzept bzw. die Leitidee der Soziabilität von Lena Correll (2005), allerdings – darauf weisen auch Julia Lepperhof und Alexandra Scheele hin – wirkt es seltsam abgekoppelt von anderen, prominenten Diskursen in der Arbeits- und Geschlechterforschung (vgl. Lepperhoff/Scheele 2014: 112). Ingrid Kurz-Scherf schwächt den Begriff der Soziabilität zwar ab, stellt ihn „auf der Suche nach neuen Leitbildern der Arbeits- und Geschlechterpolitik“ aber dennoch in den Mittelpunkt (Kurz-Scherf 2007). Da sich das empirische Material eher nicht den Dimensionen zuordnen lässt, bleibt die Soziabilität im Rahmen der vorliegenden Arbeit auf der Ebene eines Leitbilds, das geschlechterpolitisch fundiert den Rahmen arbeitspolitischer Ansätze aufweitet und auch andere Politikfelder, die die empirischen Felder mitstrukturieren, aufnimmt (Sozialpolitik).

Der Handlungsbegriff, der bei GendA entwickelt wurde, ist auf mehreren Ebenen angelegt: Er stellt die Forscher\_innen vor die Aufgabe, den ‚realen‘, permanenten Wandel von Arbeits- und Lebensformen und die Zusammenhänge zur Struktur im analytisch-konzeptionellen Auge zu behalten und stellt ein – nicht wie in vielen anderen wissenschaftlichen Projekten implizites – normatives Projekt dar. Darüber werden zunächst analytisch und theoriegeleitet die Vorzüge und Schwachstellen vorrangig industriesoziologischer Arbeiten rekonstruiert und die Frage nach einer sozialemanzipatorischen Gesellschaft über die Analyse und Kritik bestehender divergenter Arbeitsformen mit einem je spezifischen „Eigensinn“ (Jung u.a. 2014) und die der Demokratiefähigkeit und Vermittlung mit den strukturellen Bedingungen angegangen (Janczyk/ Correll/ Lieb 2003). Soziabilität wird als Vereinbarungsproblematik zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit konfiguriert: „Übertragen auf den Gegenstand Arbeit fragen wir im Arbeitsbereich Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft nach der wechselseitigen Bezogenheit von ‚Arbeit‘ und ‚anderen Bereichen‘, aber auch nach der individuellen und gesellschaftlichen Anschlussfähigkeit von Arbeit.“ (ebd: 32).

Bei GendA wurde vorgeschlagen, Vergleiche zwischen ‚Arbeitsformen‘ vorzunehmen mit der Leitidee der Soziabilität von Arbeit aus genderkompetenter Perspektive. Diese Perspektive wird aufgenommen und zunächst auf einen Vergleich innerhalb von

Arbeitsformen hin angelegt. Ein Vergleich, der nicht 'stricto sensu' verstanden werden soll und vorsichtig auslotet, inwieweit strukturierende Strukturen Handlungspraxen, im Sinne von materiell geronnenen, erwerbs- und lebensbiografisch angeeigneten Handlungswissen und -strategien ausdifferenzieren. Der je spezifische Eigensinn von Arbeitsformen wird nicht weiter aufgeschlüsselt, allerdings in der vorliegenden Arbeit (implizit) aufgegriffen: Innerhalb der Kulturteilarbeitsmärkte gibt es durchaus Eigenlogiken<sup>57</sup>, hier verstanden im Sinne von Verwertungsketten in Teilmärkten. Die damit verbunden Herrschafts- und Machtverhältnisse sowie Wertschöpfungsketten können im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht vertieft werden. Das „Prinzip der Wissenschafts-Praxis-Kooperation“ (Scheele 2008: 142) geht von einem Verhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis auf Augenhöhe aus und zeigt die Bedeutung von Geschlecht als „Struktur- und Prozessgröße“ (ebd.: 137) unter der Reflexion der reifizierenden Zuschreibungen, die darin eingelassen sein können (ebd.: 140ff.). Handlungs- und Funktionslogiken, die Arbeitsbereichen immanent sind und nach Dimensionen wie „etwa Demokratieverträglichkeit und -förderlichkeit, Nachhaltigkeit und Gesundheitsschutz, Existenzsicherheit, Chancengleichheit etc. – zu überprüfen sind“ (Kurz-Scherf 2005: 45) folgen einer strukturellen Logik. Dies bedeutet, dass diesen Erwerbsfeldern unterschiedliche Anpassungszwänge und deren mögliche Bearbeitungen folgen. Die Dimensionen verweisen auch auf strukturelle Dimensionen, die als Folge der Handlungslogiken beschreibbar werden.

Als strukturelle Dimensionen könnten prinzipiell alle genannten Dimensionen betrachtet werden, wenn man sie summa summarum in den statistischen, makrosoziologisch beobachtbaren Dimensionen abbildet. Strukturelle Verweise bieten dennoch in einem engeren Sinne vor allem

- (a) Demokratiefähigkeit und -förderlichkeit
- (b) Nachhaltigkeit und
- (c) Chancengleichheit.

---

<sup>57</sup> Der Begriff der Eigenlogik wurde im Rahmen eines LOEWE-Schwerpunkts in der Stadt- und Raumsoziologie in Darmstadt entwickelt. Vergleiche dazu exemplarisch Berking/Löw 2008.

**Tabelle 5: Dimensionen von Handlungslogiken in Arbeitsformen**

Strukturelle Dimensionen	Subjektive Dimensionen
(a) Demokratiefähigkeit und -förderlichkeit	(e) Gesundheitsschutz
(b) Nachhaltigkeit	(f) Existenzsicherung
(c) Chancengleichheit	

Eigene Darstellung

Demokratiefähigkeit und -förderlichkeit spricht die Auswirkungen erwerbsarbeitlicher Strukturlogik auf die gesellschaftliche Verfasstheit im demokratischen Herrschaftsmodus an. Darin steckt die Erkenntnis, dass über Erwerbsarbeit nicht lediglich das Einkommen gesichert wird, sondern, dass in der Erwerbsarbeit, die einen zeitlich umfassenden Raum im Alltag einnehmen kann, politische Verhältnisse mit verhandelt werden. Die Beantwortung der Frage nach der Fähigkeit zu der Förderlichkeit für Demokratie setzt voraus, dass der Begriff der Demokratie zunächst bestimmt wird. Demokratie als Herrschafts- und Sozialgefüge soll nun nicht ideell oder real abstrahierend beschrieben, sondern hier in Bezug auf zentrale Mechanismen begrifflich verwendet werden. Dazu gehören die Meinungsbildung in pluralen Öffentlichkeiten, die Auseinandersetzung um politisch zu beschreitende Wege und die Möglichkeit der Teilhabe an dieser Auseinandersetzung. Die oft theoretisch perpetuierte – wie ebenfalls bei GendA und vor allem von Anja Lieb und Alexandra Scheele kritisierte – Trennung zur Sphäre der Ökonomie ist problematisch, weil sie die Interdependenzen zwischen den Systemen unterschlägt. Im ökonomischen System sind betriebliche Organisationsmodi hierarchisch eingelassen – trotz vermutlich sinkender Starre und verstärkter Bedeutung des Produktionsfaktors „Subjektivität“. Um das Argument augenscheinlich werden zu lassen: Demokratisch verfasst sind Betriebe nicht. Nicht Belegschaften wählen die Exekutive in Form von Managern, Vorstand und Aufsichtsrat, um das Bild der politischen Sphäre zu gebrauchen, sondern abhängig von der Betriebsgröße und anderen Faktoren, wirkt eher der Börsenkurs regulativ und die ‚Exekutive‘ als strukturierendes Prinzip.

Während Gesundheitsschutz und Existenzsicherheit zwar auch eine strukturelle Dimension aufweisen, sind diese stärker subjektbezogen relevant. Der Gesundheitsschutz bedeutet, dass in unterschiedlichen Erwerbsfeldern jeweils unterschiedliche

mental-psychologische, körperliche Beanspruchungen entstehen, die systematische Übereinstimmungen aufweisen. Evident wird dies, wenn man an die Burn-out-Symptomatik in den Pflege- und Lehrerberufen denkt.

Die Existenzsicherheit ist in dem Sinne basaler, als dass sie die subjektiv gegebene Notwendigkeit beschreibt, über Erwerbsarbeit ein Aus- und Einkommen zu finden, das in unterschiedlicher Weise geeignet ist, die eigene physische Reproduktion zu sichern, wohnen zu können, kulturelle Güter und Dienstleistungen einkaufen zu können – insofern diese nicht gesellschaftlich bereitgestellt und finanziert werden.

Aus dem GendA-Netzwerk gibt es wertvolle Anregungen. Alexandra Scheele macht deutlich, dass strukturelle Fragen in Bezug auf Arbeit nur genderkompetent angemessen bearbeitet werden können, wenn Macht- und Herrschaftsverhältnisse und -prozesse in der Arbeit berücksichtigt werden, das Verhältnis zwischen Arbeit und Leben kritisch begleitet wird, ebenso die wechselseitige Angewiesenheit auf Menschen (Scheele 2008 und Lepperhoff/ Scheele 2014) sowie der Wert/die Bewertung von Arbeit berücksichtigt werden. Diese Kategorien tragen feministische Ansätze produktiv in die Politikwissenschaft hinein (vgl. Scheele 2008). Stefanie Janczyk analysiert die Ausblendungen in der sozialwissenschaftlichen Arbeitsforschung<sup>58</sup> und kommt unter anderem zu den Befunden, dass der Mainstream der Industrie- und Arbeitssoziologie bis in die 1980er Jahre auf industrielle Produktionsarbeit „fixiert“ gewesen sei und diesen Bereich als unabhängig von anderen Arbeits- und Lebensbereichen analysiert habe (Janczyk 2009: 220f). Wie sie zeigt, wurde damit nicht nur die Gesellschaft als Industriegesellschaft in ihrer dominanten Prägung konfiguriert, eine besondere Zuspitzung der „Marx'schen Gesellschaftsanalyse“ vorgenommen und das, scheint mir zentral, ein unausgesprochener Androzentrismus perpetuiert (Janczyk 2009: 51ff und 221). Janczyk kennzeichnet die Loslösung einer Produktionssphäre von anderen Kontexten als „Dichotomie“ und als „Dominanz“, da die industrielle Produktionssphäre prolongiert wird zu dem „die Gesellschaft (...) prägenden Bereich“ (Janczyk 2009: 221). Die im industrie- und arbeitssoziologischen Mainstream vor-

---

<sup>58</sup> Janczyk kennzeichnet mit dem Begriff sozialwissenschaftliche Arbeitsforschung Ansätze „der mit dem Gegenstand Arbeit befassten sozialwissenschaftlichen Forschung. Hierzu zählen etwa die Arbeits- und Organisationspsychologie, die Arbeits- und Industriesoziologie, die Berufspädagogik, Teile der Organisations- und Professionssoziologie und der Betriebswirtschaftslehre sowie der Politikwissenschaft“ (Janczyk 2009: 19).

herrschende Darstellungen, mit ihren Ausblendungen und nicht-dargelegten Annahmen, kennzeichnet Janczyk als „Dichotomie-Dominanz-Vorstellung“ des Mainstreams (ebd.: 220).

In der Betrachtung von Dichotomien steckt möglicherweise aber auch ein Problem der Ansätze rund um die Soziabilität von Arbeit. Sie stellen sich im Leben der Einzelnen nicht als dichotom dar, sondern führen vermittelt über die Institutionen zu einem Gefüge, das immer wieder ausgehandelt werden muss und indem es zu Widersprüchlichkeiten, langwierigen Verzögerungen oder auch Handlungsnotwendigkeiten kommt.

## **2.6 Zusammenfassung**

Im Folgenden werden die Erkenntnisse aus diesem Kapitel zusammengefasst.

Über die Verbindung eines materialistischen Ansatzes, mit der bei GendA erarbeiteten Leitidee der Soziabilität, einer heuristischen Verwendung des neo-institutionalistischen Ansatzes nach Pries und die Vermittlung des subjektiven Erwerbshandelns über Governance vermittelt, wird der Analyserahmen dieser Arbeit hergestellt. Die Debatte der Varieties of Capitalism zeigt, dass, trotz des Blicks auf Arbeitsmärkte und -verhältnisse, kapitalistische Regulierungsweisen unterschiedlich sind. Das Erwerbshandeln im Kultursektor beeinflusst direkt und indirekt – teilweise nachhaltig – die öffentliche Meinung und Kultur. Handlung und Rationalität werden oft vorschnell zusammen gedacht: Dies zeigt sich in betriebswirtschaftlichen Rational-Choice-Ansätzen, die von gesellschaftlichen Verhältnissen abstrahieren und stattdessen das bewusste Individuum und seine Optionen, zwischen denen Entscheidungen zu treffen seien, in den Vordergrund rücken. Deutlich wird allerdings in der Verbindung zu Macht- und vor allem auch Geschlechterfragen, dass Handlungen oft überindividuell ähnliche Systematiken aufweisen. Handeln ist nicht losgelöst zu begreifen von biografischen, sozialen und gesellschaftlichen Prägungen. Es basiert auf Interaktionen und ist relational erschließbar. Es orientiert sich an legitimen Handlungsformen und zeitigt bei nicht-legitimiertem Handeln Sanktionen. Gleichzeitig setzt Handlung voraus, dass die Optionen klar sind. Frei nach Bourdieu müssen die Spielregeln zunächst bekannt sein, um in einem Spiel, Akteur\_in werden zu können (vgl. Bourdieu 1997b). Handlung setzt demnach ein Reflexionsvermögen voraus und auch



die Bereitschaft, Wagnisse einzugehen. Der Ausgang von Handlungen ist einfach nie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bestimmbar, sondern eher a posteriori rekonstruierbar, wenn das entsprechende Material dafür erhoben wurde. Entscheidend ist auch die Verfügung über Ressourcen (materielle, symbolische und soziale) <sup>59</sup>, wenn beispielsweise daran gedacht wird, dass vereinzelte, ressourcenschwache Individuen oft eine ‚schwächere‘ soziale Stimme haben als materiell besser Gestellte (= über ökonomische und Bildungsressourcen und entsprechende Netzwerke verfügende Personen mit institutionellen Anbindungen). Optimistischere Einschätzungen bietet zwar Heidi Schroth\_(2008, 197ff.), allerdings ist meines Erachtens auch im Falle der kollektiven Handlungen der darin beschriebenen Reinigungsdienstleistenden zunächst ein vorgelagertes gewerkschaftliches Interesse an kollektiver Handlung erkennbar.

Die Ansätze, die Erwerbsarbeit ins Zentrum stellen, sind in der Regel zugeschnitten auf die abhängige Erwerbsarbeit und stellen dabei explizit den Betrieb und die Unternehmensbeziehungen als zentrale Analysegröße dar. Damit wird es schwierig, ein Erwerbsfeld zu beschreiben, in dem zwar einige große Player agieren, das sich aber größtenteils aus Klein- und Kleinstunternehmen zusammensetzt und in dem die Person, der Betrieb und der Markt nahezu zusammenfallen. Gleichzeitig bleibt die Rolle des Bildungs- und Ausbildungssystems insgesamt innerhalb des Ansatzes der erwerbsstrukturierenden Institutionen unterrepräsentiert. Da in der vorgelegten Dissertation eine subjektbezogene Querschnittsbetrachtung und strukturorientierte Längsschnittanalyse vorgenommen wird, unterbleibt folgerichtig die Inkorporierung der biografischen Perspektive und der Vorkenntnisse. Diese sind allerdings zentral in einem Beschäftigungsfeld, das sich durch die Zugangsbarriere der Hochschulbildung auszeichnet (vgl. Explorative Studie C 1). Um einen Gegenstand kontext- und lokalübergreifend anzugehen, bietet es sich an, auf einschlägige – theoretische wie empirisch fundierte – Arbeiten zurückzugreifen, die dem überdeterminierten Verhältnis zwischen den verschiedenen strukturellen Ebenen Rechnung tragen. Aus inhaltlichen

---

<sup>59</sup> Erwerbsarbeit selbst wird darin auch fast als ‚Besitz‘ beschreibbar: wenn man an die Schwierigkeiten zur Organisation sog. sozial Schwacher denkt oder an die Handlungsressourcen Erwerbsloser.

und auch pragmatischen Gründen wird hier ein institutionelles Setting gewählt, in dem sowohl der Markt als auch das öffentliche Regime theoretisch verortet werden.

Dieses wird abschließend im Rückgriff auf das im Rahmen von GendA entwickelte Leitbild der Soziabilität und der den Erwerb strukturierenden Institutionen von Pries als SAsI (Soziabile Arbeit strukturierende Institutionen) benannt. Mit diesem innovativen Konzept wird es möglich, die Strukturierung der Kulturarbeit konzeptionell zu fassen, die Ansätze der Soziabilität, die von GendA vorgelegt wurden, empirisch zu bearbeiten und dabei eine normative, teilhabebezogene Perspektive einzunehmen. Da von den einzelnen Teilarbeitsmärkten abstrahiert sind, kann die interne Dimension von Soziabilität nicht berücksichtigt werden, sondern die externe und gesellschaftlich-politische Dimension fließen mit ein. Die Dimensionen von Soziabilität wirken prinzipiell dichotomisierend angelegt und wenig relational, was eine empirische Bearbeitung erschwert. Über SAsI wird auch eine Vergleichsfolie eingeführt, die es erlaubt, Kulturarbeit translokal in Hinblick auf verbindende und die Erwerbsarbeit begünstigende Strukturen zu untersuchen. Durch die Berücksichtigung von „Prekarität im Lebenszusammenhang“ (Klenner u.a. 2012) wird der ungebrochenen Zentralität von Erwerbsarbeit als Existenzsicherungsmodus sowie sozialem Anerkennungs- und Platzanweisungsmodus Rechnung getragen. Ein weiterer Vorteil liegt darin, dass das normative Ziel ‚soziabile Arbeit‘ klar benannt wird. Diese findet in sozial eingebetteten Märkten statt und wird in einem öffentlich-privaten Mix von verstärkten Governance-Strukturen bearbeitbar.

**Tabelle 6: Soziabile Arbeit strukturierende Institutionen (SAsI) für die Kulturwirtschaft**

Soziale Institution (Spalte)/ Dimensionen (Zeile)	Handlungsressource	Handlungs-norm (soziabile Arbeit)	Kommunikationsmedien	Kontext/ Setting	Arbeitstypus
Soziales Netzwerk	Soziales Kapital/ Ökonomisches Kapital	Verpflichtungen und schwache Bindungen, Reziprozität	Vertrauen, indirekter, monetärer Austausch	Identifikation, nicht vergütet	„Arbeit aus Liebe“
Markt	Ökonomisches Kapital	Wettbewerb, Optimierung, Interessen	Konkurrenz, Geld, soziale Beziehungen		Vertrieb und Verkauf von Produkten und Arbeitskraft
Bildung/ Ausbildung	Bildung und Wissenskapital	Prinzipien wissenschaftlichen Arbeitens, Berufsethos	Zertifikate und Titel, Reputation und Status, analytische Kenntnisse und Fertigkeiten	Individuengebundene, standardisierte Ressourcen	Wissensarbeit, Lernen
Organisation	Positionales Kapital	Normen, Interessen, Loyalität, begrenzte Reziprozität	Gesetze, kollektive Vereinbarungen	Rollenübernahme und Funktionen	(Erwerbs-) Arbeit und gestaltende Arbeit
Öffentliches Regime	politisch-kulturell	generelle Normen, Regulierung	Gesetze, kollektive Verträge, Citizenship, Sozialabilität von Arbeit	Widerstreitende Interessen und knappe Ressourcen und soziale Sicherung	politische Arbeit, Lobbyarbeit, Interessenvertretung (Arbeitgeber_innen + Arbeitnehmer_innen)

Quelle: Pries 2010: 32 und eigene Dimensionen (Arbeitstypus und Bildung/Ausbildung)

Im Folgenden werden die verwandten Methoden geklärt, danach folgt die Darstellung der empirischen Ergebnisse, die sich aus einem Rückblick auf subjektive Strategien

vor der Finanzkrise bezieht und eine Perspektive auf die aktuellen quantitativen Entwicklungen im Bereich der Kulturarbeit erlaubt.

## **B Untersuchungsdesign**

### **1 Methoden**

#### **1.1 Quantitative deskriptive Datengrundlagen**

Für die Kontextualisierung der vorliegenden Studie wird auf aggregierte Daten von Eurostat, der OECD und der nationalen Statistikämter (Statistisches Bundesamt und Instituto Nacional de Estadística) zurückgegriffen. Diese wurden in Bezug auf die Beschreibung von Längsschnittentwicklungen angepasst und aufbereitet. Zum Teil wurden die aggregierten Daten, besonders die von Eurostat, neu berechnet. Dies wird explizit ausgewiesen. Diese Daten, die in der Regel sehr kostenintensiv sind und denen Aushandlungsprozesse vorgeschaltet sind über das, was an Arbeitsmarktdynamiken untersucht werden soll, bilden die Beschreibung des Kontexts, in den das Erwerbshandeln freier Kulturschaffender eingebettet ist. Außerdem kann in Bezug auf selbstständige Kulturerwerbsarbeit auf einschlägige, bereits sekundäranalytisch aufbereitete Literatur zurückgegriffen werden. Dies bietet den Vorteil, dass so Daten zur Verfügung stehen, die nicht zeit- und ressourcengünstig beschaffbar gewesen wären. Das bedeutet allerdings auch, dass Entscheidungen zur Erhebung, Aufbereitung und Darstellung oft bereits getroffen sind und dass weiterführende Analysen (wie Korrelationen von Merkmalen wie Geschlecht, Herkunft, Alter und Einkommensverläufe) nicht nachgezeichnet werden können. Hinzu kommt, dass selbst bei einem Zugriff auf Primärdaten wie die Arbeitskräfteerhebungen, die Fallzahlen für bestimmte Selbstständige in Branchen, wie in der Kulturbranche, nicht in hinreichendem Umfang vorhanden sind.

Die aus dem Kulturgutachten für die Bundesregierung (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2009 bzw. Söndermann 2009) stammende Klassifikation wurde als Grundlage einer kostenpflichtigen Datenanforderung bei der Bundesagentur für Arbeit für Frankfurt am Main, Hessen und Deutschland genutzt. Merkmale, die unterschieden werden, sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort oder Wohnort, Arbeitszeit (nur binäre Trennung zwischen Teil-

zeit und Vollzeit), berufliche Qualifikation, Zuordnungen zu den elf Teilbranchen der Kulturwirtschaft sowie nach Geschlecht und Alter.

Die Daten der Künstlersozialkasse (KSK) stammen von deren Webseite. Trotz Kontaktaufnahme war es nicht möglich, statistisch tiefer gehende Daten und Verknüpfungen zu erhalten.

## **1.2 Feministische Politikwissenschaften und qualitative Methoden**

In der Politikwissenschaft sind qualitativ ausgerichtete Studien eher Mangelware. In jüngerer Zeit werden sie wieder entdeckt für die Ebene von makrostrukturellen Regimevergleichen. Aus der Erkenntnis heraus, dass es auf der Ebene von Staaten einfach zu wenig Fälle gibt, um im Rahmen von Schätz- und Kausalerklärungsmodelle Repräsentativität zu gewährleisten, werden Untersuchungen seit den 1990er Jahren vermehrt qualitativ durchgeführt. Diese QCA-Ansätze (Qualitative Comparative Analysis) sind auf einer Makroebene angelegt und ziehen vor allem sog. „hard facts“ zu Rate (vgl. Ragin 1994). In der sich feministisch bezeichnenden Politikwissenschaft gibt es hingegen bereits sehr früh Arbeiten, die über die Anwendung qualitativer Verfahren zu Forschungsergebnissen gelangen. Methodische Erweiterungen (vgl. Methodenkritik an den Politikwissenschaften Harders 2002) stammen aus dem Bereich der Internationalen Beziehungen, aber auch maßgeblich aus der feministischen Theoriebildung. So hat beispielsweise Cilja Harders in einer aufwändigen Feldforschung in Kairo die Partizipationsformen von Frauen im lokalen Kontext rekonstruiert und dabei sowohl die nationale Politikebene als auch intermediäre Organisationen eingeflochten (Harders 2002). Rosemary Crompton hat einen Beitrag zur Debatte feministischer Wohlfahrtsstaatsforschung geleistet, in der sie biografische Interviews mit Bankmanagerinnen in Großbritannien, Norwegen und Frankreich geführt hat (vgl. Crompton 2002).<sup>60</sup> Auf der Grundlage ihrer Ergebnisse plädiert sie für Veränderungen in der betrieblichen Organisation von Arbeit als notwendiger Voraussetzung für eine Umverteilung von Haus- und Sorgearbeit (ebd. 55). Die innerdeutsche Transformationsforschung hat vermutlich dazu beigetragen, explorativ-

---

<sup>60</sup> Hier hat die Stichprobe 48 Fälle umfasst.

qualitative Verfahren in den Methodenkanon der eher sperrig wirkenden Politikwissenschaft zu integrieren. Mit einem innerdeutschen Ost-West-Vergleich hat Virginia Penrose deutsche Politikerinnen in beiden Landesteilen befragt und deren politische Orientierungsmuster herausgearbeitet (vgl. Penrose 1993).<sup>61</sup> Ingrid Miethe hat in ihrer Dissertation tiefenhermeneutisch Gewalterfahrungen von Aktivistinnen der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung nachgezeichnet (Miethe 1999). Eine länderübergreifend angelegte Analyse von Innovationsstrategien in der Softwarebranche legt Annette Henninger vor, in der sie ein ostdeutsches Unternehmen mit einem in den USA vergleicht (vgl. Henninger 2003). Analog – wie auch in der vorliegenden Studie – hat Brigitte Geißel mit einer Mischung aus induktiv und theoretisch gewonnenen Kategorien eine Inhaltsanalyse von Interviews mit Politikerinnen auf der kommunalen Ebene durchgeführt (vgl. Geißel 1999).

Qualitative Ansätze können dazu beitragen, ein bisher gering erforschtes Feld aufzumachen, und in der positivistischen Logik können sie hypothesengenerierend wirken. Sie bieten im Vergleich zu strukturell angelegten Untersuchungen den Vorteil, dass darin Strategien gut nachgezeichnet werden können, die sich individuell herauskristallisieren. Sie führen zu einer stärkeren Subjektorientierung als dies herkömmliche Akteurstheorien tun, die oft abstrahierend in ihrer jeweiligen Institutionenlogik agieren. Die Strategien dieser Agenten\_innen im gesellschaftlichen Wandel können allerdings auch quantitativ erhoben werden. Durch die subjektorientierte Forschung wird es jedoch möglich, die Verbindungen zwischen Strukturbedingungen und Alltagshandeln in ihrer Widersprüchlichkeit und auftretenden Ungleichzeitigkeiten gegenstandsbezogen zu untersuchen.

Die vorliegende Arbeit greift auf einen Methodenmix zurück. Das methodische Instrumentarium speist sich aus aggregierten, amtlichen Daten und kritisch-konstruktiver Lesart dieses Materials sowie aus einer in den Sozialwissenschaften erprobten qualitativen Erhebungsmethode. Im Zentrum der vorliegenden Studie steht die politikwissenschaftlich eingebettete Analyse des arbeitspolitischen Potenzials, das schrittweise – Ressourcen und Erwerbspraxen subjektorientiert beleuchtend – aus der kulturselbstständigen Erwerbsarbeit rekonstruiert wird. Bei

---

<sup>61</sup> Das Sample war auf 20 Fälle hin angelegt.



der Methodentriangulation zwischen qualitativen und quantitativen Herangehensweisen zur Eingrenzung eines Gegenstandes beziehe ich mich auf Uwe Flick (vgl. Flick 2004). Ich abstrahiere von den Teilarbeitsmärkten und den spezifischen Branchenstrukturen. Der damit verbundene Nachteil ist, dass spezifische Verwertungsstrukturen nicht herausgearbeitet werden können und auch nicht die darin historisch gewachsenen Erwerbskonstellationen. Andererseits wird es durch diese Komplexitätsreduktion möglich, die gemeinsamen Merkmale auf einem höheren Abstraktionsniveau aufzuzeigen. Die Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen des kulturellen Feldes können dadurch im Spannungsverhältnis von Politik und Ökonomie herausgearbeitet werden. Der gemeinsame Kitt in der Betrachtung wird durch das Erwerbshandeln gebildet, um aus der handlungsbezogenen Sicht zu Einschätzungen zu kommen und vorsichtig eruiert, was an arbeitspolitischen Tendenzen verallgemeinerbar sein könnte.

### **1.3 Qualitative Interviews ...**

#### **... mit Selbstständigen**

Für diese Studie wurden insgesamt 20 Interviews durchgeführt (9 in Madrid, 11 in Frankfurt am Main). Von diesen wurden besonders ergiebige Interviews für die Analyse genutzt, vor allem aus dem madrilenischen Raum. Die Interviews wurden mit der erzählgenerierenden Einstiegsfrage „Wie sind Eure Erfahrungen gewesen beim Übergang in die Selbstständigkeit?“ („Me gustaría que me hablaran (que me habléis) de sus (vuestras) experiencias de trabajar por cuenta propia“) begonnen. Die operationalisierten Leitfragen bezogen sich auf die Arbeitsinhalte, das Professionalitätsverständnis sowie die erwerbsarbeitliche Vision. Daran schlossen sich Fragen zur Marktbehauptung, zum Alltag, Wissen über rechtliche Möglichkeiten, mögliche Interessensvertretung und schließlich die Perspektiven auf Gestaltungsbedarfe und Vernetzungsoptionen an. Desweiteren wurden die Interviews so weit wie transkribiert und qualitativ bearbeitet. Das bedeutet, dass auch die fremdsprachlich geführten Interviews fast vollständig transkribiert wurden. Hierbei hat die Autorin eine diplomierte Sprachlehrerin hinzugezogen, die die Güte der Transkription sprachlich, semantisch und teilweise orthografisch geprüft hat.

## **Gruppendiskussionen mit Realgruppen**

Im Rahmen dieser Studie wurden pro Kontext ein (Rhein-Main) und zwei (Madrid) Gruppendiskussionen mit Realgruppen geführt (vgl. Loos/Schäffer 2001). Dies bietet folgende Vorteile: Über Zustimmungen, Ergänzungen, aber auch widersprüchliche Äußerungen wird es möglich, Einschätzungen zu dem Erwerbsfeld zu validieren, und über die Verhandlung und Aushandlung über die Erwerbssituation werden die eigenen Einschätzungen überprüfbar. Das Spannende an Realgruppen besteht zusätzlich darin, besonders wertvolle und diskursiv ausgehandelte Beiträge zu Vernetzungsprozessen zu bekommen.

„Bei Realgruppen, also solchen Gruppen, die auch jenseits der Erhebungssituation bestehen, kann man nun davon ausgehen, daß diese über eine gemeinsame Erfahrungsbasis verfügen, denn diese ist ja eine der, wenn nicht sogar die Gemeinsamkeit, die die Gruppe zusammenhält, oder auf deren Grundlage sie sich konstituiert hat“ (Loos/Schäffer 2001: 44ff.).

Gruppendiskussionen eignen sich kaum, um individuelle Berufsverläufe oder Strategien zu rekonstruieren. Die Gruppe wird als Ganzes betrachtet, und die Individuen fungieren lediglich als Repräsentanten dieser Gruppe. Da andere Gruppenmitglieder oft (Erwerbs-)Erfahrungen teilen, kann eine artikulierte individuelle Biographie oft idealtypisch für die anderen Mitglieder stehen. Gruppendiskussionsprozesse sind ebenfalls nicht dazu geeignet, subjektive Intentionen zu erfassen oder diese auf hermeneutischem Wege aus den Äußerungen einzelner Teilnehmer herauszuarbeiten. Grundlagentheoretisch liegt das daran, dass hinter einer Äußerung stehende Motive vom Interpreten nur vermutet bzw. unterstellt werden können. Anders wäre es, wenn eine Person über Motive und Intentionen ihrer selbst berichtete, wodurch allerdings eine Selbstläufigkeit der Diskussion schwieriger wird. Auch für die Ermittlung konkreter Handlungspraxen scheint mir das Verfahren wenig geeignet.

Das bedeutete in Bezug auf die Studie, bei den Akteuren, beim Erfahrungswissen mit der Akteur\_innen der kulturselbstständigen Erwerbsarbeit anzusetzen.

Die Probleme des Verfahrens liegen in der Reliabilität – also der Verlässlichkeit – der Forschung. Da Kontextbedingungen zwar immer gegeben sind, besteht die-

ses Problem auch bei anderen qualitativen Designs. Allerdings ist gerade bei Realgruppen davon auszugehen, dass das Gruppendiskussionsverfahren nicht beliebig mit einer anderen Gruppe zu ähnlichen Ergebnissen führt, sondern sehr stark auf die jeweilige Gruppe und den Gruppenprozess bezogen bleibt. Mit anderen Worten: Das Gruppeninterview impliziert Probleme der Reproduzierbarkeit des Verlaufs und der Standardisierbarkeit. Validität, ein zweiter zentraler Güte- und Qualitätstopos sowohl qualitativer als auch quantitativer Forschung, wird dem Verfahren indessen zugeordnet (ebd.).

Weiterhin ist es schwierig, mit bereits stark beanspruchten Erwerbstätigen Interviewtermine und das entsprechende Vertrauen im Vorfeld aufzubauen. Für eine Gruppendiskussion einen (a) geeigneten Termin zu finden), (b) eine geeignete Örtlichkeit und (c) die entsprechende Technik, ist ungleich aufwändiger als bei den ebenfalls vor- und nachzubereitenden Einzelinterviews. Die Gruppendiskussionen wurden ebenfalls volltranskribiert und paraphrasiert. Sie dienen zur Ergänzung der aus den Einzelinterviews gewonnenen Einschätzungen und Analysen. Damit entfällt der dritte Auswertungsschritt von Gruppendiskussionsanalysen, der nach der formulierenden Interpretation mit thematischer Feingliederung, einer reflektierenden Interpretation im Vergleich zu anderen Gruppen als dritte Stufe eine gruppenbezogene Typenbildung und Diskursbeschreibung vorsieht (ebd.).

#### **1.4 Experten\_inneninterviews**

Experten\_inneninterviews wurden im Rahmen der Studie in geringem Ausmaß geführt. Mit drei Gewerkschaftsmitarbeiterinnen in Madrid, Barcelona und Köln wurden Gespräche geführt sowie mit einer Vertreterin der Kulturpolitischen Gesellschaft im Rhein-Main-Gebiet. Ziel war es, Einschätzungen bezüglich der Möglichkeiten und Grenzen der Organisierung abhängiger Selbstständiger – eines neuen Typus von Abhängigkeit, der quer zu Branchen liegt – in Erfahrung zu bringen.

Experten\_inneninterviews finden eher leicht Eingang in den politikwissenschaftlichen Methodenkanon. Diese können eingesetzt werden bei der Befragung von Akteuren\_innen, die innerhalb kollektiver Organisationen (bspw. korporatistischer Kollektive wie Gewerkschaften) tätig sind oder innerhalb koordinierter Organisati-

onsformen (damit meine ich die teils hybriden, aber auch institutionalisiert auffindbare Vernetzungsformen). Bei der Befragung wird von einer funktionalen Eingebundenheit in einen Organisationszusammenhang ausgegangen. Das bedeutet, dass Beiträge aus diesen Interviews auf der einen Seite, ein eher institutionell geronnenes Wissen über Hintergründe und Zusammenhänge ermöglichen, über das der/die Interviewpartner\_in verfügt. Auf der anderen Seite ist die Subjektposition dieses/ dieser Interviewpartner\_in stärker über ihre Rolle innerhalb der Organisation geprägt und die Äußerungen in diesem Zusammenhang lesbar (vgl. Bogner/Littig/Menz (Hg.) 2005).

## 2 Ortsauswahl und Sampling

Wir haben es bei dieser Befragung mit Bereichen zu tun, die nicht nur zur vermarktbareren Speerspitze der Kulturindustrie gehören, auch wenn sich manche Befragte als nicht ökonomisch prekariert erleben. Aufgrund des beschäftigungsbezogenen Befundes, nach dem sich vor allem Klein- und Kleinstunternehmen in diesem Feld zu etablieren suchen, wurden diese gesammelt von klassischer Kulturselbstständigkeit (Journalismus, Buchhandel) bis hin zu eher neuen Formen (neue Kulturberufe, die zum Teil von öffentlich ausgedienten Arbeitgebern ihr Einkommen beziehen, Erotik für Frauen). Die Interviewpartner\_innen konnten in einem ersten Schritt mittels breit gestreuter Anrufe, Anschreiben und weiterhin mittels des Schneeballsystems gewonnen werden. Grundlage dafür bildete das theoretische Sampling (Glaser/Strauss 1998). Alle befragten Kulturschaffenden können dem tertiären Sektor zugeordnet werden. Das ist deshalb nicht trivial, weil es beispielsweise ja auch das Kunsthandwerk gibt.

Allen Befragten ist gemein, dass relativ geringes Eigenkapital (zwischen Anschaffung von Rechnern bis max. 25.000 € streuend) – familiäres oder angespartes – zur Existenzgründung eingesetzt wurde. Auffällig ist weiterhin, dass alle eine humanwissenschaftliche, tertiäre Ausbildung durchlaufen oder abgebrochen haben (lediglich eine Interviewpartnerin in Frankfurt verfügt über einen Realschulabschluss). Das Sampling wurde strukturhomolog in Madrid und im Rhein-Main-Gebiet gebildet, d.h.: die untersuchten Bereiche wurden in beiden Kontexten jeweils abgedeckt. Davon verspreche ich mir, die Gemeinsamkeiten und unterschiedliche Strukturierungsbedingungen für ein möglichst strukturähnliches Feld von Befragten zu ermitteln.

Die untersuchten Bereiche umfassen:

- staatlich und privat finanzierte Auftraggeber (Museen, Medien) (Madrid und Frankfurt)
- Verlags- und Buchhandelswesen (Madrid und Frankfurt)
- Gründungen von sinnlichen Geschäften für Frauen (Madrid und Frankfurt)

- (öffentlichkeitssensibilisierende) Bildungsarbeit (Madrid und Frankfurt)
- freie Radiomoderation (Madrid) und feste freie Mitarbeit Rundfunk (Frankfurt)
- Lobbyarbeit (Frankfurt)
- Kulturevents (Festivals und Firmen) (Madrid und Frankfurt)
- freie Wissenschaft (Madrid und Frankfurt)

Besonderheiten können über die Auswertungskategorien hinweg herausgearbeitet werden, was durch die Einbeziehung von Interviewpartnern\_innen beiderlei Geschlechts gewährleistet wird.

Das teilbranchenübergreifende Sampling bedeutet, dass Bereiche, die unterschiedlichen Verwertungs- und Arbeitsteilungslogiken folgen und auch historisch unterschiedlich gewachsen sind, einer inhaltsanalytischen Auswertung unterzogen werden, die scheinbar von diesen Besonderheiten abstrahiert. Die bewusste Überlegung, nicht einen Teilarbeitsmarkt detailliert zu untersuchen, folgt dem in der Fragestellung formulierten Anliegen, herauszuarbeiten, inwieweit das Erwerbshandeln gesellschaftlich-politisch situiert wird und welche übergreifenden Tendenzen herausgearbeitet werden können, um einen Beitrag zur Debatte um die Zukunft der Arbeit zu leisten.

### 3 Inhaltsanalyse

Das gewonnene Material wird einer Inhaltsanalyse unterzogen. Bei der Inhaltsanalyse handelt es sich um ein stark regelgeleitetes Verfahren zur Reduktion von Datenmengen (Flick 1999: 234). Je nach Verfahren können bereits einige Satzsequenzen als überdeterminiert und soziale Strukturen reproduzierend rekonstruiert werden – wie dies beispielsweise in der Objektiven Hermeneutik<sup>62</sup> geschieht. Um der Menge an qualitativem Material für eine handlungsorientierte Auswertung Rechnung zu tragen, heißt das, dass keine dezidiert hermeneutische Analyse durchgeführt wird. Daher bietet sich im vorliegenden Fall die Inhaltsanalyse als geeignetes Verfahren an.

Bei Philipp Mayring (2000: 2f.) werden zunächst grundsätzliche Gedanken genannt, die die Durchführung der Inhaltsanalyse anleiten. Dazu gehören (a) die Einordnung in ein Kommunikationsmodell, (b) die Regelgeleitetheit, (c) die zentrale Stellung von Kategorien sowie (d) Gütekriterien.

Das *Kommunikationsmodell* bezieht sich auf die Genese des Materials, womit die Frage gemeint wird, welche Entstehungssituation der Erhebung zugrunde lag, aber auch Erfahrungen, Einstellungen und Gefühle der Textproduzenten, die als Variable des Textproduzenten bezeichnet werden. Dabei wird meines Erachtens nicht genau deutlich, wer hier Textproduzent ist: Interviewpartner\_in oder Interviewerin. Aus meiner Sicht spielt das auf beiden Seiten eine Rolle, wenngleich die Gefühlslagen der Interviewpartner\_innen kaum nachzuzeichnen sind für die handlungsbezogene Auswertung in dieser Studie und eindeutig eine nachgelagerte Rolle spielen. Weiterhin spielt der soziokulturelle Hintergrund der Befragten für das Kommunikationsmodell eine Rolle, kann im Rahmen der qualitativen Auswertung aber nicht vertieft werden.

Der wichtigste Punkt ist aus meiner Sicht das Ziel, welches mit der Analyse verknüpft wird. Das sperrige Wort *Regelgeleitetheit* oder, in eigenen Worten: die konzeptbasierte Auswertung beruht darauf, dass das zu analysierende Material in

---

<sup>62</sup>Bei der objektiven Hermeneutik handelt es sich um ein vergleichsweise aufwändigeres, qualitatives Verfahren, bei dem Texte in Sequenzen zerlegt und ausgewertet werden.



Sinneinheiten untergliedert und sukzessive bearbeitet wird. *Kategorien im Zentrum* heißt so viel wie: klar voneinander zu unterscheidende, eindeutige Kategorien liegen der Analyse zugrunde, diese werden gemäß einer Rückkopplungsschleife auch überarbeitet. Die Gütekriterien beziehen sich vor allem auf die Reliabilität oder, in der vorliegenden Auswertung, auf die Interkoderreliabilität<sup>63</sup>, die in einer Dissertation als Ein-Personen-Projekt schwierig herzustellen ist: Es geht um den intersubjektiven Nachvollzug von Analysekatégorien, die auf dieser Grundlage vorgenommene Materialkodierung sowie die Ergebnisverdichtung. Dies ist meiner Meinung nach in *peer-to-peer*-Situationen mit anderen Doktoranden\_innen gut möglich gewesen. Der Vorteil liegt in einer detaillierten Rückmeldung zu Einschätzungen oder eigenen Erarbeitungen von Einschätzungen und deren Rückkopplung in einer Auswertungsgruppe mit anderen Doktoranden\_innen.

Die Studie ist insgesamt *abduktiv* (zwischen Theorie, Literatur und Empirie gewonnene Rückschlüsse) sowie *induktiv* (vom empirisch gewonnenen Material aus abstrahierend) angelegt, d.h. dass bereits in Einleitung und Theorieteil Befunde aus Kapitel C berücksichtigt werden, wie auch umgekehrt in Kapitel C auf Erkenntnisse aus Kapitel A zurückgegriffen wird.

---

<sup>63</sup> Mit Interkoderreliabilität ist die Reliabilität wissenschaftlichen Arbeitens gemeint. Die Zuverlässigkeit der Analyse soll auch darüber gewährleistet sein, dass eine zweite oder dritte Person zu derselben Kodierung gelangt. Das ist im Rahmen der Dissertation allerdings nicht zu leisten.

## 4 Reflexion

Die Ausrichtung der Studie ist politikwissenschaftlich, da sie sich in den Kontextualisierungskapiteln den marktlichen-politischen Rahmenbedingungen für das Feld der Kulturselbstständigkeit annähert und theoretisch hergeleitet, *das Neue* der Kulturselbstständigkeit maßgeblich durch verstärkte Governanceformen – dadurch induzierte Marktradikalität und technisch induzierte Globalisierungstendenzen – sieht, unter der Maßgabe, individuell Marktnischen auszuloten und diese netzwerkförmig abzusichern. Dazu macht es Sinn, in nationalstaatlich nicht beschreibbaren, lokalen Kontexten zu verbleiben, auch wenn die Arbeit in einem interdisziplinären Kontext angelegt wurde.

### 4.1 Nicht-muttersprachlich gewonnenes Material: Give up or give it a try?

Methodisch unterbelichtet ist meines Erachtens nach wie vor die Problematik, Interviews in anderer Sprache als der Muttersprache zu führen. Wurde für die muttersprachlichen Kontexte herausgearbeitet, wie schwierig sich das *Fremdverstehen* gestalten kann, und die Interviewsituation als Präsentations- und künstlicher Raum herausgestellt, so ist das in noch stärkerem Maße bei nicht-muttersprachlich geführten Interviews zu berücksichtigen: Die Rekonstruktion, vor allem von Sinn- und Deutungsmustern aus dem Material scheint mir nur unter erheblich größerem Aufwand überhaupt herstellbar zu sein. Das in Madrid gewonnen Material wird auch aus dem Grund der sprachlichen Überdeterminierung handlungsorientiert bzw. inhaltsanalytisch ausgewertet, um eine Überstrapazierung einzelner Textsemente, die ich nicht einlösen kann, zu umgehen. Für englischsprachig geführte Interviews finden Analysen auch qualitativ länderübergreifend statt, wozu vermutlich auch die europäische Forschungs- und Förderungspolitik mit ihren verschiedenen Rahmenprogrammen beiträgt. Sprachwissenschaftlich fundierte, sozialwissenschaftlich argumentierende Diskussionen der Möglichkeiten und Grenzen finden sich in der Literatur allerdings nicht. Zu Beginn der Arbeit, sollten die Kontexte einem gleichgewichtigen Vergleich unterzogen werden, im Laufe des Projekts die Erkenntnis reifte allerdings die Erkenntnis: „(Wir brechen zu) unsere Reisen in die Ferne auf, um dort etwas zu entdecken, dessen Präsenz

bei uns unkenntlich geworden ist“ (de Certeau 1988: 112f.) Das bedeutet nicht, dass Kulturselbstständigkeit bei 'uns' unkenntlich geworden ist, sondern, dass man über den ungleichgewichtigen Vergleich die Besonderheiten und Handlungspotenziale für den Herkunftskontext stärker konturieren kann, als das in einem anderen Kontext der Fall wäre. Es wäre zudem ein anmaßendes Vorgehen. Konsequenterweise sind die Kontextbeschreibungen und die empirische Analyse kategorial reproduziert für das Rhein-Main-Gebiet und Madrid unter Berücksichtigung der in beiden (Länder-)Kontexten geführten Erwerbsarbeitsdebatten Allerdings werden die Aussagekraft und Schlussfolgerungen vor allem auf den hiesigen Kontext bezogen, um eben nicht das Eigene an anderer Stelle überzustülpen oder eine Art ‚Landnahme‘ zu betreiben.

## **4.2 Subjekt-Objekt-Positionen**

Eigene Erfahrungen und die Reflexion in Bezug auf einen Gegenstand sind ein Desiderat von reflektierter sozialkritischer Forschung (vgl. Bourdieu 1997a und b; Scheiffele/Böhmler 2005) Gerade die Frauen- und Geschlechterforschung hat sich von Beginn an mit einem mehr oder minder starken Erfahrungsbegriff auseinandergesetzt und diesen gestärkt, um damit eine andere Herangehensweise gegen die oft ‚objektiviert‘ sich gebenden, androzentrischen Wissenschaftsbilder zu setzen (Diezinger u.a. (Hg.) 1994). Eine Besonderheit der Herangehensweise in dieser Studie liegt durchaus in der Nähe zum Feld begründet. Dies erklärt sich über die eigene biografische Nähe hinsichtlich der Qualifikation und der Erfahrungserfahrungen. Die Autorin hat zugleich sowohl formal einen akademischen, d.h., tertiären, geisteswissenschaftlichen Bildungshintergrund erwerben können, als auch Phasen der Freiberuflichkeit durchgearbeitet und 'am eigenen Leib erfahren'. Aufgrund des Bildungshintergrunds der Befragten, die auch Promovierte umfassen, ergibt sich die Besonderheit, dass eine Subjekt-Objekt-Beziehung, die auch nicht mein Anliegen war, erst gar nicht entstehen kann. Die Gespräche finden eher als Interviews auf Augenhöhe statt, da die Interviewpartner\_innen zum Teil selbst über das Studium oder die Erwerbsarbeit mit Techniken der sozialwissenschaftlichen Datenerhebung vertraut sind und weiterhin – wie es sich in der Gesellschaft als Tendenz feststellen lässt, wenn man der übergeordneten These

aus der Reihe der Reflexiven Moderne folgt (vgl. exemplarisch Hildebrandt 2000) – über reflexive Kommunikationsstrategien verfügen, die sich auf Begriffe zweiter Ordnung stützen (Berger/Luckmann 2013). So erhalten Interviews als ‚Inszenierung‘, Konstrukt oder auch als Querschnittsmomentaufnahme Verlaufsmerkmale, in der Erwerbshandeln reflektiert wird und immer wieder punktuell biografische Erzählungen durchschimmern, was sich den Merkmalen des problemzentrierten Interviews annähert (vgl. Witzel 2000). Andreas Witzel betont, dass Deutungsvarianten im Interview selbst zwischen interviewter und interviewender Person ausgehandelt werden. Dieses interaktive Moment konnte ich erleben und habe mich auch bewusst darauf eingelassen, um zum einen die intersubjektive Verständigung zu motivieren. Zum anderen ist es eine Möglichkeit, die eigenen Überlegungen im Vorfeld und während des Gesprächs einer kritisch-diskursiven Auseinandersetzung mit dem Gegenüber zu unterziehen. Die Interviewerin selbst ist dann zugleich auch Expertin, auch wenn die Themenzentrierung wiederum durch sie vorgegeben wird, also eine strenge, narrative Logik, in der tatsächlich die Interviewten über die gegenständliche Darstellung und kommunikative Rekonstruktion entscheiden, nicht vorliegt. Das Interview bleibt interessegeleitet und folgt der thematischen Logik, die die Interviewerin in diesem Fall einbringt. Das Interview bleibt zudem nicht willkürlich, sondern an einen Leitfaden in Bezug auf das Forschungsinteresse angelehnt. Weiterhin ist der Diskurs über Kreativwirtschaft und die Akteure – die in der Regel einen Hochschulabschluss aufweisen – zutiefst (bildungs-)bürgerlich durchdrungen.

Meiner Meinung nach könnte es demnach sinnvoll sein, die bestehenden Gütekriterien von qualitativen Forschungsansätzen einer Revision zu unterziehen. Wenn tatsächlich eine stärkere alltagspraktische Reflexivität vorliegt, bedeutet dies, dass sich auch Subjekt-Objekt-Verhältnisse im sozialwissenschaftlichen Forschungsprozess verändern. Ich denke, es wäre überzogen von einer Intellektualisierung des Alltags zu sprechen. Allerdings gibt es durchaus viele Akademiker\_innen, die nicht als Akademiker\_innen erwerbstätig sind, sondern ihre Kenntnisse in ihre beruflichen Praxen einbringen. Wenn man es mit hoch qualifizierten, theoretisch geschulten Gegenübern zu tun hat, wird dann jede alltagssprachliche Operationalisierung auch sehr schnell ‚durchschaut‘ und die Interviews bereits

selbst auf ein Niveau ‚zweiter Ordnung‘ (vgl. Berger/Luckmann) gehoben. Objekt-Subjekt-Beziehungen lösen sich eindeutiger auf und verflüssigen sich, als man es sich mit formal geringer Qualifizierten vorstellen kann, wo das Interview letztendlich auch eine Inszenierung bleibt.

Zusammenfassend lässt formulieren, dass für die Reflexion der Studie eine doppelte Paradoxie zum Tragen kommt. Die disziplinäre Anbindung steht im Spannungsverhältnis zwischen politikwissenschaftlicher Disziplinierung und Einflüssen anderer, verwandter Disziplinen. Nicht muttersprachlich gewonnenes Material ist doppelt fremd und bekannt in Bedeutung (sprachliche Bedeutungen: eher fremd) und durch die Feldauswahl (Feld: eher bekannt) sowie die Subjekt-Objektverhältnisse, die gleichzeitig aufgelöst werden (Interviewsituation als Subjekte inter pares) als auch schriftlich manifestiert werden (Objektverhältnisse von Untersuchungspartner\_innen).

## **C Empirie**

Im Folgenden wird die Fragestellung nach dem arbeitspolitischen Gehalt der Kulturarbeit über drei Annäherungen verfolgt. Zunächst nähere ich mich dem Themenkomplex über eine subjektorientierte Retrospektive in der Querschnittsbetrachtung. Arbeitspolitisch betrachtet fallen hier Person und Betrieb zusammen, da es sich um Erwerbspraxen von Freiberufler\_innen handelt. Im zweiten Schritt wird die Annäherung über strukturelle Merkmale der Kulturarbeit, auch im Längsschnitt, vorgenommen. Die Daten sind hier vor allem für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte verfügbar. Entwicklungen im Kulturmarkt können so dargestellt werden im Kontrast oder in Ergänzung zur Beschäftigung allgemein. Im dritten Schritt erfolgt ein Überblick über intermediäre Organisationen wie sie die Gewerkschaften darstellen.

## **1 Annäherung 1: Explorative Studie in Madrid und im Rhein-Main-Gebiet – Erwerbssituationen und Strategien**

Die qualitative Studie nimmt eine maximale Kontrastierung vor. Durchgeführt wurde sie von 2005 bis 2007, über verschiedene Forschungsaufenthalte in Spanien und Deutschland – in Madrid und Frankfurt am Main. Sie ist für Spanien in einem seit der Einführung der Demokratie einzigartigen Zeitfenster entstanden: als die spanische Erwerbslosenquote einen sehr niedrigen Stand hatte und die Wirtschaft – vor allem die Baubranche und Dienstleistungen – boomte. Mittlerweile ist das Rad wieder zurückgedreht. Es geht mir hierbei auch nicht um eine quasi ‚imperialistische‘ Landnahme madrilenischer oder spanischer Verhältnisse. Sie werden mit einem vor allem in hessischen Verhältnissen entwickelten Blick betrachtet (vgl. Reflexion) und das Interesse liegt darin, *Gemeinsamkeiten* herauszuarbeiten, um ggf. bundesdeutsch geprägte arbeitspolitische Ansätze zu erweitern. Aufgrund der Spezifika des Samples, die darin bestehen, dass die Kulturselbstständigen wieder in angestellte Tätigkeiten wechseln und umgekehrt, wurde keine Follow-up-Befragung durchgeführt, da der Teilnehmendenkreis dafür zu gering gewesen wäre. Diesem Umstand soll mit den Entwicklungen in Kapitel 2 Rechnung getragen werden. Die Dynamik des Feldes wird allerdings allein durch die quantitative Betrachtung nicht kenntlich.

Ausgehend von den wenigen Untersuchungen zur grenzüberschreitenden Dimension von neuer Erwerbsarbeit, die vor allem in den Kulturwissenschaften zu finden sind (vgl. Zöckler 2004), habe ich mir unterschiedliche Kontexte (Rhein-Main, Madrid) angeschaut. Kontexte werden als lokal, situativ und historisch verbundene Einheiten konstruiert, die sozialstrukturell überdeterminiert sind. Ziel ist es, über Vereinfachungen und damit einhergehende Komplexitätsreduktion gemeinsame Tendenzen auszuloten und über den Rückgriff auf einen nichtbundesdeutschen und historisch sehr unterschiedlich gewachsenen Kontext, Einsichten und Hypothesen über die Zukunft der Erwerbsarbeit zu gewinnen. Als Grundlage wird Kulturselbstständigkeit untersucht, die einige sich heutzutage verallgemeinernde Tendenzen erwerbsarbeitlicher Neujustierung vorwegnimmt und zu dem ein boo-

mendes Beschäftigungs- und Wachstumssegment darstellt, was in Kapitel 2 quantitativ näher beleuchtet wird.

Die inhaltsanalytischen Kategorien wurden, vom Material ausgehend und die arbeitspolitische Analysefolie zugrunde legend, wie folgt bestimmt. Die Analyse erfolgt anhand von vier Metakategorien, die sich in weitere das analytische Interesse anleitende Kategorien aufspalten. Die erste beinhaltet Selbstbilder der Befragten und enthält die Interpretation dessen, wie Erwerbsarbeit im Leben gedeutet, situiert und wie das Verhältnis zwischen Hetero- und Autonomie beschreibbar wird.

Mit *Erwerbshandeln*, in die sich die zweite Metakategorie der *Erwerbsressourcen* und die dritte Metakategorie der *Erwerbssituation* bündeln lassen, beziehe ich mich auf intentional vermittelte Aussagen, die allerdings auch irrationale Momente enthalten können.

Handeln ist ein intentional aufgeladener Begriff: Er setzt eine subjektbezogene Praxis voraus, wenngleich auch kollektiven Akteur\_innen handlungslogische Mechanismen zugeschrieben werden können. Der Vorteil, bei Handeln anzusetzen, liegt darin, dass Gestaltung und damit auch die mögliche Veränderbarkeit von Handlungsbedingungen zusammen gebracht sowie intersubjektiv verallgemeinerbare Handlungsstrukturen als Grundlage für bessere Perspektiven gedacht werden können. Dem liegt sicherlich auch ein auf Zukünftiges setzender Optimismus zugrunde und ein gewisses Moment der (sozialen) Fortschrittsgläubigkeit. Weiterhin wird damit das nicht-muttersprachlich gewonnene Auswertungsmaterial nicht überstrapaziert, da feine Nuancen kaum angemessen rekonstruiert werden können (vgl. Kapitel B.1). Handeln ist an die Verfügung über materielle und immaterielle Ressourcen geknüpft und wird auch als strategische Option gedeutet. Deshalb wird zunächst die Ressourcenseite beleuchtet, danach steht die Erwerbssituation im Vordergrund sowie sich daraus ergebende Strategien, die in der vierten Kategorie spezifischer benannt werden. Bei der vierten Kategorie wird untersucht, welche Vernetzungsformen für die Teilsample beschreibbar sind, welche (An-)Bindungen an Kollektive vorgenommen werden und wie diese in Form von



Vernetzung funktionieren. Zunächst werden die Auswertungskategorie und die ihnen zugrunde gelegten Fragen an das Material spezifiziert. *Geschlecht* als Strukturkategorie und im Speziellen in Erwerbsarbeitsverhältnissen strukturierend und hierarchisierend wirkend, durchzieht die Analyse und wird als Querschnittskategorie in diese eingezogen.

Die Analyse folgt dem Anliegen zu lernen, nicht zu belehren, d.h. zunächst wird das Raster auf den madrilenischen Raum angewandt und verdichtet, modifiziert, zusammengefasst und im zweiten Schritt anhand des Samples im Rhein-Main-Gebiet überprüft. Das madrilenische Material wird dadurch deutlich ausführlicher behandelt: Zum einen gibt es dort nicht so viele vergleichbare Studien, da es sich mit der vorliegenden Studie um eine bundesdeutsch geprägte Fragestellung handelt. Der Beschreibung wird mehr Raum gegeben, um den Kontext zu erläutern. Daran werden allgemeine Strategien deutlich, von denen das Sample aus dem Rhein-Main-Gebiet abgegrenzt wird. Das Sample ist insgesamt von einer stärkeren Professionalisierung geprägt als in Madrid. Dies liegt allerdings auch an den Feldzugängen, da hier vor allem 20- bis 45-Jährige interviewt wurden. Die Darstellung erfolgt kontextspezifisch. Dadurch entsteht vermutlich ein Problem der Reifizierung: Nationalstaatliche Prägungen und lokale Bindungen werden so zunächst als unterschiedlich gesetzt. Über den Kontrast lassen sich – so meine Vermutung – aber auch darüber hinausgehende Gemeinsamkeiten in diesem heterogenen Beschäftigungsfeld finden.

Ich habe versucht, eine Nacherhebung der Stichprobe vorzunehmen, um in einem methodischen Design des zweifachen Querschnitts zu prüfen, wie sich die Erwerbssituation der Befragten nach der ökonomischen Krise gestaltet. Ich war dazu jeweils im Dezember 2010 und 2014 auf eigene Kosten nochmal in Madrid und habe auch in Frankfurt am Main/Rhein-Main-Gebiet versucht, Interviewpartner\_innen erneut zu kontaktieren. Dabei wurde deutlich, dass in etwa ein Drittel der Befragten nicht mehr freiberuflich tätig war, ein weiteres Drittel nach wie vor (prekär) das ökonomische Auskommen über die Freiberuflichkeit suchte sowie das verbleibende Drittel nicht mehr auffindbar war, da die Handydaten oder E-Mail-Adressen nicht mehr gültig waren. Dieses Resultat ist nicht erstaunlich,

wenn die Logiken des Feldes wie im empirischen Teil ausgeführt zur Kenntnis genommen werden. Deshalb konnte keine Follow-up-Befragung durchgeführt werden. Weiterhin ist es so, dass beispielsweise eine promovierte Interviewpartnerin aus Madrid beispielsweise mittlerweile in Ecuador tätig ist, was sich auch auf der Facebook-Seite 'Juventud sin futuro' widerspiegelt: Die bestausgebildete Generation, die es jemals in Spanien gab, ist nun wieder selbst zur (E-)Migration gezwungen, da es in und nach der Krise kaum mehr existenzsichernde oder Partizipation ermöglichende Erwerbsmöglichkeiten in Spanien gibt (vgl. <https://es-la.facebook.com/juventudsinfuturo/>, letzter Zugriff am 21.11.2017).

Im Folgenden werden vor allem gemeinsame Figuren und auftretende Übereinstimmung zwischen den verschiedenen Kontexten operationalisiert, um später arbeitspolitische, konzeptionelle Anregungen gewinnen zu können.

## **1.1 Spezifikation der inhaltsanalytischen Kategorien**

### **1.1.1 Stellenwert der Erwerbsarbeit**

Folgende Fragen, die sich aus den beobachteten Tendenzen der Prekarisierung und dem Interesse an der arbeitspolitischen Bearbeitung – unter Hinzuziehung der subjektiven Perspektive – ableiten, habe ich an das Material gestellt:

#### *Stellenwert der Erwerbsarbeit im Leben*

Wie wird die Erwerbsarbeit im Leben situiert? Wird sie zentral gesetzt? Wird sie als 'Mittel zum Zweck' deklariert, nach der sie ein Mittel zur Existenzsicherung darstellt oder ist sie ein Wert an sich zur persönlichen Entfaltung?

#### *Aspirationen*

Damit ist gemeint, welche Zielsetzungen für die Arbeit formuliert werden. Zielsetzung ist streng rational aufgeladen, der Begriff Aspirationen, umschreibt m.E. hier eher einen Möglichkeitsrahmen, dessen, was für die Einzelnen an beruflichen

Werdegängen vorstellbar ist. Weiterhin zeigen sich Aspirationen oft erst im Nachhinein, das heißt, wenn Lebensentwürfe sich retrospektiv zeigen.<sup>64</sup>

#### *Heteronomie/Autonomie in der Arbeit*

Werden Abhängigkeiten beschrieben oder wird die Arbeit als selbst- oder eher fremdbestimmt erlebt? Wie handlungsaktiv beschreiben sich die Interviewpartner\_innen? Sehen sie sich eher durch Arbeitsmarkt, Kunden\_innen, Auftraggeber\_innen im Handeln bestimmt oder selbst als gestaltende Akteur\_innen? In welchen Konstellationen? Diese Fragen schließen an die These an, nach der Autonomie und Heteronomie subjektiviert und zusammengedacht werden müssen. ‚Autonomie‘ wird damit als zugleich ‚echt‘ hinsichtlich der selbstständigen Bewältigung und Organisation von kulturselbstständiger Erwerbsarbeit gedeutet. Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass diese Autonomie zugleich funktionalistisch und zweckgebunden instrumentell ist, da die Existenz ja irgendwie abgesichert werden muss.

#### **1.1.2 Erwerbsressourcen**

Als Ressourcen werden Verfügung über finanzielles oder epistemisches Kapital thematisiert, das (laufende) Einkommen, aber auch vorgelagerte Bildungsressourcen und nachgelagerte soziale Absicherung. Abduktiv wurden auch familiär gebundene Ressourcen als relevant erachtet (sowohl die Herkunftsfamilie als auch die aktuelle familiäre Situation).

Die Ressourcen sehe ich als Bedingung und Voraussetzung für das Erwerbshandeln in der Kulturselbstständigkeit. Dabei kommt dem Bildungshintergrund eine zentrale Stellung zu, die sich auch in der Struktur des Samples bestätigt, wo in der Regel die tertiäre Ausbildung durchlaufen, wenn auch nicht notwendigerweise abgeschlossen wurde. Dabei ist es aus meiner Sicht interessant, ob eher finanzielle oder epistemische bzw. ein Mix aus beiden in die Erwerbsarbeit eingebracht werden, da dies über die Zugänge zur Freiberuflichkeit und die Spannweite der Möglichkeiten, sich kulturselbstständig zu machen, etwas aussagt. Die Ressour-

---

<sup>64</sup> Die Einsichten zu Aspirationen verdanke ich Marianne Schmidbaur.

cen Wissen und Bildung sind wiederum im Hinblick auf die Debattenstränge um die Wissensgesellschaft zentral. Kommt es zu einer stärkeren Verwissenschaftlichung des Alltags, gar einer reflexiven Art des Erwerbsarbeitens?

### **1.1.3 Erwerbssituation**

Die Arbeitszeiten werden klassischerweise nach Lage, Dauer und Verteilung beschrieben. Die Lage bezieht sich auf die Wochentage, an denen sie stattfindet, die Dauer beschreibt das arbeitszeitliche Volumen pro Woche und dessen Verteilung über die Zeitschiene, die damit abgedeckt wird. Allein anhand dieser Parameter werden, bei variierender Gestaltung, viele Formen an flexiblen Arbeitszeiten möglich. Diese werden in der Kulturselbständigkeit in der Regel nicht ausgehandelt. Es bleibt dem Einzelnen überlassen, wie er oder sie tätig wird, ob die Arbeit, tagsüber, nachts oder wann auch immer erledigt wird. Arbeitszeit ist kein Scharnier, über das mit Dritten verhandelt wird. Damit ist ein Hauptansatzpunkt von Interessenvertretung der selbständigen Arbeit in der Regel nicht gegeben: Schließlich gibt es im bundesdeutschen Kontext – hier vor allem im Fernseh- und Rundfunkbereich, aber auch Printmedien – Konstrukte wie feste freie Mitarbeiter\_innen in Funk und Fernsehen. Dadurch wird meines Erachtens eine stärkere Produktorientierung gefördert, was bedeutet, dass immaterielle oder materielle Erzeugnisse stärker ins Gewicht fallen und weniger Ansatzpunkte für Aushandlungsprozesse bestehen wie sie mit dem Verhandeln über Arbeitszeit(en) gegeben wären.

Theoriegeleitet und bestätigt durch die quantitative Darstellung anhand von Daten der Bundesagentur für Arbeit (vgl. abduktives Vorgehen im Methodenteil), wurde der großstädtische Raum als Ort für die Erwerbsarbeit gewählt. Dieser Raum verfügt über die Gelegenheitsstrukturen in Form von differenzierten Angebots- und Nachfragemärkten, die die Möglichkeit des Erwerbsarbeitens in Nischen ermöglicht. Die räumliche Dimension lässt sich aber weiter aufspalten: Findet die Erwerbsarbeit vor allem zu Hause statt, in einem gemieteten Lokal, an einem festen Arbeitsplatz? Gleichwohl ist der großstädtische Raum im Falle von Frankfurt überschaubar, beispielsweise im Vergleich zu Megacities wie Hongkong oder Mexiko Stadt.

Die Erwerbsarbeit kann nachgefragt werden im öffentlichen, privaten oder auch informellen Sektor. Es scheint in beiden Kontexten, d.h. Frankfurt am Main und Madrid, immer wieder Graubereiche zu geben, d.h. Formen des Gebrauchswertaustauschs, die aber nicht immer reziprok erfolgen, sondern wo Menschen, sozial motiviert, Dritten etwas angedeihen lassen, aber selbst wiederum Ideen beim Spaziergehen entwickeln, unter der Dusche oder im Gespräch im Café mit Freunden\_innen. Das macht das Arbeiten sehr lebendig, d.h. wenig funktional und bietet Raum für Entgrenzungen.

Outsourcing findet nicht nur in Organisationen und Betrieben statt. Selbst Allein-selbstständige arbeiten mit weiteren Hilfen. Ist bspw. eine Freiberuflerin auf Texte spezialisiert, ist es gut möglich, dass sie noch einen Designer\_in oder Programmierer\_in von Webseiten kennt, durch den/die spezielle Kundenbedarfe angesprochen werden. Das führt zur Arbeitshypothese des doppelten Outsourcings. Die ausgesourcten flüchtigen Arbeitskraftunternehmer\_innen sourcen auch selbst wieder aus: sei es Arbeit zu Hause an Arbeitskräfte, die informell putzen, sauber halten, die Kinder erziehen oder an fachliche Experten\_innen bei entsprechenden Wünschen der Kunden\_innen. Ich vertrete dabei die These, dass Arbeitszeit als zentrales Steuerungsmoment von Auseinandersetzungen über gute Arbeit tendenziell außer Kraft gesetzt wird. Das gilt für die abhängige wie selbstständige Arbeit im Kulturbereich gleichermaßen.

#### **1.1.4 Gesellschaftliche Partizipation**

Die Möglichkeit der gesellschaftliche Partizipation setzt die Ausstattung mit den entsprechenden ökonomischen Mitteln voraus, d.h. ein existenzsicherndes Einkommen (inkl. Rücklagen, Sozialabgaben und Versicherungsleistungen), welches hinreicht, um die anfallenden Ausgaben abzudecken, bzw. übersetzbar ist als würdiges Einkommen zur Existenzsicherung. Das bedeutet, dass in einem weiten Verständnis alle vitalen Bereiche (Wohnung, Ernährung, kulturelle Aktivitäten) die notwendigen Voraussetzungen von Partizipation bilden. Damit wird auch der Doppelcharakter der kulturellen Arbeit berührt: Zum einen werden hier Güter partizipativer Art für die Allgemeinheit bereit gestellt, zum anderen muss die Form der

Erwerbsarbeit zunächst das Einkommen und damit die Möglichkeitsbedingung für die Partizipation an kulturellen Gütern für die Kulturschaffenden selbst erzeugen, und zwar direkt marktlich vermittelt. Partizipation in einem umfassenden Sinne heißt, über die intrapersonalen, sozial vermittelten und gebundenen Möglichkeiten der Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen zu verfügen. Alternativ formuliert: Die Kulturselbstständigkeit weist meiner Meinung nach eine Janusköpfigkeit auf: Zum einen werden für Öffentlichkeiten, Meinungsbildung und Teilhabe ermöglichende Güter und Dienstleistungen bereitgestellt. Zum anderen kann Erwerbsarbeit bereits selbst als teilhabeermöglichend und demokratierelevant betrachtet werden (vgl. Lieb 2005 und 2009).

Damit wären die zweite und dritte Auswertungsdimension, logisch betrachtet, die Voraussetzungen für die Auswertungskategorie soziale Partizipation, die vor allem über Netzwerke organisierbar scheint. Bei den Netzwerken interessiert mich, welcher Modus der Netzwerkbildung gewählt wird. Gibt es feste Treffen oder flüchtige Telefonate? Gibt es eine Struktur wie einen Verein (ein beliebtes Instrument der Alternativbewegung der 1970er/1980er Jahre, vgl. Neumann 2008<sup>65</sup>)? Wie sind die Netzwerke horizontal (*inter pares* oder, neudeutsch, *peer-to-peer*) organisiert oder vertikal (d.h. hierarchisch, nach Titel, Stelle, gesellschaftlichem Status)? Gibt es Anbindungen an Gewerkschaften oder (interessen)politische Verbände, öffentliche Förderung, Mäzenatentum? Diese Vielzahl von möglichen Fragen ließen sich an das Material stellen. Hier werden indes nur Spuren möglicher Analysemöglichkeiten ausgelotet.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Kategorien eins bis drei eher auf individuelle Handlungs- und Bedeutungsmuster hin ausgerichtet sind, während die vierte Kategorie der gesellschaftlichen Anbindung auch koordinierte Handlungslogiken im Sinne von Vernetzungsformen aufgreift. Dies bedeutet methodisch, dass diese aus dem Interviewmaterial rekonstruiert und an Forschungsmaterialien rückgebunden werden, um die Hypothesen- und damit die

---

<sup>65</sup> Leicht leserlich geschriebene Geschichte über die Alternativbewegung und ihre Veränderung in den letzten Jahrzehnten.

Theoriebildung zum Gegenstand selbstständiger Erwerbsarbeit und Vernetzungsformen zu unterstützen. Es folgt außerdem noch ein Ausblick auf die Möglichkeiten, die Gewerkschaften im Rahmen ihrer Regulierungseinbettung bieten könnten.

## **1.2 Kulturarbeit in Bewegung in Madrid: „Wir sind auf dem Weg“**

Das madrilenische Sample ist gekennzeichnet durch einen relativ starken Bewegungscharakter. Die Interviewpartner\_innen konzentrieren sich auf das städtische Zentrum. Zwischen den Ausgehvierteln Chueca und Huertas sowie der Gran Vía, die deutlich klassizistisch und opulent gestaltet ist, wohnen, leben und arbeiten die meisten davon in dem Stadtteil Lavapiés. Der Stadtteil, der auf manche Bürger\_innen abschreckend wirkt, weil nächtliche Überfälle kolportiert werden, stellte sich bei jedem meiner Aufenthalte stark verändert dar. Seit Ende der 1990er Jahre waren zunächst Wohnräume günstig verfügbar, autonom verwaltete Zentren existierten neben einer Vielzahl an kleinen Kneipen, Gaststätten. Ab 2005 stellt sich das Bild anderes dar. Der Wohnraum ist inzwischen fast unerschwinglich. Es gibt Familien, die mittlerweile intergenerational verschuldet sind, da der Erwerb von Wohneigentum – ähnlich wie in Frankreich – die bevorzugte Form des Wohnens darstellt und nicht etwa Mietverhältnisse. Die Preise – 400.000 Euro für eine Drei-Zimmer-Wohnung – treiben die alleinstehende Personen und Familien ans ökonomische Limit – der gesellschaftliche Status scheint sich auch über die Frage „Eigentumswohnung-oder-nicht“ mitzubestimmen. Die Baubranche ist inzwischen längst eingebrochen und die Arbeitslosigkeit binnen kurzer Zeit auf fast 20 Prozent hochgeschossen. Denkt man darüber hinaus an die 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in manchen Regionen, ist es erstaunlich, dass der soziale Friede so gut aufrecht erhalten werden kann. Als ich Ende 2011 erneut in Lavapiés war, stand wieder Wohnraum leer, die ökonomische Blase und das Jobwunder, das sich vor allem auf Dienstleistungen (Tourismus) und die Baubranche gründet, sind verpufft. Die Anzahl der Suizide ist drastisch gestiegen, und es kommt verstärkt zu Räumungen, da der Abtrag der Wohnung nicht mehr geleistet werden kann unter den Bedingungen hoher Arbeitslosigkeit. Aufschlussreich ist auch ein Zusammen-

schluss von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die bestausgebildete Generation, die es jemals in Spanien gab, die sich über Facebook und andere soziale Medien vernetzen: Die Seite heißt „Juventud sin futuro“, „Jugend ohne Zukunft“ und vermittelt virtuell, wie die ökonomische Entwicklung Spanien wieder zum Auswanderungsland werden lässt. Junge Erwachsene mit tertiärem Abschluss schicken ‚Selfies‘ aus Nairobi oder anderen Städten, wo sie sich als prekäre Wissensarbeiter\_innen verdingen bzw. werden auch von Deutschland aus angeworben. Von den ehemaligen Interviewpartner\_innen, die ich aufgesucht habe, ist eine Frau – promovierte Wissensarbeiterin – für ein Projekt nach Ecuador ausgewandert, in eines der ärmsten Ländern im Globalen Süden. Der Erotikladen für Frauen boomt nach wie vor – in Frankfurt ist das Geschäft dagegen nach erfolgter Expansion mittlerweile geschlossen.

Zurück zum madrilénischen Kontext: Madrid ist die Hauptstadt des spanischen Staates. Es liegt in Kastilien und ist die Autonome Gemeinschaft mit der größten Bevölkerungsdichte Spaniens mit 6,3 Millionen Einwohnern im Umland. Etwas mehr als die Hälfte – ca. 3,2 Millionen Einwohner - konzentrieren sich vor allem auf die Hauptstadt als einwohnerstärkste Stadt Spaniens und auf eine Reihe weiterer Städte im Umland (Mostoles, Alcalá de Henares, Fuenlabrada, Leganés, Alcorcón, Getafe, Torrejón de Ardoz und Alcobendas). Dem gegenüber stehen wenig besiedelte ländliche Räume. Die in der Autonomen Gemeinschaft Madrid lebenden Einwohner\_innen sind unterschiedlicher Herkunft, handelt es sich doch um die Provinz mit den meisten Einwohnern, die in anderen Landesteilen geboren wurden, sowie mit dem größten Anteil von Migrantinnen (knapp 14%).

Anders als in anderen Urbanitäten gibt es für Madrid (bisher) keinen einschlägigen Kulturwirtschaftsbericht. Allerdings könnten ggf. durch Unterlagen zur IT-Branche in der Großregion und statistische Quellen der Kommunalverwaltung Trends sichtbar gemacht werden. Es gibt wenig im Netz und in den madrilénischen Webseiten – obwohl hier auch das kulturelle Erbe über die Museen Prado, Reina Sofia und Thyssen auf dichtem Raum gebündelt ist. Interessant ist eine Webseite, die es zum Erhebungszeitraum noch nicht gab:



<http://factoriaculturalmadrid.es> (letzter Zugriff am 23.01.2019). Auf dieser Webseite „Fabrik – Kultur – Madrid“ gefördert vom nationalen Ministerium für Kultur, Erziehung/Bildung und Sport) sollen ganz praktisch Unternehmungen „aller Sektoren“ in der Kreativ- und Kulturwirtschaft gebündelt werden. Eine Analyse oder Monitoring des Sektors unterbleibt allerdings immer noch.

### **Freiheit, Autonomie und Selbstzwang**

Auf die Frage, wie wichtig es ist, an sich und genau in dieser Art erwerbstätig zu sein, kommt kaum Erstaunen auf. Die Antworten kommen sehr prompt, und es scheint so, dass sich die Befragten genau überlegt haben, weshalb sie wie ihr Einkommen gestalten. Für viele der Befragten im madrilenischen Sample (8 von 9), war es sehr wichtig, genau so tätig zu werden und genau diese Idee als Geschäftsidee zu planen und umzusetzen.

Dazu werden bestehende Arbeitsverhältnisse gekündigt, die Freiheit und Autonomie bildet den einen Pol der Motive und die prospektiv ausgerichtete Marktbearbeitung den anderen.

Was heißen „Freiheit“ und „Autonomie“ in diesem Zusammenhang?

Arbeit und Leben werden zusammen gedacht. Eine einheitliche Person steht im Zentrum, die sich professionell verhält und kompetent zwischen staatlichen Stellen, Kundenorientierung und Alltag wechselt.

Dies verläuft kompetitiv. Dazu wird stark am Außenauftritt gearbeitet und die Marke und Nische gesucht in der diese Arbeit funktioniert. Ein Beleg dafür ist die Zeit und Mühe, die in kreative Internetauftritte gelegt wird, die als Aushängeschild fungieren und oft mit interaktiven Plattformen arbeiten. Ideen können auch aus anderen Regionen kommen und in einen neuen Ort eingefügt werden – wo sie auf eine andere Kultur und Interessenten\_innen treffen. Hinzu kommen Visionen, die weniger auf Gewinn als auf eine Art alternative Ökonomie abzielen. Die alternative Ökonomie, die nicht in erster Linie von Verwertungslogiken durchsetzt ist, sich kapitalistischer Produktionsweise entzieht, ist ein Motiv, in dem auch Öffentlichkeit transformiert werden soll. Diese wird auch dazu genutzt, um Themen zu platzieren. Das geschieht über die Verbreitung provokanter Themen oder Angebote, die

auf eine Verbreitung von Wissen über politische und ökologische Zusammenhänge zielen. Diese Tätigkeit wird explizit als politisch begriffen und die Selbstständigkeit bietet den nötigen Freiraum, um sich dafür einzusetzen. Dies kann innerhalb eines Kollektivs,<sup>66</sup> innerhalb einer Gruppe, oder innerhalb einer Scheinselbstständigkeit stattfinden.

Als politische Motive werden feministische Anliegen und der starke Stadtteilbezug offenbar, weniger in einem 'think global, act local' als dem Wunsch folgend, über Projekte kulturell gute, ansprechende, kostenfreie Angebote zu unterbreiten.

„Dies ist ein Stadtteil, der viele kulturelle Angebote beherbergt. Tatsächlich verfügt kein Projekt über irgendwelche Unterstützungs- oder Subventionsleistungen. Den Leuten gefällt es, frei, d.h. was auch immer zu machen, Ausstellungen, Filmvorführungen wie wir, Vorstellungen, Konzerte. Gucken halt, was Dir gefällt, ohne einen Filter zu haben, der da hieße: Wer gibt Dir dafür Geld? Es ist offensichtlich, mit wenig Geld oder faktisch keinem Geld musst Du die Dinge, kurz zusammengefasst, selbst finanzieren. Viele Veranstaltungen sind gratis, deshalb musst Du sehen, wie Du zurechtkommst, damit Du auch umsonst an Dinge herankommst oder dass Du etwas auf die Beine stellen kannst. Dann auch, innerhalb dieser Philosophie gibt es unglaublich viele Dinge, die in diesem Stadtteil umsonst angeboten werden. Ein Umstand, der in keinem anderen Stadtteil in Madrid in Erscheinung getreten ist.“ (GE 1: 526–546).

Freiheit heißt hier aus freiem Antrieb, nicht fremdbestimmt, als eigene Entscheidung und auch nicht kompatibel mit staatlichen Förderrichtlinien. Staatlichkeit wird als etwas Regulierendes, inhaltlich Formierendes erlebt. Die Formen, die hier gelebt werden, erinnern an eine solidarische Ökonomie, in der Gebrauchswerte im Vordergrund stehen und die starke kommunikative Aspekte beinhaltet – sonst kann die Person oder das Kollektiv nicht existieren.

Dieser Umstand ist mir auch in einem im Sommer 2004 geführten Pretest-Interview mit einem freien Videokünstler aus Barcelona aufgefallen: Es gibt eine

---

<sup>66</sup> Das Kollektiv hat sich explizit als Kollektiv zusammengefunden und Arbeitsweisen vereinbart, während die Gruppe loser zu begreifen ist.

Art Vorbehalt, staatliche und suprastaatliche Fördergelder entgegenzunehmen – diese starke Diskursfigur ist im deutschen Sample (nicht mehr) vertreten. Die Autonomie im Sinne ‚linker Autonomie‘ mit einem Misstrauen staatlichen Stellen gegenüber gründet auf Erfahrungen der Schließung von selbstverwalteten Zentren durch die kommunale PP-Stadtverwaltung und vermutlich auch auf einem stärkeren Repressionsdiskurs in Kreisen der spanischen Linken. Es gibt ja in Spanien auch das – gerade aus deutscher Sicht – kuriose und verstörende Erlebnis eines nationalistischen Linksseins, das argumentiert mit dem sprachlichen und kulturellen Zentralismus in der Francodiktatur, in dem Katalanisch und Baskisch als Sprachen nur privat gepflegt wurden. In Bezug auf Erwerbsarbeit kann dies zu einer Haltung führen, dass auch Erwerbsarbeit ‚systemisch‘ stabilisierend ist, und auch die von Geisteswissenschaftler\_innen oft gewählte Alternative, sich für den Staatsdienst zu bewerben, abgelehnt wird. Die Ablehnung von etwas als Motiv, sich dann freiberuflich und -schaffend einen ‚alternativen Markt‘ zu suchen und hier mit Menschen zusammenzuarbeiten, die normativ/ideologisch ähnlich ausgerichtet sind, wird dann als ‚echte‘ oder *einzig mögliche Alternative* erlebt und die existenzielle Einkommensabsicherung vernachlässigt. Strategien, die es dafür gibt, beziehen sich auf den Wohnraum, der weitervermietet wird an Studierende aus dem europäischen Ausland oder Aussteiger, Gelegenheitsjobs, politische Projekte, die ökologisch-nachhaltigen Charakter haben (ein Interviewpartner arbeitete noch freiwillig in einer Kooperative mit, die sich für ökologisch-fairen Handel engagiert) und auch eine gewisse ökonomische Abhängigkeit von der Herkunftsfamilie kann bestehen bleiben. Nicht selten sind die Eltern Lehrer\_innen (ein Vater als Unternehmer war auch dabei), die einen gewissen finanziellen Vorschuss, Wohnraum oder einfach kulturelles und soziales Kapital zur Verfügung gestellt haben.

Die Abmilderung der Prekarität wird zur Aufgabe und arbeitet mit der Vorstellung, dass ja alles noch auf dem Weg ist. Wie zwei Kulturschaffende es ausdrücken: „Wir sind auf dem Weg.“ (GE 1: 633). „Wir wollen die Prekarität im eigenen Projekt beenden.“ (GE 1: 503-504). Das klingt zunächst überschaubar, aber auf Nachfrage sehen die Interviewpartner dann vor allem Probleme und Hindernisse.

Die Haltung – allerdings sehr ausgezehrt wirkend – erlebe ich bei beiden wieder im Dezember 2008, mache mir Sorgen um deren Gesundheit.

Vor allem Frauen scheinen dann auch eine Verantwortung dafür zu formulieren, dass die Arbeit selbst gut im Sinne von gerecht ist:

„Weil ich von Anfang an wollte, dass diese Arbeit kein Horror würde, weil ich von einer harten und fordernden Arbeit komme, wollte ich eine Beziehung. Diese Unternehmung wurde utopisch gegründet. Ich wollte so arbeiten, dass sich jeder wohlfühlt und verdient, was er/sie verdienen wollte. Es gibt sowas wie utopische Grundlagen.“ (IE 5: 232-238).

Barbara Grubner und andere konstatieren, dass 'dem' Feminismus selbst ein freiheitliches Momentum zu eigen ist, was sich auch in dem Zitat finden lässt. „In seiner elementarsten Bedeutung kann Feminismus als Befreiungsbewegung, als Kampf um Freiheit, als Ausbrechen aus Herrschaftsverhältnissen, verkrusteten Geschlechterordnungen und überkommenen normativen Zwängen verstanden werden (Grubner/ Henninger/ Birkle 2016: 7).“

## **Motive**

Ein zentrales Motiv, das sich zeigt, ist als Arbeiten ohne Chef beschreibbar. Diese Selbstbeschreibung wird eher über Abgrenzung erreicht besteht darin, einen Entwurf für die eigene Praxis und die Vorteile zu formulieren, die mit der Selbstständigkeit verbunden sein können. „Endlich keinen Chef mehr haben“ wird in mehreren Interviews thematisiert oder, für die Personen, die sich direkt nach dem Studium selbstständig gemacht haben, die Hoffnung, eine eher als alternativ beschreibbare Ökonomie aufzubauen und innerhalb derer mit Kollegen\_innen die Arbeitsstrukturen und Inhalte bestimmen zu können. Die Herausforderung wird dabei als die erlebt, die prekäre Situation mittelfristig zu überwinden und überhaupt eine mittelfristige Perspektive entwickeln zu können. Hier müssen die Befragten aufpassen, wie konstatiert wird, nicht selbst zum Ausbeuter ihrer selbst zu werden.

„Es gibt auch ein implizites Projekt, neben dem, was D. bereits erwähnt hat. Es gibt ein Selbstständigkeitsprojekt, aber auch eine Freude, als Gruppe zu arbeiten und keine Chefs zu haben. Aber sicher!“ (GE 1: 24-26)

Die Freiheit wird in engen Zusammenhang mit Entscheidungsfähigkeit gesetzt. Die Freiheit sei da, so eine Interviewpartnerin, aber man müsse sie nutzen können. Das heißt, dass der Kontrollmechanismus über den gelingenden (Arbeits-)Alltag in die Person selbst verlegt wird. Das sei nur eine Tätigkeit für ein bestimmtes Profil von Menschen. Die Eigenschaft, sich zu disziplinieren und *hyperverantwortlich*<sup>67</sup> zu sein, gehöre dazu. „Wenn du das nicht hast, wird es Dir schlecht ergehen“ (I E 5: 579) ist ihr Urteil über die Eigenschaften, die Selbstständige aufweisen müssten, um in ihrem Job bestehen zu können:

„Selbstständig zu sein hat einen wundervollen Vorteil: Deine Freiheit. Beziehungsweise Deine Freiheit hinsichtlich der Zeit, bzw. ich habe viel Arbeit, letzten Freitag wurde ich aber beispielsweise angerufen und gefragt, ob ich mit aufs Land fahren möchte und das werde ich tun. Daher, hm, die zeitliche Freiheit, die Freiheit, Entscheidungen zu treffen, die Übernahme von Verantwortlichkeiten: Das alles führt dazu, dass Du Dich in eine hyperverantwortliche Person verwandelst. Falls Du dies nicht bist, wird es Dir schlecht gehen. Weil das eine Arbeit für ein bestimmtes Profil von Personen ist. Ich stehe zum Beispiel morgens um acht auf. Um neun arbeite ich und dann arbeite ich auch. Ich bin weder faul, noch könnte ich es mir erlauben, faul zu sein. Du hast keinen Chef. Damit musst Du das als selbst schlecht gemacht annehmen, was Du schlecht machst. Es gibt niemandem, dem Du die Schuld zuweisen kannst, oder ich krieg keine Lohnerhöhung und was weiß ich noch alles.“ (IE 5: 574-585)

Dieser Befund wird auch von Kalkowski (2004) als zentral gesehen und auf Wissensarbeit generalisiert, wenn auch im Hinblick auf die IT- und Medienbranche. Das heißt: „Bei den normativen Ansprüchen, die Wissensarbeiter mit ihrem Job verbinden, steht ‚Autonomie‘ an erster Stelle. Sie ist für ihr Selbstwertgefühl kon-

---

<sup>67</sup> Das vermutlich dahinter steckende starke Über-Ich, das Unbewusste kann hier im Rückgriff auf psychoanalytische Ansätze fachlich nicht herausgearbeitet werden.

stitutiv.“ (Kalkowski 2004: 106 zitiert nach Meyer 2007: 64). Die persönlichen Eigenschaften, die man zum Unternehmertum braucht, werden oft als eine gegebene Charaktereigenschaft konstruiert. Diese Eigenschaften impliziert dann Verantwortungsbewusstsein, visionäres Denken, Innovations- und Risikobereitschaft, begleitet von investivem statt konsumtivem Denken und Handeln. Darin schwingt auch mit, was eine/n Unternehmer\_in nicht ausmacht: Sicherheitsdenken, abhängiges Arbeiten, Zaudern bei Entscheidungen. Die Kehrseite dessen ist der Pool an Selbstständigen, die sich nicht für die Selbstständigkeit entschieden haben, sondern für die sich die Freiberuflichkeit ergab und auch von seiten der erlebten Behörden nahegelegt wurde. Einige der Interviewpartner\_innen sehen es als eine unsichere Möglichkeit an, selbstständig zu arbeiten. Sie sind über die staatliche Arbeitsagentur, INEM<sup>68</sup> und entsprechende Maßnahmen ‚vermittelt‘ worden und haben als Scheinselbstständige ihrer Meinung nach kaum Vorteile auf ihrer Seite („es hat gar keinen Vorteil für mich, freiberuflich tätig zu sein“). Ihr Wissen wird sehr speziell und dennoch vielseitig abgerufen. Es handelt sich dabei um Tätigkeiten, die vor allem an einem Arbeitsplatz stattfinden und über Kettenverträge entlohnt werden, die zu skandalisieren die Tätigen nicht wünschen, da sie sich damit, so die Befürchtung, selbst ins berufliche Auskatalpultieren würden. Weiterhin sind sie in ihrem Qualifikationsspektrum tätig und nutzen zum Teil auch die Möglichkeit, Arbeitszeit zu reduzieren und für andere Auftraggeber tätig zu werden. Die Festanstellung und damit erhoffte Sicherheit der beruflichen Karriereplanung steht allerdings für diese Gruppe im Vordergrund.

Ein nicht geringer Teil des über Schneeballsystem und allgemeine Anschreiben erreichten Samples in Madrid, beschreibt sich weniger unternehmerisch als in sozialen Bewegungen aufgehend. Für diese gehört der Stadtteil und städtische Bezug unbedingt zu ihrem Selbstbild dazu. Dieses sehr politisierte Selbstbild äußert sich über dezidiert feministische oder ökologische Belange.

Die herausgearbeiteten Motive lassen sich somit in drei Linien unterscheiden:

---

<sup>68</sup> Das Instituto Nacional de Empleo (INEM) ist die staatliche Arbeitsagentur in Spanien. In Deutschland erfüllt die Bundesagentur für Arbeit den Auftrag der Arbeitsvermittlung.

- 1) Entwickelte Vision der Gestaltung von Erwerbsarbeit und Leben umsetzen, inhaltliche Herausforderung
- 2) Den Lebensstandard sichern und nie wieder für Chefs arbeiten
- 3) Über INEM-Maßnahmen induziert, als Zwangsselbständigkeit, verbunden mit der Hoffnung, dass diese nicht auf Dauer angelegt ist.<sup>69</sup>

## **Aspirationen**

„Also, alles entstand aus der Notwendigkeit, die wir als Gruppe und als Individuen hatten. Etwas mit unserem Leben zu machen, das mehr wäre als nur zu arbeiten. Also entstand die Idee, etwas mit dem Kino zu machen, etwas mit Kino/Film zu verbinden. Und auch, mit dem Stadtteil zu interagieren“ (GE1: 11 - 13).

Als Geschäftsgründungsmotive werden Dinge genannt wie etwas Unkonkretes zu machen, das mehr sein soll, als zu arbeiten. Dieses „Etwas“ bedeutet, etwas mit dem Leben zu machen und verweist auf eine integrierte Sichtweise zwischen Arbeit und Leben, die nicht als Gegensätze gedacht werden. Das „Etwas“ impliziert aber auch die risikoreiche Belastung, da dieses „Etwas“ nicht positiv zu benennen war, sondern erstmal gefüllt werden musste. Gefüllt wurde es dann mit dem Anliegen, wiederum „etwas“ mit Kino und Film zu machen und dazu innerhalb des Stadtteils zu interagieren, was die Vernetzung – so viel sei konkretisiert aus anderen Textpassagen – mit anderen Projekten und die Veranstaltung eines alljährlichen Filmfestivals beispielsweise beinhaltet.

Die Kategorie der Aspirationen oder Zielsetzung ist nicht ganz trennscharf zu den Motiven, es gibt hier durchaus Interdependenzen. Deutlich wird aber wiederholt das auf eine veränderte Öffentlichkeit abzielende Vorhaben, welches Leben und Arbeiten durchzieht. Demgegenüber wären ökonomische Absicherung, Prosperität oder ein Haus, Hund, Küche, Kinder, Ehe gar nicht vorstellbar, wiederholt tritt auch eine feministisch oder queer benannte Lebenshaltung als normative Flucht-

---

<sup>69</sup> Feminismus als Leitmotiv findet sich ebenfalls bei einer freien Radiomoderatorin und ist für die Inhaberin des Erotikshops für Frauen interessant. Selbstverständlich werden damit unterschiedliche, queere, auf rechtliche Gleichstellung oder weibliche Differenz angelegte Konzepte transportiert. Eine Frau möchte auch ihre Vorkenntnisse „politisch rentabilisieren“, d.h. der langsame gesellschaftliche Wandel und der Wandel in der Regulation von Geschlechterverhältnissen benötigt einen langen Atem.

linie auf. Demgegenüber erscheint die Festanstellung ein Desiderat, das gleichzeitig gefürchtet wird, da es einen Preis habe. Im Ergebnis ist die Zukunftsplanung nicht getaktet und somit keine Lebensplanung im Sinne einer technischen Zeitplanung (wo möchte ich in fünf oder zehn Jahren stehen) möglich.

### **Heteronomie versus Autonomie**

Für diese Kategorie macht es Sinn, zwischen Freiberufler\_innen und Personen, die über ein Gewerbe verfügen und eine entsprechende Rechtsform gewählt haben, zu unterscheiden. Für Freiberufler\_innen ist es in der Regel günstiger, wenn sie über mehr als eine/n Auftraggeber\_in verfügen und nicht unter die in Spanien sehr verbreitete Scheinselbstständigkeit (*falsa autonomía*) fallen. Ist die Person scheinselbstständig, hängt es sehr stark vom individuellen Geschick und den organisatorischen Rahmenbedingungen ab, inwieweit sie sich als gestaltend in der Erwerbsarbeit erlebt.

In dem Zusammenhang zwischen Heteronomie und Autonomie ist auch auf das Konstrukt real erlebter Marktverhältnisse zu verweisen, die die Risiken der Erwerbsarbeit konjunkturbezogen vom Markt abhängig machen. Die permanente Innovation von als Produkten anbietbaren Erzeugnissen wird fundamental, um sich auf dem Markt gegenüber der Konkurrenz abgrenzen zu können. D.h. auch, dass Zeit, Geld und Kreativität in die Entwicklung von Produktideen gesteckt werden müssen – auch wenn es sich um einen linken Buchladen handelt, der kollektiv organisiert ist, müssen die Bücher Einkommen erwirtschaften oder auf einem Buchmarkt angeboten werden. Dabei werden hohe ästhetische Maßstäbe an die Produkte angelegt. Da nun aber die Selbstständigen selbst für viele, arbeitsteilig theoretisch aufteilbare Belange ihrer Erwerbstätigkeit zuständig sind, ist der kreative Freiraum kaum gegeben. Diesbezüglich wird teilweise auch auf noch schlechter entlohnte Zuarbeiter\_innen zurückgegriffen und diesen ein Möglichkeitsraum geschaffen. Das sieht derart aus, dass sich die Interviewpartnerin hier sehr deutlich als Unternehmerin beschreibt, die Strukturen bereitstellt und jüngere Leute fördert, deren Einsatz aber eigentlich auch fundamental wird für die geschäftliche Weiterentwicklung.



## **Erwerbsressourcen**

### **Ausstattung**

Es ist für die Projekte selbstverständlich, über eine eigene Webseite zu verfügen. Diese wird, oft unvergütet oder im Tausch gegen andere Leistungen und Kontakte, von Freunden gepflegt oder selbst erstellt. Erst in der Professionalisierung wird fachlich mit Webdesignern\_innen, die selbst Teil der Kulturwirtschaft sind, gearbeitet. Die Webseiten bieten in der Regel gute Produktübersichten und sind demnach eine nicht sehr kapitalintensive, eher zeitintensive, aber operativ pflegbare Visitenkarte nach außen (die Kosten liegen für die technische Wartung und Gestaltung bei Ersteinrichtung aktuell in Westdeutschland um die 500 Euro. Nach oben sind keine Grenzen gesetzt). Einige Webseiten bieten interaktive Räume an, in denen nicht produktbezogen kommuniziert werden kann. Die Namen sind echte Hingucker und Aufhänger und werden zum Produkt stilisiert, welches teilweise für politisch korrekte Inhalte steht, oder sie transportieren bereits in ironisch verpackter Weise die Information darüber, um was es sich handelt. Die Darstellung ist schon auf Kunden\_innen zugeschnitten, dabei aber auch einen Raum virtueller Art ermöglichend.

Bei denen, die Räume angemietet haben, liegen die Fixkosten um die 1000 Euro. Dazu musste oft auf ‚Tafelsilber‘ in Form von Ersparnissen, familiäre Gelder und Bankkredite zurückgegriffen werden. Computer, Fax und wenig mehr wird gekauft, wenn der Erwerbsort zu Hause angesiedelt wird. Durch die Niedrighaltung der Fixkosten bleibt mehr Geld, um in neue Produktideen zu investieren.

Dafür sparen etliche Interviewpartner\_innen eher bei der sozialen Absicherung in Form von Krankenversicherung oder Altersvorsorge. Dieser letzte Umstand wird auch begünstigt durch die sozialrechtliche Absicherung des Selbstständigenstatus in der speziellen Kasse der selbstständigen Arbeiter (Régimen Especial de Trabajadores Autónomos - RETA): Dadurch, dass (Stand: 2005/2006) nur die letzten fünfzehn Jahre vor der Verrentung ausschlaggebend für die Höhe der erzielten Altersabsicherung sind, wird in der Regel vorher der Basissatz eingezahlt und ab dem 50. Lebensjahr der Höchstsatz.

Viel stärker als in Frankfurt am Main werden um 2005/2006 in Spanien europäische Programme der Existenzgründungsfinanzierung für Frauen erwähnt. Die europäischen Strukturfonds, mittels derer regionale und wirtschaftliche Innovations- und Beschäftigungsentwicklung gefördert werden soll, schlägt sich im madrilensischen Sample eher nieder als im Rhein-Main-Gebiet, welches als ökonomisch starke Region gelten kann. Weiterhin war die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Spanien traditionell äußerst gering, so dass hier über Strukturprogramme und andere (staatliche und suprastaatliche) Initiativen Programme, aber auch aufgrund von gestiegenen Lebenshaltungskosten und veränderten familialen Strukturen, eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen – auch im selbstständigen Bereich – erzielt wurde.

## Bildung

Die tertiäre Bildung fand vor allem in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften statt: Ein einziger Interviewpartner hat das Studium der Philosophie abgebrochen, alle anderen haben Abschlüsse in Betriebswirtschaftslehre, hispanischer Philologie, Kommunikationswissenschaften, Soziologie und Jura vorzuweisen. Zwei Befragte haben dazu eine Promotion abgeschlossen. Somit haben alle die tertiäre Bildung durchlaufen, sich danach aber nicht in unselbstständig abgesicherten Erwerbsverhältnissen etabliert. Diese begehrten Stellen sind im madrilenischen Kontext über die Auswahlprozesse für den öffentlichen Dienst zu erreichen. Diese sogenannten oposiciones (spanisch für Auswahlverfahren, wörtlich übersetzt: Gegensatz/Widerstand) sind Voraussetzung, beispielsweise, für den Schuldienst.

„Falls Du studiert hast, hast Du Zugang zu den oposiciones, Zugang zu einer Reihe von Stellen, die mehr oder weniger interessant sind. Du kannst unterrichten, im Bildungssystem unterkommen, im Rechtssystem. Du kommst hinein in das System...mm. Ich weiß nicht, so wie die Hunderte, die beim Staat reinkommen. Aber wenn Du nicht studiert hast, wird es Dir schwerfallen, einen Zugang zu finden.“ (GE1: 448 -457).

Es gibt keinen bildungsökonomischen Funktionalismus, nach dem im institutionalisierten Ausbildungssystem angeeignetes Wissen sich direkt in unternehmerische Tätigkeit übersetzen ließe. Dennoch fällt auf, dass die Aneignung von bestimmter Bildung und Prozesskenntnissen (eigenständiges Studium), sowie von fachlich-analytischen Fertigkeiten und Kenntnissen, vermutlich ein notwendiges Scharnier für die spätere, flexible Bewegung auf dem Arbeitsmarkt darstellen. Die im Kulturbereich sich verbreitenden und erst zu identifizierenden Nischen zeigen jedenfalls, dass bei aller Kontingenz, die der Etablierung später anhaftet – ein Studium vermutlich über die vermittelten analytisch-systematischen Fähigkeiten und vor der kompletten Durchdringung durch Bologna, Modularisierung und festen Stundenplänen auch eine gute Grundlage bietet, um selbstständig sein Einkommen zu suchen. Dies scheint der Fall zu sein, obwohl die ökonomischen Logik des Marktes und die des Bildungssystems nicht umstandslos kompatibel sind. Die Kritik

eher marktliberaler Wissenschaftler am Bildungssystem zielt dann auch dahingehend, bereits viel früher Selbstverantwortung, Selbststeuerung und unternehmerisches Denken zu fördern (vgl. Mandel 2007). In Managementratgebern wird vertreten – und das wäre bei einem stark regulierten Studium dann ein weiteres Fach – unternehmerisches Denken in den Schulen und Hochschulen zu unterrichten und somit diese Kenntnisse curricular zu verankern, die man im Erwerbsleben – jenseits der garantierten Integration in Erwerbsarbeit – benötigt. Die dafür verwandten, zunächst schwer kritisierbaren, da produktiv besetzten Begriffe, fußen auf dem aktivierenden, rationalisierungsbezogenen Projekt, das die ganze Person umfasst und auch soziale Beziehungen durchzieht. Es als neoliberal zu kennzeichnen, verbleibt oft zu verbrämt in einer 'linken Ecke', denn Freiheitlichkeit ist ja an sich positiv besetzt und die verschiedenen Zwänge, die damit einher gehen, bleiben im Mainstream unbemerkt. Es lässt sich insgesamt festhalten, dass Bildung stark die Erwerbsituation mitstrukturiert und demnach als eine Säule gesehen werden kann, die den Erwerb mitstrukturiert, weshalb sie auch in den erwerbsstrukturierenden Institutionen von Pries zu ergänzen ist (s. Kapitel A 2).

## **Einkommen**

Teilweise wird zu Beginn auf Einkommen verzichtet. Wie ist das möglich? Eine Interviewpartnerin berichtet, dass sie einen Teil der Eigentumswohnung untervermietet und darüber die notwendigen Einkommensressourcen – informell – sichert. Die Einkommen im madrilenischen Sample stabilisieren sich – ohne Ausreißer – zwischen 700 und 1500 Euro monatlich. Diese geringen monatlichen Nettoeinkommen spiegeln wieder, was als Situation der *mileuristas* (wörtlich: „1000-Euro-ler“) diskutiert wird. Diese vor allem feuilletonistisch geführte Debatte begann mit dem Brief einer Leserin über ihre soziale Situation an „El País“ im November 2005, in dem sie diesen Neologismus erfand, und ist meinem Eindruck nach sehr schnell in Alltagswissen und -sprache eingeflossen. Damit werden die 1000-Euro-Verdiener als Ende 20-Jährige und 30-Jährige dargestellt und zwar geschlechtsunabhängig. Weiterhin sind diese Personen auf geteilten Wohnraum, familiäre Unterstützung und beständige Erwerbsflexibilität verwiesen, eine Situation, die als

skandalös erscheint (und Anknüpfungspunkte an die Befristung von Verträgen etc. enthält). Ein Gesprächspartner erklärte mir, dass ihm diese Debatte gar als Euphemismus erscheine „1000 Euro Monatsverdienst, war vielleicht vor drei Jahren. 0Heutzutage dürfte es sich eher um 700 bis 800 Euro monatlich handeln“ (Gesprächsprotokoll, 3.01.07). Aktuell verlässt die junge Generation eher das Land – ein bedenkenswertes brain drain, der vor zehn Jahren überwunden schien (auch wenn die Arbeitsmigration in den 1950er – 1970er Jahren eher proletarisch und/oder politisch motiviert war).

Die Gelder stammen zum Teil aus Aufträgen aus dem öffentlichen Sektor, zum Teil aus der Kulturwirtschaft im engeren, privatwirtschaftlich organisierten Sinne. Es gibt aber auch Projekte, die überhaupt keine Unterstützung über Sponsoring, ESF (Europäischen Strukturfonds) oder anderes erhalten. Über die europäischen Strukturfonds würden vor allem Frauenprojekte gefördert, die einen Bezug zu Pflege oder Kinderbetreuung aufweisen, so lautet die Kritik.

### **„Estamos en el camino – wir sind auf dem Weg“ (GE1: 633)**

Innerhalb dieser nicht finanziell subventionierten Zirkel wird zum Teil eine sehr klare merkantile Ausrichtung überlebensnotwendig. Dabei wird am ehesten an den Arbeitskosten eingespart, so dass die Kollegen\_innen einer kulturellen Kooperative beispielsweise Vollzeit für 800 Euro arbeiten und bei Beschäftigung halbtags bis zu 500 Euro verdienen. Freiwillig arbeitet der Interviewpartner aus dem Projekt mehr als 55 Stunden pro Woche. Die Übergänge zur Selbstausbeutung sind hier fließend. Die Freiheit bezieht sich lediglich auf die inhaltlichen Belange, die Projekte selbst sind weder frei von einer kapitalistischen Vermarktlichung, noch ökonomisch gut abgesichert. Die Kulturselbstständigen können lediglich ‚ihr Ding machen‘. In Einklang mit anderen Studien lässt sich feststellen, dass sie erst vor Kurzem ihr Studium abgeschlossen haben, was, in der Sichtweise einer prekären Passage, diese Lebens- und Arbeitssituation unter prekären Bedingungen möglich zu machen scheint, sondern auch, dass sie die Alternative im universitären und Bildungsbereich nicht sehen sowie zum Teil direkte familiäre Transferleistungen erhalten. Darüber hinaus begünstigt es die Berufswahl, wenn – in der Regel der Vater – bereits Unternehmer war (im Sinne von Unternehmens-

inhaber, nicht Manager). Dies bestätigt auch die Studie von Luis Antonio García Tabuenca zur Kreativindustrie in Madrid, wo er allgemein für Existenzgründer\_innen beschreibt:

„Das familiäre Umfeld führt zur unternehmerischen Tätigkeit. Fast zwei Drittel der Unternehmer stammen aus Familien mit unternehmerischer Erfahrung, vor allem im Falle der Frauen. Die unternehmerische Tradition beeinflusst unbedingt die Branchenwahl des neuen Unternehmers sowie den Erfolg des Projektes.“ (García Tabuenca 2007: 70, Übersetzung S.M.)

### **Soziale Absicherung**

Die soziale Absicherung ist das, worauf im Zweifelsfall verzichtet wird, es sei denn, die Person ist im öffentlichen Bereich als freiberufliche Kraft – oft mit Scheinselbstständigkeit einhergehend – tätig. In diesen Arbeitsverhältnissen wird oft der Nachweis verlangt, dass die Honorarkraft freiberuflich tätig ist, um die Sozialausgaben einzusparen, die dann über das besondere Versicherungssystem für Selbstständige (RETA) von den Versicherten selbst abgeführt werden müssen. Dieser Mechanismus zwingt dann beispielsweise eine hochqualifizierte Doktorin, sich über die Eltern mit zu versichern, – insofern diese selbstständig sind-, um dann in Lehre, Forschung oder qualifikationsbezogen überhaupt die Möglichkeit auf eine Tätigkeit zu haben. Zum Teil wirkt die Wohnung als soziale Absicherung, die bereits von den Eltern erworben wurde und jetzt nicht nur teilweise als Wohn- und Arbeitsraum fungiert, sondern auch zum Einkommen beiträgt, indem Zimmer untervermietet werden. Eine Interviewpartnerin beschreibt das (informelle) Einkommen aus Untervermietung als die einzige feste Einkommensquelle. Es ist keine Seltenheit, Hypotheken mit einer Laufzeit von über vierzig Jahren zu haben – zwei Einkommen zur Tilgung dabei vorausgesetzt. Ein Interviewpartner behauptet, dass Klassenbarrieren sich heutzutage daran festmachen lassen, ob jemand über Wohneigentum verfügt oder eben nicht. Die Prekaritätsspirale scheint dann schwieriger zu durchbrechen zu sein.

Das RETA (Regimen Especial Trabajadores Autónomos; „Besonderes Regime der Selbstständigen Arbeiter“ (sic!)) wurde noch unter Franco 1971 etabliert, um die

ausgeprägte Schattenwirtschaft zu bekämpfen, und richtete sich damals vor allem an im Primärsektor Landwirtschaft tätige Selbstständige, die sog. Tagelöhner und Hilfsarbeiter umfassen. Es wurde immer wieder reformiert, auch wenn ich dazu keine (kritische) Literatur gefunden habe, und diese Erzählung aus Gesprächen rekonstruiere. Die Höhe der Einzahlungen ist altersabhängig. So können sich unter 30-Jährige für einen günstigeren Satz sozial versichern. Gegen das Risiko der Erwerbslosigkeit können sich die Kulturschaffenden allerdings nicht versichern.

„Als Selbständiger bekommst Du kein Arbeitslosengeld. Also wenn meine Firma kaputt geht oder untergeht, bekomme ich kein Geld“ (IE5: 607- 609).

Mit Dörre, Castel, Rodgers & Rodgers ließe sich diese Gruppe als in einer Zone von Verwundbarkeit bewegend beschreiben: Prekarisierung ist teilweise direkt spürbar, da soziale Absicherung nicht geleistet werden kann – und oft auch keine Krankenversicherung vorliegt. Dies scheint geschlechtsunabhängig zu verlaufen, solange keine Betreuungs-, Pflege- oder Sorgearbeit anfällt – diese wird nicht abgesichert. Deutlich wird, dass die geringen Einkommen in der Regel nicht allein ausreichen, um den Lebensunterhalt zu sichern und sich die Zukunft als prekär abzeichnet, da nicht genug in die Altersabsicherung investiert werden kann. Sollen die Menschen nicht von Altersarmut oder finanziellen Gegenwartssorgen belastet werden, ist es notwendig, für Freischaffende bessere Möglichkeiten der sozialen Absicherung zu finden. Das heißt, dass Arbeitsmarktpolitik stärker mit Sozialpolitik zusammen rückt.

### **Ausgaben und Investitionen**

Die Miete für Lokale liegt in der Regel um die 1000 Euro monatlich und umfasst die Raummiete sowie Nebenkosten für Gas und Strom.

Die Investition in neue Produkte scheint immer wieder zentral, um im Geschäft bleiben zu können. Um das dennoch nötige Einkommen sicherzustellen, greifen Interviewpartner\_innen zum Teil auf illegale (gleichzeitiger Bezug von Arbeitslosengeld), halb-legale und legale Finanzierungsquellen zurück. Eine Interviewpartnerin, die ausführlich beschreibt, dass sie mittelfristig lieber auf Einkommen verzichte, wenn sie beispielsweise bestimmte Kunden\_innen nicht akzeptiert, die

ihrem feministischen Selbstverständnis widersprechen, beschreibt die ‚Investitionspolitik‘. Diese Politik wird flankiert von Überlegungen, die eigene Arbeitszeit einzudämmen und sich über eine informell mitarbeitende Freundin an den Wochenenden zu entlasten.

## **Rechte**

Die ausdauernde Suche und Verwicklung zwischen Jobs, Aufgaben und Befristungen führt im Zeitverlauf dazu, dass die Leute ihre Rechte überhaupt nicht kennen. So fragte mich, in Interviewpartnerin, die noch bei der Herkunftsfamilie steuerlich veranlagt wird und knapp vierzig Jahre alt ist, ob ich ihr qua Promotionsthema in dem Bereich prekärer Arbeit, die Möglichkeiten erklären kann, die sie als Madrilenin für eine soziale Absicherung in Madrid und Spanien habe.

## **Erwerbssituation und Arbeitszeiten**

Projektbezogen ist zum Teil überhaupt keine Einschätzungen über die Lage und Dauer der Arbeitszeiten möglich. Es wird nicht so empfunden, dass viel gemacht wird, da die Arbeit ja auch das sei, was man immer habe machen wollen. In einem Selbstständigkeitsprojekt ist es so, dass man über eine Teilzeitstelle 500 Euro erwirtschaften kann, der Vollzeitverdienst liegt bei 800 Euro. Diese Vergütung, die nicht einmal dazu beiträgt, Mietkosten zu decken, macht es stärker nötig, auf familiäre Zuhilfen zurückzugreifen und liegt unter der „1000-Euro-Marke“ der *mileuristas* („1000-Euroler“), die diskursiv als Bezugsmarke medial transportiert wurden. Dies ist – wie beschrieben – alles vor der ökonomischen und politischen Krise, die seit 2008 die Diskurse dominiert. Deutschland ist im Zuge dieser Krise wieder verstärkt Einwanderungsland geworden – auch für innereuropäische Migration und die spanischen jungen Pflegefachkräfte oder andere Erwerbstätig, die unter den Typus der Transmigration fallen (s. Pries 2003: 29), hier dann jedoch keine Arbeit finden und sich ebenso wie in Spanien verschulden sind ein eher beschämendes Beispiel von innereuropäischer Arbeitsmigration – damit sind die vielfältigen Verflechtungen und Menschenrechtsverletzung gegenüber Flüchtlingen aus dem Globalen Süden noch nicht einmal erwähnt.



Arbeitszeiten werden in der Regel selbst hergestellt. Abhängig davon, wie das Klientel ist, werden die Tageszeiten auf Präsenz hin abgestimmt. Aber Dinge, die auch als Zuarbeit zu dem Projekt/den Projekten dienen, werden oft als ‚das und das noch machen‘ aber nicht als Erwerbsarbeit gekennzeichnet. Über Vernetzung werden Arbeitszeiten organisierbar. Das heißt, über eine Selbstverpflichtung kehren Routinen ein, die auf der individuellen Ebene durch weitere Projekte wieder brüchig werden (IE\_2).

Das Wochenende ist theoretisch frei, aber es gibt noch die Veranstaltungen x, y, z und die Freunde\_innen, Kollegen\_innen und Vereine, wo manche Interviewpartner\_innen ‚noch mal vorbeischauen wollten‘.

Radikalisiert wird dies, wenn zum Beispiel eine Interviewpartnerin gänzlich den Überblick darüber verloren hat, was bei ihr in der nächsten Zeit ansteht und es einfach nicht weiß. Dies zu bearbeiten, erfordert unterschiedliche Strategien. Das heißt zum Teil, Anbindungen zu institutionellen- staatlichen Einrichtungen zu suchen oder doch perspektivisch den Festvertrag, wobei dieser – so wird konstatiert – immer mehr ein Desiderat denn eine Realität darstellt, da die befristete Beschäftigung den Regelfall darstellt. Einen Ausweg daraus stellen lediglich die aufwändigen oposiciones dar, die den Einstieg in den öffentlichen Dienst erlauben.

Als „entgrenzt“ werden beispielsweise solche Arbeitsverhältnisse beschrieben, die nicht dem (männlichen) Vollzeit erwerbstätigen Arbeitnehmertypus entsprechen (vgl. Gottschall/Voß 2003). Besonders die zeitliche Taktung des Alltags, nicht klar räumlich und zeitlich voneinander abgrenzte Arbeits- und Lebensbereiche motivieren die Sprechweise vom „Entgrenztsein“. Der Begriff der Entgrenzung scheint dennoch eher aus dem Vergleich zum (männlichen) sog. Normalarbeitsverhältnis heraus geschärft. Er ist zudem eher auf bundesdeutsche Verhältnisse zugeschnitten, da hiesige Verhältnisse die Bezugsfolie bilden (das fordistische male-breadwinner Model). Aus feministischer Perspektive lässt sich an diesem Begriff weiterhin kritisieren, dass er einem male bias unterliegt. So seien Entgrenzung der Arbeit und deren Subjektivierung für Frauen in der Form von Arbeit ohne Ende nicht erst seit Kurzem, sondern „seit jeher eine subjektive Ambivalenzbeziehung

gegenüber Erwerbs- und Familienarbeit“ (Kurz-Scherf/Lepperhoff/Rudolph 2003: 588).

Deutlich wird aber, dass die zeitliche Entgrenzung in der Kulturarbeit fast durchgängiger Standard ist. Diese bietet Chancen, wie einen selbstbestimmteren Tagesablauf, der nicht von einem ehemals ebenfalls kritisierten „9-to-5-Rhythmus“ strukturiert wird. Andererseits wird die gerade aus feministischer Perspektive auf den Punkt gebrachte langjährige Forderung nach einer genusunabhängigen Reduktion der Erwerbsarbeitszeit auf 30 Stunden dadurch meines Erachtens völlig außer Kraft gesetzt. Die Betreuung von Kindern, Pflegeangehörigen wird hier zur Privatsache und es fällt auf, dass in dem madrilenischen Sample niemand Sorgearbeit übernimmt. Dies kann aufgrund der geringen Fallzahl ein Zufall sein. Allerdings ist es strukturell so, dass Spanien weltweit mit die geringste Geburtenrate aufweist. Auch wenn über die Ursachen dafür hier nur spekuliert werden kann, könnte es doch auch die prekäre Zukunftsperspektive sein, die das Verlangen nach einem Leben mit Kindern aushebelt.

### **Pluriempleado – mehrfachbeschäftigt**

Einige Personen sind nicht nur auf eine das Ein- und Auskommen erzielende Beschäftigung konzentriert, sondern müssen über die Verbindung mehrerer freiberuflicher Jobs ihren Lebensunterhalt bestreiten. Diese Personen sind zum Teil nicht in der Lage, ihre Arbeitszeiten einzuschätzen oder prospektiv zu planen, sondern scheinen im Hier und Jetzt zwischen den Arbeitszeiten und inhaltlichen Aufgaben zu wechseln. Sie beschreiben sich dabei eher als getrieben.

„Ich springe ein wenig von einer Arbeit zur nächsten, in Abhängigkeit davon, was ich zeitlich oder ökonomisch machen muss. Deshalb bin ich im Moment mehrfachbeschäftigt (pluriempleado). So wie die anderen auch, aber meine Mehrfachbeschäftigung fußt zum Glück nur auf zwei Projekten. Das erste Projekt hier und das andere Projekt ist ebenfalls ein Kollektiv.“ (GE1: 243 - 252).

## **Arbeitsorte und Standorte**

Die Arbeitsorte teilen sich hälftig auf: die Hälfte der befragten Personen arbeitet überwiegend zu Hause. Die andere Hälfte greift auf einen festen Ort oder oder je nach Auftraggeber\_in variable Orte außerhalb der eigenen vier Wände zurück. Privatleben und Arbeitsleben vermischen sich zu einer untrennbaren Gemengelage, aber es fällt auf, dass die Interviewpartner\_innen in der Regel nicht mit Arbeitskollegen\_innen zusammenwohnen. Die Wohnorte sind im städtischen Raum in U-Bahn- oder Fußnähe zum Arbeitsplatz. Die Variabilität am Arbeitsplatz wird zum Teil als Belastung empfunden, da es schwierig sei, physisch 'das Eigene' festzumachen:

Der Arbeitsort wird als Zugehörigkeit zu einem bestimmten Ort thematisiert und hier als entgrenzt beschrieben. Es gibt Sicherheit, über einen eigenen Arbeitsort zu verfügen und eine Aneignung, die in der Selbstständigkeit so nicht gegeben ist.

Den innerspanischen Referenzbezug stellt eindeutig der Pol Barcelona dar. Andere Bezugsstädte sind Berlin oder London. Allerdings wird Barcelona und die stadtpolitische Offenheit gegenüber Kreativen mehrfach lobend erwähnt. Hingegen sind die Mieten in Madrid für Lokale teuer und die Kommunalpolitik wirkt eher sperrig. Werden allerdings Projekte finanziert, sei die Abstimmung und der Freiheitsgrad für die eigene Arbeit höher. Dies könnte allerdings auch ein Branchenspezifikum der freiberuflichen wissenschaftlichen Tätigkeit sein.

## **Arbeitsteilung**

### **„Cadenas de precariedad“ – Prekaritätsketten**

Eine Interviewpartnerin beschreibt ihre Arbeitsabläufe und die darin stattfindende Arbeitsteilung als Prekaritätsketten. Sie arbeitet hauptsächlich für öffentliche Träger, deren Entgelt oft erst nach einigen Monaten auf ihrem Konto verbucht wird. Sie stellt für ihre Arbeit, wiederum Zuarbeiter\_innen an, die dann auch erst später von ihr entlohnt werden. D.h. Hier wird die Produktionskette aufgemacht (dazu

arbeiten dezidiert die Kasseler Ansätze am Lehrstuhl von Prof. Scherer, weshalb ich diese Analysen nicht vertiefe).

Precarias a la deriva, eine Initiative zwischen Forschung und Aktivismus, die aus dem feministischen Sozialzentrum La Eskalera Karakola in Madrid ursprünglich als Antwort auf den Generalstreik in Spanien im Juni 2002 hervorging., beschreiben ihre Erfahrung folgendermaßen: „Die Prekarität dringt etwas in die Knochen der Leute ein, in ihre Ängste, in ihre Erwartungen dessen, was sie wollen“ ([http://republicart.net/disc/precariat/precarias01\\_de.htm](http://republicart.net/disc/precariat/precarias01_de.htm); letzter Zugriff am 09.10.2017).

Laut Selbstbeschreibung sind „Precarias a la Deriva [...]“. Die Frauen, die sich anlässlich des Streikes zusammenfanden, sahen ihre Arbeits- und Lebensbedingungen weder in der Gesetzesvorlage noch in den formulierten Streikzielen vertreten. Sie beschreiben ihre Arbeitsfelder als „fragmentiert, informell und unsichtbar“ (ebd.). Sie sind im weitesten Sinne im Dienstleistungssektor tätig und spannen die Breite ihrer Arbeit zwischen Sex-, Tele-, Sprach- und Pflegearbeit. Mittel zur Analyse und ggf. Formulierung von Veränderungs- oder Interventionsbedarf sind Aufnahmegerät und Videokamera. Sie verstehen ihre Praxis- und Theoriegefüge als „militante Forschung“. Obwohl dieser Begriff – wörtlich übersetzt – eher martialisches und bellizistisch klingt, bedeutet militancia im Kastilischen als ganze Person für eine Sache/Idee/Überzeugung einzustehen.

„Über einige Monate hindurch wanderte eine offene, sich verändernde Gruppe von uns fast jede Woche durch die wichtigsten Orte des täglichen Lebens von Frauen (von uns selbst, unseren Freundinnen und engen Bekannten), die in prekären und in hohem Maße feminisierten Bereichen tätig sind: Spracharbeit (Übersetzen und Unterrichten), Hausarbeit, Call Centers, Sexarbeit, Gastronomie, Sozialarbeit, Medienproduktion. Um unsere Reflexionen etwas zu strukturieren, wählten wir einige Achsen partikulärer und gemeinsamer Interessen, die uns leiten sollten: Grenzen, Mobilität, Einkommen, Körper, Wissen und Beziehungen, unternehmerische Logik, Konflikt. Sprechend und reflektierend, die Videokamera und das Aufnahmegerät in der Hand, zogen wir los mit der Hoffnung, die Erfah-

nung und die Hypothesen, die wir daraus gewinnen würden, weitergeben zu können, wobei wir unsere eigene Kommunikation nicht nur als Mittel der Verbreitung, sondern als primäres politisches Material ernst nahmen.“ (vgl. *Precarias a la deriva* (Hg.) 2004).

Diese Form der von den *precarias* verwandten Aktionsforschung erlebt auch in Italien und im Zusammenhang mit der intellektuellen Kritik an Prekarisierung als ein umgreifendes Vermittlungsverhältnis zwischen Person, Körperlichkeit, Subjektwerdung und in Verbindung mit gesellschaftlichen Verhältnissen eine Renaissance (vgl. Malo 2004).

Wie die ‚*Precarias a la Deriva*‘ es beschreiben ist mit der Erfahrung der verdinglichten Prekarität ein körperliches Selbstverhältnis mit Gefühlen – wie Ängsten – verbunden, das die prospektive Perspektive umfasst (ebd.). Prekarität<sup>70</sup> – das scheint mir auch der wichtige Gedanke in Rodgers & Rodgers Definition zu sein, vermindert das Gefühl der Planbarkeit des eigenen Lebens. Selbst wenn diese Planbarkeit per se ein Konstrukt ist, das in starkem Maße durch Kontingenz bestimmt ist, wirkt es sich doch auf die Vorstellung des eigenen Handlungsvermögens aus. Der Ansatz, den Körper einzubeziehen, wird in der theoretisch-empirischen Dissertation von Karen Wagels eingeführt, in der Erwerbsarbeitskontexte und die diese tragenden Körper, deren Begehren, Interdependenzen und Positionierungen philosophisch untermauert werden (vgl. Wagels 2013).

### **Gesellschaftliche Partizipation über Gewerkschaften**

Die Vielzahl an Organisierungsmöglichkeiten, von berufsständischen bis hin zu eher lobbyähnlichen zeitlich nicht lange existierenden Organisationen wird teilweise kaum überblickt. Punktuell und wenn ein konkretes Problem ansteht – wie im Falle einer mehrfach-selbstständigen freien Autorin um Eigentumsrechte an dem von ihr vorgelegten geistigen Produkt – wurde einmal, und ohne Mitgliedschaft, die Vereinigung der Autoren\_innen bemüht. Ansonsten sind die Kontakte zu Ge-

---

<sup>70</sup> Das Thema Prekarität zunächst von Rodgers und Rodgers formuliert, taucht bei Bourdieu allumfassend 1997(a) auf und verbreitet sich – bevor es im Mainstream als einer neuen Gruppe des Prekariat auftaucht in linken Zeitschriften wie *arranca*, aber auch bei den *Euromaydays* auf.

werkschaften aus dem Studium oder wird von denen, die ‚neben dem Zwang‘ Geld verdienen zu müssen, als ‚notwendige politische Arbeit‘ gekennzeichnet.

Auf der individuell-kooordinierten Ebene stellt die Möglichkeit, einen Verein (asociación cultural) oder eine Kooperative zu bilden, eine unterschiedlich starke Verpflichtung dar. Allerdings bietet ein Verein auch die Chance, sich wenig kostenintensiv Schritt für Schritt die Basis für eine späterhin lukrativ gedachte Erwerbstätigkeit zu schaffen.

Gewerkschaften werden in der Regel – als ihrer eigenen Logik verhaftet – abgelehnt. Sie werden wahrgenommen als Organisationen, die, männliche, ältere Arbeitnehmer im spanischen Normalarbeitsverhältnis vertreten. Das spanische Normalarbeitsverhältnis umfasst keine Zeitverträge, sondern nur unbefristete Verträge und es werden hohe Prämien für Rentner ausgehandelt. So ist für die ältere Generation die Statuspassage in die Verrentung gut abgedeckt, aber jüngere Menschen sehen sich nicht als vertreten an und können mit mehreren Jobs/Praktika etc. nicht ihr Auskommen sichern. Die großen Richtungsgewerkschaften sind demnach eher für eine männliche Klientel attraktiv, umfassen eher Funktionäre im spanischen Kontext und verfügen über ein relativ hohes Mobilisierungspotenzial. Die Gewerkschaften als strategischen Anker zu nutzen, gilt als theoretische Option, gleichzeitig wissend, dass dies nur in deren randständigen Handlungsfeldern stattfinden kann (GE 1).

Wichtig sind institutionelle Kontakte, aber auch Kontakte, die einen projektbezogenen Inhalt haben. Allerdings sind diese volatilen Märkte weniger bindungslos, als es manchmal in der Literatur den Anschein macht. Es ist aufwändig die Kontakte zu pflegen, und gerade die Etablierung eines Drahts zu stadt- und wirtschaftspolitischen Akteuren\_innen gestaltet sich oft schwierig:

Es gibt Gewerkschaften, die aus einer bestimmten Problemlage heraus aufgesucht werden. Für die IT-Branche in Madrid beschreibt Armando Fernández Steinko (AFS) ähnliche Symptome: „As one of the two most representative trade unions (CC.OO) give legal help even to non members, the limits between being a member and not are often not that relevant in practice. When the new company

owners did not admit the agreements between A1 (der Interviewpartner von AFS Anm. S.M.) and the previous management, the latter went to a trade union to look for help. (...) After his success he became a member of the trade union.“ (Fernández Steinko 2004: 49).

Wenn es konkrete Probleme gibt, ist teilweise eine gewerkschaftliche, problembezogene Beratung erwünscht, wie eine multiselbstständige Interviewpartnerin erläutert. Dabei wird deutlich, dass eine Person, die eher arbeitgeberähnliche Funktionen wahrnimmt, durchaus arbeitnehmerähnliche Probleme im Erwerbsalltag antreffen kann.

Anbindungen gewerkschaftlicher Art sind sehr selten anzutreffen und die Gewerkschaften werden als Fremdkörper erlebt, der so gar nicht in die eigene Arbeits- und Lebenswelt integrierbar scheint oder vermeintlich wenig für die eigenen Belange zu bieten hat, da die Gewerkschaften für andere Belange stehend und mit erwerbsarbeitlich betrieblich eher im Normalarbeitsverhältnis befindlichen Beschäftigtengruppen assoziiert werden. Temporär wird auf Interessenvertretung zurückgegriffen oder Richtungsgewerkschaften wie die Gewerkschaft CGT bevorzugt, die sich als anarchosyndikalistische Plattform versteht. Es fällt auch auf, dass Vernetzungsformen nicht ‚rein‘ aus Selbstständigen bestehen, sondern eine politische Motivlage aufweisen können, die eigene Erwerbssituation darin aber auch verhandelt wird – als Kampf um Anerkennung und Sichtbarkeit. So tauchen bei den Precarias a la deriva die Gewerkschaften auf: allerdings als negativer Bezugspunkt, weil sie sich darin nicht wiederfinden und auch nicht repräsentiert finden (Precarias a la deriva (Hg.) 2004). Anbindungen an soziale Bewegungen werden immer wieder als Motiv genannt, beispielsweise, die Näherbringung von Geschichte und Kultur an Schulkinder, mit einer Abdeckung von 3000 madrilenischen Schulkindern pro Jahr.

## **Netzwerke**

Die im Folgenden ermittelten Netzwerke, die als politisch, professionell und Unterstützungsnetzwerk gekennzeichnet werden, werden von Alexandra Manske in ihrer Schrift, die die Modedesign- und die Kommunikationsbranche untersucht,

subjektorientiert formuliert. So unterscheidet Manske auf der Ebene der Selbstdeutungen Leitbilder, die sie in die Thesen zur Opferthese, Komplizenthese und Unternehmerthese verdichtet (s. Manske 2016: 369ff.). Mit der Opferthese ist gemeint, „dass Beschäftigte in einen prekären Status gedrängt werden“ (ebd.: 369). Die Komplizenthese sei ein Spiegelbild der Opferthese, weil die Akteur\_innen, verschleiert über eine „hypostasierte Selbstverwirklichung“, „nicht merken würden, dass sich die einst gegenkulturelle Forderung nach authentischer und selbstbestimmter, d.h. nicht entfremdeter Arbeit in ihr Gegenteil verkehrt habe“ (ebd.: 370). Die Unternehmerthese wird als eine Art Ideal konstruiert. Gehofft werde auf „Akteur\_innen als pro-gesellschaftliche Aktivposten (...), die sich durch eine beachtliche, ökonomische Umtriebigkeit und durch soziale Innovationen auszeichnen: als Schrittmacher für eine moderne Wissensökonomie; stellvertretend steht hierfür die Kultur- und Kreativwirtschaft.“ (ebd.: 372). Die in der Praxis formulierten Vernetzungsstrategien entsprechen im folgenden zumindest bei der Opferthese dem in dieser Studie positiv gewendeten Unterstützungsnetzwerk.

Dieses Unterstützungsnetzwerk ‚versteckt sich‘. Man trinkt zusammen einen Kaffee oder raucht gemeinsam Zigaretten außerhalb der die Honorarkräfte beschäftigenden Institutionen. Es lebt über Abgrenzung zu der ‚gesunden‘ und privilegiert und angemessen bezahlt erlebten, älteren, männlichen Kernbelegschaft der Institutionen, die mit festen und unbefristeten Verträgen hierarchisch zu den planerischen und wissenschaftlichen Funktionen ausfüllen. Die Arbeit machen die (festen) freien Mitarbeiterinnen. Das ist vor allem im Kultur- und Bildungsbereich eine weibliche Arbeit, auch wenn Männer ebenfalls betroffen sind: Im Sample ist das Unterstützungsnetzwerk vor allem bei Scheinselbstständigkeit, aus der Arbeitslosigkeit kommend, in erster Linie lokal organisiert. Apathie, durch kommunikativ-direkten Austausch geprägt und hat ein deprimierendes Moment. Man hilft sich vielleicht nicht gegenseitig heraus aus der Prekarität, dazu müsste man diese Zone verlassen, aber geteilt wird schon das Gefühl des Abgehängtseins. Als negative Bezugsfolie dienen eher die Privilegierten in der aktuellen Organisation. Das ist hemmend, um politische Verbesserungen zu erreichen und die eher strukturelle Unterfinanzierung von Kultur- und Bildungsbereichen, möglichst über eigene Inte-



ressenvertretung thematisieren zu können. Auch hier bieten Gewerkschaften ein geronnenes Wissen und Wege für ‚Empowerment‘.

Das professionelle Netzwerk entspricht am Ehesten einer Mischung aus Komplizen- und Unternehmerthese. Das politische Netzwerk konnte wohl so eindeutig auf der Ebene der Selbstdeutungen nicht identifiziert werden (vgl. Mazari 2008).

Im professionellen Netzwerk werden Arbeit und Leben der Einzelnen stärker getrennt. Man gibt sich auch eine Rechtsform ggf. den Verein (asociación). Es gibt virtuell vermittelten Austausch und auch regelmäßige Treffen. Es ist mir stärker im Rhein-Main-Gebiet begegnet als im madrilénischen Zentrum, was aber auch den Feldzugängen geschuldet sein kann. Es gibt regionale und überregionale Unterstützungsleistungen und den Austausch von Ideen sowie Verfahren sich als Alleinselfständigen gegenseitig zu vertreten. Vor allem in der Professionalisierung wird der Austausch und klare Aufgabenteilungen horizontal und vertikal gewählt.

Das politische Netzwerk formuliert klar normative Ansprüche, trifft sich an festen Orten, ist kommunikativ und von der Zielrichtung grenzüberschreitend angelegt. Es besteht eine Gefahr zur Selbstausbeutung und als Marktbehauptungsstrategie wird im Zweifelsfall eher die 'Vision' als die Markterfordernisse angelegt. Es ist nicht klar, wie dauerhaft die Anliegen sind, aber auch die temporäre Vernetzung, der Rückzug ins Private und die individuell zu erreichende ökonomische Absicherung sind legitim.

Interessant sind in diesem Fall auch die Ausführungen von Andreas Wittel, der vorschlägt, Sozialität über Vergemeinschaftungen zu ersetzen und sich der Sozialität, die über Netzwerke gestiftet wird als Vermittlungsmodus anzunehmen. Untersuchungsgegenstand war eine zweijährige ethnografische Untersuchung des Londoner Bereichs Neuer Medien (vgl. Wittel 2001).

Für eine 'solidarische Ökonomie' sind die Vernetzungen nur in Teilen ausgelegt. „Solidarität beruht auf gemeinsamen Interessen, auf dem Zusammengehörigkeitsgefühl einer Gruppe, auf gemeinsamen Werten, auf dem Kalkül, dass die anderen dies in ähnlichen Situationen auch täten und dass sie ebenfalls diese Erwartung haben und dass dabei Vertrauen aufgebaut wird. Insbesondere in den

Arbeitsbeziehungen bedeutet Solidarität das Zusammenstehen, weil jede und jeder Einzelne auf sich gestellt die von der Gegenseite drohende Gefährdung nicht abwehren könnte. Solidarität ist insofern das Gegenteil von Markt- und Konkurrenzverhalten. Darin liegt ein politisches Erfahrungspotenzial, das für eine menschlichere Gesellschaft genutzt werden kann, das aber nicht von selber humanisierend wirkt.“ (Kurz-Scherf/Zeuner 2001: 156). Diese Zusammengehörigkeitsgefühl mit dem ein 'Außen' konstruiert wird, findet sich im solidarischen, exklusiven oder inklusiven Netzwerk auch. Um es zu politisieren, werden sicherlich vertikale und horizontale Verbindungen zu stärken sein und es ist derzeit nicht gesamtgesellschaftlich auf Erwerbsformen übertragbar, sondern bleibt eher momentan, temporär auf gemeinsame Themen bezogene Solidarität.

### **Fazit**

Es gibt keine Streikmöglichkeiten. Es gibt keine Tarife. Es gibt diffuses Wissen über steuerliche und sozialversicherungsrelevante Absicherungsmöglichkeiten. Familiäres Kapital ist ein günstiger Faktor, Unternehmenserfahrungen innerhalb der Familie sind weiterhin günstig. Weniger ist manchmal mehr: sich einen Markennamen zu schaffen. Die Kulturökonomie funktioniert arbeitsteilig. Die kleinen, individuell agierenden Kulturschaffenden brauchen größere und mächtigere Institutionen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern und diese brauchen, die Vielzahl an austauschbaren, einzelnen Kulturschaffenden, um den Betrieb am Laufen zu halten. Obwohl die Kulturschaffenden sich teilweise sehr massiv gegen staatliche und suprastaatliche Förderung aussprechen oder Anträge keinen Erfolg hatten, vergrößern sie über den emphatischen Anspruch, etwas für den Stadtteil zu tun, Videos, Filme, Literatur, Vortragsveranstaltungen, Musikdarbietungen zu leisten, das kulturelle Angebot enorm und ziehen andere Kreative aus Europa, Lateinamerika, den USA etc. an. Sie werten damit die Stadt kulturell auf.

Günstig ist es, wenn der/die Kulturschaffende eine ‚Marke‘ geschaffen hat. Diese Marke wird eng an die Person angekoppelt, im Sinne eines symbolischen Kapitals eingekauft und kann auch von den Konsumenten genutzt werden. Aktionsformen beziehen sich dann auf die Kritik an der Förderung aus der öffentlichen Hand, sei

es, weil die Anbindung an die Kommune Madrid nur sehr schwierig möglich ist und wiederholte Gänge, Überzeugungsarbeit und die Suche nach möglichen Kooperationspartner\_innen umfasst. Der Betrieb selbst entfällt als Handlungsbühne. Er tritt bestenfalls auf in Form von Rechten oder Bezahlung, die gewährt wird, zielt jedoch stark auf den Konsens der Beteiligten ab und bietet so kein geeignetes Forum für Auseinandersetzungen. Das ist insofern von Interesse, als der Betrieb in den herkömmlichen arbeitspolitischen Ansätzen als sozialer Raum von großer Bedeutung ist. Hier kommt er bestenfalls als ein stärkeres Gegenüber zum Tragen. Hybriden Formen der Vernetzung liegt ein ‚rechtsfreies Moment‘ inne, d.h. da hier kaum Möglichkeiten des Einforderns von Rechten auf Bezahlung bestehen. Deshalb wird das kulturelle Kapital so eminent wichtig. In Form von Titeln und Akteurswissen über institutionelle Geldgeber\_innen erworben, kann es dazu genutzt werden, sich sozial zu positionieren.

### **1.3 Prospektive Zeitplanung im Rhein-Main-Gebiet „Frag mich, was nächste Woche ist!“**

Im Rhein-Main-Gebiet wurden elf Interviews mit narrativer Einstiegsfrage sowie eine Vielzahl an informellen Gesprächen geführt, unter anderem mit Experten\_innen aus der Kulturwirtschaft und den Autoren\_innen des Ersten Frankfurter Kulturwirtschaftsbericht.

Dabei zeigt sich, dass der ‚Standort‘ Rhein-Main auch aufgrund Stärke des Finanzsektors in der Region mit der ansässigen Europäischen Zentralbank (EZB) erheblich Vorteile im innerdeutschen Vergleich bietet.

Die Stadt Frankfurt am Main fasst um die 730.000 Einwohner. Die Region Rhein-Main-Gebiet wird Ende der ersten Dekade der 2000er Jahre auf um die 5,3 Millionen Menschen beziffert. Die Stadt zeichne sich durch „hervorragende Standortqualitäten, aus sei virtuell und über die verschiedenen Verkehrsanbindungen „hervorragend vernetzt“. „Die starke internationale Ausrichtung Frankfurts begünstigt ein hochwertiges Arbeitskräftepotenzial, das durch internationale und unternehmensnahe Bildungseinrichtungen ergänzt wird“

(<http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=2556771>, letzter Zugriff am 22.10.2017)

Die Stadt bietet demnach durchaus eine gute Infrastruktur in denen sich auch Nischenökonomien entfalten können. Besonders während der Blase der New-Economy gab es eine Vielzahl von wissensbasierten Neugründungen, die sich örtlich rund um die Hanauer Landstraße ansiedelten. Eine Vielzahl dieser Start-ups besteht bereits nicht mehr.

### **Kulturmarkt**

Im Rhein-Main-Gebiet hat unter anderem die Stadt Offenbach bereits 2007 ein Gutachten für die Kreativwirtschaft, erstellt am Fachbereich Kultur- und Regionalgeographie der Universität Trier, veröffentlicht. Deutlich wird in der Querschnittsbetrachtung von acht Branchen (Design (inkl. Mode- und Graphikdesign), IT-Wirtschaft, Unternehmensberatung und Werbung (inkl. Marketing), Architektur- und Ingenieurbüros, audiovisueller Bereich (Film, TV, Video, Rundfunk, Fotografie), Buch- und Pressemarkt, Kunst und Kultur (bildende, darstellende und unterhaltende Künste) sowie Forschung und Entwicklung), dass es sich um ein dynamisch wachsendes Beschäftigungssegment handelt, dass jedoch nicht zwangsläufig in der Lage ist, die rückläufigen Beschäftigtenzahlen (für sog. geringfügig Qualifizierte) auszugleichen (vgl. Stadt Offenbach 2007: 11). Die größten Umsätze der Betriebe und Freiberufler\_innen erreichen die Unternehmensberatung/Werbung (25%), Design (20%) und IT-Wirtschaft (18%) (vgl. ebd.37).<sup>71</sup> Deutlich wird auch, dass die tertiäre Ausbildung zentrales Strukturmerkmal bei den Beschäftigten ist: Von 163 befragten Freiberufler\_innen/Betrieben weist jede/r zweite einen Hochschulabschluss auf (vgl. ebd.: 41), etwa jede\_r zweite Betrieb/Freiberufler\_in beschäftigt weitere freie Mitarbeiter\_innen (ebd.: 42). Da eher Hochqualifizierte eingesetzt werden, bilden nur sechzehn Betriebe überhaupt aus.

---

<sup>71</sup> Etwas abgehängt haben folgende Branchen Anteil an den Umsätzen in der Offenbacher Kreativwirtschaft: Kunst und Kultur (11 Prozent), Architektur- und Ingenieurbüros (10 Prozent), audiovisueller Bereich (7 Prozent), Presse- und Buchwirtschaft (3 Prozent), Forschung und Entwicklung (2 Prozent) und Sonstige (4 Prozent).

Das heißt, dass 'der Grundpfeiler' der dualen Ausbildung für die Kreativwirtschaft eher geringere Bedeutung genießt.

Der erste Frankfurter Kreativwirtschaftsbericht, der von der Wirtschaftsförderung unterstützt wurde, wurde im Sommer 2008 der Öffentlichkeit präsentiert. Die Autoren\_innen aus der Humangeographie der Goethe-Universität kommen auf der Grundlage von Branchenanalysen und Vergleichen mit anderen bundesdeutschen Metropolen zu aufschlussreichen Ergebnissen (Berndt 2008: 7ff.): Sie schätzen die Anzahl der Kreativen in der Frankfurter Kreativwirtschaft auf 54.000 bis 66.000 Beschäftigte ein. Darunter fallen knapp 30.000 Beschäftigte in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen, was einem Anteil von 6,48% an allen sozialversicherungspflichtigen Verhältnissen in Frankfurt am Main entspricht. Weiterhin sind fast 4.800 Kulturschaffende geringfügig beschäftigt – d.h. es handelt sich um 11% aller geringfügig Beschäftigten in der Stadt. Um die 3.000 Personen sind bei der Künstlersozialkasse als selbstständige Künstler\_innen und Publizisten\_innen erfasst. ‚Papierfest‘ dokumentiert sind damit knapp 38.000 Beschäftigte. Allerdings könne von einer höheren Anzahl ausgegangen werden, da nicht alle Freiberufler\_innen in die Künstlersozialkasse aufgenommen werden und außerdem auch Kreative im öffentlichen Bereich beschäftigt sein können. Die Teilbranchen werden in Bezug auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von der Software- und Spielindustrie (28%) angeführt. Es folgen die Werbung, PR und Kommunikation (25%), Literatur-, Buch- und Pressemarkt (19,3%) sowie Film, TV- und Videowirtschaft (11,3%). Geringfügige Beschäftigung spielt in allen Teilbereichen eine große Rolle, vor allem aber im PR-und Werbebereich. Die Unternehmensgrößen beziehen sich durchschnittlich auf drei bis sechs darin Beschäftigte. Fast zwei Drittel aller Befragten waren Einzelunternehmen, und fast die Hälfte wurde nach 2000 gegründet. Lediglich 9% bestehen seit Ende der 1970er Jahre oder länger. 2005 wurden in der Kreativwirtschaft mit einem Jahresumsatz von mindestens 17.500 Euro registriert, das entsprach einem Anteil von knapp 15% aller steuerpflichtigen Unternehmen. Mit versteuerbaren Umsätzen in der Höhe von 4,06 Mrd. Euro im Jahr wurden rund 4,6% am Umsatz der Frankfurter Gesamtwirtschaft erzielt. Da etliche Kleinstunternehmen gar nicht umsatzsteuer-

pflichtig wurden sind die tatsächlichen Beiträge vermutlich höher: Allein in der durchgeführten Online-Befragung waren 16% der Befragten nicht umsatzsteuerpflichtig.

## **Stellenwert der Erwerbsarbeit**

### **Scheitern ist o.k.!**

Im unternehmerisch bezogenen Selbstbild, das von Innovationsfreudigkeit und der Erschließung einer neuen Marktnische geprägt ist, scheint im Sample aus dem Rhein-Main-Gebiet Scheitern eine sozial und selbst legitimierte Erfahrung zu sein, frei nach dem Motto 'wer nichts versucht, hat schon verloren'. Das etwaige Scheitern wird auch als prospektive Option einbezogen, gegen die sich eine\_r geschützt werden will.

Dies äußert sich in sehr freimütigen Erzählungen über das Scheitern, das bereits als Option mitgedacht wird. Im folgenden Beispiel wird es eher der Form nach benannt, nicht näher bestimmt oder eingegrenzt:

„Aber, da gibt's ne ganze, ganze Menge, da könnte ich scheitern und das hat nichts mit der Sache zu tun.“ (ID\_3: 1188-1189).

Das Scheitern ist hier als kontingent, nicht planbar, von vielen Unwägbarkeiten gedeutet. Es hat nichts mit der inhaltlichen Ausrichtung zu der Projektidee zu tun, obwohl beispielsweise Mandel darauf hinweist, dass zu den Fallstricken der Kulturselbstständigen gehört, dass die Produkte oft gar nicht mit einem Nachfragemarkt kompatibel sind (vgl. Mandel 2007).

Dieser Befund deckt sich mit den Überlegungen, die Ortner in Bezug auf die Besonderheiten künstlerisch-kultureller Dienstleistungen im Kontrast zu anderen Wirtschaftsunternehmen anstellt: „(...) in Kulturbetrieben [sind] ganz andere, zum Teil gegensätzliche Charakteristika entscheidend. Hierzu gehören das offene Experimentieren mit dem Risiko des Scheiterns, Überlagerung von kurz-, mittel- und langfristigen Zyklen (Moden), Ausschluss der Rationalisierung (...)“ (Ortner 1993: 192f., zitiert nach Mandel 2007)

### **Motiv: nie wieder Chef**

Ein Motiv, das sich in Madrid finden ließ, tritt auch im Frankfurter Sample zu Tage. Es besteht darin, nicht für Vorgesetzte tätig sein zu wollen oder zu müssen:

„Ich schlafe, obwohl ich viel zu tun hab', ich schlafe ruhiger. So von der Gesundheit her, bekommt mir besser keinen Chef mehr im Genick zu haben, du kennst den ja. Das ich nicht mehr morgens aufwache, weil mir die Zähne wehtun, weil ich alles zermalmt hab'. Also, es geht mir psychisch besser.“ (GD1: 1361 - 1369).

„Irgendwie befriedigend und wenn ich Stress hab', dann weiß ich, den hab' ich mir gemacht. Das ist mir so wichtig. Ich hab' mir zu viele Termine gemacht und nicht meine Chefin hat gesagt, und dann musste da noch hin und das muss, bis da und dahin und da musste noch den Bericht schreiben, da, also ich kann mich auch nicht fremd bestimmen lassen. Das, kann mich ganz schwer unterordnen.“ (GD1: 288 - 298).

Wenn man dem Kulturwirtschaftsbericht für die Region Rhein-Main folgt, wird deutlich, dass vor allem Kulturerwerbstätige auf eigene Rechnung arbeiten. Personengruppen, die eine eigene Vision von Erwerbsarbeit und Leben verwirklichen wollen, sind darin kaum vertreten und auch quantitativ vermutlich kaum vorhanden.

Ebenso wie im madrilenischen Sample findet sich bei kulturselbstständigen Frauen im Rhein-Main-Gebiet ein empathisches Motiv:

„Y: Hattest du vorher auch eine Leitungsfunktion im Beruf?

Af: Nee, überhaupt nicht, schwierig jetzt. Ich bin bestimmt keine klassische Arbeitgeberin, ich guck halt immer in erster Linie, dass es den Leuten gut geht und ich richte mich auch danach, wann die Leute können und so richte ich meine freie Zeit ein. Das hab ich ja eben schon gesagt. Das bringt's ja auch nicht. Jeder kann das machen im Grunde, weil ich das selbst auch als sehr unangenehm empfunden hab, wenn ich Vorgesetzte hatte, die so, so will-, für mich willkürlich solche Dinge so entschieden haben, einfach weil's dene' grad langweilig war oder ich hab' ja keine Ahnung. So will ich halt nie sein. Ich möchte auf keinen Fall irgendjemanden gängeln oder ein schlechtes Gefühl vermitteln, ganz im Gegenteil. Weil

ich weiß halt, wie man sich dann fühlt, wenn man, wenn man so unter Druck gesetzt wird in irgendeiner Form und ich kann dann nicht besser arbeiten. Also, ich arbeite am besten, wenn ich im Grunde in Ruhe gelassen werde und wenn die Leute Vertrauen in mich setzen und mich laufen lassen, dann kann ich arbeiten, aber wenn ich so merke, da glotzt mir ständig einer über die Schulter und guckt, was macht die, krieg' ich schlechte Laune. Und deshalb mach ich das bei meinen Mitarbeitern auch nicht und meinen Kollegen. Fast zu wenig.“(ID 3: 136 - 162).

Die Interviewpartnerin sieht sich als Arbeitgeberin, wenn auch nicht als ‚klassische‘. Die Erfahrungen, die sie bemüht, sind aus ihrer Tätigkeit als Angestellte gewonnen. Wichtig ist ihr nicht nur, dass Entscheidungen nicht unnachvollziehbar sind. Sie will ‚kein schlechtes Gefühl‘ vermitteln: sie vermutet dahinter Druckaufbau und Kontrolle, Weisungsaufgaben, die in der Regel der Arbeitgebertätigkeit zugeordnet werden. Die Mitarbeiterin, die zudem als Kollegin bezeichnet wird, behandelt sie demnach so, wie sie es sich selbst von Vorgesetzten gewünscht hätte. Ziel ist dabei die Arbeitsfähigkeit („dann kann ich besser arbeiten“) und die qualitativ hochwertige Arbeit. Dass dies nicht ohne Reibungspunkte passiert oder dass dieser Umgang auch einen bestimmten Preis haben kann, wird durch den Schlusssatz der Passage deutlich, in dem die Interviewpartnerin rät, ob es nicht „fast zu wenig sei“, wie sie den Mitarbeitern und Kollegen über die Schulter schaue. Spannend an der Passage scheint mir zu sein, dass die Interviewpartnerin bereits seit über zehn Jahren selbstständig ist, eine feste Mitarbeiterin hat, die Mutter hilft manchmal aus und die Steuerberatung wird gezahlt. Aber sie hat anscheinend im Umgang mit diesen ihr hierarchisch unterstellten Personen sehr wach gehalten, wie sie ihn gestalten möchte. Diese 'Authentizität' vermittelnden Aussagen vermittelt Glaubwürdigkeit.

## **Erwerbsressourcen**

### **Arbeitsausstattung**

Die Arbeitsausstattung ist in der Regel eher wissens- als kapitalintensiv. Dies liegt vermutlich auch daran, dass das Sample, wie die Kulturteilbranchen generell, sich



durch viele Klein- und Kleinstunternehmen auszeichnen. Fixkosten, die anfallen schwanken von erworbenen und abschreibbaren Kommunikationsmedien (Fax, Telefon, PC) über ein Büro in einer Bürogemeinschaft bis hin zu einem festen Lokal. Erschwerend kommen im Rhein-Main-Gebiet bei diesen Fixkosten die bundesweit überdurchschnittlichen Mietkosten für gewerblich genutzte Räume zum Tragen. Dies war beispielsweise ein oder der ‚Standortvorteil‘ von Berlin. Berlin, aber auch Hamburg und Köln bieten gewissermaßen multipolare Referenzstädte. Im madrilienischen Sample wird lediglich Barcelona als innerspanische Referenzstadt mehrfach ausgeführt, womit eine eher bipolare städtische Referenzstruktur deutlich wird. Die Vermischung von Arbeit und Leben, die Erledigung von Projektvorbereitungen und Durchführung von zu Hause aus, macht die Kleinstunternehmen wiederum konkurrenzfähiger gegenüber den großen, etablierteren Unternehmen. Dieser komparative Vorteil wird dann auch strategisch genutzt, um die Kosten für die eigenen Angebote möglichst gering zu halten:

Eine Interviewpartnerin, die mit anderen Alleinselbstständigen aus Vermarktungs- und inhaltlichen Gründen einen Verein gegründet hat, beschreibt den Vorteil, den die geringen Fixkosten für die marktliche Positionierung bedeuten:

„Da sind wahnsinnige Kürzungen in den Beratungsstellen und wir gehen da rein als Verein und haben keine Overhead-Kosten. Also, wir haben ja keine Verwaltung, keine Räume, wir haben null, (...)ja, keine Verwaltungskosten und das ist natürlich für den, für jede Stadt, für jedes Land, für jedes Ministerium natürlich super günstig. Also, wir sind halb so teuer wie eben ein Fortbildungsinstitut und wir sägen denen aber ein bisschen am Bein und das find’ ich auch ein bisschen schwierig. Also, das macht schon auch was aus, weil da eben Stellen, ja auch zurückgefahren werden. Ja, wenn ich’s hier billiger haben kann, auf der anderen Seite, sind wir auch in eine Nische gesprungen. Also, wir haben das gesehen, den Trend, dass das so wird. Dass die nicht mehr da suchen, sondern immer nach billigeren Angeboten gucken und gut, dann kann man sagen, gut, wenn wir’s nicht gemacht hätten, wären andere auf dem Markt.“ (GD1: 1103–1127).

## **Einkommen**

Die Einkommen im Sample variieren zwischen 650 Euro (zuverdienende Ehefrau) und 2500 Euro netto. Die Häufung verläuft vor allem im Bereich um die 1000 Euro, wobei sich einige Interviewpartner\_innen zwar über ihre Situation äußern, allerdings so, dass sie ‚über die Runden kommen‘, aber nicht, wie viel sie tatsächlich verdienen und welche Kosten darüber noch zusätzlich abgedeckt werden können. Das zeigt, dass die Einkommenssituation ein heikles Thema ist.

Das 'Matthäus-Prinzip'<sup>72</sup> weist darauf hin, dass diejenigen, die gut positioniert sind, in einem Teilmarkt auch immer wieder eher auftragsbezogen begünstigt scheinen. Die Wichtigkeit, sich einen Namen zu kreieren, ihn bestenfalls bis zur Marke stilisieren zu können, ist wichtig. Dabei wirkt im Hintergrund auch familial gebundenes, ökonomisches Kapital als Puffer.

## **Kapital über die Familie**

Der familiäre Bezug wird nicht nur über geldwerte Unterstützung für die Existenzgründung genutzt, sondern auch als Unterstützungskapital. So hat ein Existenzgründer das nötige Gründungskapital über eine Hypothek auf das Elternhaus erhalten. Erben spielt in diesem Zusammenhang auch eine Rolle. Die nötigen familialen Ressourcen erleichtern einen Beginn des Geschäftsstartes, da aufgrund der risikoreichen Neugründung in neu zu erschließenden Dienstleistungsmärkten eher die Absicherung gegenüber den marktlichen Risiken gesucht wird:

„Y: hast Du da auch Geld sparen können (in der vorherigen Anstellung, Anm. S.M.)? Für Eigenkapital?

Af: Meine Mutter. Meine Oma ist gestorben und sie hat geerbt und die hat mir das dann gegeben, das hab ich aber schon abbezahlt, also wieder zurückgegeben. Sonst hätt ich das nicht. Ich hab auch nicht die Bank gefragt. Damals hätt ich doch nicht die Bank/

---

<sup>72</sup> Der Ausdruck Matthäus-Prinzip beschreibt den Umstand, dass ökonomisch gut Gestellte tendenziell eher mehr Aufträge bekommen als die schlechter Gestellten ('wer hat, dem wird gegeben').

Y: /auch keinen Gründerzuschuss?

Af: Nee. Nix. Kostet ja alles Geld, auch wenn's ein Gründerzuschuss ist, kostet's doch Geld. Das ist ja nicht geschenkt. Gar keinen Kredit, und wenn ich mich jetzt neu selbstständig machen, und wenn ich mich jetzt noch mal selbstständig machen würde, und hätte kein Geld, könnte ich ja mit ner neuen Selbstständigkeit einen Gründerkredit, immer wenn du was Neues machst, hast du wieder einen Anspruch auf diese Gründerkredite, das hab ich grade gelernt. Wer weiß. Ich denk schon immer, was noch alles passieren kann. Aber schöner ist es natürlich, du brauchst keinen Gründerkredit, weil wenn du keine Zinsen zahlen musst, macht das am meisten Spaß. Und so war das. Ich bin da noch nicht mal zur Bank.“ (ID3: 701 - 728).

Wichtig war der Kredit durch die Mutter, die geerbt hatte. Die Interviewpartnerin weist darauf hin, dass diese Leihgabe bereits zurückgezahlt, also über die Einnahmen bereits getilgt werden konnte. Sie geht es positiv gestimmt an, im Sinne der Möglichkeiten, die sie noch hat.

Aus diesem Abschnitt wird deutlich, dass der Interviewpartnerin das Risiko der Selbstständigkeit bewusst ist („wer weiß schon immer, was noch alles passieren kann“). Diese Aussage gilt für alles im Leben. Dennoch ist es ein Indiz dafür, dass die direkt marktlich, nicht betrieblich gepufferte Erwerbsweise sehr präsent ist. Damit einher geht eine Verschiebung von Risiken: Diese werden familial stabilisiert. Ein gewisses vormodernes Moment scheint sich zu reetablieren, weshalb die Familie oder das soziale Netzwerk im Ansatz der den Erwerb strukturierenden Institutionen durchaus gerechtfertigt ist. Ein Interviewpartner hat wiederum eine Hypothek auf das Elternhaus aufnehmen können. Er hat für die Grundausstattung und die erste Zeit nach dem Existenzgründerzuschuss durch die Bundesagentur für Arbeit (der konzeptpflichtig ist), die Ausgaben für Büroraum, Technik und Flauten so angelegt, dass er erstmal überleben kann. Die Strategie gründet sich auf bekanntes Wissen über die besonders hohe Mortalität der Unternehmungen von Existenzgründer\_innen – vor allem in den ersten beiden Jahren. Diese Risikobereitschaft wird ja in der Regel auch als ein Kennzeichen von Unternehmertum in der Managementliteratur geführt. Risikoinvestitionen können hier jedoch schneller

existenzbedrohend werden, so dass die Unsicherheit des ökonomischen Überlebens immer wieder bearbeitet werden muss.

### **Soziale Absicherung**

Die Befragten des Frankfurter Samples sind in der Regel relativ gut sozial abgesichert. Vergleich man die soziale Absicherung mit der von Selbstständige oder abhängig Beschäftigten in anderen Branchen, schneiden sie zwar im lokalen Vergleich schlecht ab. Allerdings sind über die Möglichkeit, der Künstlersozialkasse beizutreten, gute Voraussetzungen geschaffen, sich relativ günstig zu versichern. Teilweise wurde über familiäres Kapital auch Eigentum angeschafft, das allerdings nicht über Vermietung produktiv gemacht wird, wie im madrilenischen Sample, sondern konsumtiv als Wohnraum genutzt wird. Alle Befragten waren krankenversichert. Das Thema von Rente bleibt allerdings schwierig, meist herrscht die Einstellung 'werde ich nicht haben', mit Verweis auf die Notwendigkeit überhaupt das Auskommen und die Existenzsicherung für die nächsten Monate zu bestreiten. Hinzu kommt, dass es auch teilbranchenspezifisch feste Freie gibt, die im Prinzip sehr ähnlich zu Festangestellten Ansprüche auf Urlaubs- und Krankengeld erzielen. Die Sorge vor Altersarmut wird vielleicht auch aufgrund des eher jüngeren Alters der Befragten noch nicht virulent gesehen. Teilweise ist die Freiberuflichkeit auch hier eine Option, um dann wiederum in die Festanstellung überzuwechseln, und wird auch mit Überzeugung so gesehen. Mit der Versicherung der Künstlersozialkasse, eigenen familiären, finanziellen Beständen und mehrerer branchenspezifischer Lösungen gibt es eine eher größere Bandbreite an Optionen

### **Arbeitsraum**

Während die madrilenische Bezugsfolie oft Barcelona ist, werden im Rhein-Main-Gebiet Bezüge zu Berlin hergestellt. Berlin kann als 'Referenzgroßstadt' bezeichnet werden. Da könne Frankfurt nicht mithalten, d.h. die Fixkosten für Läden und Räume müssen zunächst -über marktkompatible Produkte – erwirtschaftet werden. Die Preise für Büroraum werden von Kulturschaffenden in Frankfurt als besondere Hürde erwähnt. Zwar gibt es leerstehende Räumlichkeiten. Die anfallen-

den Mietkosten liegen dennoch so hoch, dass es Projekte gibt, die konkret auf die gemeinsame Büronutzung setzen bei möglichst breiter inhaltlicher Überschneidung für mögliche Arbeitskooperationen. Oft wird Büroraum genutzt und auch geteilt. Dass dieser trotz vermutlich auch leerstehenden Büroraums nicht preisgünstig zur Verfügung steht, führt auch zu Initiativen, die damit Stadtteile beleben, wie die Hanauer Landstraße oder das Bahnhofsviertel, in dem sich viele Kulturarbeiter\_innen angesiedelt haben. Auch das Existenzgründungszentrum, welches mit der staatlichen Arbeitsvermittlung kooperiert, stellt günstige Büroräume zur Verfügung. Besonders Offenbach bietet sich als kleinere Nachbarstadt als preisgünstige Alternative zum Ausweichen an.

### **Erwerbssituation und Arbeitszeiten**

Es gibt Mischformen zwischen Rhythmisierung und Verdichtung und Ausweitung der Arbeitszeiten (vgl. auch Egbringhoff 2003), diese sind allerdings den Einzelnen überlassen und bieten viel Raum für eigene gelingende und auch weniger gelingende Arrangements. Die Kulturschaffenden im Rhein-Main-Gebiet und dies ist ein markanter Unterschied zum madrilénischen Sample planen in der Regel ihre Zeit prospektiv. Sie sind weniger auf die Bewältigung des Hier und Jetzt und des Moments ausgerichtet, sondern schauen optimistisch in die Zukunft. Auf die Frage, wie es den Interviewpartnerinnen in der letzten Woche vor dem Interview ergangen sei, was sie für Aufgaben bewältigt haben, sagt eine Interviewpartnerin:

„Also es ist schon so, wenn die Woche vorbei ist, ist es auch abgehakt. Dann guck’ ich nächste Woche. Das kann ich Dir eher sagen.“ (GD1: 329 - 332).

Erstaunlich ist, dass zwar fast in einer Stakkato-Lebenslauf-Lyrik, die Erwerbsbiographie erzählerisch rekonstruiert wird, allerdings ist es kaum möglich zu beantworten, was man am vorherigen Tag gemacht hat und welche Aufgaben anstanden.

### **Physisch-psychische Gesundheit**

Die Krankheiten werden der Erwerbsarbeit untergeordnet, insofern dies überhaupt möglich ist.

Af: „Also ich war seitdem keinen einzigen Tag krank, wenn ich was hatte. Also, wenn ich ein Seminar hatte. Ich plane meine Krankheiten. Also, ich gucke in meinen Kalender und merke ich kränkele rum irgendwie bin ich nicht so ganz auf der Höhe und dann werd' ich krank, wenn ich Zeit hab. Das finde ich schon wirklich einen Nachteil.

Bf: das ist bedenklich. Also, dein Körper hat das im Griff.

Du wirst nicht krank, wenn Du ein Seminar hast. Die halten Dich gesund.

Cf: Ja, aber ich bin nicht viel krank. Ich war früher viel öfter krank, so 2 – 3 Tage so zwei- bis dreimal im Jahr und ich bin auch nicht so viel krank. Ich war jetzt mal am Wochenende zwei Tage krank.“ (GD1: 1339 - 1359).

Das heißt auch, dass Krankheit nicht automatisch ein Problem ist. Im Gegensatz zur abhängigen Erwerbsarbeit gibt es auch gesundheitliche Gewinne. So ist Cf kaum mehr krank – vor der Selbstständigkeit war dies öfter der Fall. Bemerkenswert ist aber, dass es ein Problem wäre, krank zu werden. Dass Af nur krank wird, wenn sie Zeit hat, wirkt wie eine starke Konditionierung. Auch, dass keine Entlohnung im Krankheitsfall stattfindet oder die Krankheit noch zusätzlich belastet, wird in den Interviews thematisiert.

### **Netzwerkbildung und Vernetzung**

Es ist nicht nur so, dass Kooperationen oft mit Freundesnetzwerken bestritten werden. Wenn es so ist, dass Tauschwertbeziehungen und vor allem symbolisch aufgeladene Netze über Kleidung, Sprachverwendung, körperliche Haltungen, Kooperationen mit institutionellen Partner\_innen eingenommen werden, dann ist man sehr oft in einer Repräsentationssituation, d.h. eine kulturelle Grundausstattung vorausgesetzt, wird kommunikatives Handeln bis in den Habitus hinein, wichtig, um inhaltlich für etwas zu stehen, zu einer Marke zu werden. Das wird von Interviewpartner\_innen bewusst reflektiert und strategisch eingesetzt.

Die Netzwerke aus dem madrilenischen Sample finden sich auch im Rhein-Main-Gebiet. Das politische Netzwerk, das Unterstützungsnetzwerk und das professionelle Netzwerk sind alle erkennbar. Weiterhin wird aus dem Kontrast deutlich,

dass die Netzwerke vor Ort eher breit aufgestellt sind und überregional oder global fachlich spezialisierter, da hier auch Ideen- und Produktinnovationen geteilt werden.

Mit der Vernetzung wird ein Möglichkeitsraum geschaffen, d.h. die Kontaktpflege stellt die Hauptkapitalsorte dar, mittels derer Aufträge beschafft und das Auskommen gesichert werden kann.

In einem stark individualisierenden bzw. individualisierten Arbeitsfeld stellt Vernetzung eine Option und Strategie dar, um sich arbeitsteilig gebündelt oder lediglich Mietkosten teilend, auf dem Teilmarkt behaupten zu können. Die Vernetzung funktioniert lokal breiter als überregional, wo eher Experten\_innennetzwerke und inhaltlich einschlägigere Verbindungen aufzufinden sind. Auf der lokalen Ebene besteht eine größere Vielfalt an Vernetzungsformen, die nicht nur arbeitsteilig vergütet, sondern auch unvergütet sein können, also sog. hybride Bindungen mit und ohne Tauschwertcharakter.

Das professionelle Netzwerk ist im Rhein-Main-Sample dahingehend präsent, dass die Beteiligten sich eine Vereinsstruktur geben. Es kann einen gemeinsamen Internetauftritt geben sowie Unterstützung bei Akquise und Vertretung im Krankheitsfall/Urlaub. Dazu ist es notwendig, dass die Inhalte komplementär bearbeitet werden und es einen Bedarf gibt. Bei Schulungsbedarf, der über das Netzwerk erbracht wird, bedeutet das auch, dass die Wissensbestände sowohl in Bezug auf die Ansätze und Methoden der Vermittlung als auch auf die vermittelten Inhalte ständig aktualisiert werden müssen. Darüber hinaus gibt es Wellen und Moden, bei denen bestimmte Themen boomen. Das Unterstützungsnetzwerk, das in der Weiterbildungsbranche beobachtet werden kann, steht in engem Zusammenhang mit den im Vergleich zu den freiberuflich Tätigen wenigen festen Mitarbeiterinnen (sic! Vor allem Frauen sind in diesem Bereich tätig). Das bedeutet vor der Folie von Ansprechpartner\_innen, die Themen planen und mit Honorarkräften koordinieren, dass diese 'festen Freien' regelmäßig und dauerhaft als Honorarkräfte in den Einrichtungen tätig sind und ihre soziale Absicherung selbst herstellen müssen, ohne dass es ein Konstrukt von festen Freien gäbe, wie dies bspw. im öffentlichen Rundfunk und Fernsehen ein etabliertes, erkämpftes und politisch dann

durchgesetztes Konzept darstellt. Diese Stärke schwacher Bindungen (Granovetter) nimmt aber teilweise sehr verbindliche, institutionell verankerte Formen an: Das Vereinswesen scheint sich in seinen jeweiligen Prägungen besonders anzubieten. Es ist keine kapitalintensive Form der Vernetzung, die Mitbestimmungsrechte der Mitglieder sind geregelt und es ist damit möglich, sich eine öffentliche Stimme zu schaffen.

## **Fazit**

Es zeigt sich, dass die Kulturschaffenden im Rhein-Main-Gebiet deutlich apolitisch agieren, als dies im madrilenischen Sample der Fall ist. Sie sind ökonomisch besser abgesichert und verfügen alle über eine Krankenversicherung. Die Arbeitszeiten sind in Dauer, Lage und Verteilung allerdings auch als entgrenzt beschreibbar. Deutlich wird, dass familiales (Bildungs-)Kapital wichtig ist, um teilweise Schwächen bei der Existenzsicherung abzumildern. Das bestätigen Ludger Pries' Ausführungen zu erwerbsstrukturierenden Institutionen, nach der die Familie oder das soziale Netz eine Institution darstellt, um in abhängiger oder unabhängiger Arbeit das finanzielle Auskommen zu sichern.

Um als wichtig erachtete Inhalte anzugehen, gibt es als Formen der Selbstorganisation das professionelle und das Unterstützungsnetzwerk. Gewerkschaftliche Anbindungen spielen keine Rolle. Die Möglichkeit, mittels eines Vereins eine Stimme zu erhalten, nutzt indes nur das professionelle Netzwerk. Es gibt keine Streikmöglichkeiten. Es gibt keine Tarife.

## **1.4 Zusammenfassung**

Die Unternehmungen sind wenig kapitalintensiv. Dadurch wird Scheitern individuell nicht ruinös, auch wenn es als individuell schmerzlich erlebt werden kann. Die umfassenden Kenntnisse und Fertigkeiten erlauben es in der Regel, wieder Ideen zu entwickeln und Projektpartner\_innen aufzutun und so das Auskommen zu sichern. Dabei wird oft erst im Nachhinein ein roter Faden erkennbar. Wechsel zwischen abhängiger und selbstständiger Beschäftigung sind üblich und oft auch der berufliche Alltag. Die Festanstellung stellt für einige das Ziel dar und die Absiche-



rung der Zwischenstufen. Auch wenn die Personen sich selbst motivieren und die Wechsel zwischen Beschäftigungsformen individuell bewältigt werden, ist dennoch die soziale Absicherung diesen Tendenzen des Wechsels über den Berufsverlauf nicht angepasst. In Bezug auf die Vereinbarkeit von Leben und Erwerb stellt die Selbstständigkeit auch eine Strategie dar, um ein besseres Einkommen zu erzielen als in einer Festanstellung, größere (zeitliche) Freiheitsgrade zu haben und Kinder und Pflege mit unter einen Hut zu bekommen.

Es gibt starke Motive von empathischen Unternehmer\_innen und den Wunsch, nie wieder Chefs zu haben und möglichst hierarchiefrei zu arbeiten. Regelmäßig, wenn sich die Selbstständigkeit ‚ergibt‘, sind kaum Kenntnisse über die soziale Absicherung vorhanden. Gerade im madrilenischen Sample wird die soziale Absicherung als zweitrangig erlebt. Im Frankfurter Sample wird diese als schon zu erzielen angesehen, Krankenversicherungsschutz ist hier bei allen Befragten gegeben. Hier ist eher die Alterssicherung virulent. Um Brücken zu schlagen, könnte eine bereits in die Schul- und Universitätsausbildung eingelassene berufliche Beratungsleistungen eine Hilfestellung sein, die Selbstständigkeit unterstützt.

Die Zeitplanung der Kulturschaffenden ist im Rhein-Main-Gebiet eher optimistisch-prospektiv und im madrilenischen Sample eher negativ-momentbezogen. Die tertiäre Bildung ist eine konstituierende Größe, wirkt wie eine Zugangsbarriere und sollte sich in dem Ansatz der erwerbsstrukturierenden Institutionen widerspiegeln. Hilfreich sind auch familiäre Netzwerke und ökonomische Voraussetzungen, die über die Herkunftsfamilie in beiden Kontexten erreicht werden. Wohn- und Büroraum zu beschaffen, zu finanzieren (Frankfurt) oder als Einkommensquelle zu nutzen (Madrid) ist eine weitere wichtige Stellschraube.

Positionen vor dem Einstieg in die Selbstständigkeit waren der Festvertrag oder Arbeitslosigkeit.

Die Rolle von Netzwerken für Austausch, Vertretung im Krankheitsfall und (nicht-remunerativ) vergütete Arbeitsteilung heraus ist enorm. Es kristallisieren sich drei unterschiedliche Typen heraus: Das eher hermetische Unterstützungsnetzwerk, das exklusive Professionalisierungsnetzwerk und das inklusive politische Netz-

werk. Im Falle von Madrid überwiegt das politische Netzwerk. Im Falle vom Rhein-Main-Gebiet liegt der Schwerpunkt auf dem professionellen Netzwerk.

Deutlich wird durch die subjektiven Annäherungen, dass Kulturschaffende zeitlich-räumlich entgrenzt arbeiten und in der Regel noch Einkommen über andere Quellen, die nicht nur die Erwerbstätigkeit sein muss, hinzu gewinnen. Ein Befund der Mehrfachbeschäftigung zeigt, dass die Kulturselbstständigkeit alleine nicht in die Lage versetzt, ein existenzsicherndes Auskommen zu erwirtschaften. Sichtbar wird bei der subjektorientierten Empirie zudem, dass die Kulturselbstständigkeit kaum in die Lage versetzt, zeitlich zukünftig zu planen, sondern die Erwerbstätigkeit sich viel mehr auf den Moment oder das laufende Jahr bezieht. Gleichwohl – sei es durch den Bildungsstand motiviert oder die inhaltlich spannenden Tätigkeiten, erleben sich die Kulturarbeiter\_innen selbst nicht notwendigerweise als prekär. Sie formulieren dennoch die Schwierigkeiten, die sich ergeben, nämlich den Einkommensverlust bei Erkrankung. In Madrid vor allem, aber auch im Rhein-Main-Gebiet sind die soziale Absicherung für das Alterungsrisiko kaum vorhanden. Das bringt zukünftig vermutlich Altersarmut mit sich, die jetzt allerdings noch nicht berücksichtigt werden kann, da die Kulturarbeiter\_innen mit der Bewältigung des Alltags beschäftigt sind. Sie sind zwar vernetzt, aber im Zweifelsfall fällt auch die Vernetzung weg, die ohnehin kaum dazu genutzt wird, eine öffentliche Stimme einzunehmen. Das heißt, dass es kaum einen über die Einzelperson hinausgehenden Akteur oder Akteurin gibt, wie einen Interessensverband oder eine Gewerkschaft, über die die prekäre Situation formuliert werden kann. Das heißt, die Kulturarbeiter\_innen formulieren kaum Sozialkritik (vgl. Boltanski/ Chiapello 2003<sup>73</sup>) und 'leben' die Künstlerkritik. Im Gegenteil stellen sie nahezu eine Blaupause für neoliberale Vergesellschaftung dar.<sup>74</sup>

---

<sup>73</sup> Luc Boltanski und Ève Chiapello zeichnen in einem umfangreichen Konvolut die Ideologiekritik an der Entwicklung des Kapitalismus durch zwei Strömungen prägnant nach. Sie unterscheiden zwischen der Künstlerkritik, nach der Kultur und Kunst den Kapitalismus aufgrund der geringen Selbsttätigkeitsmöglichkeiten kritisieren und mehr individuelle Freiheiten fordern, und die Sozialkritik, die eine Kritik an Armut und die Formulierung der Sozialen Frage betrifft.

<sup>74</sup> Ralf Ptak fasst den Neoliberalismus folgendermaßen: „Insgesamt stellt der Neoliberalismus eine durchaus heterogene internationale Strömung der Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie dar, deren

## 2 Annäherung 2: Wachstumsmärkte oder Fake?

In diesem Kapitel geht es darum die kontextspezifischen Strukturierungen durch den Markt nachzuzeichnen. Zugespitzt wird dies in der arbeitsmarktlichen eher allgemeineren Beschreibung von sekundäranalytisch national dargestellten Arbeitsmarktcharakteristika sowie der Darstellung der Merkmale des Kulturarbeitsmarktes. Dies geschieht deskriptiv und auf der Grundlage von einschlägiger Literatur und Statistiken, die in Bezug auf die Fragestellung der Studie aufbereitet wurden. Dabei wird auch die quantitative Bedeutung der Erwerbsarbeit im Kultursektor sowie die Frage diskutiert, ob die (politische) Hoffnung auf einen Zukunftsmarkt, der Umsätze und Beschäftigung schafft gerechtfertigt ist.

Der Kulturmarkt wird als Querschnittssektor verstanden. Studien weisen darauf hin, dass er Mischfinanzierungen aufweist, die die öffentliche Finanzierung, privatwirtschaftliche Finanzierung und Mischformen umfassen. Dabei ist von einer Verschiebung zu immer mehr Vermarktlichung auszugehen, was auch die Zahlen über die Finanzierung von Kultur und Kunst belegen, oder wie es Klaus von Beyme fasst: „Der Staat hat begriffen, daß er immer weniger steuern kann. Die Idee der Zivilgesellschaft beruht ja auch darauf, daß die Gesellschaft einspringt, wo der Staat versagt.“ (von Beyme 1998). Weiterhin werden der Kultursektor als Arbeitsmarkt und die diesbezüglichen Debatten um Beschäftigungs- und Wirtschaftswachstum beleuchtet. Bevor wir uns nun den spezifischen Dynamiken und Tendenzen im Kulturmarkt grenzüberschreitend annähern, sollen zunächst die Arbeitsmärkte, in die dieser hier als ‚Markt‘ konstruierter Gegenstand eingelassen ist, näher betrachtet werden. Dazu bildet auch die europäische Dimension eine zentrale Bezugsgröße, da nur so nationale oder übergreifende Tendenzen, die heute gern mit dem Schlagwort ‚transversal‘ gekennzeichnet werden, begreifbar werden.

---

verbindendes Ziel, eine zeitgemäße Legitimation für eine marktwirtschaftlich dominierte Gesellschaft zu entwerfen und durchzusetzen, unter verschiedenen politischen und ökonomischen Bedingungen verfolgt wurde und wird. Es zeigt sich, „dass der Neoliberalismus selbst kein Singular, sondern ein Plural ist, der über einer Basis gemeinsamer Grundbestandteile sehr vielfältige Ausprägungen kennt.“ (Ptak 2017: 22).

## 2.1 Europäischer Bezug

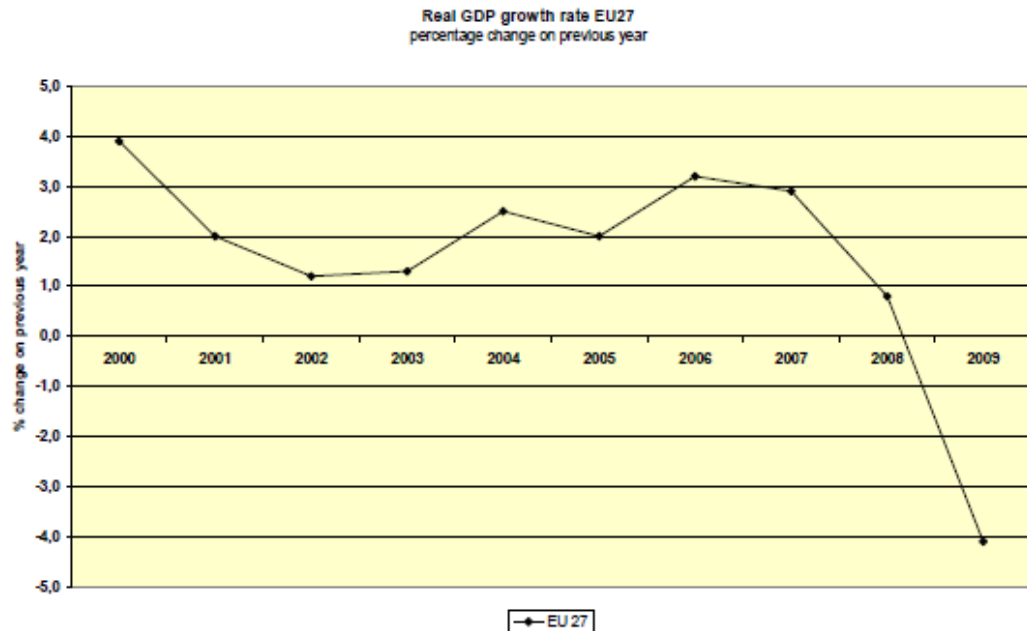
Europaweit wurden in den 1990er Jahren vor allem Probleme hoher Arbeitslosigkeit aus politischer Sicht diskutiert. Die gesamtwirtschaftliche Situation soll daher hier auch im Längsschnitt vergleichbar gemacht werden. Die Lissabon-Strategie ist Leitgedanke für das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends. So wurde formuliert:

„Bis 2010 soll die Europäische Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden, einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einen größeren sozialen Zusammenhalt zu erreichen.“ (<https://portal.cor.europa.eu/europe2020/Profiles/Pages/TheLisbonStrategyinshort.aspx>; letzter Zugriff am 19.09.2017)

Mittlerweile ist die Lissabon-Strategie abgelöst von der Europa 2020-Strategie. Die darin adressierten Politikfelder sind Beschäftigung, Forschung/Entwicklung und Innovation, Klimawandel und Energie sowie Bildung. Dabei wird jedes einzelne Politikfeld mit Benchmarks hinterlegt, die als Orientierung und Überwachung der selbstgesteckten Ziele dienen sollen (zur Kritik an der Vermessung des Sozialen vgl. Vormbusch 2012).

In Bezug auf Wachstum und Beschäftigung werde ich die Trends nachzeichnen, wodurch ich teilweise das auf Wachstum und Beschäftigung setzende ökonomisierende Europa reproduziere, ohne jedoch die sozialen Defizite, die blinden Stellen wie Flüchtlingskatastrophen oder auch die mangelnde demokratische Verfasstheit des Europäischen Konstrukts zu thematisieren. Das ist allerdings im Rahmen dieser Arbeit nicht zu leisten.

Abbildung 7: Wirtschaftliche Entwicklung im EU-Raum anhand des Bruttoinlandsprodukts



Source Eurostat – 2009 forecasts DG ECFIN

Diese hard facts oder Strukturdaten weisen vor der Finanzkrise europaweit ein steigendes BIP-Wachstum aus, das im Jahr 2009 zur Krise massiv eingebrochen ist. Das BIP-Wachstum wird hier angeführt, da die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der EU auch 40 Jahre nach der Kritik des Club of Rome nach wie vor der Wachstumsideologie folgt.

Die folgende Tabelle zeigt deutlich, wie stark die Bankenkrise einzelne Staaten – allen voran Griechenland – getroffen hat und dass Deutschland und die EU insgesamt auf 'Wachstumskurs' geblieben sind. Auch Spanien hatte zunächst ein negatives Wachstum mit dem Höhepunkt 2012, seit 2014 wächst das Bruttoinlandsprodukt aber wieder an.

Abbildung 8: Wirtschaftliche Entwicklung im EU-Raum anhand des Bruttoinlandsprodukts in der Europäischen Union (2010 – 2016)

GEO/TIME	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Greece	-5,5	-9,1	-7,3	-3,2	0,4	-0,2	0,0
Latvia	-3,8	6,4	4,0	2,6	2,1	2,7	2,0
Iceland	-3,6	2,0	1,2	4,4	1,9	4,1	7,2
Croatia	-1,7	-0,3	-2,2	-1,1	-0,5	2,2	3,0
Romania	-0,8	1,1	0,6	3,5	3,1	3,9	4,8
<b>Spain</b>	<b>0,0</b>	<b>-1,0</b>	<b>-2,9</b>	<b>-1,7</b>	<b>1,4</b>	<b>3,4</b>	<b>3,3</b>
Serbia	0,6	1,4	-1,0	2,6	-1,8	0,8	2,8
Hungary	0,7	1,7	-1,6	2,1	4,0	3,1	2,0
Norway	0,7	1,0	2,7	1,0	2,0	2,0	1,1
Bosnia and Herzegovi- na	0,9	1,0	-0,8	2,4	1,1	3,1	:
Slovenia	1,2	0,6	-2,7	-1,1	3,0	2,3	3,1
Bulgaria	1,3	1,9	0,0	0,9	1,3	3,6	3,4
Cyprus	1,3	0,3	-3,2	-6,0	-1,5	1,7	2,8
Netherlands	1,4	1,7	-1,1	-0,2	1,4	2,3	2,2
Lithuania	1,6	6,0	3,8	3,5	3,5	1,8	2,3
Italy	1,7	0,6	-2,8	-1,7	0,1	0,8	0,9
Ireland	1,8	3,0	0,0	1,6	8,3	25,6	5,1
Denmark	1,9	1,3	0,2	0,9	1,7	1,6	1,7
Austria	1,9	2,8	0,7	0,1	0,6	1,0	1,5
Portugal	1,9	-1,8	-4,0	-1,1	0,9	1,6	1,4
United Kingdom	1,9	1,5	1,3	1,9	3,1	2,2	1,8
France	2,0	2,1	0,2	0,6	0,9	1,1	1,2
<b>Germany</b>	<b>4,1</b>	<b>3,7</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>1,9</b>	<b>1,7</b>	<b>1,9</b>
<b>Euro area (19 count- ries)</b>	<b>2,1</b>	<b>1,6</b>	<b>-0,9</b>	<b>-0,2</b>	<b>1,3</b>	<b>2,0</b>	<b>1,8</b>

Quelle: Eurostat, eigene Aufbereitung, Zugriff am 17.09.2017

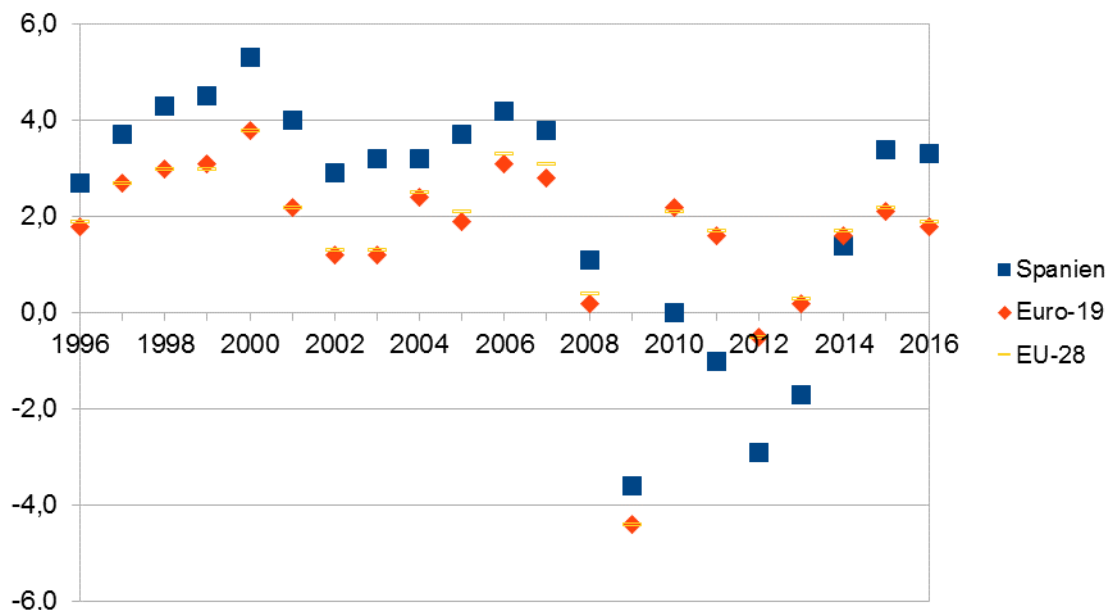
Die Arbeitslosenquote liegt in Spanien in der Zeitreihe von 2010 bis 2016 mit am Höchsten in Europa. Während sich die Erwerbslosenquote in Deutschland nahezu zur Vollbeschäftigung hin entwickelt, bleibt die Erwerbslosenquote in Spanien nach einem dramatischen Anstieg 2012 und 2013 auf einem sehr hohen Niveau von fast 20 Prozent (vgl. jeweils Eurostat).

Nach diesen Überblicksdaten zur Beschäftigung und Erwerbstätigkeit im Kulturarbeitsmarkt, möchte ich mich nun den Charakteristika der nationalspezifisch rekonstruierten Arbeitsmärkte widmen. Diese sind für das letzte Jahrzehnt – vor der ökonomischen Krise – ausgearbeitet worden. Sie stellen den Kontext für die Interviews dar, die im selben Zeitraum geführt wurden. Darüber hinaus führe ich für den Kulturmarkt Deutschland auch neueste Daten an, da es ja darum geht, für den hiesigen Arbeits- und Kulturmarkt in den Querverstrebungen, Ansätze für soziale Arbeitspolitik zu entwickeln, die die europäische Dimension aber mit reflektieren.

## **2.2 Spain is different oder Konvergenz?**

Dieser Slogan aus der Tourismusbranche stellt eine Kontinuität dar, in einem sehr prominenten Narrativ: darin wird Spaniens Andersartigkeit gegenüber ‚Westeuropa‘ und eine Sonderstellung postuliert, die sich auf der politischen Ebene aus den frankistischen, ökonomischen Autarkiebestrebungen ableitet und durch das damalige Ziel einer möglichst geringen Abhängigkeit vom Weltmarkt kennzeichnet. Es zieht sich als Großnarrativ durch viele Erzählungen, wird in Analysen zum Wahlverhalten, dass demjenigen in Westeuropa antizyklisch zuwiderlaufe, ebenso bemüht wie in Bezug auf den vorweggenommenen ökonomischen Boom Ende der 1990er Jahre. Die gesamtwirtschaftliche Situation stellt sich dabei auf den ersten Blick folgendermaßen dar:

**Tabelle 9: Wirtschaftswachstum (BIP) in Spanien und Europa 1996 - 2016**



Quelle: Eurostat, eigene Aufbereitung

Das Wirtschaftswachstum liegt demnach bis 2008 selbst mit einem Ausreißer im Jahre 2002 über dem jeweiligen EU-Durchschnitt, folgt aber ähnlichen Dynamiken des Auf- oder Abschwungs. Je nach ökonomischer Schule, sich vor allem auf den Boom in der Baubranche – mit enormen Zuwachsraten bis 2006, begleitet jedoch von Schattenwirtschaft und Korruptionsskandalen wird das– gründende Wirtschaftswachstum als binnennachfragemotivierend (post-keynesianisch) oder eher als Luftblase eingeschätzt, was die Gesellschaft dann ja auch bitter bezahlt hat. Der ökonomische Absturz zwischen 2007 und 2009, mit erneutem Abschwung 2012 und 2013, und die sozialen Folgen waren enorm. Viele Menschen konnten ihre Eigentums- oder Mitwohnungen nicht mehr bezahlen und es gab sogar vermehrte Obdachlosigkeit und einen medial wahrnehmbaren Zuwachs an Suiziden. Selbst eine vitale Tätigkeit wie Wohnen ist Gegenstand von Spekulation geworden.

Der spanische Arbeitsmarkt hat in den letzten Jahrzehnten vielfältigen Wandel erlebt. Ausgehend von einer stark agrarisch strukturierten Ökonomie wurde mit der



Öffnung des Spätfrankismus langsam aber stetig die Tourismusbranche ausgebaut und die internationale Liberalisierung der Märkte vorangetrieben. Weiterhin charakteristisch ist der Wandel von einem Arbeitskräfte exportierenden Markt und Migrationsbewegungen sowohl im Inneren vom Land in die Stadt als auch nach Westeuropa, hin zu einem Einwanderungsland, das sich aus Arbeitskräften weltweit speist mit zahlenmäßig prominentem Zuzug aus den Maghreb-Staaten und Südamerika. Aber auch aus West-, Mittel- und Osteuropa sowie aus Asien kommen viele Arbeitskräfte, die als ‚Gruppen‘ schwer zu kennzeichnen sind, aber teilweise unterschiedliche Arbeitsmarktsegmente bedienen, wie etwa die kleinen familiengeführten Einzelhandelsgeschäfte mit Rund-um-die-Uhr-Service der lapidar ethnisch gekennzeichneten ‚Chinos‘ (Chinesen), die aus sehr unterschiedlichen asiatischen Ländern stammen können. Dazu gehören auch die aus Ecuador oder Peru stammende Haushaltshilfe, die in einem Haushalt oder mehreren eine illegale Anstellung findet und über die Sprachkompetenz auch Kinderbetreuung übernimmt oder die Argentinierin, die in einer hochqualifizierten Stellung in der Werbebranche tätig ist. Dazu kommen die Rentner\_innen und Pensionäre aus Großbritannien, Deutschland, Skandinavien, die wiederum auch in Erwartung von Lebensqualität den ‚Nachzug‘ von Ärzten\_innen und Pflegekräften mit sich bringen.

Rasante Brüche kennzeichnen die Entwicklung vom frankistischen, auf Autarkie setzenden Spanien, mit starker agrarischer Ausrichtung hin zur Weltmarktorientierung mit global agierenden Unternehmen. Das bedeutet einen kontinuierlichen und stetigen Ausbau des Arbeitskräftevolumens trotz einmaliger Arbeitslosenzahlen, die allerdings wieder mehr die über Alter, Qualifikation und Region strukturierte Arbeitslosigkeit von bis zu 50% Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen in der Extremadura beispielsweise mit sich bringen. In Spanien lag die Arbeitslosenrate trotz niedrigster Beschäftigungsquote (neben Italien) innerhalb der EU bei ca. 22,2% im Jahre 1996 (Köhler 2004: 411). Der konservative Partido Popular unter José Maria Aznar konnte Ende der 1990er Jahre erhebliche Beschäftigungszuwächse verbuchen. Der Zuwachs an Beschäftigung hat allerdings nicht nur positive Aspekte. So sind ca. 90% aller in Spanien neu abgeschlossenen Arbeitsverträge befristet, was vor allem und in nahezu dramatischer Weise die jüngere Gene-

ration betrifft. Der spanische Arbeitsmarkt wird als dual und segmentiert beschrieben (vgl. Polavieja 2003). Die Hälfte aller zeitlich befristeten Verträge hat eine Dauer von weniger als einem Monat (vgl. Royo 2007: 52). Den in der Regel unbefristeten, dauerhaften Arbeitsverträgen der älteren (männlichen) Beschäftigten stehen junge, qualifizierte und verstärkt weibliche Beschäftigte gegenüber, die in prekären (unterbezahlten, befristeten) Arbeitsverhältnissen (*empleo precario*) ihr Auskommen suchen (ebd. 413). Der Anstieg vor allem zeitlich befristeter Stellen und die Dezentralisierung der Produktion aus den Firmen heraus führt zu einer Individualisierung der Arbeitsbeziehungen. Die schwächere Position von Arbeitnehmer\_innen, die sich bereits in der Erwerbsstruktur offenbart, kann evtl. durch die in den 1990er Jahren im europäischen Vergleich extrem hohe Erwerbsarbeitslosigkeit erklärt werden. Charakteristika des Arbeitsmarktes liegen in einem rasanten, schnellen sozialen Wandel in der Erwerbsarbeit, der hohen Temporalität der Verträge.<sup>75</sup> Die Segmentation des Arbeitsmarktes ist nichts Neues, wenn man die Dissertation von Huguet Roig zu Rate zieht. Die vom Consejo Economico y Social (CES) ausgezeichnete Arbeit von Huguet Roig zeigt einen segmentierten, dualistischen Arbeitsmarkt in Spanien auf: Danach trägt die Verknüpfung der Merkmale Geschlecht, Alter und Bildung dazu bei, in befristete Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt einzusteigen. Damit sind Praktika, Niedriglöhne, geringe Aufstiegschancen und hemmende Barrieren verbunden. Die Segmentation wird über Angebotsfaktoren (Geschlecht, Alter, Qualifikation, Stabilität) und Nachfragefaktoren (Technik Unsicherheiten auf den Produktmärkten und Stellenbeschreibungen) verfestigt. Dies ist knapp 20 Jahre nach Erscheinen des Buches immer noch ein Problem, allerdings verschärft, da nun selbst der Einstieg in prekäre Beschäfti-

---

<sup>75</sup> Diese geht auf die 1980er Jahre zurück: ein Kompromiss zwischen den großen Gewerkschaften CC.OO und UGT ermöglichte zusammen mit der CEOE (Arbeitgeberorganisationsdachverband) und der PSOE-Regierung unter Gonzalez die zunächst als zeitlich beschränkte Maßnahme des Abschlusses befristeter Verträge. Mit dem Ziel die Flexibilität der Arbeit zu erhöhen, wurde dabei ein Teil der Erwerbsverhältnisse sehr stark flexibilisiert, während andere, die bereits, industriell, männlich geschützten Erwerbsverhältnisse nicht angetastet wurden. Diese strategische Ausrichtung gewerkschaftlicher Politik hat außerdem einen großen Vertrauensverlust bei den von der Flexibilisierungspolitik Betroffenen, eher jüngeren Generation nach sich gezogen.

gung für junge, gut ausgebildete Menschen vor Ort nur noch schwer möglich ist, so dass sie dann in Teilen in andere europäische Länder migrieren.

Die Debatte um neue Erwerbsformen, die dazu geeignet sind, Beschäftigung für Erwerbslose zu schaffen, bekam das Stichwort de „los nuevos yacimientos del empleo“, was soviel heißt wie „neue Quellen der Erwerbsarbeit“.<sup>76</sup> Diese umfassen eine Vielzahl von Beschäftigungsformen, die zwischen abhängiger und unabhängiger Beschäftigung, Sorgearbeit, Kulturarbeit, Servicetätigkeiten sowie unterschiedlichsten Anforderungen an Qualifikationen rangieren. Auch AlleindienstleisterInnen würden unter die „nuevos yacimientos del empleo“ fallen. Studien, die sich auf die subjektive Seite der Bewältigungsstrategien beziehen, habe ich bisher nicht gefunden. Vielmehr nehmen sich sehr unterschiedliche Arbeiten dem Problem der Prekarität und den neuen Beschäftigungsformen auf struktureller Ebene an (García Jiménez 2002; Lope, Gibert/Ortiz de Vallacian 2002). Prekarität wird hier vor allem über die hohe Anzahl von Zeitverträgen situiert. Allerdings gibt es auch Arbeiten, die aus engagierter, feministischer Perspektive den Wandel von Arbeit und Leben beschreiben und Prekarität als inkorporierte Erfahrung konzeptionieren (Precarias a la deriva (Hg.) 2004).

Auch die nach wie vor niedrige, aber doch irreversible Beschäftigungsquote von Frauen erhöht sich zwar langsam, aber stetig. Wenngleich der Beschäftigungsanteil nach wie vor sehr weit von den mit Lissabon angestrebten 70 Prozent entfernt liegt, hat sich der Anteil von knapp 30% erwerbstätig (registrierter) Frauen Ende der 1980er Jahre auf über 50 % gesteigert. Erklärt wird dieses Phänomen mit dem hohen Grad an Familiarisierung, in der Haus- und Sorgearbeit maßgeblich von Frauen getragen wird, verbunden mit der auch heutzutage immer noch geringe Zahl an staatlichen Betreuungsinstitutionen und der rudimentären Anlage eines spanisches Sozialstaates (s. Kap. A2).

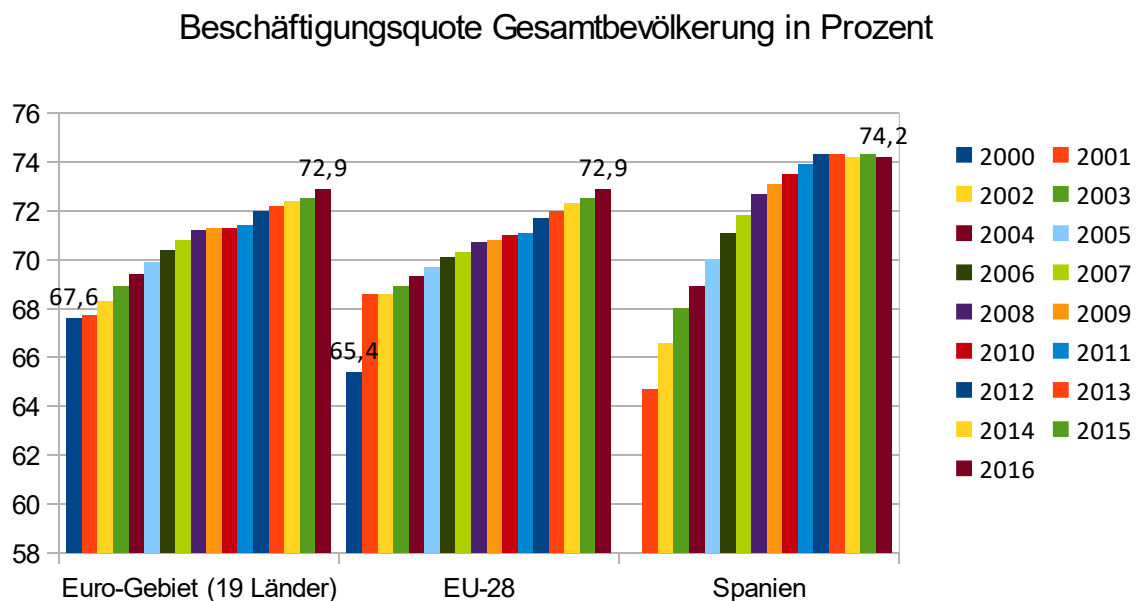
---

<sup>76</sup> „Yacimiento“ kann mit „Fundort, Lager oder Vorkommen“ übersetzt werden und ist ein Begriff, der aus dem Bergbau stammt. Im Zusammenhang mit neuen Erwerbsformen lässt sich das verstehen wie ein Schürfen nach neuen Erwerbsquellen, ein mühsamer, arbeitsreicher Prozess. Der Begriff wurde aus dem Weißbuch „Wachstum, Wettbewerb und Beschäftigung (1993) in die (spanische) soziologische Diskussion übernommen.

## Charakteristika und Dynamiken

Auf dem spanischen Arbeitsmarkt gibt es einen nicht gerade vernachlässigbaren informellen Sektor. Zahlen zur Ausbreitung der Schwarzarbeit bzw. der untergetauchten Arbeit (trabajo sumergido) sind kaum zu haben. Schätzungen zufolge liegt der Anteil der informellen oder grauen Arbeit zwischen 20 und 25 Prozent des Bruttosozialprodukts (vgl. Fernández Steinko 2004: 51).

Abbildung 10: Beschäftigungsquote Spanien und EU-Raum 2000 - 2016<sup>77</sup>



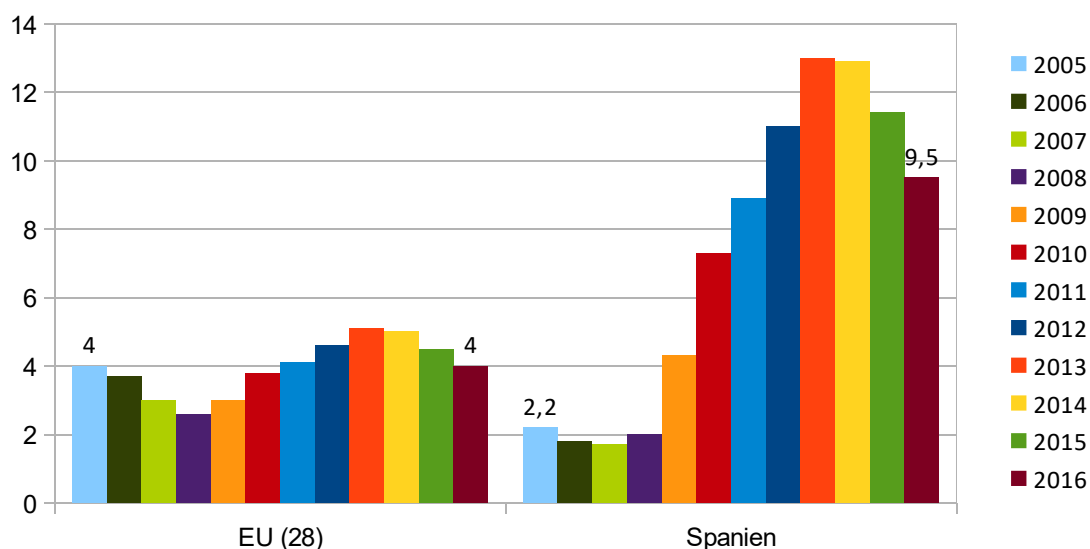
Quelle: Eurostat, Labour Force Surveys, eigene Berechnung, Aufbereitung und Darstellung

Die Daten zeigen, dass die Beschäftigung in Spanien vergleichsweise stark angewachsen ist. Waren im Jahr 2001 um die 67 Prozent der Bevölkerung erwerbstätig, sind dies im Jahr 2016 bereits 74,2 Prozent, was einem Zuwachs von über 7 Prozentpunkten entspricht und damit höher liegt als im Euro-Raum. Im Euro-Raum lag die Beschäftigungsquote im Jahr 2000 bei 67,6 Prozent der Bevölkerung im Jahr 2016 72,9, was einen Zuwachs von 5,3 Prozentpunkten entspricht.

<sup>77</sup> Nicht für alle Gruppierungen konnte ein Wert für das Jahr 2000 ermittelt werden.

Dramatisch ist die Betrachtung der Quote der Langzeitarbeitslosen und deren Anstieg im zeitlichen Verlauf.

Abbildung 11: Entwicklung der Langzeitarbeitslosenquote in Spanien 2000 – 2016)



Quelle: Eurostat, eigene Aufbereitung

Es ist frapppierend, dass sich binnen eines Jahrzehnts die Langzeitarbeitslosigkeit in Spanien von 2005 (2,2 Prozent) bis 2016 (9,5 Prozent) mehr als vervierfacht hat. Dabei sind die höchsten Quoten 2013 (13 Prozent) und 2014 (12,9 Prozent) erzielt worden.

### Selbstständigkeit

Gerade Klein- und Kleinstunternehmen haben in Spanien, aber auch in anderen südeuropäischen Ländern – insbesondere in Italien – eine Tradition, die sich auf relativ hohem Niveau in den 1990er Jahren fortsetzt. Die Wegbrüche und ‚Neugründungen‘ haben allerdings spezifische Gründe. Royo vermutet betriebliches Outsourcing, – im Sinne einer Produktdezentralisierung – als hauptsächliche Determinante beim Anstieg von alleinselbstständiger und dieser naher Beschäftigung. So sei die Anzahl kleiner Betriebe mit weniger als fünfzig Angestellten und deren Anteil an den Erwerbstätigen von 38,4% im Jahre 1978 auf 52,2% im Jahre

1989 gestiegen (vgl. Royo 2007: 52). Er legt außerdem dar, dass acht von zehn Betrieben in Spanien weniger als drei Mitarbeiter hätten und mehr als die Hälfte alleinselbstständig arbeitet (ebd.).

**Tabelle 12: Anteil an Selbstständigkeit in Spanien – 2000 bis 2016 nach Geschlecht (in %)**

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Gesamt	15%	15%	14%	14%	14%	14%	14%	14%	14%
Männer	17%	17%	17%	16%	16%	16%	16%	16%	17%
Frauen	11%	12%	11%	10%	10%	11%	10%	10%	10%
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	
Gesamt	14%	13%	13%	14%	14%	14%	14%	14%	
Männer	16%	16%	16%	17%	17%	17%	17%	16%	
Frauen	10%	10%	10%	10%	11%	11%	11%	11%	

Quelle: Eurostat, eigene Aufbereitung

Minimale Veränderungen gibt es im Geschlechteranteil: Der Bereich der Selbstständigkeit zeigt sich als männliche Domäne. Der Anteil der Frauen, die selbstständig sind bewegt sich zwischen 2000 und 2016 regelmäßig zwischen 10% und 11% der Erwerbstätigen. Der Männeranteil bewegt sich ebenso konstant zwischen 17 und 16 Prozent. Da die Anzahl der Beschäftigten insgesamt angestiegen ist, ist auch die Anzahl der Selbständigen höher. Die Tabelle legt nahe, dass Selbstständigkeit keinen besonderen Zuwachs erlebt hat und auch relativ unabhängig von der ökonomischen Krise fungiert, da während dieser keine Zuwachsraten zu verzeichnen sind. Der Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen bewegt sich auf gleichmäßigem Niveau. Die kleinen Unternehmen unter den Selbstständigen sind vor allem im Dienstleistungs- und Handelssektor tätig (vgl. Royo 2007: 52).

Zusammenfassend lässt sich die Frage ob Spanien anders ist, vielleicht vorsichtig folgendermaßen beantworten. Im Zuge der (internationalen) Arbeitsteilung ist Spanien wieder Emigrationsland geworden (vgl. Espuig 2014) und hat wie andere

(südeuropäische) Staaten auch ein turbulentes, ökonomisches und soziales Jahrzehnt gehabt Spanien ist also anders, aber die Differenz ist auch eine konstruierte. Es gibt keine monolithischen Gebilde und das Verharren in nationalstaatlichen Logiken wirkt aus meiner Sicht nicht zukunftsorientiert. Kommen wir im Folgenden zum Kulturmarkt.

## **2.3 Kulturmarkt in Spanien**

Richard Florida nimmt bei einer These einer kreativen Klasse, Kreativität als Antriebsmoment des Wachstums und verallgemeinert diese Kreativität, die der Idee der Wissensgesellschaft folgend, auch in anderen Berufsfeldern, Innovationsmotor sei, ohne dass klar würde, um was es sich bei dieser Kreativität eigentlich handelt. Dabei werden bei ihm IT-Dienstleistungen und jegliche Form der Wissensarbeit in einen Topf geworfen, um dann zu behaupten, dass die Kreativwirtschaft in einigen Gegenden wie im Raum Seattle bereits über fünfzig Prozent der Arbeitskraft ausmache. Es findet sich deshalb bei ihm auch keine Aufschlüsselung nach der Art der Beschäftigung. Selbständige, abhängige Erwerbsarbeit und die Zwischenformen der sog. atypischen Beschäftigung fallen dabei unter den Tisch (vgl. Florida 2012).

Die europäisch vergleichbar angelegten Zahlen sprechen 2004 von 379.000 Erwerbstätigen im Kultursektor (vgl. Wiesand 2005). Der Anteil an der Gesamterwerbstätigkeit liegt bei 3,1% (Deutschland 3,2%). Der Frauenanteil in der Kulturwirtschaft liegt in Spanien bei 43,8% (Männer: 56,2%). Der Anteil von Frauen bei den Gesamterwerbstätigen liegt mit deutlich 39,9% niedriger. Dabei sei darauf hingewiesen, dass erst in den 1990er Jahren die Frauenerwerbsbeteiligung die 30%-Marke überschritten hat (vgl. Tobío 2005). Das Arbeitspapier mit dem aus dem Spanischen übersetzten Titel „die kulturellen und kreativen Industrien in Spanien“ [Las Industrias Culturales Y Creativas en España] aus dem Jahr 2014 verschafft nicht mehr Überblick über die Beschäftigungssituation. Der Autor stellt fest, dass die Beschäftigung in der Kulturwirtschaft bis zur Krise gestiegen sei und dann wie auch in der Gesamtwirtschaft gesunken (vgl. Aguiar Losada 2014: 16). Sie seien demnach nicht 'krisenfest' gewesen, sondern vergleichbar volatil wie der

gesamte Arbeitsmarkt. Die Daten hat der Autor vom Bildungs-, Kultur- und Sportministerium (MECD) gewonnen und es wird nicht in Gänze klar, wie der Datensatz beschaffen ist.

Ein Artikel aus der spanischen Fachzeitschrift ‚Economista‘ belegt allerdings die Relevanz des kreativen Clusters für die madrilenische Ökonomie (García Tabuenca 2007). In der quantitativ erhobenen Studie (Stichprobe, n= 507) zu sozialer Reproduktion und Unternehmensaufstellung kommt Antonio García Tabuenca zu dem Schluss, dass es fünf unterscheidbare Typologien von Unternehmern in der hier künstlich – da keiner gängigen Klassifizierung folgenden – ‚Kreativindustrie‘ ausgemacht werden können.

Fernández Steinko (2004) legte in einer unveröffentlichten Arbeit zur New Economy dar, wie es um die Arbeitsbedingungen im madrilenischen Raum bestellt ist. Zu den Strukturdaten lässt sich folgendes herausziehen. Die globale Verwobenheiten von Ökonomien lässt sich durch wirtschaftliche Verflechtungen unter Global Playern bereichern zumindest im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien.

Sanchez Moral und Méndez Gutierrez zeigen mit einem weiten Begriff von Kreativwirtschaft, bei dem sie auch Forschung und Entwicklung mit einbeziehen, dass der Anteil der Kreativwirtschaft im madrilenischen Raum neun Prozent beträgt, also fast jede\_zehnte Beschäftigte darin tätig ist. Während in der Gesamtwirtschaft 'nur' 10,2 Prozent der Beschäftigten freiberuflich tätig ist, handelt es sich in der Kreativwirtschaft um knapp 13 Prozent. Vor allem in der Werbebranche (61,2 Prozent) und im originären Kunstbereich und Veranstaltungen ist der Anteil der auf eigene Rechnung tätigen mit 61,2 Prozent exorbitant hoch.



**Tabelle 13: Beschäftigte in der madrilénischen Kulturökonomie 2012**

	Beschäftigte Gesamt	Angestellte	%Freiberufler _innen	In % der lokalen Beschäftigung
Publizierende Tätigkeiten	20861	19306	7,45	1,19
Kino, Video und Fernsehen	8048	6806	15,43	0,46
Architektur	43117	38351	11,05	2,47
Forschung und Entwicklung	38770	37334	3,7	2,22
Werbung und andere professionelle Tätigkeiten	5034	1953	61,2	0,29
Kunst und Veranstaltungen	9820	5813	40,8	0,56
Bibliotheken und Museen	2575	2464	4,31	0,15
Kreativökonomie	156305	136113	12,92	9
Übrige Wirtschaft	1590914	1375739	10,21	91,05
Gesamtwirtschaft	1747219	1511852	10,46	100

Quelle: Sánchez Moral/ Méndez Gutiérrez del Valle 2013: 128, eigene Übersetzung

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Kulturwirtschaft auf einem relativ geringen Niveau – ähnlich wie in Deutschland, Beiträge zur wirtschaftlichen Prosperität leistet und dies vor allem im großstädtischen Raum.

## **2.3 Deutschland – Chancen der Reformen für Beschäftigungsentwicklung?**

Im Folgenden werden die zentralen wirtschaftlichen und beschäftigungsbezogenen Entwicklungen in Deutschland im Zeitraum der Befragung sowie davor und danach aufgezeigt.

Die von der EU gewählten Schlüsselindikatoren zeigen, dass die Beschäftigungsquote der Männer über die Jahre konstant bleibt, allerdings werden auch ältere Arbeitnehmer\_innen besser in den Arbeitsmarkt integriert. Dies kann vorsichtig so gedeutet werden, dass die 'Altersdiskrimination', also die Geringschätzung von Erfahrung und Wissensbeständen in der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts rückläufig ist (vgl. jeweils folgende Tabelle). Die Langzeitarbeitslosenquote ist angestiegen, wobei es sich um einen Effekt der Hartz-Gesetze handeln könnte. Interessant ist aus heutiger Perspektive, dass Jugendarbeitslosigkeit damals noch kein ‚Schlüsselindikator‘ war. Tatsächlich ist die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ja auch auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau im Gegensatz zu gerade den südeuropäischen Ländern. Hier hat die Jugendarbeitslosigkeit nach der Krise im hohen zweistelligen Bereich gelegen in manchen Regionen wie der Extremadura in Spanien gar bis zu 50 Prozent.

**Tabelle 14: ‚Schlüsselindikatoren‘ für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland**

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
<b>Wirtschaftswachstum (BIP-Wachstum)<sup>78</sup></b>	1,2	0,0	-0,2	1,1	0,8	2,9
<b>Arbeitslosenquote</b>	7.6	8,4	9,3	9,7	10,7	9,8
<b>Inflation (Jährliche durchschnittliche Veränderungsrate der Harmonisierten Verbraucherpreisindizes (HVPIs)<sup>79</sup></b>	1.9	1.4	1,0	1.8	1.9	1.8
<b>Wachstum der Arbeitsproduktivität (reales BIP pro geleisteter Arbeitsstunde)<sup>80</sup></b>	109	109	112	112	111	111
<b>Beschäftigungsquote</b>	65,8	65,4	65,0	65,0	66,0	67,5
<b>Frauen</b>	58.7	58.9	58.9	59.2	60.6	62.2
<b>Männer</b>	72.8	71.8	70.9	70.8	71.3	72.8
<b>Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer</b>	37.9	38.9	39.9	41.8	45.4	48.4
<b>Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung</b>	2.46	2.49	2,52	2.49	2,48	2.51
<b>Langzeitarbeitslosenquote</b>	3.8	4.0	4.6	5.5	5.7	5.5

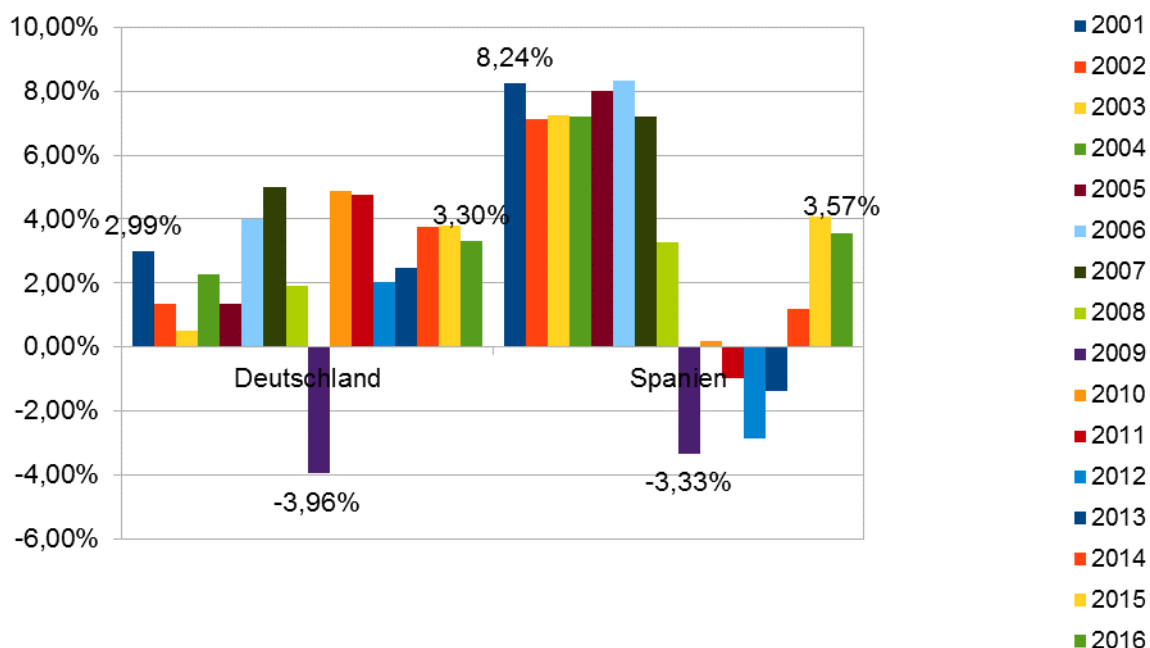
Quelle: Eurostat

<sup>78</sup> Die EU definiert das BIP für die hier vorgenommene Statistik in folgender Weise: „Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Tätigkeit in einer Volkswirtschaft. Es ist definiert als Wert aller neu geschaffenen Waren und Dienstleistungen, abzüglich des Wertes aller dabei als Vorleistungen verbrauchten Güter und Dienstleistungen. Die Jahreswachstumsrate des BIP-Volumens soll einen Eindruck von der wirtschaftlichen Entwicklung sowohl über die Zeit als auch im Vergleich von Volkswirtschaften unterschiedlicher Größe geben, und zwar unbeeinflusst von Preisveränderungen. Die Volumenwachstumsrate wird unter Verwendung von Angaben in Vorjahrespreisen berechnet.“

<sup>79</sup> Eurostat definiert die HVPIs wie folgt: „Die harmonisierten Verbraucherpreisindizes (HVPI) wurden für den internationalen Vergleich des Anstieges der Verbraucherpreise geschaffen. Die HVPI werden z. B. von der Europäischen Zentralbank für die Überwachung der Inflation in der Wirtschafts- und Währungsunion sowie für die Beurteilung der Konvergenz der Inflation, wie es Artikel 121 des Vertrags von Amsterdam vorsieht, verwendet.“

<sup>80</sup> Das BIP in Kaufkraftstandards (KKS) je geleistete Arbeitsstunde wird relativ zum Durchschnitt der Europäischen Union (EU-15) ausgedrückt. Ist der Indexwert eines Landes größer als 100, so hat dieses Land ein BIP je geleistete Arbeitsstunde über dem EU-Durchschnitt (und umgekehrt). Die zugrunde liegenden Zahlen sind in KKS ausgedrückt, einer einheitlichen Währung, die Preisniveaunterschiede zwischen Ländern ausgleicht und damit aussagekräftige BIP-Volumenvergleiche erlaubt. Produktivität pro geleistete Arbeitsstunde auszudrücken bereinigt dieses Maß um Unterschiede in Häufigkeit von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung (Eurostat).

**Abbildung 15: Entwicklung des Bruttoinlandprodukts in Spanien und Deutschland 2000 bis 2016**



Quelle: Eurostat, eigene Aufbereitung (Basisjahr 2000; BIP Deutschland 2000: 2116480,0; BIP Spanien 2000: 646250)

Deutlich wird durch die Abbildung, dass 2009 in Deutschland und auch in Spanien einen starken ökonomischen Einbruch mit sich gebracht hat. Der Rückgang des BIPS ist sogar stärker ausgefallen als in Spanien im Jahr 2009, konnte aber im kommenden Jahr bereits kompensiert werden. Hier war eventuell die nachfragestimulierende, keynesianische Züge tragende Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ein begünstigender Faktor. In Spanien wurde der Negativtrend 2014 gestoppt, während die deutsche Wirtschaft ja bekanntermaßen von der ökonomischen Krise profitiert hat.

Die Beschäftigungsentwicklung in den letzten 20 Jahren verläuft in der Bundesrepublik Deutschland – vermutlich auch durch die hohe Bevölkerungszahl in Deutschland– sehr ähnlich zu der des Euroraums.

Während die Beschäftigungsquote der Männer 1997 bei 79,4% liegt, liegt die der Frauen bei 61,9%. Die Beschäftigungsquote der Männer steigt bis 2015 auf 82,1% an und die der Frauen steigt auf 73,1% an.

Die Zahl der Erwerbstätigen ist in Deutschland von knapp 36 Millionen im Jahr 2000 auf 40,1 Millionen im Jahr 2016 gestiegen. Dies bedeutet einen Zuwachs um 11,6 Prozent – vermutlich auch im Niedriglohnsegment und in Konstellationen wie erwerbstätigen Hilfebezieher\_innen (sog. Aufstocker).

**Tabelle 16: Entwicklung der Selbständigkeitsquote in Deutschland nach Geschlecht 2000 bis 2016**

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Gesamt	9%	9%	9%	9%	10%	10%	10%	9%	9%
Männer	11%	11%	12%	12%	12%	12%	12%	12%	11%
Frauen	6%	6%	6%	6%	6%	7%	7%	7%	7%
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	
Gesamt	9%	9%	10%	9%	9%	9%	9%	9%	
Männer	12%	12%	12%	12%	11%	11%	11%	10%	
Frauen	7%	7%	7%	7%	7%	6%	6%	6%	

Quelle: Eurostat, eigene Aufbereitung

Der Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen liegt über die Jahre in etwa konstant bei 9 bis 10%. In der Darstellung sind Soloselbstständige und Selbstständige mit Angestellten zusammengefasst. Ein höherer Anteil von Männern ist dabei selbstständig. Der Anteil von selbstständigen Frauen wächst von 6% im Jahr 2000 auf 7% 2005 und ist seit 2014 wieder auf dem ursprünglichen Niveau von 6 Prozent.

## **2.4 Empirische Entwicklung des Kulturmarkts in Deutschland, Hessen und Rhein-Main-Gebiet von 1990 bis 2016**

David Hesmondhalgh und Sarah Baker schlagen den Begriff der „politischen Ökonomie der Kultur“ vor, den sie anhand des vorrangigen Untersuchungsfeldes der britischen Fernsehindustrie entwickeln (vgl. auch Hesmondhalgh/Baker 2011:

Creative Labour. Media work in three cultural industries: London). Susanne Mart und Christine Resch schließen an die Kulturindustrie von Adorno an (Martin/Resch (Hg.) 2014). In einer Vielzahl von Begrifflichkeiten wird versucht, die Vielfalt des Kulturbereichs ding- bzw. begriffsfest zu machen. In Bezug auf die Erwerbstätigen in diesem Mischsektor – sowohl von der Finanzierungsseite als auch von der sektoralen Zuordnung her – ist klassischerweise die Rede von Freiberuflern, Künstlern, Kulturschaffenden, aber auch Neologismen werden bemüht, um das Neue zu konturieren. So finden sich in der Raum- und im Kulturmanagement folgende Wortkreationen, wenn die Rede von Culturepreneurs (Lange/Steets 2002) und Kulturunternehmern (Mandel 2007) ist. Der Kultursektor als Konstrukt ist demnach nicht zu verwechseln, creative class, Kultur- oder Kreativwirtschaft, Kultur- oder Kreativindustrie, lässt sich aus den unterschiedlichen Motivlagen heraus nachvollziehen:

Die Begrifflichkeiten sind zum einen theoriegeschichtlich, aber auch in ihrer praxisbezogenen analytischen Provenienz unterschiedlich ausgeprägt. Aus pragmatischen Gründen werden hier Kreativ- und Kulturwirtschaft, kreative Ökonomie synonym gebraucht, auch wenn die unterschiedliche Genese der Konstrukte durchgearbeitet wurde.

Der Kultursektor wird demnach als ein Querschnittssektor gefasst, der die öffentliche, private und zivilgesellschaftliche Verortung umfasst. Hingegen wäre unter „Kulturmarkt“, in der überwiegenden Lesart, lediglich der privatwirtschaftlich vermittelte Güter- und Dienstleistungsmarkt (aber sektoral übergreifend) zu verstehen.

Um den Markt oder Erwerbsmarkt der Kultur zu beschreiben, kommt man in der bundesdeutschen Statistik nicht an Michael Söndermann vorbei. Er arbeitet seit mehr als einem Jahrzehnt an den Klassifikationen und hat die derzeit aktuelle Definition in einem Kreativgutachten für die Bundesregierung (2009) vorgelegt.

Welche Personen werden dabei als Kulturschaffende gezählt?

Bei Söndermann, dem maßgeblich für die europa- und bundesweite statistische Erfassung und Darstellung dieses heterogenen Erwerbsfeld stehenden Experten, umfasst der kreative Sektor:

“(...) a proposed European definition of the *Creative Sector* comprises the arts, media and heritage with all connected professional activities in public or private organisations, including in neighbouring fields such as design, architecture or the production of music instruments. It points to linkages between the different fields and identifies occupational or “creative clusters” as well as “complementary relationships” between public institutions and private companies or non-profit bodies.” (Söndermann 2005: 2). Söndermann hat 2009 eine neue Definition vorgelegt in der nun nach Wirtschaftszweigsystematik (WZ08) der Kreativwirtschaft die Bereiche Verlagsgewerbe, Filmwirtschaft, Tonträgerindustrie und Musikverlage, die Rundfunkwirtschaft, kulturelle Wirtschaftszweige (Darstellende Kunst, Dienstleistungen für die darstellende Kunst, künstlerisches und schriftstellerisches Schaffen, der Betrieb von Kultur- und Unterhaltungseinrichtungen), Bibliotheken und Museen, der Handel mit Kulturgütern, Architektur, Design (Ateliers für Textil-, Schmuck-, Grafik-, und Design umfassend), Werbung und Software/Games zugeordnet werden (vgl. A1). Diese Kategorien sind in amtlichen Statistiken verfügbar. Sie umfassen allerdings nur die abhängige Arbeit. Dennoch werden hierbei Dimensionen deutlich, die die quantitative Bedeutung des Kulturmarkts betreffen. Die Daten stammen von eigenen Anforderungen beim Statistikservice der Bundesagentur für Arbeit. Charakteristisch ist hier, dass hier nur abhängige Erwerbsarbeit, spezifiziert nach Teilbranchen, nicht jedoch selbständige Arbeit ausgewiesen wird, spezifiziert für Teilbranchen, sondern nur die abhängige Erwerbsarbeit. Dennoch kann so die gesamtwirtschaftliche Bedeutung von Kulturarbeit sichtbarer gemacht werden.

Sieht man sich alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in dem Bereich an, fällt auf, dass Hessen und vor allem auch Frankfurt am Main deutlich höhere Anteile sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in der „Kultur- und Kreativwirtschaft“ aufweisen. Insgesamt gibt es laut Daten der Bundesagentur für Arbeit bundesweit nach Arbeitsortprinzip zum Stichtag 30.06.2016 31,2 Millionen sozial-

versicherungspflichtig Erwerbstätige (2011: 28,4 Mio.), davon knapp über 861.242 Millionen in der Kreativ- und Kulturwirtschaft (2,8%), in Hessen sind dies von 2,3 Millionen 67.754 (2,9%). In der Metropolregion Rhein-Main sind 2,18 Millionen sozialversicherungspflichtig tätig, davon 71.136 in der Kultur- und Kreativwirtschaft, was einem Anteil von 3,3% entspricht und in Frankfurt am Main von 286.955 sozialversicherungspflichtig Erwerbstätigen 14.724, was 5,1% entspricht. Die quantitative Dimension ist also nicht nur in Hessen höher als im Bundeschnitt, sondern Frankfurt am Main ragt hier noch heraus. Diese Daten sind leider kostenpflichtig und werden nicht allgemein für planerische oder wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt.

Insgesamt liegt der Frauenanteil nach Arbeitsortprinzip bundesweit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Kultur- und Kreativwirtschaft am 30.06.2012 bei 44% (382.000 von knapp 861.000). Dies erstaunt zunächst, weil das Erwerbsfeld als weiblich gilt. Es lässt sich vermuten, dass der Frauenanteil in der nicht sozialversicherungspflichtig entlohnenden, abhängigen Erwerbsarbeit und in (prekärer) Selbstständigkeit höher ist. Der Frauenanteil in Hessen liegt ebenfalls bei 44%, ebenfalls in der Metropolregion RheinMain, allerdings in der Stadt Frankfurt am Main bei knapp 50%. In den untersuchten Räumen wird niemals die 50%-Marke überschritten, allerdings zeigt sich die Bedeutung des großstädtischen Arbeitsortes als die weibliche Arbeitskraft integrierend.

Für die berufliche Qualifikation sind aus Erhebungsgründen nur Daten bis 2011 von der Bundesagentur für Arbeit verfügbar. Dabei zeigt sich ein recht differenziertes Bild (auch hier nach Arbeitsort). Die Gesamtzahlen sind dabei geringer, da nicht jedes Merkmal gleichermaßen gepflegt wird, unterscheiden sich die Gesamtzahlen der Struktur nach Geschlecht, Qualifikation, Alter etc.



**Tabelle 17: Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Gesamtwirtschaft nach beruflicher Qualifikation**

<b>Gesamtwirtschaft</b>	<b>ohne Berufs- ausbildung</b>	<b>mit Berufs- ausbildung</b>	<b>Fach- und Hochschul- abschluss</b>	<b>Gesamt</b>
Deutschland	3.820.174	16.270.161	3.073.832	23.164.167
Hessen	296.794	1.222.075	283.317	1.802.186
Frankfurt	497.202	221.771	92.877	811.850

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Stand: 30.06.2011

**Tabelle 18: Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Kreativwirtschaft**

<b>Kreativwirtschaft<sup>81</sup></b>	<b>ohne Berufs- ausbildung</b>	<b>mit Berufs- ausbildung</b>	<b>Fach- und Hochschul- abschluss</b>	<b>Gesamt</b>
Deutschland	77.880	395.124	288.627	826.563
Hessen	6.195	34.539	24.198	64.932
Frankfurt	1.703	7.804	7.286	16.793

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Stand: 30.06.2011

Für die Gesamtwirtschaft liegt der relative Anteil an sog. Hochqualifizierten bei 13% (Deutschland), 16% (Hessen) und 11% (Frankfurt). So liegt der relative Anteil an Hochqualifizierten in der Kreativwirtschaft bei 35% (Deutschland), 37% (Hessen) und 43% (Stadt Frankfurt).

Auch wenn für die Kreativwirtschaft zum Teil die Einzelwerte zu gering sind, zeigt sich deutlich der überproportionale Anteil an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Hoch- und Fachhochschulabschluss. Über die Dauer, Lage, Verteilung, Befristung/Unbefristung, Vergütung und andere Parameter wird hier keine Aussage getroffen. Allerdings wirkt die Kreativwirtschaft wie ein Sog auf Hochqualifizier-

---

<sup>81</sup> Hier sind zum Teil die Fallzahlen in den Einzelbranchen zu gering. Es handelt sich um Trendaussagen.

te. Vermutlich verhält es sich so, dass die für andere Branchen aktuell wieder europaweit als Leitbild formulierte Berufsausbildung in anderen Branchen integrierend wirkt. Damit ist keine Wertung gemeint, sondern es fällt auf, dass die sog. Hochqualifizierten wohl besonders gut in die Kreativwirtschaft integriert werden, es eher weniger beruflich strukturierte Beschäftigung gibt und dass vor allem der großstädtische Raum integrierend wirkt – wie bereits an anderer Stelle vermutet.

Schaut man sich die Entwicklung in zeitlicher Hinsicht an, fällt auf, dass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (Wohnortprinzip) in der Kultur- und Kreativwirtschaft unterschiedlich stark, doch positiv in allen räumlichen Bezügen gewachsen ist.

Wählt man 2007 als Basisjahr und zieht diese Beschäftigungszahl jeweilige Jahr davon ab, ergibt sich folgendes Bild zur Beschäftigungsentwicklung:

**Tabelle 19: Beschäftigungsentwicklung regional in der Kultur- und Kreativwirtschaft 2008 bis 2016 (Basisjahr 2007)**

	Deutsch- land		Hessen		Rhein- Main- Gebiet		Frankfurt am Main	
2007	692848	100%	57244	100%	59.782	100%	10885	100%
2008	719228	104%	59752	104%	62.466	104%	11583	106%
2009	711446	103%	58749	103%	60.379	101%	11675	107%
2010	709769	102%	58546	102%	59.462	99%	11674	107%
2011	729000	105%	59262	104%	58.752	98%	11757	108%
2012	762178	110%	63433	111%	63.184	106%	12720	117%
2013	786854	114%	65934	115%	66.260	111%	13441	123%
2014	804864	116%	67277	118%	67.717	113%	13743	126%
2015	831974	120%	66034	115%	69.053	116%	14191	130%
2016	861242	124%	67754	118%	71.136	119%	14724	135%

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 30.06. eines Jahres

Deutlich wird, dass in allen räumlichen Zuschnitten die Beschäftigungsgelegenheiten deutlich angestiegen sind und dass 2016 in Deutschland 24%, in Hessen 18%, in der Metropolregion RheinMain 19% und in der Stadt Frankfurt am Main gar 35% mehr Menschen in der Kultur- und Kreativwirtschaft beschäftigt waren als 2007. Nicht deutlich wird aus dieser

Statistik dagegen, wie die Arbeit beschaffen ist. Dies erhärtet die These, dass der Kulturmarkt vorrangig urban zu denken ist und auch, dass es Beschäftigungszuwächse gibt. Da der Anteil an der Gesamtwirtschaft relativ gering ist, ist die Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt mit einem Fragezeichen zu versehen.

Interessant ist auch die Beschäftigungsentwicklung, die sich anhand der Beitragszahlenden der Künstlersozialkasse nachzeichnen lässt. Die Anzahl der Mitglieder – jede\_r, der oder die sich je um Aufnahme bemüht hat, weiß wie schwierig und langwierig es ist, bis es zu einer Aufnahme kommt und dass in Konjunkturen immer wieder Vorstöße gemacht werden, den Versicherungsschutz einzuschränken – hat sich seit dem Basisjahr 1992 mehr als verdreifacht.

Die Mitgliederstruktur ist hingegen recht ähnlich im Zeitverlauf. In der Regel ist knapp jede\_r vierte Versicherte im Bereich Wort tätig, die bildende Kunst schlägt durchschnittlich mit 37% zu Buche, Musik liegt auch bei überdurchschnittlichen 27% und die unterrepräsentierte darstellende Kunst mit durchschnittlich 12% der Versicherten.

**Tabelle 20: Versichertenbestandsentwicklung der KSK, relative Anteile und Mitgliederzuwachs von 1991 - 2016 (inkl. Neue Bundesländer)**

Jahr	Wort	bildende Kunst	Musik	darstellende Kunst	Gesamt
1991	9.794	18.732	11.994	7.193	47713
1992	12.157	23.192	14.649	8.462	58460
1993	13.995	25.461	16.214	9.635	65305
1994	15.726	30.971	18.273	8.756	73726
1995	17.929	34.039	20.188	9.542	81698
1996	21.353	36.459	22.372	9.548	89732
1997	23.008	38.953	24.289	10.327	96577
1998	24.675	40.758	25.870	10.909	102212
1999	25.914	42.107	27.742	11.404	107167
2000	26.935	43.548	29.464	12.262	112209
2001	28.305	45.180	31.375	13.244	118104
2002	30.148	47.032	33.097	14.227	124504
2003	32.619	48.986	35.134	14.960	131699
2004	35.298	51.732	37.642	16.118	140790
2005	37.215	53.996	39.628	17.464	148303
2006	38.525	55.800	40.886	18.521	153732
2007	39.349	56.875	42.198	19.332	157754
2008	40.082	57.889	43.697	20.154	161822
2009	40.778	58.362	44.718	20.697	164555
2010	41.830	59.507	46.129	21.417	168883
2011	42.599	60.767	47.613	22.305	173284
2012	43.222	62.001	48.856	23.140	177219
2013	43.358	62.542	49.957	23.736	179593
2014	43.382	63.131	50.715	24.322	181550
2015	43.477	63.962	51.527	25.080	184046
2016	43.029	64.567	52.305	25.602	185503

Quelle: <http://www.kuenstlersozialkasse.de/service/ksk-in-zahlen.html>, Stand. 1. Januar eines Jahres, letzter Zugriff am 16.09.2017 eigene Aufbereitung

Die Daten der Künstlersozialkasse zeigen einen deutlichen Anstieg der Beschäftigten in den letzten 25 Jahren.

**Tabelle 21: Durchschnittliches Jahreseinkommen der Versicherten nach Bereich und Geschlecht (in Euro)**

Bereich und Geschlecht	unter 30	30-40	40-50	50-60	über 60	Insgesamt
Wort						
Männlich	16.662	20.857	24.773	24.995	21.135	23.430
Weiblich	16.767	16.651	17.357	18.427	16.481	17.491
Insgesamt	16.723	18.329	20.556	21.552	19.209	20.281
Bildende Kunst						
Männlich	15.634	18.278	21.108	20.029	15.524	18.994
Weiblich	12.094	13.699	14.567	14.168	10.829	13.760
Insgesamt	13.923	15.900	17.598	17.156	13.820	16.430
Musik						
Männlich	12.008	14.213	15.565	15.764	15.261	15.143
Weiblich	10.385	10.700	11.313	12.239	11.678	11.490
Insgesamt	11.395	12.766	13.750	14.328	14.076	13.675
Darstellende Kunst						
Männlich	11.297	16.618	21.585	20.906	20.015	19.561
Weiblich	9.104	11.014	13.384	15.214	13.681	12.974
Insgesamt	9.980	13.420	17.226	18.080	17.214	16.100
Alle Bereiche						
Männlich	13.275	16.940	20.128	19.931	17.317	18.739
Weiblich	11.401	13.055	14.365	15.033	13.075	14.056
Insgesamt	12.372	14.956	17.172	17.598	15.719	16.495

Quelle: <http://www.kuenstlersozialkasse.de/service/ksk-in-zahlen.html>, Stand: 1.1.2017, letzter Zugriff am 17.09.2017

Spannend ist auch der Einkommensstand: das durchschnittliche Jahreseinkommen in Euro beträgt insgesamt zum 1.1. 2017 die Höhe 16.495 Euro (für Männer: 18.739 Euro und für Frauen magere 14.056 Euro. Das sind geschlechtsspezifische Gehaltsunterschiede von 4.683 Euro und in Prozent verdienen Männer durchschnittlich 25% mehr auf diesem Markt! Der *Gender Pay Gap* scheint bei den Künstlergruppen ausgeprägter zu sein als in der Gesamtwirtschaft. Die Hono-

rarspreizung in den einzelnen Segmenten ist enorm, beispielsweise in der darstellenden Kunst. Auffällig ist auch, dass die Einkommensunterschiede mit dem Alter zunehmen. Dies liegt vermutlich daran, dass Frauen mehr Sorgearbeiten übernehmen und dann im Laufe der Zeit von den Männern in den Einkommen, auch in der Kulturwirtschaft abgehängt werden. So zeigt auch das aktuelle Gutachten der Sachverständigenkommission zum Gleichstellungsbericht der Bundesregierung deutlich geschlechtsspezifische Unterschiede in der Zeitverwendung (Sachverständigenkommission zum Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2017). Das ist insofern ein frappierender Befund, dass hier die Lebens- und Alterssicherung von vergleichsweise geringen Honoraren ausgehend gestaltet werden muss, bei inhaltlich anspruchsvollen Tätigkeiten und die Daten bei gleichbleibendem persönlichen freiberuflichem Status auf Altersarmut hinaus laufen. Angesichts der Reallohnverluste in der Gesamtwirtschaft und der Alterung der Gesellschaft stellen dies gerade für im Kultursektor tätige Frauen keine 'rosige' Perspektive dar.

Auch bei dieser Abbildung und Statistik ist wiederum nur ein Ausschnitt der Kulturarbeit erfasst. Durchschnittlich betrachtet, wird man ‚nicht reich‘ als Künstler\_in. Das durchschnittliche Monatseinkommen läge dann insgesamt bei 1.400 Euro. Möglicherweise wären hier weitere Differenzierungen wie sie die Umsatzsteuerstatistik vorsieht von Interesse, die allerdings nicht vorliegen.

Es findet sich in diesem geschlechtsspezifisch ausdifferenzierten zusammengesetztes Feld, das qua Annahme keine besondere Diskriminierung von Frauen aufweist, durchaus geschlechtsspezifische Diskriminierungen. Im Hinblick auf die Existenzsicherung und nachgelagerte soziale Absicherung im Alter werde im Kontext der Prekarisierungstendenzen Frauen bennachteiligt. Denn auch Männer haben in dem Bereich eher niedrigere Einkommen als es sie bei anderen Beschäftigtengruppen gibt. Das Feld der freischaffenden Kulturarbeit scheint viel mehr als Laboratorium vereinzelter, singulärer Arbeitens und Prekarisierung zu sein und für viele einen Beschäftigungsraum zu bieten, wenn feste Stellen weggefallen

sind, so meine Vermutung, da der Bestandszuwachs der Künstlersozialkasse enorm ist.

Es lässt sich zeigen, dass die Grundstruktur des Samples zentrale Merkmale enthält, die sich der Kulturwirtschaft zuordnen lassen. Das erlaubt es einen Blick auf die Angebots-/Güterseite zu wenden, die hier vor allem im Dienstleistungssektor aufgeht.

Die Kulturwirtschaft ist ein künstlicher Begriff, in dem verschiedene Teilarbeitsmärkte aufgehen. *„In der Gruppe der selbstständigen Kulturberufe werden sowohl die freiberuflich wie gewerblich Tätigen erfasst.“* (Söndermann 2004).

## **2.5 Zusammenfassung: Prekäres Beschäftigungswachstum**

Trotz ökonomischer Krise wächst die Beschäftigung in der Kultur- und Kreativwirtschaft weiter an. Dieses Wachstum von selbstständiger Beschäftigung und Selbstständigkeit und Festanstellung im Kulturbereich wird nicht gleichzeitig auf der Einkommensseite eingelöst, wie die Daten der Künstlersozialkasse belegen. Es ist nicht einsichtig, weshalb hoch qualifizierte Frauen in der Künstlersozialkasse lediglich um die 16.000 Euro pro Jahr verdienen – weniger als vergleichbare Männer, die ebenfalls ein prekäres Einkommen erzielen. Das zeigt, dass die Prekarisierung ein weibliches Gesicht hat und dies muss künftig in der weiteren Forschung berücksichtigt werden.

### **3 Annäherung 3: Gewerkschaftliche Ansätze – Modellprojekte**

#### **3.1 Soziale Einbettung der Gewerkschaften**

Gewerkschaften werden von Ingrid Kurz-Scherf und Bodo Zeuner im folgenden Spannungsfeld für die politikwissenschaftliche Analyse skizziert: „Politikwissenschaftlich lassen sich die Gewerkschaften als ‚intermediäre Institutionen‘ beschreiben, wobei die Pole, zwischen denen ‚mediiert‘, Mitte oder Vermittlung gesucht wird, verschiedenartig und vielfältig sind: Kapital und Arbeit, Staat und Gesellschaft, Politik und Ökonomie, Demokratie und Kapitalismus, Arbeitswelt und Lebenswelt.“ (Kurz-Scherf/Zeuner 2001: 148). In diesen Verwebungen finden auch experimentelle Freiräume gewerkschaftliche Akteur\_innen, die diese vertreten und Ansätze jenseits der Vertretung von weißen, männlichen Facharbeitern (Deutschland) oder in Spanien der Sozialfigur des älteren, männlichen Arbeiters möglich machen. Das „strukturelle Dazwischen“ skizzieren Kurz-Scherf und Zeuner als „Existenzweise der Gewerkschaften“ (ebd. 146 ff.).

Wie ich in diesem Kapitel zeigen möchte, erfüllen gewerkschaftliche Modellprojekte im Kulturbereich folgende Funktionen.

- (a) Sie stärken sozialpolitische gewerkschaftliche Kompetenz.
- (b) Sie treffen in differenzierter Weise Bedarfe freier Kulturschaffender.
- (c) Sie tragen dazu bei, Gewerkschaften gesellschaftlich einzubetten und perspektivisch im Wandel von Erwerbsarbeit zu konsolidieren.

Mankos bestehen in der Ausrichtung, die regional und überregional stark ist. Europaweiter Austausch und Vernetzung kommt darin nur mühsam und punktuell zustande. Ausbaufähig ist auch der Grad der Reichweite: Vor allem seit längerem sich organisierende Gruppen wie Journalisten\_innen werden erreicht. Studienabgänger\_innen, die sich selbstständig machen beispielsweise und idealtypisch über eine hohe intrinsische Motivation verfügen, neuere, kulturvermittelnde Formen wie auch originär Kunstschaffende werden eher geringer adressiert und auch erreicht.



Zunächst möchte ich einige Worte dazu verlieren, wie die Gewerkschaften als gesellschaftlich eingebettet verstanden werden können.

Die Gewerkschaften, die sich im fordistischen Kompromiss als zivilgesellschaftlicher Akteur und intermediäre Organisationen konsolidiert haben (Röttger 2008), kann man als kollektive Akteure begreifen, denen eine zentrale, korporatistische Position innerhalb der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zukommt. Die zivilgesellschaftliche Sphäre<sup>82</sup> wird in eher bürgerlicher Lesart als ein Konglomerat aus Gruppen verstanden, die sich als Öffentlichkeit(en) gerieren. Die zugeschriebene Funktion reicht von einer programmatischen ‚Zurückdrängung des Staates‘ für die Entfaltung freier Wirtschaftsbürger<sup>83</sup> bis zur ideologischen Stabilisierung außerhalb der politisch-administrativen Sphäre und in der Vermittlung zwischen Ökonomie und Politik. Dabei geht es in Überlegungen aus der politischen Sphäre oft um sozialen Zusammenhalt und die Befriedung von gesellschaftlichen Widersprüchen und Interessenkonflikten. Habermas sieht die politisch-administrative Sphäre und die ökonomische Sphäre als je über eigene Steuerungsmedien (Macht bzw. Geld) ausdifferenziert (Habermas 1981, 255 ff.). In post-marxistischer Lesart ist Zivilgesellschaft demgegenüber wieder ganz anders zu verstehen. Die sie konstituierenden Institutionen wie das Bildungssystem, die Kirchen, die medialen Öffentlichkeiten dienen darin der Absicherung der kulturellen, bürgerlichen Hegemonie. Dafür stehen vor allem die an Antonio Gramsci anschließenden theoretischen Arbeiten.

Zivilgesellschaft ist demnach nicht gleich Zivilgesellschaft. Sie ist eine Arena – teilweise auch widerstreitender sozialer Akteure und Organisationen und soll hier eklektisch gefasst werden. Die – um es mit Fernández Steinkos Ansatz der sozialen Einbettung von Arbeitsbeziehungen zu sagen – zivilgesellschaftliche Sphäre

---

<sup>82</sup> „Zivilgesellschaft“ wurde u.a. zu Beginn der 1990er Jahre als prominente Analyse- und Erklärungskategorie im Zusammenhang mit der Implosion sozialistischer, osteuropäischer Staatsgefüge wiederentdeckt.

<sup>83</sup> Praktisch relevant wird diese Vorstellung beispielsweise bei der rechtsgerichteten Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, die sogar die regionale Wirtschaftsförderung als zu starke Einflussnahme des Staates auf das wirtschaftliche Geschehen und den Markt begreift (vgl. <http://www.insm.de/index.html>, letzter Zugriff am 28.11.2017).

umfasst demnach auch Gruppierungen, die das Feld kultureller Arbeit zwischen Staat, Markt und Gesellschaft prägen. Ihnen geht es darum, Einflussphären zu erreichen oder abzusichern, vermittelt über diskursive, symbolische und kulturelle Praktiken, die sich in gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen widerspiegeln. Mit der Akteursperspektive findet die handlungsbezogene Perspektive der Studie ihre konsequente Fortsetzung.

Zivilgesellschaftliche Akteur\_innen, die sich im Kulturbereich wiederfinden, sind eine kaum überschaubare Vielzahl von Interessens- und branchenspezifischen Gruppen (Schulze Buschoff 2007). Dies liegt auch an der Art der Beschäftigung und ihrer historischen Widerspenstigkeit gegenüber starken Verbandsstrukturen selbst, dass Gewerkschaften dort einen vergleichsweise eher geringen Status haben. Die weniger gewerkschaftlich organisierten Bereiche weisen einen höheren Grad an Vereinigungen oder Berufsorganisationen auf, wie es sich auch bei Anwälten und ihren Kammern zeigt.

Dies können spezifische Autorenverbände oder darstellende und bildende Künstlergruppen sein, die auf einer politischen Ebene, national, regional oder kommunal Einflussphären zu erreichen, abzusichern oder auszubauen trachten. Gewerkschaften als korporatistisch eingelassene Akteure werden für den kommerziellen, staatlichen und intermediären Kulturbereich fast als Antipoden konfiguriert, die einer anderen Epoche angehören, gleichsam als letzte *Dinosaurier des Fordismus*. Sie werden der Vertretung abhängiger Erwerbsarbeit zugeordnet und haben ein Legitimitätsproblem. In diesem Bild wird das Aussterben quasi schon vorweg genommen. In den Kreativwirtschaftsdiskursen werden sie nicht thematisiert und die Enquête-Kommission zur „Kultur in Deutschland“ mahnt lediglich an, die soziale Situation von Künstler\_innen stärker in den Blick zu nehmen.

Gewerkschaften wird weiterhin eine Art Strukturkonservatismus unterstellt, der sie daran hindert, neue oder veränderte atypische Beschäftigungsformen konzeptionell und in die praktische Arbeit aufnehmen zu können. Aus dieser internen Verhinderung folgen praktisch-kommunikative Hürden, Kulturschaffende zu erreichen oder mit diesen interagieren zu können. Im flexiblen Kapitalismus werden eher

kleinere und mobileren, teilweise hybride Interessensgruppierungen sichtbar, die jeweils für ihre Klientel Verbesserungen erreichen können. Diskontinuierlichen, chancen- und risikobehafteten, kaum aufstiegsorientierten Berufsverläufen steht demnach eine stärker ausdifferenzierte – oft öffentlich kaum wahrnehmbare – und eher undurchdringliche Gewerkschaftsstruktur gegenüber, die den prototypischen männlichen Standardarbeitnehmer lange Jahre zum Vorbild hatte. Dies spiegelt sich auch gewerkschaftsintern in der langsamen Bewegung der Sozialstruktur der hauptamtlichen Gewerkschaftsvertreter wider. Heidi Schroth zeigt dies anhand der Hauptamtlichen in der IG BAU auf, die für die Reinigungsbranche zuständig sind (vgl. Schroth 2008). Hajo Holst, Andreas Aust und Susanne Pernicka sehen die Verhaftung an fordistischen Beschäftigtengruppen auch in der europaweiten Struktur der Mitglieder gegeben „die der Beschäftigtenstruktur der 1960er Jahre“ entspricht (Holst/Aust/Pernicka 2008: 161).

Neben der Rolle, die Gewerkschaften zivilgesellschaftlich neben einer Reihe anderer intermediärer Organisationen erfüllen, sind sie in besonderer Weise – und das unterscheidet sie wiederum auch von anderen Organisationen – konstitutiv in die sozialstaatlichen Arrangements eingebettet.

Bernhard Ebbinghaus (1997) unterscheidet in diesem Sinne auf der europäischen Ebene vier Modelle von Arbeitsbeziehungen, in die die gewerkschaftlichen Organisationen eingebunden sind: den nordischen Korporatismus, die Sozialpartnerschaft, den angelsächsischen Pluralismus und die romanische Polarisierung. Das deutsche System entspricht der Sozialpartnerschaft. Die spanischen Arbeitsbeziehungen werden – wie auch in der Wohlfahrtsstaatsforschung – einer diffusen romanischen Polarisierung zugeordnet.

**Tabelle 22: Modelle der Arbeitsbeziehungen in Westeuropa**

	Nordischer Korporatismus	Sozialpartner-schaft (Zentrum)	Angelsächsischer Pluralismus	Romanische Polarisierung
Wirtschaftssystem	Mixed economy	Soziale Marktwirtschaft	Freie Marktwirtschaft	Etatistische Marktwirtschaft
Demokratieform	Konsensdemo-kratie	Konkordanz-demokratie	Mehrheitsdemo-kratie	Polarisierter Pluralismus
Wohlfahrtsstaat	Universalistisch	Segmentiert	Residual	Rudimentär
Verbandssystem	Kohäsiv	Segmentiert	Fragmentiert	Polarisiert
Machtbalance	Ausgewogen/Pro -Arbeitnehmer	Ausgewogen/ Pro-Arbeitgeber	Alternierend	Staatsinterventio n
Verhandlungs-ebene	Branche	Branche	Betrieb	Uneinheitlich
Koordination	Gewerkschaften	Sozialpartner/ Arbeitgeber	Fehlt	Wechselnd
Staatliche Rolle	Mediator	Tarifautonomie	Nichteinmischung	Staatsdirigismus
Arbeitsrecht	Kollektivrechte und Selbstregulation	Individual- und Kollektivrechte	Vertragsfreiheit	Individual- und Kollektivrechte
Arbeitskonflikte	Zunehmend	Selten	Abnehmend	Häufig
Realtypen	Schweden Finnland Dänemark Norwegen	Deutschland Österreich Schweiz Belgien Niederlande (Irland)	Großbritannien Irland (Schweiz)	Frankreich Italien Spanien Portugal Griechenland (Belgien) (Irland)

Quelle: (Ebbinghaus 1997: 336)

### 3.2 Ökonomisch abhängige Selbstständige – TRADE – Trabajadores Autónomos Dependiente

Das Konstrukt der abhängigen Selbstständigen wurde bereits erläutert und von der Scheinselbstständigkeit und dem Unternehmertum abgegrenzt. Die spanische Gewerkschaft Comisiones Obreras (CC.OO.) hat sich strategisch auf diese Gruppe konzentriert. Zunächst möchte ich allerdings die Situation der Gewerkschaften in Spanien umreißen, um die Bemühungen besser einordnen zu können.

Die Aufstellung der spanischen Gewerkschaften innerhalb der Arbeitsbeziehungen wird ähnlich wie in Frankreich und Italien als *political unionism* begreifbar (vgl. Nohlen/Hildebrand 2005: 199 ff.). Es gibt vor allem zwei große Gewerkschaften in Spanien, die auch als Richtungsgewerkschaften bezeichnet werden, da sie maßgeblich branchenübergreifend sind, und ursprünglich (partei-)politisch ausgerichtet waren – auch wenn diese Richtungsunterschiede mehr und mehr verblassen und sie sich heute eher in einer Annäherung zueinander befinden. Weitere Merkmale des political unionisms liegen idealiter in

- der Konkurrenz dieser politischen Richtungsgewerkschaften,
- dem Hauptaugenmerk auf dem öffentlichen Sektor,
- einem niedrigen Organisationsgrad,
- einem relativ gering geregelten, kollektiven Arbeitsrecht,
- der Doppelstruktur der Interessenvertretung,
- fragmentierten Tarifverhandlungen,
- einer starken Abhängigkeit von staatlichen Subventionen und Stützung durch staatliche Garantien sowie
- einer hohen Streik- und Mobilisierungsbereitschaft trotz geringem Organisationsgrad (vgl. Köhler 2004).

Die zwei wichtigsten<sup>84</sup> spanischen Gewerkschaften sind die UGT (Unión General de Trabajadores, z. dt. allgemeine Arbeitervereinigung) und der CC.OO. (Comisi-

---

<sup>84</sup> 'Wichtigkeit' ist hier im Sinne von Einflussphären zu begreifen. Die UGT und CC.OO. haben seit den 1980er Jahren das Gros der Betriebsratswahlen gewonnen. Über den Modus gewonnener

ones Obreras, z.d.t. Arbeiterausschüssen). Die Gewerkschaften sind eher mitgliederschwach, da im Gegensatz zu der hiesigen Situation die Mitgliedschaft stärker mit der Tätigkeit als Funktionär zusammenfällt. Den spanischen Gewerkschaften kommt im Transitionsprozess – d.h. im Übergang zur Demokratie und der sozialen Befriedung in Spanien - eine wichtige und umstrittene Rolle zu. So gelten sie vielen im Sample als zu arbeitgebernah und haben EU-weit überdurchschnittlich starke Schutzfunktionen ausgestattete Erwerbsarbeitsverhältnisse älterer (männlicher) Arbeitnehmer ebenso mitausgehandelt wie die ausufernd wirkende Temporalität von Arbeitsverträgen, die auch für Betriebe ein paradoxes Problem darstellt. Denkt man beispielsweise daran, dass seit Jahren von der Arbeitgeberseite die Erhöhung von Forschungs- und Entwicklungsaufgaben (FuE) gefordert wird, fällt es auf, dass betriebliche Investitionen in die Weiterbildung von Arbeitskräften sehr gering ausfallen – kaum verwunderlich, wenn man Beschäftigte hat, deren Verträge teilweise für eine Woche oder sogar weniger abgeschlossen werden. Aus der europaweit höchsten Quote von Arbeitslosigkeit und der Notwendigkeit, Beschäftigung zu schaffen, wurde von politischer Seite auch die Soloselbstständigkeit als beschäftigungsfördernd erkannt. Diese, ja auch teilweise arbeitgeberähnlichen Beschäftigungsverhältnisse – stellen die gewerkschaftliche Repräsentation mit dem Globalanspruch, alle Beschäftigten zu vertreten, vor besondere Herausforderungen.

Diese Herausforderung wird unterschiedlich angenommen und umgesetzt. Die Comisiones obreras (CC.OO.) lösen diese Herausforderung nun, in dem sie sich strategisch auf abhängige Selbstständige in den Blick fokussiert. Abhängige Selbstständige geraten europaweit immer mehr in den gewerkschaftlichen Organisierungsblick (Choi 2004; Pernicka 2006). Mit der abhängigen Selbstständigkeit wird eine wirtschaftliche Abhängigkeit von einem oder mehreren Unternehmen als Risikolage konfiguriert. Sie fällt nicht mit der Scheinselbstständigkeit zusammen.

---

Betriebsratswahlen wird wieder um die Einflussssphäre auch auf der nationalen Ebene sichergestellt, in Form von Mitarbeit an den Sozialpakten, finanzielle Ausstattung etc.

Die katalanischen CC.OO. haben im Jahr 2000 während des siebten Kongresses ihrer Gewerkschaft die abhängigen Selbstständigen auf die Tagesordnung gesetzt. Diese Gruppe zeichne sich dadurch aus, dass sie vor allem über steuerliche Lasten und marktliche Risiken belastet sei, aber „keine Rechte“ (Expertinnengespräch mit Gewerkschaftssekretärin) habe. 2001 wurde dann im Hauptsitz der CC.OO. in Barcelona das für spanische Verhältnisse als Modellprojekt stehende FS TRADE in Katalonien auf den Weg gebracht. Bei FS TRADE sind drei Hauptamtliche in Vollzeitstellen beschäftigt, wovon eine eine Verwaltungsstelle ist. Die Schwierigkeiten bestanden und bestehen darin, mit einem „alle Sektoren umfassenden“ (Gewerkschaftssekretärin), sich auf abhängige Selbstständigkeit stützendes Kollektivkonstrukt, überhaupt in Kontakt zu treten. Angeschrieben und für Runde Tische eingeladen wurden deshalb Selbstständigenorganisationen und branchenspezifische Organisationen. Die abgedeckten Branchen reichen vom Transportwesen, über die Metallbranche, das Gesundheitswesen bis hin zu Übersetzungsdienstleistungen, freie WissenschaftlerInnen, neuen Technologien etc. Das vorrangige strategische Ziel ist die Verbesserung der rechtlichen und sozialen Lage abhängiger Selbstständiger. Über Zahlen konnte ich keine Auskünfte erhalten. D.h. es ist mir nicht klar geworden, wie viele Abhängige Selbstständige durch die Kampagne erreicht werden und welchen Branchen diese angehören, wie sie sozial zusammengesetzt sind etc.

Neben den Ansprechpartnern\_innen in der Verwaltungsstelle der CC.OO. gibt es Broschüren, die rechtliche, sozialversicherungsbezogene Belange branchenübergreifend und -spezifisch zugeschnitten informieren. Darin werden branchen- und sektorenübergreifende Serviceangebote für (wirtschaftlich) abhängige Selbstständige formuliert. Bei rechtlichen Neuerungen, die nur bestimmte Professionellengruppen betreffen, werden diese gesondert informiert. Die Rechtsberatung umfasst Unterstützung bei der Existenzgründung, über die mit bestimmten Rechtsformen verbundenen Risiken und Vorteile. Weiterhin setzen sich die FS TRADE-Mitarbeiter\_innen bündnisbezogen dafür ein, den offiziellen Status der abhängig Selbstständigen zu verbessern, sie überhaupt als existierende Gruppe anzuerkennen. Die unterbreiteten Vorschläge, die auf eine Verbesserung der sozialen

Absicherung hinauslaufen, sollen dazu beitragen, den sozialrechtlichen Status von abhängig Selbstständigen dem der abhängigen Erwerbsarbeit anzugleichen.

Initiativen auf staatlicher Ebene, wie die Überarbeitung des Arbeiterstatuts, in das die Rolle der abhängigen Selbstständigen explizit aufgenommen werden soll und die bereits im Senat eingebracht wurde, verweisen bereits auf vorgenommene überregionale Anstrengungen bei der Suche nach politischen Gestaltungsmöglichkeiten und Bündnispartnern\_innen.

Mit dem Ziel, die Prekarisierung der (Teil-)arbeitsmärkte zu bekämpfen, sind die CC.OO. angetreten. Allerdings braucht es hierbei einen langen Atem: so sind sie nach wie vor auf Katalonien beschränkt, wo sie sich aber auch mit Forderungen für Ihre Teilbereiche vor Wahlen und an anderen Stellen produktiv einbringen.<sup>85</sup>

Gewerkschaftsbezogene Vorschläge laufen darauf hinaus, neue Erwerbstätigen-  
gruppen mit in die betriebliche Interessenvertretung einzubeziehen. Für Zeit- und  
Leiharbeit laufen diese Organisierungsbemühungen denn auch an. Berufliche  
Selbstständigkeit explizit aufzunehmen, postuliert dennoch eher die Forschung  
und siedelt diese mit Schwerpunkt auf Weiterbildung zwischen Selbst- und Stell-  
vertretung an (vgl. Pongratz 2005). Das Austarieren zwischen Selbst- und Stell-  
vertretung zeigt sich aber auch bei den Beratungsangeboten. Christiane Schnell  
zeigt in ihrer informierten Dissertation am Beispiel des Journalismus wie sich be-  
rufspolitische Herangehensweisen und gewerkschaftliche Andockung in kollektive  
Handlungsstrategien übersetzen (s. Schnell 2007, 125 ff.). Dabei gab es zunächst  
eine starke Orientierung am Modell des männlichen, abhängigen Normalarbeits-  
verhältnis und daran orientierten sich Haustarifverträge für Freie in den öffentli-  
chen Rundfunkanstalten. Diese festen Freien verfügen über Urlaubsansprüche,  
feste Arbeitszeiten und über einen arbeitnehmerähnlichen Status.

---

<sup>85</sup> Vgl. <http://www.ccoo.cat/noticia/130873/the-fs-trade-ccoo-and-the-table-of-freelances-of-catalonia-send-to-the-political-strengths-21-proposals-to-improve-the-living-conditions-and-of-work-of-the-more-than-500000-catalan-freelances-#.WfX9Tlj4-Uk>, letzter Zugriff am 29.10.2017.



### 3.3 Freie und Selbstständige in Ver.di: mediafon

Ver.di ist die Gewerkschaft in Deutschland, in der Freie und Selbstständige maßgeblich organisiert sind. Seit 2000 wurden zunächst noch durch die IG Medien und – angeschoben durch eine Finanzierung durch das BMBF – auch Freie und Selbstständige im freien Kulturbereich angesprochen. Von zunächst 23.000 Freien und Selbstständigen ausgehend, wurden 2007 um die 30.000 Mitglieder aus verschiedenen Branchen erreicht mit Zuwächsen in den Fachbereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung und was kaum überrascht, besondere Dienstleistungen“ (bsp.weise Touristenführer\_innen, Honorarkräfte an Volkshochschulen etc). Von 2007 bis 2017 ist nach Aussage der Bereichsleiterin Veronika Mirschel, im Referat Selbstständige bei Ver.di die Mitgliederzahl der Freien und Selbstständigen stabil. Die Freien und Selbstständigen sind ebenso wie die Frauen und die Gruppen der Jugendlichen, Senioren, Erwerbslosen, Arbeiter\_innen und Migranten\_innen, in den relevanten gewerkschaftlichen Gremien mit Sitz und Stimme vertreten. Als eigene Gremien gibt es vereinzelte Bezirkskommissionen, Landeskommissionen und die Bundeskommission Selbstständige auf der bundesweiten Ebene. Auf europäischer Ebene finden Kooperationen in Forschungszusammenhängen mit CGIL<sup>86</sup> oder anderen nationalen Dienstleistungsgewerkschaften statt. Austausch erfolgt zu Europapolitik für Selbstständige und projektbezogene Forschungszusammenhänge, die an ETUI (European Trade Union Institute) andocken und von selbigem organisiert werden. ETUI ist das Forschungsinstitut des europäischen Gewerkschaftsbundes ETUC (European Trade Union Confederation).

Die Vertretung von Freien und Selbstständigen ist aus gewerkschaftlicher Perspektive kein klarer Selbstläufer, da es bei diesen Erwerbsformen in steigendem Maße keine klaren Arbeitgeber/nehmer\_innenpositionen gibt und selbst die Prekarisierung durch Ambivalenzen gekennzeichnet ist.<sup>87</sup> Weiterhin gibt es in der

---

<sup>86</sup> Das Akronym CGIL steht für Confederazione Generale Italiana del Lavoro. Dabei handelt es sich um eine italienische Gewerkschaft.

<sup>87</sup> Es ist fast ein Allgemeinplatz: es gibt Freiberufler\_innen, die über ein gutes Einkommen verfügen und verfestigt oder auftragsbezogen, Arbeitskraft einkaufen können und genauso

BRD den Trend, vor allem für hochqualifizierte und marktllich relativ gut positionierte Erwerbslagen eigenständige Organisationsstrukturen zu schaffen, woran die Gewerkschaft der Lokomotivführer (GdL)<sup>88</sup>, der Marburger Bund (Ärzte\_innen) und Cockpit (Pilot\_innen) im hiesigen Kontext denken lassen. Um Hochqualifizierte und die berufsbezogene Interessenvertretung von Selbstständigen und Freiberufler\_innen hat sich vor allem die Einzelgewerkschaft Ver.di bemüht, auch wenn beispielsweise die IG Metall ebenfalls IT-Freelancer und Hochqualifizierte (Ingenieure) organisiert.<sup>89</sup> Ver.di verfügt über die in den Einzelgewerkschaften umfangreichste und vermutlich ebenfalls zahlenstärkste Organisation von Freien und Selbstständigen. Weiterhin gibt es die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die allerdings vor allem Arbeitnehmer\_innen im Bildungssystem, von der frühkindlichen Erziehung und Bildung bis zu den Hochschulen adressiert. Während Ver.di qua Mitgliederstärke eine stärkere Handlungsmacht zugeschrieben werden kann, ist die GEW aktiv im Kleinen tätig und verfügt über spezialisiertere Expertise.

Besonders bedeutsam ist die Einrichtung Mediafon, die mit lokaler Konzentration in Hamburg aus Anstrengungen innerhalb der IG Medien hervorgegangen ist. Die vor allem aus dem Journalismus hervorgegangene Selbstvertretung verfügt über ein institutionelles Wissen und die Fähigkeit sich berufspolitisch zu organisieren. In Mediafon ist der Schwerpunkt deutlich weiter angelegt als bei den Comisiones Obreras in Spanien. Die Journalisten\_innen sind hierin nach wie vor sehr stark vertreten, allerdings treten verstärkt individuell ausgeklügelte Beratung, bei der die Technisierung und das individualisierte Arbeiten bereits mitgedacht sind. Konsequenterweise gibt es eine gute und aktuelle Internetpräsenz. Der Ratgeber, der gedruckt oder im Netz zur Verfügung steht, enthält Informationen zu Steuer-, So-

---

diejenigen, deren Planungssicherheit und Einkommen zwischen täglicher und Monatstaktung schwankt.

<sup>88</sup> Auch wenn gerade die GdL auf eine lange über 100-jährige Geschichte der Organisation von Lokomotivführer\_innen zurückblicken kann.

<sup>89</sup> Vgl. <http://freie.verdi.de/>

zial- und Vertragsrecht, Forderungen und Argumentationen, Musterformulare für Honorarverträge und vieles mehr. Er wird fortlaufend online aktualisiert. Die Serviceangebote umfassen Honorarseiten, auf denen sich die Selbstständigen über branchenübliche oder –empfehlenswerte Gehaltsstrukturen informieren können, Serviceangebote bei der Existenzgründungsphase Seminare zu den Themen Akquise, Präsentation und Steuern. Neben den Professionalisierungsbemühen gibt es bei arbeitnehmerähnlich (!) erbrachten Leistungen im Konfliktfall Rechtsberatung und bei Erfolgsaussicht Rechtsschutz. Das gestaltet sich gelegentlich kompliziert, da es durchaus Fälle gibt, in denen nicht klar entschieden werden kann, ob der/die Freie/Selbstständige eine arbeitnehmer- oder arbeitgeberähnliche Position vertritt. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Aufbau tragfähiger, virtuell vermittelter und konkreter Netzwerke, wovon die Selbstständigentage Rechnung zeugten, die allerdings Ende 2007 eingestellt wurden. Diese bundesweiten Konferenzen fanden jeweils in einer anderen, urbanen Region statt und sollten bei guter Nachfrage (mehr als 200 Teilnehmende im Dezember 2007) verstetigt werden. Sie wurden in Berlin, Köln und München durchgeführt. Allerdings war der Aufwand enorm und der Impuls, sich lokal zu vernetzen, wurde von den Teilnehmenden kaum umgesetzt lokal, so die Einschätzung des mit Durchführung und Organisation beauftragten Referats in Ver.di. Deshalb hat das Referat Selbstständige umgesteuert und führt jetzt Aktivengespräche durch. Darin werden etwa Fragen behandelt wie 1:1 -Gespräche aus dem Organizing-Modell heraus geführt werden können (zu Organizing Ansätzen: vgl. Schroth 2009). Diese Aktivengespräche finden auf Landesebene statt. Der erste Landesselbstständigentag in Berlin fand im Sommer 2017 statt, andere Orte sind Düsseldorf, Hamburg und Leipzig. Die Schwerpunkte im Referat Selbstständige bei Ver.di haben sich hin zu Fragen der Rentenversicherung oder des Umgangs mit Digitalisierung und Crowdfunding hin verschoben, weg von allgemeinen Serviceleistungen (wie mache ich meine Steuererklärung oder andere Fragen).

Ver.di hat zudem in den Fachgruppen selbst Anknüpfungspunkte in der Bundesverwaltung. Es gibt die Kunstfachgruppen. Menschen – Machen – Medien ist eine Zeitschrift für die Fachgruppen Rundfunk, Film, Audiovisuelle Medien sowie Jour-

nalismus und Theater. Es gibt Ansprechpartner/innen für Erwerbstätige in den Bereichen bildende Kunst und Musik.

### 3.4 Zusammenfassung

Deutlich wird trotz unterschiedlicher Zielgruppen, institutioneller Einbindungen und Hintergründen, dass der *Betrieb* für politische Forderungen als Gegenüber eine abnehmende Rolle spielt. Der *Staat* tritt als Adressat für Forderungen in den Mittelpunkt. Dies äußert sich beispielsweise in Form der Forderung nach einer Grundsicherung, die in Form des DGB-Konzepts der Bürgerversicherung bei Ver.di auch für Selbstständige vertreten wird. Dabei scheint nicht ausgemacht, dass die *eine Hand weiß, was die andere tut*. Bereits die intraorganisationale Vernetzung und Herstellung von Transparenz stellt in Ver.di eine Herausforderung dar. Die Vernetzung und Koordinierung *zwischen* Gewerkschaften über die Einzelgewerkschaft hinaus, steht denn auch gar nicht im Interesse, obwohl dies gerade für staatlich zu adressierende Forderungen Sinn machen könnte. Weiterhin ist die Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren\_innen, beispielsweise aus den sozialen Bewegungen, nicht gegeben. Auch die Überlegung, wie bestimmte Entwicklungen eben nicht nur nationalstaatlich angegangen werden können, sondern eventuell auch eine europäisch vernetzte Strategie bräuchten, finden meines Erachtens keinen Widerhall. Ob die Ansätze aus der spanischen, gewerkschaftlichen Regulierungsweise sinnvoll sein könnten oder insgesamt die Ansätze in Deutschland stärker bei den Freiberufler\_innen und Kulturschaffenden zur Kenntnis gelangen müssten, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Tatsächlich wäre ein höherer Regulierungsgrad vermutlich ein vielversprechender Schritt.

## Fazit

Im Zentrum der vorliegenden Studie stand die Frage nach dem arbeitspolitischen Potential von Kulturarbeit. Kulturarbeit umfasst im hier verstandenen Sinne sowohl selbstständige als auch abhängige Arbeit. Zunächst wurde gezeigt, wie komplex die rechtliche und statistische Verortung der Kulturarbeit ist und wie umfangreich sich die Vielfalt der Untersuchungsansätze – vor allem soziologischer und ethnographischer Provenienz – darstellt. Aus dem Überblick zum Forschungsstand habe ich folgende Leitfrage entwickelt: Welche arbeitspolitischen Anregungen lassen sich aus der Analyse kreativer Arbeit ableiten?

Dieser Leitfrage waren weitere Fragen zugeordnet: Wie lassen sich – handlungsbezogen – die Kulturarbeit strukturierenden politischen Ebenen darstellen? Worin liegen gegebenenfalls die grenzüberschreitenden Dimensionen, zum einen in Rückbindung an hiesige Erwerbsmärkte, zum anderen aber auch mit Blick auf eine perspektivisch europäische Fluchtlinie? Schließlich ist in der Studie die Verbindung zwischen struktureller, kollektiver und subjektbezogener Handlungsebene zentral, in der die arbeitspolitischen Überlegungen je eigene Relevanzsetzungen erhalten. Wie werden die Interdependenzen zwischen diesen Bereichen für die Kulturindustrie formulierbar?

Von der kreativen, freiberuflichen oder abhängigen Kulturarbeit als einer ‚anderen‘ Erwerbsarbeit lässt sich viel für die unselbstständige Arbeit lernen. Ein hoher Frauenanteil führt noch nicht zu einer geschlechtergerechten Arbeitswelt. So sind in der Berufszählung von 1950 bereits Frauen unter den ‚Publizisten‘ und in verschiedenen Feldern der Künste vertreten, und auch Eurostat zeigt, dass heute der Frauenanteil unter den Kulturschaffenden sogar höher ist als in der Gesamtwirtschaft: Allein das Gehaltsgefüge wird – wie die Daten der Künstlersozialkasse zeigen – davon nicht verändert. Vor dem Hintergrund insgesamt vergleichsweise geringer Jahreseinkommen in der Freiberuflichkeit, zeigt sich der Gender Pay Gap gewohnt hartnäckig – und das obwohl heutzutage viermal mehr Beschäftigte über die Künstlersozialkasse abgesichert werden als noch zu Beginn der 1990er Jahre. Es gehört zu den zentralen Einsichten der vorliegenden Studie, dass Prekarisierung auch in der Kulturarbeit ein weibliches Gesicht hat. Hier zeichnen sich

gar die Konturen einer Avantgarde der Prekarisierung ab, was es für zukünftige Forschung zu berücksichtigen gilt.

Anhand der Gründungsliteratur von Bögenhold wurde aufgezeigt, dass nicht von neuen Selbstständigen gesprochen werden kann, sondern es in regelmäßigen Abständen zu Gründungswellen kommt. Silvia Luber hat dabei im Rückblick auf die 1990er Jahre bereits festgestellt, dass dies zur Flexibilisierung von Arbeit genutzt wurde. Deutlich wurde hier auch, dass seit den 1990er Jahren große Hoffnungen in den Kulturmarkt gesetzt wurden, sei es um Strukturwandel und wegfallende Tätigkeitsfelder zu kompensieren, sei es um geschlechtergerechtere Arbeitsverhältnisse zu ermöglichen. Am Forschungsstand bemerkenswert ist die Diagnose des Profils der (selbstständigen) Kulturarbeiter\_innen: Hier wird zwar Hochqualifizierung attestiert, gleichzeitig aber auch eine vermeintlich geringe geschlechtsspezifische Differenzierung bescheinigt. Sowohl der qualitative als auch der quantitative Teil belegen die Einkommensunterschiede zu Lasten von Frauen. Das Einkommen ist insgesamt kaum existenzsichernd, und der Gender Pay Gap ist sogar höher als in der Gesamtwirtschaft. Die Künstlerkritik – hier folge ich Robert Castel (2000) – rückt damit in den Fokus der Sozialkritik, da hier eine Prekarisierung auf hohem kreativ-künstlerischen Niveau realisiert wird. Dies zeigt sich sowohl im Forschungsstand als auch im Sample. Der Eintritt in das Feld der Kulturarbeit speist sich zum Großteil aus dem Hochschulbereich. Im qualitativen Sample haben bis auf eine Ausnahme alle Interviewpartner\_innen eine tertiäre Ausbildung durchlaufen.

Das hat Konsequenzen: Der arbeitspolitisch mangelhaften Absicherung steht ein stärkerer Bedarf nach sozialer Absicherung gegenüber, was zur Hauptthese der Arbeit führt: Die Prekarisierung, als deren Avantgarde die Kulturarbeiter\_innen gekennzeichnet werden können, führt zu höherem sozialpolitischen Handlungsbedarf. Theoretisch ausführlich wurde daher zunächst der arbeitspolitisch und männlich verkürzte, wirkmächtige Arbeitspolitikbegriff von Berndt Keller diskutiert, um dem von Alexandra Scheele den Vorzug zu geben. Governance-Ansätze wurden diskutiert, um intermediäre Organisationen – hier Gewerkschaften – in die Analyse aufzunehmen. Institutionentheoretische Ansätze wurden durchforstet, um

zum einen die unabhängige Erwerbsarbeit, wie Sie bei Kulturarbeit regelmäßig auftritt, fassen zu können, aber auch um diese bearbeitbar zu machen. Dazu wurden verschiedene Ansätze diskutiert, unter anderem der Debatte der unterschiedlichen Kapitalismen (Varieties of Capitalism). Weil arbeitspolitische Konzepte in der Politikwissenschaft wenig ausgearbeitet sind, wurde schließlich ein soziologischer Ansatz bemüht, der abhängige und selbstständige Arbeit in den Blick nehmen kann. Ludger Pries folgend, wurden fünf erwerbsstrukturierende Institutionen ausgemacht: Das soziale Netzwerk, der Markt, der Beruf, die Organisation und das öffentliche Regime. Dieses Analyseraster nimmt die den Erwerb strukturierenden gesellschaftlichen Sphären in den Blick und macht diese – über die institutionenbezogene Fundierung – politikwissenschaftlich anschlussfähig.

Durch die kritische Rekonstruktion des sozialen Netzwerks Familie, des Marktes, des Berufs und der öffentlichen Regime wurde deutlich, dass Geschlecht und Bildung als zentrales Moment des Kulturschaffens darin nicht verortet sind. Deshalb habe ich vorgeschlagen, die Kategorien der Bildung/Ausbildung als Institution und des Geschlechts als Querschnittskategorie hinzuzufügen. Bildung speist sich aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräftefeldern, ist interdependent und wechselseitig verwoben mit anderen Bereichen. Im Kultursektor zeichnet sich dabei eine privilegierte Avantgarde der Prekarisierung ab: Sie ist in der Lage, wenig entfremdete, kreative-künstlerische Tätigkeiten auszuführen, gleichwohl von einer nicht oder nur in geringem Umfang vorhandenen ökonomischen Sicherheit geprägt und verfügt kaum über eine sozialen Absicherung im Krankheitsfall und Alter.

Um die Kategorie Geschlecht zu integrieren, habe ich mit dem Leitbild der Soziabilität gearbeitet, das in der Kontinuität des Ansatzes zur Humanisierung der Arbeit steht und diesem eine feministische Wendung gibt. Dazu wurden die erwerbsstrukturierenden Institutionen ergänzt durch die Soziabilität als Leitbild und Fluchtlinie. Dies wurde in ein Raster der Institutionen überführt. Soziabilität als arbeitspolitisches Leitbild zeichnet sich dadurch aus, dass geschlechtsblinde Ansätze etablierter Ansätze nicht perpetuiert werden und dass das Feld der Arbeits-

politik als durchlässig und verbunden mit anderen Politikfeldern – wie hier der Sozialpolitik – gedacht werden kann.

Die Ausrichtung der hier vorliegenden Studie ist politikwissenschaftlich, da sie sich in den Kontextualisierungskapiteln den marktlichen-politischen Rahmenbedingungen für das Feld der Kulturselbstständigkeit annähert und, theoretisch hergeleitet, das Neue der Kulturselbstständigkeit maßgeblich in verstärkten Governanceformen sieht. Sie folgt der Maßgabe, individuelle Marktnischen auszuloten und nach den Möglichkeiten einer netzwerkförmigen Absicherung zu suchen. Deshalb ist es sinnvoll, in nationalstaatlich nicht beschreibbaren lokalen Kontexten zu verbleiben.

Die empirische Analyse besteht aus einem subjektbezogenen, qualitativen Teil, einem quantitativen Teil und einem auf Basis von Expertengesprächen und dokumentarischer Analyse verfertigten dritten Teil. Das Besondere des Samples ist, dass es sich aus Interviewpartner\_innen zusammensetzt, die aus unterschiedlichen Teilmärkten der Kulturwirtschaft stammen und zwar aus den Städten Frankfurt am Main und Madrid. Möglich wird es dadurch, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Teilbranchen und lokalen Kontexten auszuloten. Die empirische Basis der Studie stammt aus der Zeit von 2005 bis 2017. Die Einsichten, die dem älteren qualitativen Teil entspringen, wurden in Gesprächen mit Betroffene aus dem Feld noch einmal diskutiert (und dabei im Grundsatz bestätigt), so dass vieles dafür spricht, dass die Resultate im Kern fortgeschrieben werden könnten.

Theoretisch ausgelotet wurde auch das analytische Potential des arbeitspolitischen und des Governance-Ansatzes. Die zentrale These des ersten Teilkapitels lautet, dass diese Ansätze zwar weit aufgefächert sind, was die ökonomisch-politischen Akteur\_innen und Institutionen anbetrifft. Trotzdem bleiben sie gerade aus genderkompetenter Sicht kritisierbar, da geschlechtsspezifische Strukturierungen weder durch den Arbeitsmarkt, noch durch die Politik in den Blick geraten. Vor dem Hintergrund der hier ausgeführten subjektbezogenen Strategien, konnte jedoch gezeigt werden, dass es unterschiedliche Formen der Organisation und Vernetzung gibt. Der Gender Pay Gap wird, wie bereits erwähnt, fortgeschrieben,



wodurch der Raum der Kulturarbeit – trotz hoher Beteiligungsquoten von Frauen – keineswegs ein Raum ist, in dem mehr Geschlechtergerechtigkeit zu erwarten ist. Gleichwohl ist die Kulturarbeit auch als neoliberales Laboratorium zu begreifen, da Hochqualifizierte eher prekär arbeiten und der prekäre Bereich, wie es die Daten der Künstersozialkasse nahe legen, stärker an Bedeutung gewonnen hat. Aus der soziologisch geprägten Analyse zu erwerbsstrukturierenden Institutionen und genderkompetenter Arbeitsforschung können in Bezug auf den Gegenstand der Kulturarbeit folgende Schlussfolgerungen gezogen werden.

1. Arbeitspolitischer Wandel im und durch das Feld der Kulturselbstständigkeit kann dadurch inspiriert werden, dass den Analysekategorien der strukturgebenden Institutionen – wie soziales Netzwerk, Markt, Beruf, Organisation und öffentliches Regime – eine geschlechterkompetente Analyse zugrunde gelegt wird. Nur dann wird deutlich, dass diese klassischerweise getrennten Sphären von Öffentlichkeit (öffentliches Regime und Markt) und Privatheit (Familie/soziales Netzwerk) nicht aufrecht erhalten werden können, da sie sowohl die ökonomische Logik in der familialen Sphäre ausblenden als auch die soziale Einbettung der ökonomischen und politischen Sphäre unterbelichten. Gleichzeitig wird auch die Gegenüberstellung von Politik und Ökonomie brüchig, wie in den Ansätzen zu (Global) Governance nachgezeichnet wurde und auch bei GendA und den Arbeiten in der Nachfolge immer wieder betont wird (Scheele 2008).
2. Zivilgesellschaftliche Akteur\_innen wie sie unter anderem in den Arbeitsbeziehungen auftreten (Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Lobbyisten), sind demnach sozial eingebettet in das öffentliche Regime und bearbeiten die als ‚aktuelle Probleme‘ akzentuierten Themenfelder in der Praxis.
3. Soziale Arbeit als Leitbild ist weiter gefasst als herkömmliche arbeitspolitische Ansätze. Sie bezieht geschlechterpolitische Aspekte systematisch in die Analyse mit ein und berücksichtigt Politikfelder der Sozialpolitik und verwandter Bereiche, die einer ‚Humanisierung‘ der Arbeit entgegen ste-

hen. Soziale Arbeit ist demnach eine geschlechterpolitische Weiterentwicklung von Ansätzen zur Humanisierung der Arbeit.

Wenn die den Erwerb strukturierenden Institutionen maßgeblich das Erwerbsarbeiten mitgestalten, muss eine soziale Arbeitspolitik mitbedenken, welche Folgen Veränderungen der politischen Steuerung von Familie und Markt mit sich bringen. Deutlich wird durch die Interviews auch, dass andere Politikfelder berührt werden. Die hochaktuelle Brisanz auf dem Wohnungsmarkt, nach der Wohnen verstärkt zum Spekulationsobjekt wird, müsste dem Rechnung tragen. Zuvörderst – und das zeigen die qualitativen Interviews – stehen die soziale Absicherung und die Absicherung im Alter im Fokus.

## Literaturliste

- Aguiar Losada, E., 2014: Las Industrias Culturales y Creativas en España. Working Paper #2014/13. <http://www.uam.es> (letzter Zugriff am 01.10.2017).
- Ahlheim, K. (Hg.), 2007: Die Gewalt des Vorurteils. Reihe Politik und Bildung. Schwalbach/Ts.
- Altenhof, R., 2002: Die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages. Wiesbaden.
- Antcliff, V./Saundry, R./Stuart, Mark, 2007: Networks and social capital in the UK television industry: The weakness of weak ties. In: Human Relations, 60. Jg., Heft 371, 371– 393.
- Aspers, P., 2007: Wissen und Bewertung auf Märkten. In: Berliner Journal für Soziologie, 17. Jg., Heft 4, 431–449.
- Aulenbacher, B., 2017: Caring for a Better World? Über Care, Kapitalismus und die Soziologie. In: Aulenbacher, B./Burawoy, M./Dörre, K./Sittel, J. (Hg.): Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft. Frankfurt am Main/New York: Campus, 84 – 98.
- Bandhauer-Schöffmann/Bendl, R. H., 2000: Unternehmerinnen. Geschichte & Gegenwart selbständiger Erwerbstätigkeit von Frauen. Frankfurt am Main/Berlin/Bern/Bruxelles/Wien.
- Beckmann, S., 2008: Geteilte Arbeit? Männer und Care-Regime in Schweden, Frankreich und Deutschland. Münster.
- Behning, U., 1997: Das Private ist ökonomisch. Berlin.
- Bendixen, P., 2002: Markt und kulturelle Kompetenz – Neue Dienstleistungen und hybride Arbeitsformen von Künstlern und Kulturschaffenden. Pientak, E./Sieben, G./Timmerberg, V. (Hg.): Neue Dienstleistungen und Kultur. Lohmar/Köln, Eul: 213–255.
- Berger, P. L./Luckmann, T., 2013: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. 13. Auflage. Frankfurt am Main.
- Berking, H./Löw, M., 2008: Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung. Frankfurt am Main.

- Berndt, C./Goeke, P./Lindner, P./Neisen, V., 2008: 1. Kreativwirtschaftsbericht Frankfurt am Main.
- Bertram, O., 2004: Die sozialversicherungsrechtliche Gewährleistung der Niederlassungsfreiheit der Freien Berufe in Europa. Anforderungen an die Reichweite der VO (EWG) Nr. 1408/71 über die Soziale Sicherheit von Selbständigen. Baden-Baden.
- Betzelt, S., 2006: Flexible Wissensarbeit: Alleindienstleisterinnen zwischen Privileg und Prekarität. ZeS-Arbeitspapier 03/2006.
- , 2002: Soziale Sicherung ‚neuer‘ Selbständiger: Reformperspektiven im Spiegel europäischer Nachbarstaaten. ZeS-Arbeitspapier 10/2002.
- Bieling, H.-J./Lerch, M. (Hg.), 2006: Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden.
- Bock, G./Duden, B., 1977: Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit: Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In: Tröger, A. (Hg.): Frauen und Wissenschaft: Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen. Juli 1976. Berlin, 118-199.
- Boes, A./Trinks, K., 2006: „Theoretisch bin ich frei!“ Interessenhandeln und Mitbestimmung in der IT-Industrie. Berlin.
- Bögenhold, D., 1996: Das Dienstleistungsjahrhundert. Kontinuitäten und Diskontinuitäten in Wirtschaft und Gesellschaft. Stuttgart: Enke.
- , 1994: Von Dämonen zu Demiurgen? Zur (Re-)Organisation des Unternehmertums in Marktwirtschaften. Berlin.
- , 1987: Der Gründerboom. Realität und Mythos der neuen Selbständigkeit. Frankfurt/New York, Campus Verlag.
- Bögenhold, D. (Hg.), 1999: Unternehmensgründung und Dezentralität. Renaissance der beruflichen Selbständigkeit in Europa? Wiesbaden.
- Bögenhold, D./Fachinger, U., 2004: Struktureller Wandel selbständiger Erwerbsarbeit: Analyse auf der Grundlage der Scientific Use Files der Mikrozensen. ZeS-Arbeitspapier 3/2004.

- Bögenhold, D./Leicht, R., 2000: Neue Selbständigkeit und Entrepreneurship: Moderne Vokabeln und damit verbundene Hoffnungen und Irrtümer. In: WSI-Mitteilungen, Heft 12/2000, 779–787.
- Bögenhold, D./Schmidt, D. (Hg.), 1999: Eine neue Gründerzeit? Die Wiederentdeckung kleiner Unternehmen in Theorie und Praxis. Amsterdam.
- Bogner, A./Littig, B./Menz, W. (Hg.), 2005: Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Wiesbaden.
- Bologna, S., 2007: Selbstorganisation. Berlin.
- , 2006: Die Zerstörung der Mittelschichten. Thesen zur neuen Selbständigkeit. Graz.
- Boltanski, L./Chiapello, È., 2003: Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz.
- Bourdieu, P., 1998: Prekarität ist überall. In: Bourdieu, P. (Hg.): Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz, 96–102.
- , 1997a: Das Elend der Welt. Konstanz.
- , 1997b: Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital. In: Bourdieu, P. : Die verborgenen Mechanismen der Macht. In: P. Bourdieu. Hamburg, 49–79.
- Bröckling, U., 2013: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Neue Ausgabe. Frankfurt am Main.
- , 2007: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main.
- Bührmann, A./Pongratz, H.-J. (Hg.), 2010: Prekäres Unternehmertum. Unsicherheiten von selbstständiger Erwerbstätigkeit und Unternehmensgründung. Wiesbaden.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie/Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien/Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung (Hg.), 2014: Monitoring zu ausgewählten wirtschaftlichen Eckdaten der Kultur- und Kreativwirtschaft 2013.

- Bundesregierung/Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hg.), 2009: Gesamtwirtschaftliche Perspektiven der Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland. Forschungsbericht Nr. 577.
- Caliendo, M./Kritikos, A./Wießner, F., 2006: Existenzgründungsförderung in Deutschland – Zwischenergebnisse aus der Hartz-Evaluation.
- Castel, R., 2000: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz.
- Castel, R./Dörre, K., 2009: Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main/New York.
- Cerezo M. u.a., 2004: Los „Falsos Autónomos“. Normas y prácticas. Jaén.
- Choi, H.-L., 2004: Organisierung der Unorganisierbaren. Bericht aus italienischen Gewerkschaften. In: Das Argument, Heft 256, 428–439.
- Correll, L., 2010: Anrufungen zur Mutterschaft. Eine wissenssoziologische Untersuchung von Kinderlosigkeit. Münster.
- , 2005: Arbeit und andere Lebensbereiche - „irgendwie vermischt sich das sehr“. Fallorientierte Überlegungen zu subjektorientierter Soziabilität. In: Kurz-Scherf, I./Correll, L./Janczyk, S. (Hg.): In Arbeit: Zukunft. Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt in ihrem Wandel. Münster, 123 – 138.
- Crompton, R., 2002: Erwerbsarbeit und Sorgearbeit – Rekonfiguration von Geschlechterverhältnissen in England, Frankreich und Norwegen. Zukunft der Arbeit und Geschlecht. Diskurse, Entwicklungspfade und Reformoptionen im internationalen Vergleich. In: Gottschall, K./Pfau-Effinger, B. (Hg.): Zukunft der Arbeit und Geschlecht: Diskurse. Entwicklungspfade und Reformoptionen im internationalen Vergleich. Opladen, 137–160.
- Dangel-Vornbäumen, 2010: Freischaffende Künstlerinnen und Künstler. Modernisierungsavantgarde für prekäres Unternehmertum? In: Bührmann, A./Pongratz, H.-J. (Hg.): Prekäres Unternehmertum. Unsicherheiten von selbstständiger Erwerbstätigkeit und Unternehmensgründung. Wiesbaden, 137 – 165.

- De Beauvoir, S., 1972: Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau. 4. Auflage. Hamburg (Titel der Originalausgabe: Le Deuxième Sexe, Paris 1949).
- De Certeau, M., 1998 : Kunst des Handelns. Berlin.
- Deneke, V., 1956: Die freien Berufe. Stuttgart.
- Denninger, T./van Dyk, S./Lessenich, S./Richter, A., 2014: Leben im Ruhestand. Zur Neuverhandlung des Alters in der Aktivgesellschaft. Bielefeld.
- Di Pasquale, V., 2008: Betriebliche und arbeitsmarktpolitische Strategien zur präventiven Beschäftigungssicherung. Frankfurt am Main.
- Diezinger, A./Kitzer, H./Anker, I./Bingel, I./Haas, E./Odierna, S. (Hg.), 1994: Erfahrung mit Methode. Freiburg im Breisgau
- Dingeldey, I., 2005: Wandel von Governance im Sozialstaat. Zur Implementation aktivierender Arbeitsmarktpolitik in Deutschland, Dänemark und Großbritannien. TranState Working Papers 12. <http://www.iaw.uni-bre-men.de/ccm/profiles/dingeldey/publications/com.arsdigita.cms.contenttypes.WorkingPaper-id-3446139> (letzter Zugriff am 25.09.2017).
- Dingeldey, I./Holtrup, A./Warsewa, G. (Hg.), 2015: Wandel der Governance der Erwerbsarbeit. Wiesbaden.
- Dörre, K., 2014: Sozialkapitalismus und Krise. Von der inneren Landnahme zu äußerer Dominanz. In: Dörre, K./Jürgens, K./Matuschek, I. (Hg.): Arbeit in Europa. Marktfundamentalismus als Zerreißprobe. Frankfurt am Main, 25 – 49.
- , 2005: Prekarität – Eine arbeitspolitische Herausforderung. WSI-Mitteilungen, Heft 5/2005, 250–258.
- Durkheim, E., 1996 [1886]: Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften. 2. Auflage. Frankfurt am Main.
- Ebbinghaus, B./Visser, J., 1997: Der Wandel der Arbeitsbeziehungen im westeuropäischen Vergleich. In: Hradil, Stefan (Hg.): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen, 333–376.
- Egbringhoff, J., 2003: Wenn die Grenzen fließen. Zur individuellen Rekonstruktion von „Arbeit“ und „Leben“ von Ein-Personen-Selbständigen. In: Gottschall,

- K/Günter G. (Hg.): Entgrenzung von Arbeit und Leben. Zum Wandel der Beziehung von Erwerbstätigkeit und Privatsphäre im Alltag. München/Mering: Rainer Hampp Verlag.
- Enquete-Kommission (Berlin), 2007: Schlussbericht Kultur in Deutschland, Bundestagsdrucksache 16/7000.
- Ertl, R., 2006: Daten und Fakten zur Kulturwirtschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 34-35, 17–23.
- Esping-Andersen, G., 1990: The three worlds of welfare capitalism. Oxford.
- Espuig, F., 2014: Einwanderung aus Spanien nach Deutschland. Mythen und Realitäten. In: Tölle, H./Schreiner, R. (Hg.): Migration und Arbeit in Europa: Köln.
- Europäische Kommission, 2010: Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen. Bewertung der Lissabon-Strategie.  
[http://ec.europa.eu/archives/growthandjobs\\_2009/](http://ec.europa.eu/archives/growthandjobs_2009/) (letzter Zugriff am 17.09.2017).
- Eurostat, 2011a: Cultural statistics. Pocketbook.  
<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/3930297/5967138/KS-32-10-374-EN.PDF/07591da7-d016-4065-9676-27386f900857?version=1.0> (letzter Zugriff am 13.10.2017).
- , 2011b: Cultural statistics 2011. In: Eurostat. News Release 55/2011.
- Euteneuer, M., 2011: Unternehmerisches Handeln und romantischer Geist. Selbstständige Erwerbsarbeit in der Kulturwirtschaft. Wiesbaden
- Fernández Steinko, A., 2004: Work, firms and social embeddedment within Spanish New Economy.
- Flick, U., 2004: Triangulation. Eine Einführung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- , 1999: Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften. Reinbek bei Hamburg.
- Florida, Richard, 2012: The Rise of the Creative Class. 2. Auflage. Philadelphia.



- Frade, C./Darmon, I., 2005: Recommodification of labour? New modes of business organization and precarious employment: towards the recommodification of labour? In: Journal of European Social Policy, 15. Jg, Heft 2, 107–121.
- Frank, S./Gehring, P./Griem, J./Haus, M., 2014: Städte unterscheiden lernen. Zur Analyse interurbaner Kontraste. In: Forschungsschwerpunkt „Stadtforschung“ an der TU Darmstadt (Hg.): Interdisziplinäre Stadtforschung. Band 19. Frankfurt/New York, 394 – 410.
- Friebe, H./Lobo S., 2006: Wir nennen es Arbeit. Die digitale Bohème oder Intelligentes Leben jenseits der Festanstellung. München.
- Funder, Maria/Sproll, Martina, 2012: Symbolische Gewalt und Leistungsregime. Geschlechterungleichheit in der betrieblichen Arbeitspolitik. Münster.
- García Tabuenca, A., 2007: Actividad emprendedora e industria creativa. Economistas 25 (112), 69–77.
- Geißel, B., 1999: Politikerinnen. Politisierung und Partizipation auf kommunaler Ebene. Opladen: Leske + Budrich.
- Glaser, B.G./Strauss, A., 1998: Grounded Theory. Bern u.a.
- Goodwin, M./Painter, J., 1996: Local Governance, the Crises of Fordism and the Changing Geographies of Regulation. In: Transactions of the Insititue of British Geographers, 21. Jg., Heft 4, 635–648.
- Gottschall, K./Kroos D., 2003: Self-Employment in Germany and the UK. Labor Market Regulation, Risk-Management and Gender in Comparative Perspective. ZeS-Arbeitspapier 13/2003.
- Gottschall, K./Voß G.G., 2003: Entgrenzung von Arbeit und Leben. München/ Mering.
- Granovetter, M. S., 1973: The Strength of Weak Ties. In: American Journal of Sociology, 78. Jg., Heft 6, 1360 - 1380.
- Grözinger, G. u.a., 2006: Die Teilhabegesellschaft. Modell eines neuen Wohlfahrtsstaates. Frankfurt/New York.
- Grubner, B./Henninger, A./Birkle, C., 2016: Freiheit. Zur Problematik eines großen Begriffs und der Notwendigkeit, ihn (gerade jetzt) nicht aufzugeben. In: Grub-

- ner, B./Henninger, A./Birkle, C. (Hg.): Feminismus und Freiheit. Geschlechterkritische Neuaneignungen eines umkämpften Begriffs. Sulzbach Taunus, 7 – 48.
- Haak, C./Schmid G., 2001: Arbeitsmärkte für Künstler und Publizisten: Modelle der künftigen Arbeitswelt? In: Leviathan, 29. Jg., Heft 2, 156–178.
- Habermas, Jürgen, 1981: Theorie des kommunikativen Handelns. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Band 2. Frankfurt.
- Hall, P., 2000: Creative Cities and Economic Development. In: Urban Studies, 37. Jg., Heft 4, 639–649.
- Hamann, K./Martinez Lucio, M., 2003: Strategies of Union Revitalization in Spain: Negotiating Change and Fragmentation. In: European Journal of Industrial Relations, 9. Jg., Heft 1, 61–78.
- Hamann, K./Martinez Lucio, M., 2007: Trade Union Revitalisation in Spain. In: Phelan, C. (Hg.): Trade Union Revitalisation. Trends and Prospects in 34 Countries. Oxford/Bern/Berlin/Brüssel/Frankfurt am Main/New York/Wien:, 199–212.
- Harders, C., 2002: Staatsanalyse von unten: Urbane Armut und politische Partizipation in Ägypten. Mikro- und mesopolitische Analysen unterschiedlicher Kairoer Stadtteile. Hamburg.
- Henninger, A., 2003: Innovationsstrategien in der Softwarebranche: Das Beispiel einer ländervergleichenden Studie mit qualitativen Methoden. In: Pickel, S./Pickel, G./ Lauth, H.-J./Jan, D. (Hg.): Vergleichende Politikwissenschaftliche Methoden. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 317–332.
- Henninger, A./Mayer-Ahuja, N., 2005: Arbeit und Beschäftigung in den Hamburger „Creative Industries“: Presse/Verlagswesen, Film/Rundfunk, Design, Werbung/Multimedia und Software/IT-Dienstleistungen.
- Hesmondhalgh, D./Baker, S., 2011: Creative Labour. Media work in three cultural industries. New York/London.
- HessenAgentur, 2016: Datenreport 2016. Kultur- und Kreativwirtschaft in Hessen.

- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (Hg.): Kulturwirtschaft in Hessen. 1. Hessischer Kulturwirtschaftsbericht.
- Hettlage, R., 2004: Von Gastarbeiterinnen zu Gründerinnen. Migrantinnen als Unternehmerinnen in der Schweiz. In: Fenske, M./Eggeling, T. (Hg.): Geschlecht und Ökonomie. Beiträge der 10. Arbeitstagung der Kommission für Frauen- und Geschlechterforschung der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde. Göttingen, 97–117.
- Hildebrandt, E. (Hg.), 2000: Reflexive Lebensführung. Zu den sozialökologischen Folgen flexibler Arbeit. Berlin.
- Holst, H./Aust A./Pernicka S., 2008: Kollektive Interessenvertretung im strategischen Dilemma – Atypisch Beschäftigte und die „dreifache“ Krise der Gewerkschaften. In Zeitschrift für Soziologie, Jg. 37, Heft 3, 158-176.
- Huguet Roig, A., 1998: Segmentación en el Mercado de Trabajo Español. Madrid.
- Illouz, E., 2007: Gefühle in Zeiten des Kapitalismus. Adorno-Vorlesungen 2004. Frankfurt am Main.
- ILO, 1993: Resolution concerning the International Classification of Status in Employment (ICSE), adopted by the Fifteenth International Conference of Labour Statisticians. [http://www.ilo.org/global/statistics-and-databases/standards-and-guidelines/resolutions-adopted-by-international-conferences-of-labour-statisticians/WCMS\\_087562/lang--en/index.htm](http://www.ilo.org/global/statistics-and-databases/standards-and-guidelines/resolutions-adopted-by-international-conferences-of-labour-statisticians/WCMS_087562/lang--en/index.htm) (letzter Zugriff am 22.10.2017).
- ISTAS, 2015: <http://www.istas.net/web/index.asp?idpagina=1235> (letzter Zugriff am 22.10.2017).
- Jackson, G./Deeg, R., 2006: How many Varieties of Capitalism? Comparing the comparative institutional analyses of capitalist diversity. Köln.
- Janczyk, S., 2009: Arbeit und Leben: Eine spannungsreiche Ko-Konstitution. Zur Revision zeitgenössischer Konzepte der Arbeitsforschung. Münster.
- , 2005: Arbeit, Leben, Soziabilität. Zur Frage von Interdependenzen in einer ausdifferenzierten (Arbeits)Gesellschaft. In: Kurz-Scherf I./Correll, L./Janczyk,

- S. (Hg.): In Arbeit: Zukunft. Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt in ihrem Wandel. Münster, 104–122.
- Janczyk, S./Correll, L./Lieb, A., 2003: Quo vadis Arbeit? Jenseits verengter Perspektiven und Deutungsmuster. GendA – Netzwerk feministische Arbeitsforschung (Hg.): Discussion Paper 1/2003 [http://www.unimarburg.de/fb03/genda/publikationen/dispsaps/index\\_html](http://www.unimarburg.de/fb03/genda/publikationen/dispsaps/index_html) (letzter Zugriff am 26.11..2017).
- Jung, T./Lieb, A./Reusch, M./Scheele, A./Schoppengerd, S. (Hg.), 2014: In Arbeit: Emanzipation. Feministischer Eigensinn in Wissenschaft und Politik. Münster.
- Jungbauer-Gans, M., 1993: Frauen als Unternehmerinnen. Eine Untersuchung der Erfolgs- und Überlebenschancen neugegründeter Frauen- und Männerbetriebe. Frankfurt am Main/Berlin/Bern/New York/Paris/Wien.
- Jurczyk, K./Rerrich, M. (Hg.), 1993: Die Arbeit des Alltags. Beiträge zu einer Soziologie der alltäglichen Lebensführung. Freiburg im Breisgau.
- Kalkowski, Peter, 2004: Zur Regulation von Wissensarbeit – Explizite und implizite Vertragsverhältnisse. In: SOFI-Mitteilungen, Heft 32, 103–109.
- Keller, B., 2008: Einführung in die Arbeitspolitik. Arbeitsbeziehungen und Arbeitsmarkt in sozialwissenschaftlicher Perspektive. 7. völlig überarb. Auflage. München.
- Klinger, C., 2000: Die Ordnung der Geschlechter und die Ambivalenz der Moderne. [http://www.uni-tuebingen.de/fileadmin/Uni\\_Tuebingen/Fakultaeten/Philosophische\\_Fakultaet/Dokumente/Downloads/ver%C3%B6ffentlichungen/klinger-modpol.pdf](http://www.uni-tuebingen.de/fileadmin/Uni_Tuebingen/Fakultaeten/Philosophische_Fakultaet/Dokumente/Downloads/ver%C3%B6ffentlichungen/klinger-modpol.pdf) (letzter Zugriff am 19.10.2017).
- Knapp, G.-A./Landwehr, H., 1995: Interdisziplinarität in der Frauenforschung: Ein Dialog. In: L'Homme. Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft. Interdisziplinarität, 6. Jg., Heft 2, 6–38.
- Knapp, G.-A./Wetterer, A., 2003: Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II. Münster.

- Kocyba, H., 2005: Selbstverwirklichungszwänge und neue Unterwerfungsformen. Paradoxien der Kapitalismuskritik. In: Subaro (Hg.): Ökonomie der Subjektivität – Subjektivität der Ökonomie. Berlin, 79–93.
- Köhler, H.D., 2004: Arbeitsmarkt und Arbeitsbeziehungen in Spanien zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Bernecker, W.L./Dirscherl, K. (Hg.): Spanien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt am Main, 397-414.
- König, R./Silbermann, A., 1964: Der unversorgte selbständige Künstler. Köln/Berlin.
- Kratzer, N./Sauer, D., 2003: Andere Umstände – Neue Verhältnisse: Ein Orientierungsversuch für Arbeitsforschung und Arbeitspolitik. In: WSI-Mitteilungen, 56. Jg., Heft 10/2003, 578–584.
- Kräuter, M., 2005: Geisteswissenschaftler als Gründer. Bonn, Nürnberg.
- , 2002: Existenzgründung in Kultur- und Medienberufen. Nürnberg.
- Krippner, G. M., 2001: The elusive market. Embeddedness and the paradigm of economic sociology. In: Theory and Society, Heft 30, 775–810.
- Kurz-Scherf, I., 2012: „The Great Transformation“ - Ausstieg aus dem Kapitalismus? Ein Plädoyer für feministischen Eigensinn in den aktuellen Krisen- und Kritikdynamiken, in: Kurz-Scherf, I./ Scheele, A. (Hg.): Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht. Münster, S. 81 – 107.
- , 2007: Soziabilität – auf der Suche nach neuen Leitbildern der Arbeits- und Geschlechterpolitik. In: Aulenbacher, B./Funder, M./Jacobsn, H./Völker (Hg.): Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Wiesbaden, 269 – 284.
- , 2005: Die Zukunft der Arbeit innovativ mitgestalten. GendA – Netzwerk feministische Arbeitsforschung (Hg.): Discussion Paper 18/2005. [http://www.unimarburg.de/fb03/genda/publikationen/disps/dispap\\_18-2005.pdf](http://www.unimarburg.de/fb03/genda/publikationen/disps/dispap_18-2005.pdf) (letzter Zugriff am 26.11.2017).

- Kurz-Scherf, I./ Scheele, A., 2012: Macht oder ökonomisches Gesetz? Einleitung. In: Kurz-Scherf, I./ Scheele, A. (Hg.): Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht. Münster, 7 – 19.
- Kurz-Scherf, I./Lepperhoff, J./Rudolph, C., 2003: Geschlechterperspektiven auf den Wandel von Arbeit. In: WSI Mitteilungen, 56. Jg., Heft 10/2003, 585–590.
- Kurz-Scherf, I./Zeuner, B., 2001: Politische Perspektiven der Gewerkschaften zwischen Opposition und Kooperation. Für eine neue Debatte über alte Grundwerte. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 52. Jg., Heft 3, 146–160.
- Lange, B./Steets, S., 2002: Verortung von Szenen – Raumkonstruktionsprozesse durch Culturepreneurs in Frankfurt am Main. Subjektivität in der Stadtforschung. In: Hasse, J. (Hg.): Verortung von Szenen – Raumkonstruktionsprozesse durch Culturepreneurs in Frankfurt am Main. Frankfurt am Main, 199–244.
- Laszlo, S., 2005: Self-employment Earnings and Returns to Education in Rural Peru. In: The Journal of Development Studies, 41. Jg., Heft 7, 1247–1287.
- Lessenich, S., 1995: Wohlfahrtsstaat, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik in Spanien. Eine exemplarische Analyse postautoritären Wandels. Opladen.
- Lewis, J., 1997: Bezahlte Arbeit, unbezahlte Arbeit und wohlfahrtsstaatliche Leistungen. Feministische Perspektiven auf die zentrale Bedeutung weiblicher Fürsorgearbeit in modernen Wohlfahrtsstaaten. Berlin.
- Lieb, A., 2005: Demokratische Leerstelle Arbeit. In: Kurz-Scherf, I./Correll, L./Janczyk S. (Hg.): In Arbeit: Zukunft. Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt in ihrem Wandel. Münster, 172–188.
- Lieb, A., 2009: Demokratie: ein politisches und soziales Projekt? Zum Stellenwert von Arbeit in zeitgenössischen Demokratiekonzepten. Münster.
- Loos, P./Schäffer, B., 2001: Das Gruppendiskussionsverfahren. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendung. Opladen.
- Lope, A./Gibert, F./Ortiz de Vallacian, D., 2002: Atajar la precariedad laboral. Barcelona.

- Löw, C., 2009: Frauen aus der Dritten Welt und Erkenntniskritik? Die postkolonialen Untersuchungen von Gayatri C. Spivak zu Globalisierung und Theorieproduktion. Sulzbach Taunus.
- Luber, S., 2003: Berufliche Selbständigkeit im Wandel. Ein Vergleich der sozialen und wirtschaftlichen Struktur Selbständiger in Deutschland und Großbritannien.
- Lutz, H., 2008: Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung. Opladen.
- Lütz, S., 2006: Einleitung: Governance in der politischen Ökonomie. In: Lütz, S. (Hg.): Governance in der politischen Ökonomie. Struktur und Wandel des modernen Kapitalismus. Wiesbaden, 13–55.
- Malo, M. (Hg.), 2004: Nociones comunes. Experiencias y ensayos entre investigación y militancia. Madrid.
- Mandel, B., 2007: Die neuen Kulturunternehmer. Ihre Motive, Visionen und Erfolgsstrategien. Bielefeld.
- Manske, A., 2007: Prekarisierung auf hohem Niveau. Eine Feldstudie über Alleinunternehmer in der IT-Branche. München/Mering.
- Manske, A., 2016: Kapitalistische Geister in der Kreativwirtschaft. Kreative zwischen wirtschaftlichem Zwang und künstlerischem Drang. Bielefeld.
- Marchart, O. (Hg.), 2013: Facetten der Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Verhältnisse. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Prekarisierung von Arbeit und Leben.
- Martens, H., 2005: Nach dem Ende des Hype – Zwischen Interessenvertretungsarbeit und Arbeitspolitik. Primäre Arbeitspolitik und Interessenvertretung in der informational Ökonomie. Münster.
- Martin, S./Resch, C. (Hg.), 2014: Kulturindustrie und Sozialwissenschaften. Münster.
- Mayer, M., 1997: Berlin – Los Angeles. Berlin auf dem Weg zur ‚Global City‘? In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 109, 27. Jg., Heft 4, 519–543.

- Mayer-Ahuja, N., 2003: Wieder dienen lernen? Vom westdeutschen „Normalarbeitsverhältnis“ zu prekärer Beschäftigung seit 1973. Berlin.
- Mayring, Philipp, 2000: Qualitative Inhaltsanalyse. Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research, 1. Jg., Heft 2. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0002204> (letzter Zugriff am 20.10.2017).
- Mazari, S., 2008: Vernetzung: ja – Gewerkschaft: nein!? Von vernetzten Kulturselbstständigen und Herausforderungen bei der Interessenvertretung *neuer Selbstständiger*. In: Marburger Gender-Kolleg (Hg.): Geschlecht Macht Arbeit. Münster, 211–225.
- McRobbie, A, 2004: Kreatives London – Kreatives Berlin – Anmerkungen zum Erwerb des Lebensunterhalts in der Neuen Kulturellen Ökonomie. <http://www.ateliereuropa.com/doc/kreativeslondonberlin.pdf> (letzter Zugriff am 20.09.2014).
- Meyer, L., 2007: Organisierte Selbstorganisation. Überlegungen zu Entstehung und Entwicklungsperspektiven autonomen Handelns in der post-tayloristischen Arbeitsorganisation. In: Bologna, S./Danner, M./Hajek, W./Heide, H./Karathanassis, A./Meyer, L. (Hg.): Selbstorganisation ... Transformationsprozesse von Arbeit und sozialem Widerstand im neoliberalen Kapitalismus. Berlin, 56–89.
- Miethe, I., 1999: Frauen in der DDR-Opposition. Lebens- und kollektivgeschichtliche Verläufe in einer Frauenfriedensgruppe. Opladen: Leske + Budrich.
- Muckenhuber, Johanna, 2014: Arbeit ohne Ende? Zur Arbeitsrealität der „neuen“ Selbstständigen. Konstanz
- Müller-Jentsch, W., 2005: Künstler und Künstlergruppen. Soziologische Ansichten einer prekären Profession. In: Berliner Journal für Soziologie, 15. Jg., Heft 2, 159–177.
- Naschold, F. (Hg.), 1984a: Arbeit und Politik. Gesellschaftliche Regulierung der Arbeit und der sozialen Sicherung. Schriften des Wissenschaftszentrums Berlin – Internationales Institut für vergleichende Gesellschaftsforschung/ Arbeitspolitik. Frankfurt/New York.



- , 1984b: Leviathan „Arbeitspolitik“. Sonderheft 5. Opladen.
- Negt, O., 1987: Lebendige Arbeit, enteignete Zeit. Politische und kulturelle Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit. 3. Auflage. Frankfurt am Main/ New York.
- Nelson, J. A., 2007: Ist die Ökonomie Teil der Gesellschaft? Bemerkungen aus feministischer Sicht. In: Feministische Studies, 25. Jg., Heft 2, 189–201.
- Neumann, A., 2008: Kleine, geile Firmen. Alternativprojekte zwischen Revolte und Management: Hamburg.
- Nohlen, D./Hildebrand, A., 2005: Spanien. Wirtschaft – Gesellschaft – Politik. Ein Studienbuch. Wiesbaden.
- OECD, 2015: Self-employment rate. <http://data.oecd.org/emp/self-employment-rate.htm> (letzter Zugriff am 12.10.2017).
- OECD (Hg.), 2000: Employment Outlook 2000. [www.oecd.org/els/employmentoutlook-previouseditions.htm](http://www.oecd.org/els/employmentoutlook-previouseditions.htm) (letzter Zugriff am 23.10.2017).
- Pelizzari, A., 2009: Dynamiken der Prekarisierung. Atypische Erwerbsverhältnisse und milieuspezifische Unsicherheitsbewältigung. Konstanz.
- Penrose, V., 1993: Orientierungsmuster des Karriereverhaltens deutscher Politikerinnen. Ein Ost-West-Vergleich. Bielefeld.
- Pernicka, S./Blaschke, S., 2006: Selbstständige – (k)eine Klientel für Gewerkschaften? In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 31. Jg., Heft 2, 29–53.
- Perulli, A., (o.J.): Wirtschaftlich abhängige Beschäftigungsverhältnisse/ arbeitnehmerähnliche Selbstständige: rechtliche, soziale und wirtschaftliche Aspekte. [http://ec.europa.eu/employment\\_social/news/2003/sep/parasubordination\\_report\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/employment_social/news/2003/sep/parasubordination_report_de.pdf) (letzter Zugriff am 10.04.2006. Nicht mehr im Netz verfügbar, nur noch lokal verfügbar).
- Polavieja, J., 2003: Temporary Contracts and Labour Market Segmentation in Spain: An Employment Rent Approach. In: European Sociological Review, 19. Jg., Heft 5, 501 – 517.

- Pongratz, H. J., 2005: Subjektivierung und Interessensvertretung. Perspektiven innovativer gewerkschaftlicher Bildungskonzeptionen. In: SubArO (Hg.): Ökonomie der Subjektivität – Subjektivität der Ökonomie. Berlin, 59–77.
- Pongratz, H. J./Voß, G. G. (Hg.), 2004: Typisch Arbeitskraftunternehmer? Berlin.
- Precarias a la deriva (Hg.), 2004: A la deriva. Por los circuitos de la precariedad femenina. Madrid.
- Pries, L., 2010: Erwerbsregulierung in einer globalisierten Welt. Wiesbaden.
- , 2005: Kräftefelder der Strukturierung und Regulierung von Erwerbsarbeit. Überlegungen zu einer entwicklungs- und institutionenbasierten Sozialwissenschaft der Erwerbsarbeit. Soaps-Paper 1.
- , 2003: Transnationalismus, Migration und Inkorporation. Herausforderungen an Raum- und Sozialwissenschaften. In: Geografische Revue, Heft 2, 23-39.
- , 1998: „Arbeitsmarkt“ oder „erwerbsstrukturierende Institutionen“? Theoretische Überlegungen zu einer Erwerbssoziologie. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 50. Jg., Heft 1, 159–175.
- Ptak, R., 2017: Grundlagen des Neoliberalismus. In: Butterwegge, C./Lösch, B./Ptak, R. (Hg.): Kritik des Neoliberalismus. 3. aktualisierte Auflage. Wiesbaden, 13 – 78.
- Ragin, C., 1994: Introduction to Qualitative Comparative Analysis. In: Janoski, T./Hicks, A.M. (Hg.): The Comparative Political Economy of the Welfare State. Cambridge: Cambridge University Press, 299–319.
- Rau, A., 2010: Psychopolitik. Macht, Subjekt und Arbeit in der neoliberalen Gesellschaft. Frankfurt a. M.
- Reckwitz, A. 2013: Die Erfindung der Kreativität. Zum Prozess gesellschaftlicher Ästhetisierung. 3. Auflage. Berlin.
- Resch, C., 2005: Berater-Kapitalismus oder Wissensgesellschaft? Zur Kritik der neoliberalen Produktionsweise. Münster.
- Ritsert, J., 1998: Soziale Klassen. Münster.
- Rodgers, G./Rodgers J.H., 1989: Precarious Jobs in Labour Market Regulation: The Growth of Atypical Employment in Western Europe. Genf.

- Röttger, B., 2008: Gramscis organische Konzeption des Klassenkampfes und die Gewerkschaftsfrage, oder: Was haben die gegenwärtige Krise der Gewerkschaftspolitik und gewerkschaftliche Revitalisierungsstrategien mit Politics of Scale zu tun? In: Wissen, M./Röttger, B./Heeg, S. (Hg.): Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot, 290–313.
- Royo, S., 2007: Varieties of Capitalism in Spain: Business and the Politics of Coordination. In: European Journal of Industrial Relations, 13. Jg., Heft 1, 47–65.
- Ruppert, W., 1998: Der moderne Künstler. Zur Sozial- und Kulturgeschichte der kreativen Individualität in der kulturellen Moderne im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Sachverständigenkommission zum Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung/Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (Hg.), 2017: Erwerbs- und Sorgearbeit neu gestalten. Gutachten für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. <http://www.gleichstellungsbericht.de/de/topic/2.zweiter-gleichstellungsbericht-der-bundesregierung.html> (letzter Zugriff am 17.9.2017).
- Sánchez Moral, S./Méndez Gutiérrez del Valle, R., 2014: La economía creativa en la ciudad de Madrid. In: Barómetro de la economía de la ciudad de Madrid, 3. Trimester 2013: 121-150.
- Sander, N., 2012: Das akademische Prekariat. Leben zwischen Frist und Plan. Konstanz.
- Scheele, A., 2008: Arbeit als politisches Feld. Politikwissenschaftliche Perspektiven für die feministische Arbeitsforschung. Münster.
- , 2005: Arbeit als politisches Feld. Überlegungen für die politikwissenschaftliche Bearbeitung des Zusammenhangs von Arbeit und Politik. In: Kurz-Scherf I., Correll, L./Janczyk, S. (Hg.): In Arbeit: Zukunft. Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt in ihrem Wandel. Münster, 189–204.
- Scheiffele, P./Böhmler, D., 2005: Überlebenskunst in der Kultur der Selbstverwertung. In: Franz Schultheis, Kristina Schulz (Hg.): Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Sozioanalyse alltäglichen Leidens in Deutschland. Konstanz.

- Schmidt, D., 1999: Zurück zur Jahrhundertwende? Alte und neue Selbständigkeit in Deutschland. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 117, 29. Jg., Heft 4, 603–626.
- Schroth, H., 2009: Klinken putzen?!: Strategien gewerkschaftlicher Mitgliederaktivierung in Deutschland und den USA. Hamburg.
- , 2008: Transversale Billigjobber/innen? Dimensionen von Macht und Widerstand im prekären Dienstleistungssektor. In: Marburger Gender-Kolleg (Hg.): Geschlecht Macht Arbeit. Münster, 197–2010.
- Schulze Buschoff, Karin, 2004: Neue Selbständigkeit und wachsender Grenzbe-  
reich zwischen selbständiger und abhängiger Erwerbsarbeit – Europäische  
Trends vor dem Hintergrund sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Entwick-  
lungen. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-117823>; letzter Zugriff  
am 26.11.2017
- Schulze Buschoff, K./Schmidt, C., 2007: Neue Selbstständige im europäischen  
Vergleich. Struktur, Dynamik und soziale Sicherheit. Düsseldorf.
- Schumpeter, J. A., 2005: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen/Basel: Francke.
- , 1987: Beiträge zur Sozialökonomik. Wien/Köln/Graz.
- Söndermann, M., 2012: Statistische Anpassung der Kultur- und Kreativwirtschaft  
in Deutschland. Kurzanleitung zur Erstellung einer statistischen Datengrundlage  
für die Kulturwirtschaft. [http://www.kulturwirtschaft.de/wp-  
content/uploads/2011/01/Kurzanleitung-KKW\\_20120124.pdf](http://www.kulturwirtschaft.de/wp-content/uploads/2011/01/Kurzanleitung-KKW_20120124.pdf) (letzter Zugriff am  
6.1.2015).
- , 2009: Endbericht Kultur- und Kreativwirtschaft: Ermittlung der gemeinsamen  
charakteristischen Definitionselemente der heterogenen Teilbereiche der „Kul-  
turwirtschaft“ zur Bestimmung ihrer Perspektiven aus volkswirtschaftlicher  
Sicht. [http://www.bmwi.de/Dateien/KuK/PDF/doku-577-gesamtwirtschaftliche-  
perspektiven-kultur-und-kreativwirtschaft-  
langfassung.property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de  
,rwb=true.pdf](http://www.bmwi.de/Dateien/KuK/PDF/doku-577-gesamtwirtschaftliche-perspektiven-kultur-und-kreativwirtschaft-langfassung.property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf) (letzter Zugriff am 22.09.2014)

- Spivak, G. C., 1985: The Rani of Sirmur. An Essay in Reading the Archives. In: History and Theory, 24. Jg., Heft 3, 247–272.
- Stadt Offenbach (Hg.), 2007: Kreativwirtschaft in Offenbach. Gutachten im Auftrag der Stadt Offenbach am Main. [http://www.offenbach.de/stepone/data/pdf/cf/0c/00/Kreativwirtschaft\\_Offenbach.pdf](http://www.offenbach.de/stepone/data/pdf/cf/0c/00/Kreativwirtschaft_Offenbach.pdf) (letzter Zugriff am 15.10.2014).
- Standing, G., 2013: The precariat. The new dangerous class. 3. Auflage. London/ New York.
- Statistisches Bundesamt/Destatis, 2014: Statistisches Jahrbuch 2014. <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/StatistischesJahrbuch.html> (letzter Zugriff am 2.1.2015).
- Steets, S., 2008: „Wir sind die Stadt“. Kulturelle Netzwerke und die Konstitution städtischer Räume in Leipzig. Frankfurt am Main.
- Süddeutsche Zeitung, 2015: Das arme Geschlecht. Ungerechte Gehälter für Frauen. <http://www.sueddeutsche.de/karriere/ungerechte-gehaelter-fuer-frauen-das-arme-geschlecht-1.2288075> (letzter Zugriff am 2.1.2015).
- Thüringer Kulturministerium (Hg.), 2009: 1. Kulturwirtschaftsbericht Thüringen. Kulturwirtschaft und öffentlicher Kultursektor: Verflechtungen und Entwicklungspotenziale.
- Tobío, C., 2005: Public Policies and Private Strategies: Family and Employment in Spain. In: De Sotelo, E. (Hg.): New Women of Spain. Münster, 317–325.
- TRADE-CC.OO, 2003: Un marco de derechos para los TRADE. Barcelona.
- Traunsteiner, B., 2015: Eine Sprache für alle! Leitfaden für geschlechter- und diversityfairen Sprachgebrauch an der FH Campus Wien.
- Villaroya, Ana/Ateca-Amestoy, 2014: Spain/1. Historical perspective: cultural policies and instruments. <http://www.culturalpolicies.net/web/spain.php> (letzter Zugriff am 23.09.2014).
- Von Beyme, K., 1998: Kulturpolitik und nationale Identität. Studien zur Kulturpolitik zwischen staatlicher Steuerung und gesellschaftlicher Autonomie. Wiesbaden.

- Vonderach, G., 1980: Die „neuen Selbständigen“. 10 Thesen zur Soziologie eines unvermuteten Phänomens. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 2/1980
- Vormbusch, U., 2012: Die Herrschaft der Zahlen: Zur Kalkulation des Sozialen in der kapitalistischen Moderne. Frankfurt.
- Wagels, Karen, 2013: Geschlecht als Artefakt. Regulierungsweisen in Erwerbsarbeitskontexten: Bielefeld.
- Wiesand, A. J., 2006: Kultur- oder „Kreativwirtschaft“: Was ist das eigentlich? Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 34–35, 8–16.
- Wiesand, A./Söndermann, M., 2004: The „creative sector“ – an engine for diversity, growth and jobs in Europe. <http://www.labforculture.org/en/resources-for-research/contents/research-in-focus/the-culture-industries-in-europe/the-creative-sector-an-engine-for-diversity-growth-and-jobs-in-europe> (letzter Zugriff am 4.3.2015).
- Wießner, F., 2001: Arbeitslose werden Unternehmer. Eine Evaluation der Förderung von Existenzgründungen vormals Arbeitsloser mit Überbrückungsgeld nach § 57 SGB III (vormals § 55a AFG).
- Winker, G./ Degele, N., 2009: Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Bielefeld.
- Wittel, A., 2001: Toward a Network Sociality. Theory, Culture and Society, 18. Jg., Heft 6, 51–77.
- Witzel, A., 2000: Das problemzentrierte Interview. Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research, 1. Jg., Heft 1. <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/1-00/1-00witzel-d.htm> (letzter Zugriff am 1.Mai 2008).
- Wöhl, S., 2014: The state and gender relations in international political economy: A state-theoretical approach to varieties of capitalism in crisis. In: Capital & Class, 38. Jg., Heft 1, 87 – 99.
- WSI (Hg.), 2015: GenderDatenPortal. [http://boeckler.de/wsi\\_38957.htm](http://boeckler.de/wsi_38957.htm) (letzter Zugriff am 4.3.2015).

WSI-Mitteilungen Schwerpunkttheft: Neue Ökonomie, neue Selbständigkeit – neue Arbeit? WSI-Mitteilungen, 53. Jg., Heft 12/2000.

Young, B., 1998: Genderregime und Staat in der globalen Netzwerk-Ökonomie. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 111, 28. Jg., Heft 2, 175–198.

Zöckler, A.-K., 2004: Ambivalente Autonomie: Andalusische Existenzgründerinnen zwischen Selbstverwirklichung und Selbstausbeutung. In: Fenske, M./Eggeling, T. (Hg.): Geschlecht und Ökonomie. Beiträge der 10. Arbeitstagung der Kommission für Frauen- und Geschlechterforschung der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde. Göttingen, 131–152.

## **Anhang**

### **Abkürzungsverzeichnis**

BA – Bundesagentur für Arbeit

CE- Constitución Española

CC.AA. – Comunidades Autónomas

CC.OO. – Comisiones Obreras

CEOE – Confederación Española de Organizaciones Empresariales

CME – Coordinated Market Economies (Koordinierte Marktwirtschaften)

EBS- Europäische Beschäftigungsstrategie (engl.: EES, span.: EEE)

EPA – Encuesta de la Población Activa

EI - Erwerbsstrukturierende Institutionen

ESF – Europäischer Sozialfonds (span.: FSE)

ETUI -European Trade Union Institute

ETUC – European Trade Union Confederation

EU – Europäische Union (span.: UE)

GbR – Gesellschaft bürgerlichen Rechts

GG – Grundgesetz

IfB – Institut für Freie Berufe, Nürnberg

IHK – Industrie- und Handelskammer

INE – Instituto Nacional de Estadística

INEM: Instituto Nacional de Empleo (span. Arbeitsamt)

INSM - Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

ISCO – International Standard Classification of Occupations

ISTAS- Instituto Sindical de Trabajo, Ambiente y Salud

KfW – Kreditanstalt für Wiederaufbau

KSK – Künstlersozialkasse

LME – Liberal Market Economies (Liberale Marktwirtschaften)



MECD – Ministerio de Educación, Cultura Y Deporte (Ministerium für Bildung, Kultur und Sport)

MTAS – Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales

NACE – Statistische Klassifikation der ökonomischen Aktivitäten in der Europäischen Gemeinschaft

RETA – Régimen Especial de los Trabajadores Autónomos

SAsI – Soziale Arbeit strukturierende Institutionen

S.L. – Sociedad Limitada

TRADE – Trabajador Autónomo Dependiente (Scheinselbständige)

UGT – Unión General de Trabajadores

UPTA – Unión de Profesionales y Trabajadores Autónomos (überregionale Interessensvertretung der freien Selbständigen und der selbstständigen Arbeiter)

VoC – Varieties of Capitalism

WSI – Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans Böckler Stiftung

## Sampleübersicht

Ausgewertete Interviewpartner_in	Alter	Geschlecht	Bildungsstand	(Teil-)branche
Madrid				
GE_1*	27 und 28	M	Studium (Fachrichtung unbekannt)	Videoverleih
IE_2	26	M	Philosophie	Buchverlag (Kollektiv)
IE_3	25	M	Kommunikationswissenschaften	Freier Mitarbeiter Museen
IE_4	31	W	Soziologie (Promotion)	Freie Wissenschaftlerin
IE_5	43	W	Studium (Fachrichtung unbekannt)	Kulturelle Stadtführungen und Autorin
IE_6	37	W	Hispanische Philologie	Freie Radiojournalistin
IE_7	26	W	Jura	Selbstständig mit Erotikgeschäft für Frauen
IE_8	45	M	Betriebswirtschaftslehre	Freiberuflicher Eventveranstalter

\*GE: Grupperinterview mit zwei Männern

Außerdem eine Gruppendiskussion mit Freiberufler\_innen eines Filmmuseums

Ausgewertete Interviewpartner_in	Alter	Geschlecht	Bildungsstand	(Teil-)branche
Frankfurt am Main				
GD_1*	42, 41 und 42	W	Studium (Fachrichtung unbekannt)	Freie Bildungsarbeit
ID_2	31	M	Soziologie	Freier Hörfunkmitarbeiter
ID_3	47	M	Ausbildung	Selbstständig mit Erotikgeschäft für Frauen
ID_4	45	M	Bildungswissenschaften (Promotion)	Freier Wissenschaftler
ID_5	37	W	Kunstgeschichte (Promotion)	Freie Veranstalterin

## Statistische Quellen

Bundesagentur für Arbeit:

<https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Servicebereich/Kontakt/Kontakt-Nav.html> (letzter Zugriff am 17.09.2018)

The partial renaissance of self-employment. In: OECD (Hg.), 2000: Employment Outlook 2000. [www.oecd.org/els/employmentoutlook-previouseditions.htm](http://www.oecd.org/els/employmentoutlook-previouseditions.htm) (letzter Zugriff am 23.10.2017)

European Social Survey

[http://www.scp.nl/users/stoop/ess\\_events/links\\_contextual\\_data2003.htm](http://www.scp.nl/users/stoop/ess_events/links_contextual_data2003.htm)

Eurostat: [europa.eu.int/comm/eurostat/Public/datashop/print-catalogue/EN?catalogue=Eurostat](http://europa.eu.int/comm/eurostat/Public/datashop/print-catalogue/EN?catalogue=Eurostat)

ILO: [www.ilo.org/public/english/support/lib/dblist.htm](http://www.ilo.org/public/english/support/lib/dblist.htm)

Statistisches Bundesamt: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

Statistik Hessen: [www.statistik-hessen.de](http://www.statistik-hessen.de)

## **Metropolregion Rhein-Main**

### **Kreisfreie Städte:**

Frankfurt am Main

Offenbach am Main

Wiesbaden, Landeshauptstadt

Mainz, Landeshauptstadt

Worms

Darmstadt

Aschaffenburg

### **Landkreise:**

Main-Taunus-Kreis

Hochtaunuskreis

Wetteraukreis

Main-Kinzig-Kreis

Offenbach

Groß-Gerau

Aschaffenburg

Miltenberg

Darmstadt-Dieburg

Odenwaldkreis

Bergstraße

Alzey-Worms

Mainz-Bingen

Rheingau-Taunus-Kreis

Limburg-Weilburg

Gießen

Vogelsbergkreis

Fulda

# **Gewichtung der WZ 08 Teilbereiche der Kultur- und Kreativwirtschaft**

Wirtschaftszweige der WZ 2008	Faktor
<b>Insgesamt</b>	
Darunter	
<b>1. Musikwirtschaft</b>	
90031 Selbstständige Komponistinnen, Komponisten, Musikbearbeiterinnen und Musikbearbeiter	100%
90012 Ballettgruppen, Orchester, Kapellen und Chöre	100%
59201 Tonstudios und Herstellung von Hörfunkbeiträgen	100%
59202 Verlegen von bespielten Tonträgern	100%
59203 Verlegen von Musikalien	100%
90041 Theater- und Konzertveranstalter	100%
90042 Opern-u.Schauspielhäuser,Konzerthallen u.ä.Einrichtungen	10%
90020 Erbringung von Dienstleistungen für die darstellende Kunst	100%
47593 Einzelhandel mit Musikinstrumenten und Musikalien	100%
47630 Einzelhandel mit bespielten Ton- und Bildträgern	100%
32200 Herstellung von Musikinstrumenten	100%
<b>2. Buchmarkt</b>	
90032 Selbstständige Schriftstellerinnen und Schriftsteller	100%
74301 Übersetzen	100%
58110 Verlegen von Büchern	100%
47610 Einzelhandel mit Büchern	100%
47792 Antiquariate	100%
18140 Binden von Druckerzeugnissen und damit verbundene Dienstleistungen	100%
<b>3. Kunstmarkt</b>	
90033 Selbstständige bildende Künstlerinnen und Künstler	100%
47783 Einzelhandel mit Kunstgegenständen, Bildern, kunstgewerblichen Erzeugnissen, Briefmarken, Münzen und Geschenkart.	20%
91020 Museen	8%
47791 Einzelhandel mit Antiquitäten und antiken Teppichen	100%
<b>4. Filmwirtschaft</b>	
90014 Selbstständige Bühnen-, Film-, Hörfunk- und Fernsehkünstlerinnen und -künstler sowie sonstige darstellende Kunst	100%

59110 Herstellung von Filmen, Videofilmen und Fernsehprogrammen	100%
59120 Nachbearbeitung und sonstige Filmtechnik	100%
59130 Filmverleih und -vertrieb (ohne Videotheken)	100%
59140 Kinos	100%
47630 Einzelhandel mit bespielten Ton- und Bildträgern	100%
77220 Videotheken	100%
<b>5. Rundfunkwirtschaft</b>	
90035 Selbstständige Journalistinnen und Journalisten, Pressefotografinnen und Pressefotografen	100%
60100 Hörfunkveranstalter	40%
60200 Fernsehveranstalter	40%
<b>6. Markt für Darstellende Künste</b>	
90014 Selbstständige Bühnen-, Film-, Hörfunk- und Fernsehkünstlerinnen und -künstler sowie sonstige darstellende Kunst	100%
90013 Selbstständige Artistinnen und Artisten, Zirkusgruppen	100%
90011 Theaterensembles	10%
90041 Theater- und Konzertveranstalter	100%
90042 Opern- u. Schauspielhäuser, Konzerthallen u.ä. Einrichtungen	10%
90043 Varietés und Kleinkunsthöhlen	100%
90020 Erbringung v. DL für die darstellende Kunst	100%
85520 Kulturunterricht	100%
<b>7. Designwirtschaft</b>	
74101 Industrie-, Produkt- und Mode-Design	100%
74102 Grafik- und Kommunikationsdesign	100%
74103 Interior Design und Raumgestaltung	100%
71112 Büros für Innenarchitektur	100%
73110 Werbeagenturen	50%
32120 Herstellung von Schmuck, Gold- und Silberschmiedewaren (ohne Fantasieschmuck)	100%
74201 Fotografie	100%
<b>8. Architekturmarkt</b>	
71111 Architekturbüros für Hochbau	100%
71112 Büros für Innenarchitektur	100%
71113 Architekturbüros für Orts-, Regional- und Landesplanung	100%

71114 Architekturbüros für Garten- und Landschaftsgestaltung	100%
90034 Selbstständige Restauratorinnen und Restauratoren	100%
<b>9. Pressemarkt</b>	
90035 Selbstständige Journalistinnen und Journalisten, Pressefotografinnen und Pressefotografen	100%
63910 Korrespondenz- und Nachrichtenbüros	100%
58120 Verlegen von Adressbüchern und Verzeichnissen	100%
58130 Verlegen von Zeitungen	100%
58140 Verlegen von Zeitschriften	100%
58190 Sonstiges Verlagswesen (ohne Software)	100%
47621 Einzelhandel m. Zeitschriften	100%
47622 Einzelhandel mit Schreibartikel	100%
<b>10. Werbemarkt</b>	
73110 Werbeagenturen	100%
73120 Vermarktung und Vermittlung von Werbezeiten und Werbeflächen	100%
<b>11. Software- und Games-Industrie</b>	
58210 Verlegen von Computerspielen	100%
63120 Webportale	100%
62011 Entwicklung und Programmierung von Internetpräsentationen	100%
62019 Sonstige Softwareentwicklung	100%
58290 Verlegen von sonstiger Software	100%
<b>12. Sonstige</b>	
91010 Bibliotheken und Archive	8%
91030 Betrieb von histor. Stätten und Gebäuden u.ä. Attraktionen	8%
91040 Botan. u. zoolog. Gärten sowie Naturparks	8%
74302 Dolmetschen	100%
74202 Fotolabors	100%
32110 Herstellung von Münzen	100%
32130 Herstellung von Fantasieschmuck	100%

## **Erklärung**

Hiermit erkläre ich eidesstattlich, dass ich die vorliegende Promotion selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Die Stellen der Promotion, die anderen Quellen im Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen wurden, sind durch Angaben der Herkunft kenntlich gemacht. Dies gilt auch für Zeichnungen, Skizzen, bildliche Darstellungen sowie für Quellen aus dem Internet.

Simone Mazari

Frankfurt am Main, 25. Mai 2017